HESSEN WEITER FÜHREN

UNSER HESSENPROGRAMM 2024–2029

CDU

HESSEN ...WEITER FÜHREN

1. KINDER UND FAMILIEN IM MITTELPUNKT
Die richtigen Entscheidungen für moderne Familien
SEITE 4

2. DEN BESTEN START INS LEBEN ERMÖGLICHEN, INDIVIDUELL FÜR JEDES KIND
Die richtigen Entscheidungen für die ersten Lebensjahre
SEITE 8

3. KOMPETENZEN FÜR DAS LEBEN ENTWICKELN
Die richtigen Entscheidungen für eine moderne Bildung
SEITE 11

4. MEHR WOHLSTAND FÜR ALLE IN HESSEN
Die richtigen Entscheidungen für eine starke Wirtschaft
SEITE 20

5. MEHR POWER FÜR UNTERNEHMEN, HANDWERK UND START-UPS
Die richtigen Entscheidungen für den Mittelstand
SEITE 24

6. AUFBRUCH FÜR BESCHÄFTIGUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE
Die richtigen Entscheidungen für einen dynamischen Arbeitsmarkt
SEITE 27

7. MODERNEN INNOVATIONEN ZUM DURCHBRUCH VERHELFEN
Die richtigen Entscheidungen für Wissenschaft, Forschung und Technologie
SEITE 30

8. SCHUBKRAFT FÜR DEN DIGITALEN WANDEL FORCIEREN
Die richtigen Entscheidungen für die Digitalisierung
SEITE 36

9. INDIVIDUELLEN UND NACHHALTIGEN VERKEHR ERMÖGLICHEN
Die richtigen Entscheidungen für eine moderne Mobilität
SEITE 40

10. RESPEKT UND ENGAGEMENT IM ALLTAG LEBEN
Die richtigen Entscheidungen für mehr Miteinander
SEITE 46

11. EIN SICHERES UND BEZAHLBARES ZUHAUSE
Die richtigen Entscheidungen für modernes Bauen und Wohnen
SEITE 49

12. SOLIDARITÄT UND HILFE ERMÖGLICHEN
Die richtigen Entscheidungen für den sozialen Zusammenhalt
SEITE 54

13. MIT VITALITÄT UND ENGAGEMENT IM ALTER LEBEN
Die richtigen Entscheidungen für ältere Menschen
SEITE 60

14. SICHERE VERSORGUNG AUSBAUEN
Die richtigen Entscheidungen für unsere Gesundheit
SEITE 62

15. WER UNTERSTÜTZUNG BRAUCHT, DEM HELFEN WIR
Die richtigen Entscheidungen für die Pflege
SEITE 69

16. UNSER ANGEBOT FÜR EINE HEIMAT IN HESSEN
Die richtigen Entscheidungen für eine gelingende Integration
SEITE 73

17. ZUWANDERUNG STEUERN – MIT HERZ UND HÄRTE
Die richtigen Entscheidungen für eine moderne Migrationspolitik
SEITE 75

18. ORDNUNG, SCHUTZ UND VORSORGE SICHERN
Die richtigen Entscheidungen für ein sicheres Hessen
SEITE 79

19. EINE BÜRGERNAHE UND KONSEQUENTE JUSTIZ
Die richtigen Entscheidungen für einen handlungsfähigen Rechtsstaat
SEITE 88

20. SCHUTZ VOR GEFAHREN UND KRISEN
Die richtigen Entscheidungen für den Brand- und Katastrophenschutz
SEITE 92

21. MIT FAIRNESS, LEISTUNG UND SPASS
Die richtigen Entscheidungen für einen modernen Sport
SEITE 97

22. AMBITIONIERT, TECHNOLOGIEOFFEN UND BEZAHLBAR
Die richtigen Entscheidungen für den Klimaschutz
SEITE 102

23. REGENERATIVE CHANCEN MIT VERSTAND ERGREIFEN
Die richtigen Entscheidungen für eine verlässliche und zukunftsfeste Energieversorgung
SEITE 106

24. NATÜRLICHE LEBENSGRUNDLAGEN OHNE IDEOLOGIE SCHÜTZEN
Die richtigen Entscheidungen für eine moderne Umweltpolitik
SEITE 112

25. MIT WERTSCHÄTZUNG FÜR BODENSTÄNDIGKEIT UND HEIMISCHE PRODUKTE
Die richtigen Entscheidungen für die Landwirtschaft
SEITE 120

26. FÜR LEBENSWERTE UND STARKE DÖRFER, GEMEINDEN UND STÄDTE
Die richtigen Entscheidungen für unsere Kommunen
SEITE 126

27. MIT NATUR, VIELFALT, TRADITION UND STÄRKE WERBEN
Die richtigen Entscheidungen für unsere Heimat
SEITE 130

28. IM DIENST DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER
Die richtigen Entscheidungen für eine moderne Verwaltung
SEITE 138

29. HESSEN SCHNELLER MACHEN
Die richtigen Entscheidungen für Zukunftsinvestitionen
SEITE 145

30. SOLIDE HAUSHALTEN UND HANDLUNGSFÄHIG BLEIBEN
Die richtigen Entscheidungen für moderne Finanzen
SEITE 147

31. ERINNERUNGEN WACHHALTEN UND KREATIVITÄT FÖRDERN
Die richtigen Entscheidungen für die Kultur
SEITE 152

32. LEBENDIGE DEMOKRATIE GESTALTEN
Die richtigen Entscheidungen für Demokratie und Medien
SEITE 156

33. VERANTWORTUNG UND INTERESSEN ENTSCHIEDEN WAHRNEHMEN
Die richtigen Entscheidungen für Europa, Internationales und Frieden
SEITE 159

KINDER UND FAMILIEN IM MITTELPUNKT

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR MODERNE FAMILIEN

1.

UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN

- Familien sind das Fundament und der Kitt der Gesellschaft. Kinder sind unsere Zukunft. In Familien übernehmen wir Verantwortung füreinander. Wir werden Kinder und Familien deshalb weiter in das Zentrum unserer Politik stellen und **Hessen als familien- und kinderfreundliches Land** nach vorne bringen. Wir wollen weiterhin hessenweit die gute und verlässliche Infrastruktur für Familien ausbauen.

- Eltern brauchen im Alltag mehr Zeitflexibilität. Gemeinsam mit Sozialpartnern und Unternehmen und unter Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir **mehr Möglichkeiten für eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung** schaffen sowie zeitliche Freiräume und rechtliche Hürden insbesondere im Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht abbauen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Instrument der Zeitwertkonten praktikabler zu gestalten und zu **Familienzeitkonten** weiterzuentwickeln.

- Das **Land als Arbeitgeber** soll hierbei **vorbildhaft vorangehen** und die Bedürfnisse von Familien unterstützen, soweit dies die Arbeitsabläufe zulassen. Das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber" wollen wir mit noch mehr Leben füllen.

- **Familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen** können Familien wertvolle zeitliche Freiräume schaffen. Wir setzen uns für die Beibehaltung der steuerlichen Förderung und der sozialrechtlichen Begünstigung entsprechender Angebote ein und werden uns dafür einsetzen, derartige Angebote den Familien bereitzustellen, die diese benötigen.

- **Familienzentren** sind ein wichtiger Baustein der sozialen Infrastruktur in Hessen. Wir werden daher die finanzielle Förderung dieser Institutionen stabilisieren und das Netzwerk kontinuierlich ausbauen.

- Wir wollen die **Väter stärken** und Eltern ermöglichen, die Verantwortung zwischen beiden Elternteilen frei und flexibel zu verteilen.

- Wir stellen uns aktiv gegen jegliche Diskriminierung von Müttern und Vätern in Ausübung ihrer Elternrechte. **Erziehungsverantwortung und Wahlfreiheit** haben für uns höchsten Stellenwert.

- Wir wollen **kinderreiche Familien** als eigenständige Zielgruppe familienpolitischer Maßnahmen verstärkt berücksichtigen. Insbesondere wollen wir, dass familienpolitische Leistungen stärker als bisher in ihrer Höhe nach der Kinderzahl gestaffelt werden.

- Paare mit unerfülltem **Kinderwunsch** müssen Unterstützung erhalten. Wir werden daher Familienwunschkliniken und Kinderwunschbehandlungen unterstützen und uns gleichzeitig für eine Flexibilisierung des Adoptionsrechts einsetzen.

- Die im Rahmen der Corona-Pandemie etablierten **Familien-Erholungsangebote** wollen wir verstetigen.

- Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, den **Entlastungsbetrag für Alleinerziehende** auf 5.000 Euro zu erhöhen.

- Wir setzen uns für eine Verstetigung der in den letzten Jahren vorgenommenen Erweiterung der **Anerkennung von Kinderkrankentagen** ein und wollen die Rechtslage bei Beamten und Angestellten vereinheitlichen. Die Situation von Alleinerziehenden haben wir dabei besonders im Blick.

- Wir wollen ein **Programm zum "Kampf gegen Kinderarmut"** auflegen, falls der Bund in diesem Bereich weiter Antworten schuldig bleibt. Damit wollen wir Leistungen flexibilisieren, Angebote von Bund, Land und Kommunen verzahnen und besser zugänglich machen und zielgenau unterstützen. Allen Kindern wollen wir umfassende Teilhabe ermöglichen und Ausgrenzung verhindern.

- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die **Kinderbetreuungskosten** bis zu 6000 Euro steuerlich absetzbar zu machen.

LEBENSSTART

- Eine qualitativ hochwertige und sichere Versorgung rund um die Geburt schafft die besten Voraussetzungen für einen **gesunden Start ins Leben.** Daher braucht es ein flächendeckendes Angebot für Geburtshilfe sowie Angebote der Vor- und Nachsorge, um werdende Eltern bestmöglich zu unterstützen. Wir schaffen bessere Rahmenbedingungen für eine gute Betreuung in Schwangerschaft und bei der Geburt. Die Geburtshilfe muss strukturell und finanziell verbessert werden.

- Wir setzen uns daher für eine auskömmliche **Hebammenversorgung** im Land ein, die insbesondere Vor- und Nachsorge für die werdenden Familien sicherstellt.

- Die Arbeit von Hebammen werden wir noch besser unterstützen und **ortsnah erreichbare Geburtsstationen und Geburtshäuser** erhalten.

- Wir wollen die Beschlüsse des **Runden-Tisches-Hebammen** umsetzen, und so zum Beispiel Hebammengeleitete Kreissäle etablieren. Hessen soll sich an der bundesweiten Plattform beteiligen und eine 1:1 Betreuung in den Kreissälen erreichen.

- Mit weitreichenden Maßnahmen wie einem **Hessen-Stipendium für Hebammen** wollen wir die Nachwuchsgewinnung bei Fachkräften in diesem Bereich zukunftsfest ausgestalten.

- Werdende Eltern und junge Familien brauchen die beste Unterstützung. Wir wollen die **Möglichkeiten der Frühen Hilfen** in Hessen dazu noch weiter vernetzen und koordinieren und diese wertvollen Angebote allen Eltern verfügbar machen.

- Die Gesundheit von Säuglingen ist oft die größte Sorge junger Familien. Neben den frühen Hilfen schaffen wir gemeinsam mit ambulanten und stationären Anbietern dezentrale, medizinisch ausgebildete Ansprechpartner, zum Beispiel in **Schreiambulanzen und Säuglingsstationen.**

- In ländlichen Regionen werden wir in Ergänzung zur Arbeit der Familienhebammen die Gemeindepfleger fortbilden, um jungen Familien nach der Hebammenversorgung als **erste Ansprechpartner** für die Gesundheit unserer Kleinsten zur Verfügung zu stehen.

KINDERFREUNDLICHKEIT

- Unsere Politik dreht sich um Kinder und Familien. Gemeinsam mit Kommunen und gesellschaftlichen Institutionen schaffen wir einen **„Pakt für Kinderfreundlichkeit",** um Familien mit Kindern mehr Vorrang im Alltag einzuräumen.

- Wir knüpfen an die Arbeit der Kommission "**Hessen hat Familiensinn**" an und werden einen Aktionsplan vorlegen, der die Bedürfnisse von Kindern und Familien in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellt.

- Hessen möchte Familien und Kinder unbürokratisch unterstützen. Die bundesweit einzigartige **Familienkarte Hessen** mit ihren vielfältigen Angeboten, Serviceleistungen und Vergünstigungen ist dafür ein wichtiger Baustein, den wir erhalten und weiter ausbauen möchten.

- Der **Eintritt in allen landeseigenen Einrichtungen** für Kinder unter 6 Jahren soll grundsätzlich kostenfrei sein.

- Darüber hinaus werden wir in allen landeseigenen Einrichtungen, für die Eintrittspreise zu entrichten sind, **Familientickets einführen**, bei der die Kinderzahl nicht begrenzt ist. Dafür werben wir auch bei den Verkehrsverbünden.

KINDER UND JUGEND

- Die Projekte der erfolgreichen Unterstützungsmaßnahmen im Zuge von „**Aufholen nach Corona**" werden wir weiterführen und, wo nach Evaluierung angezeigt, verstetigen.

- Wir führen einen **Kinder- und Jugendförderplan** ein, um die Förderung des Landes in Bezug auf alle Facetten der Kinder- und Jugendarbeit zielgerichtet weiterzuentwickeln, Chancengleichheit zu gewähren, und Risiken und Benachteiligungen präventiv zu begegnen.

- Die Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen weiter optimieren, um flächendeckend Angebote bereit zu stellen. Durch Servicestellen und Prozessberatung wollen wir die Zahl der **Jugendvertretungen auf kommunaler Ebene** erhöhen.

- Den erfolgreichen **HOP!-Landesjugendkongress** werden wir fortführen.

KINDERSCHUTZ

- **Kinderschutz ist eine dauerhafte, gesamtgesellschaftliche Aufgabe** und hat für uns höchste Priorität. Für uns ist klar: Prävention muss vor Intervention stehen. Nur wenn man frühzeitig einschreitet, kann man gefährliche Entwicklungen verhindern und Leid vermeiden. Oft entstehen Probleme durch Überforderung der Eltern. Daher wollen wir Eltern in erster Linie unterstützen.

- Ziel der präventiven Jugendarbeit ist immer, Kindererziehung im familiären Kreis zu gewährleisten. Dies denken wir aber vom Kind her. Wo Eltern das Kindeswohl aktiv gefährden, steht für uns der **Schutz des Kindes im Mittelpunkt**. Hier müssen Jugendämter entschlossen eingreifen, **Kinder von psychisch- und suchtkranken Eltern** in besonderer Weise in den Blick zu nehmen.

- Pflegeeltern leisten für Kinder, die aus verschiedenen Gründen nicht bei ihren leiblichen Eltern leben können, unschätzbare Arbeit. Die Leistungen dieser **Pflegefamilien** wollen wir noch stärker anerkennen und honorieren. Wir werden dazu eine eigene Auszeichnung des Landes schaffen.

- Wir halten eine **Pflicht zur Meldung von Verdachtsfällen der Kindesmisshandlung** oder Kindesvernachlässigung in allen Institutionen (v.a. auch in den Schulen), in denen mit Kindern gearbeitet wird, für notwendig. Personen, die mit Kindern arbeiten, werden wir einen Leitfaden an die Hand geben, um den Umgang mit begründeten Verdachtsfällen zu optimieren.

- Zur Stärkung der Jugendämter werden wir dort **Kinderschutzkoordinatoren** ansiedeln, die gemeinsam mit Mitarbeitern des Sozialen Dienstes fundierte Gefährdungseinschätzungen und die daraus resultierenden notwendigen Maßnahmen umsetzen können.

- Die erfolgreiche Arbeit der hessischen **Kinderschutzambulanzen** wollen wir weiter unterstützen und ausbauen. Zudem werden wir das Konzept der **Childhood-Häuser** weiter forcieren und die wertvolle Arbeit in Hessen gemeinsam mit der Childhood Foundation ausbauen.

- Wir schaffen ein **interdisziplinäres Kompetenzzentrum Kinderschutz**, das der Qualifizierung von Familienrichtern, Sozialarbeitern, Medizinern und anderem Fachpersonal dient und gleichzeitig auch Ort der Forschung zum Thema Kinderschutz ist.

- Besondere Gefahren für Kinder gehen aus der unkontrollierten Nutzung des Internets hervor. Kriminelle versuchen oftmals, gezielt Minderjährige im Netz anzusprechen, mit dem Ziel, sexuelle Kontakte anzubahnen. Diesem sogenannten **„Cybergrooming“** werden wir durch verstärkte Präventionsarbeit und intensivierter Vermittlung von Medienkompetenzen begegnen.

- Gerade im Hinblick auf die **Bekämpfung von Kindesmissbrauch und die Verbreitung von Kinderpornographie** werden wir uns auf allen Ebenen für eine Vorratsdatenspeicherung einsetzen, um Tätern im Internet das Handwerk legen zu können. Wir stellen Kinderschutz vor Datenschutz!

- Der Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport wird intensiviert. Gemeinsam mit dem Landessportbund und der Sportjugend wird das Modellprojekt **„Kindeswohl im Sport“** fortgeführt und landesweit ausgeweitet, um die Kultur des Hinsehens landesweit zu fördern.

- Wir setzen uns dafür ein, alle **Vorsorgeuntersuchungen** bis zum Jugendalter verbindlich in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufzunehmen.



DEN BESTEN START INS LEBEN ERMÖGLICHEN – INDIVIDUELL FÜR JEDES KIND

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR DIE ERSTEN LEBENSJAHRE

2.

KINDERBETREUUNG

- Die Lebenswirklichkeiten der Menschen sind verschieden. Dem wollen wir mit Respekt und **passgenauen Angeboten** begegnen. Die Betreuung der Kleinsten in den Familien, durch Tagespflegepersonen, in Krippe und Kita sind gleichwertig und müssen daher auch gleiche Anerkennung finden.

- Wir rücken die Entwicklung der Kinder, die Persönlichkeitsentfaltung sowie die **frühkindliche Bildung** weiter in den Fokus.

- Zur **echten Wahlfreiheit** gehört, jedem Kind, dessen Eltern dies wünschen, einen angemessenen, wohnortnah erreichbaren und qualitativ guten Betreuungsplatz bereit zu stellen. Um dies zu gewährleisten, muss das Betreuungsangebot in allen Bereichen ausgebaut werden.

- Neben den bewährten **Einrichtungen in kommunaler, freier und kirchlicher Trägerschaft** wollen wir auch die Betreuungsangebote durch Arbeitgeber ausbauen. Das Land wird hier mit gutem Beispiel vorangehen.

- Um die Eröffnung neuer **Betriebskindertagesstätten** zu unterstützen, streben wir eine Rahmenvereinbarung an, an der das Land, die kommunale Familie und die Arbeitgeberverbände beteiligt sind, um einen gerechten Ausgleich zwischen den Kostenträgern zu erzielen.

- Wir werden die Kommunen mit weiteren Investitionsmitteln unterstützen. Wir streben dafür die Fortsetzung des **Landeskitainvestitionsprogramms** an und werden dafür weitere Mittel zur Verfügung stellen.

- Über das Baurecht werden wir überdies Möglichkeiten für den **schnelleren Bau von Kindertagesstätten** schaffen.

- Zur Finanzierung der Kinderbetreuungskosten wird die **Konnexität durch den Bund** eingefordert. Darüber hinaus wollen wir zusammen mit den Kommunen eine langfristige Finanzierungsstrategie für die Betreuungskosten erarbeiten. Insbesondere fordern wir vom Bund, den Ländern die Mittel aus dem sog. „Gute-Kita-Gesetz" dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

- In Unterstützung der Kommunen prüfen wir die Einführung eines landesweiten **digitalen Kita- und Tagespflegeplatz-Managements.** Dies soll die Kinder noch zielgenauer zu den Plätzen bringen und damit auch zur Entlastung für Eltern führen, die einen Kita-Platz für ihre Kinder suchen.

- Wir werden neben dem Ausbau der Kindertagesstätten eine **„Tageseltern-Offensive"** als gleichberechtigtes Betreuungsmodell ausbauen. Wir setzen uns für die Anerkennung von Tagespflegekräften ein, die gerade für flexible Betreuungsmodelle und die Abdeckung von Randstunden eine wichtige Ergänzung zum Kita-Angebot darstellen können.

- Durch **Pool- und Vertretungsmodelle** und den Abbau bürokratischer Hürden wollen wir mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit für die Eltern von Kindern in der Betreuung von Tageseltern schaffen.

- Wenn durch Nachverhandlungen im Länderfinanzausgleich zusätzliche Mittel in Hessen verbleiben, streben wir an, die Kinderbetreuung in **allen Betreuungsformen** über die bereits erfolgte Beitragsfreistellung von 6 Stunden am Tag hinaus **für alle Kinder ab drei Jahren kostenlos** zu machen.

- Wir wollen die Unterstützung des Landes bei der Kinderbetreuung entbürokratisieren und die Vorgaben verschlanken. So wollen wir prüfen, ob es anstelle des derzeitigen Verteilungsschlüssels einfach pro Kind bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr einen **Pauschalbetrag als Zuschuss des Landes für die Betreuung** geben kann.

- Jedes Kind soll von Anfang an mitreden können, deswegen ist weiterhin die systematische Deutschförderung in allen Bildungsstufen unerlässlich. Wir wollen die **Sprachscreenings und Deutschförderung** in Kindertagesstätten auf ganz Hessen erweitern bzw. verpflichtend machen.

- Um jedem Kind gerechte Startchancen in unser Bildungssystem zu bieten und den Eingang in die Schule zu erleichtern, müssen bestimmte Fähigkeiten – insbesondere die deutsche Sprache – beherrscht werden. Um diese gleichen Chancen für alle Kinder sicherzustellen, wird im **letzten Jahr vor der Einschulung der Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung obligatorisch**.

- Kindern mit besonderem Förderbedarf werden in **verpflichtenden Vorlaufkursen** die nötigen Grundlagen vor dem Start in die Grundschule vermittelt. Insbesondere muss die Teilnahme an Sprachscreenings (KISS3) flächendeckend und verpflichtend stattfinden und die Sprachförderung in Kitas weiter ausgebaut werden.

- Neben dem weiteren Ausbau des Angebots wollen wir die **Vielfalt und Qualität der Kitas steigern**. Das gelingt am besten durch Entscheidungen vor Ort und Freiräume für eigene Schwerpunktbildung. So können Eltern frei entscheiden, wie und in welchem Sinne sie ihre Kinder betreuen lassen.

- Erzieherinnen und Erzieher können noch zielgenauer durch **spezielle, nicht-pädagogische Kräfte von Alltags- und Verwaltungsaufgaben** entlastet werden. Dafür wollen wir den rechtlichen Rahmen schaffen.

- Wir werden die Strukturen innerhalb der Landesregierung anpassen und die **Kinderbetreuung im Bildungsministerium** ansiedeln.

FACHKRÄFTESICHERUNG

- Erzieherinnen und Erzieher leisten großartige und unverzichtbare Arbeit für unsere Kleinsten. **Gut ausgebildete Fachkräfte** müssen daher auch in Zukunft im Mittelpunkt der Bildungs- und Betreuungsarbeit stehen.

- Wir werden die Kommunen und Träger in ihren Anstrengungen zur Sicherstellung des wachsenden Fachkräftebedarfs unterstützen. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2028 **10.000 neue Erzieherinnen und Erzieher** für Hessen zu gewinnen.

- Wir schmieden gemeinsam mit den Kommunen einen **Pakt für Personalgewinnung und -entwicklung** und wollen unter anderem durch gute Arbeitsbedingungen Anreize schaffen.

- Mit dem Ziel von mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort schaffen wir dafür auch mehr Möglichkeiten für die Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher durch gemischte Teams, **sogenannte "Löwen-Teams"**. Dazu können beispielsweise Studierende entsprechender Fachrichtungen, im Ruhestand befindliche Erzieherinnen und Erzieher oder auch ehrenamtlich engagierte Helferinnen und Helfer zählen.



- Die **Fachkräfteoffensive „Erzieherinnen und Erzieher"** setzen wir fort und intensivieren insbesondere folgende Maßnahmen:

  - Anerkennungsoffensive für eine verlässliche und qualitativ gute Betreuung
  - Das erfolgreiche **PivA-Förderprogramm** einer dualisierten vergüteten Ausbildung für Erzieher weiten wir aus.
  - Wir steigern die **Zahl der Ausbildungsplätze** an den Erzieherfachschulen.
  - Die **Schulgelder** an privaten Erzieherfachschulen **schaffen wir ab.**
  - Die **Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern** aus dem Ausland wird intensiviert.
  - **Ausländische Abschlüsse** werden wir schneller und unbürokratischer anerkennen.
  - **Tagespflegepersonen** sollen nach entsprechender Weiterbildung ermöglicht werden, in den Kita-Bereich zu wechseln.
  - Wir wollen den **Quereinstieg** in den Beruf des und die Ausbildung zur Erzieherin/ zum Erzieher leichter ermöglichen.
  - Wir bieten ein **berufsbegleitendes Bachelor-Studium** für den Bereich Erziehung an, um bessere berufsbegleitende Angebote für sozialpädagogische Assistenten zu schaffen.

KOMPETENZEN FÜR DAS LEBEN ENTWICKELN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINE MODERNE BILDUNG

3.

- Bildung ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Leben und lebenslanges Lernen das Leitmotiv unserer hessischen Bildungspolitik. Wir haben in Hessen Bildung in den Mittelpunkt gestellt und die **Bildungsinvestitionen** stetig gesteigert. Im Jahr 2024 überschreitet der Bildungsetat mit 5,1 Milliarden Euro erstmals die Marke von fünf Milliarden Euro.

- Wir wollen daher weiter kräftig in Lehrerstellen, Modernisierung, Digitalisierung und Entlastung der Schulen investieren. Denn jeder Euro, den wir in die Bildung geben, ist eine **Investition in die Zukunft** unserer jungen Menschen, in die Zukunft unseres Landes.

- Unserer christdemokratischen Bildungspolitik liegt das christliche Menschenbild zugrunde. Jeder Mensch ist einzigartig. Seine Würde ist unantastbar. Wir wollen die Menschen in ihrer Freiheit stärken und schützen, damit sich jeder nach seinen Fähigkeiten und Begabungen entfalten kann und für sich und andere Verantwortung übernimmt. Deshalb steht für uns als Volkspartei im besten Sinne die **Förderung des Individuums** im Zentrum. Für uns zählt jede einzelne Bildungsbiografie über Lebensabschnitte hinweg. Wir wollen auch weiterhin in Hessen gute Bildung von klein auf und die Stärken jedes Einzelnen **fordern und fördern**.

- Wir schätzen die Erziehungsleistung der Eltern und fordern diese ein. Wir sehen, dass mehr Eltern als in früheren Generationen ihre Kinder vor der Schule nicht allein zuhause erziehen. Wir wollen künftig den Gedanken der **Bildung aus einem Guss** – von der Kindertagesstätte, über die Schule bis hin zur Weiterbildung Erwachsener – weiterentwickeln. Wir wollen daher die Regierungsarbeit für Kindertagesstätten und den Schulbereich im Kultusministerium bündeln.

- Wir stehen für **unser Chancenschulsystem** mit verschiedenen Schulformen, das auf den Prinzipien des Forderns und Förderns aufbaut und die bestmögliche Bildung jedes Einzelnen besser ermöglicht als eine Zwangseinheitsschule. Wir treten entschieden gegen Versuche ein, in der Ausbildung der Lehrkräfte fachlich begründete Unterschiede zwischen den Schulformen und Professionen einzuebnen.

- Jede Leistung verdient Anerkennung. Deshalb halten wir an unserem begabungs- und leistungsorientierten, **differenzierten Schulsystem** und somit auch an dem **Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau der Förderschulen** fest. Wir sind gegen ideologische Experimente auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen – unsere Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer und Schulen brauchen keine neuen Systemdebatten über die Einführung oder Abschaffung von etablierten Schulformen, sondern Konzentration auf das, was zählt: guten Unterricht.

- Wir wollen den Schulen größtmögliche Flexibilität geben und allen Realschulen die Möglichkeit geben, Schülerinnen und Schüler zum Hauptschulabschluss zu führen. Daher werden wir den Schulversuch an der Realschule Eltville entfristen und auch allen anderen **reinen Realschulen in Hessen die entsprechenden Beschulungsmöglichkeiten** einräumen.

- Für uns steht nach wie vor die Stärkung der Grundkompetenzen **Lesen, Schreiben und Rechnen** im Vordergrund.

- Im Sinne einer noch besseren Vergleichbarkeit und weil viele Menschen dies fordern, werden wir Schritt für Schritt **Kerncurricula** in den Schulfächern fortentwickeln, damit überall in Hessen bestimmte Lerninhalte standmäßig unterrichtet werden.

- Wir führen damit verbunden ein Update der Lehrinhalte durch, um in Zukunft mehr **praktische Lebenskompetenzen** in der Schule zu vermitteln. Junge Menschen müssen frühzeitig lernen, wie man Verträge abschließt, für das Alter vorsorgt, sich gesund ernährt oder mit Fake-News im Internet umgeht.

- Wir werden die **zentralen Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen** im Hinblick auf mehr Vergleichbarkeit und Qualitätssicherung an den Schulen weiterentwickeln. Dazu werden wir z.B. ein stärker anonymisiertes Korrekturverfahren erproben.

- In den Kanon der bereits möglichen Fremdsprachen soll Neugriechisch perspektivisch mit aufgenommen werden. Zu diesem Zweck soll in Frankfurt **Neugriechisch als zweite bzw. dritte Fremdsprache als Pilotversuch** an einer Schule im nächstmöglichen Schuljahr angeboten werden

- Wir wollen Schülerinnen und Schülern einen möglichst reibungslosen Übergang in ihre berufliche Zukunft ermöglichen. Dafür ist eine gute Berufsorientierung notwendig. Deswegen wollen wir **Berufsorientierung in der Mittelstufe stärken**, die Anzahl der Pflichtpraktika erhöhen und die Rahmenbedingungen für freiwillige Zusatzpraktika deutlich verbessern.

- Die schwach ausgeprägte Aktienkultur ist ein Problem für den Wohlstand und den Vermögensaufbau unserer Bevölkerung, Deshalb wollen wir künftig spätestens in den Abschlussjahrgängen in allen Schulformen mindestens eine Woche für die **Wissensvermittlung rund um das Themenfeld Börse und Aktien** vorsehen. Wir wollen auch die Lehrmaterialien u.a. in Mathematik sowie Politik und Wirtschaft darauf untersuchen, ob das Themenfeld stärker eingearbeitet werden kann.

- **Privatschulen** ergänzen und bereichern das öffentliche Schulwesen. Wir stehen an ihrer Seite und haben nicht nur die finanzielle Ausstattung staatlicher Schulen deutlich verbessert, sondern auch die privaten Ersatzschulen als festen Bestandteil unserer Schullandschaft gefördert. Dabei spielen neben finanziellen Aspekten auch der Zugang zu Lehrkräften und die Gewährleistung der Privatschulfreiheit eine zentrale Rolle. Diesen Weg gehen wir weiter.

- Wir nutzen technische Möglichkeiten für ein optimales Bildungsangebot. Wir haben die **Schule der Zukunft** im Blick. Dazu zählt, dass wir die Schulträger mit einem Investitionsprogramm dabei unterstützen werden, die Schulen innovativ auszustatten. Hier wollen wir auch eine verstärkte bauliche Barrierefreiheit berücksichtigen.

- **Ganztägige Angebote** werden wir weiter ausbauen. Die **Wahlfreiheit** der Eltern achten wir nicht nur bei der Entscheidung für einen Bildungsgang. Wir stehen für pädagogisch und qualitativ hochwertige ganztägige Angebote mit klar definierten Standards statt einem Zwang zur Ganztagsschule.

- Schulen, andere Bildungsinstitutionen, Vereine und Ehrenamt können einander ergänzen und so sollte in jeder Region ein **Bildungscampus** entstehen.

- Wir werden Schritte hin zu einem **kostenfreien Schüler-Landesticket** unterstützen, damit alle Schülerinnen und Schüler kostenfrei Bus und Bahn nutzen können.

- Inklusion in der Schule ist ein berechtigtes Ziel, das wir unterstützen. Inklusion hat aber Grenzen und ist nicht für jedes Kind die beste Lösung. Wir betrachten jedes Kind individuell und lehnen deshalb eine Einheitslösung für alle auch hier ab. Deshalb machen wir uns stark für den Erhalt der Förderschulen in Hessen. **Förderschulen** sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil des Schulsystems und bieten Kindern mit Behinderungen geschützte Räume, kleine Klassen, optimale Förderung, gesicherte Übergänge in den Beruf und Lebensalltag sowie hohe Fachlichkeit durch qualitativ bestens ausgebildete Lehrkräfte.

- An Schulen mit über 500 Schülerinnen und Schülern etablieren wir zur Unterstützung und Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter eine **wirtschaftliche Co-Schulleitung,** damit die Lehrkräfte sich im Schwerpunkt den Fragen rund um die Bildung widmen können.

- Allen Menschen soll mit einer **geschlechtergerechten Sprache** begegnet werden. Schülerinnen und Schülern darf das Lesen aber nicht zusätzlich erschwert werden, indem sie Worte lesen müssen, die so gar nicht gesprochen werden. Doppelpunkt und Unterstrich kann niemand aussprechen. Wir sind gegen die **Verwendung der Gendersprache** mit Sonderzeichen an Hessens Schulen und halten uns an die offiziellen Rechtschreibregeln, die für alle Schulen allein maßgeblich sind.

GRUNDSCHULE

- **Kurze Beine brauchen kurze Wege!** Deshalb werden wir uns auch in Zukunft dafür stark machen, gerade im ländlichen Raum, kleine Grundschulen zu erhalten.

- Wir wollen die von uns eingeführte **Qualitätsoffensive Mathematik** fortsetzen. Orientiert an unserer Erfolgsmaßnahme, den verpflichtenden Vorlaufkursen im Jahr vor der Einschulung, möchten wir diese Möglichkeit auch zur Förderung der Mathematikkompetenzen etablieren.

- Zur Stärkung der **Bildungssprache Deutsch** werden wir eine zusätzliche Deutschstunde in den Jahrgangsstufen 1 und 2 einführen.

- Wir stärken die Bildungssprache Deutsch explizit auch **in den Curricula und der Lehrkräfte-Ausbildung.**

INDIVIDUELLE FÖRDERUNG

- Leitlinien unserer Bildungspolitik sind die **Prinzipien des Forderns und Förderns**, auf deren Grundlage die Schule den Lernerfolg jeder Schülerin und jedes Schülers individuell unterstützt.

- Wir bekennen uns zur Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler und setzen uns dafür ein, die Gesamtstrategie für die Begabungs- und Begabtenförderung Hessen konsequent weiter umzusetzen. Das **„Hessische Innovations- und Beratungszentrum für Begabungsförderung (HIBB)“** sowie die HIBB-Innovationsschule, die **Internatsschule Schloss Hansenberg**, werden auch in Zukunft von uns gefördert.

- Wir werden **verpflichtende diagnostische Lernstandserhebungen** einführen, um datenbasiert bessere Schlussfolgerungen für die individuelle Förderung ziehen und konkrete Handlungsstrategien für die einzelnen Schülerinnen und Schüler generieren zu können.

- Wir werden die Diagnostik-Instrumente weiterentwickeln, um dadurch individuelle Förderangebote für alle Schülerinnen und Schüler abzuleiten, um die **Binnendifferenzierung** zu steigern und Lehrkräfte zu entlasten. Zudem soll die Lernverlaufsdiagnostik auch ab Klasse 7 (und in weiteren Fächern – nicht nur Deutsch & Mathematik) zur Verfügung stehen.

- Wir halten an der **verpflichtenden Vergabe von Ziffernoten** fest. Um allen Schülerinnen und Schülern optimale Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen, wollen wir auch diejenigen, die besonders große Entwicklungsfelder aufweisen, weiterhin optimal in ihrer Lernbiografie fördern. Deshalb halten wir an Instrumenten der **Nichtversetzung, den Wiederholungen und Querversetzungen** fest.

- Wir werden prüfen, ob wir die Wahl der Leistungsfächer flexibilisieren können.

GANZTAG

- Wir wollen auch in Zukunft den **Pakt für den Ganztag** stärken. Ganztag heißt für uns: Individuelle Förderung, Stärkung der Gesundheit sowie Hausaufgabenbegleitung und Lernzeiten mit professioneller Unterstützung in der Schule.

- Zur Erfüllung des **Rechtsanspruchs auf einen ganztägigen Betreuungsplatz** für Kinder im Grundschulalter ab 1. August 2026 werden wir auch weiterhin gezielt in Personal für ganztägige Angebote investieren. Wir brauchen einen Stellenaufwuchs ebenso wie die Mitarbeit verschiedener pädagogischer Professionen, um den Fachkräftebedarf auch in diesem Bereich sicherstellen zu können.

- Gemeinsam mit den Schulträgern sollen mehr Senioren für die **Mitarbeit im Ganztag** gewonnen werden. Wir unterstützen insbesondere im Ganztag Kooperationen zwischen Schulen und dem örtlichen Ehrenamt wie mit Kultur- und Sportvereinen, Jugendfeuerwehren oder Hilfsdiensten.

- Die **Förderung der deutschen Sprache** wird auch in diesem Bereich eine besondere Rolle einnehmen.

BERUFLICHE BILDUNG

- Wir bekennen uns zur **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung** und einer erfolgreichen Berufsorientierung. Wirtschaft, Wohlstand und Fachkräftesicherung brauchen handwerklich begabte Schulabgängerinnen und Schulabgänger ebenso wie Abiturientinnen und Abiturienten, die eine universitäre Ausbildung anstreben.

- Wir bekennen uns zum praxisnahen **Konzept der Mittelstufenschule** mit einem Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum und wollen sie als Schulform durch eine besondere Mittelzuweisung und den Ausbau von Kooperationen mit Betrieben explizit fördern.

- Wir wollen auch in Zukunft die **duale Ausbildung** als Eintrittskarte für berufliche und persönliche Weiterentwicklung stärken.

- Angebote zur beruflichen Orientierung setzen bereits in der Grundschule an und werden im Laufe der Bildungskarriere in allen Schulformen bis zum jeweiligen Abschluss zielgerichtet fortgesetzt. Wir wollen das Handwerk bereits in der Grundschule und der Sekundarstufe I durch **Kooperation mit Beruflichen Schulen**, auch im Ganztag, stärken.

- Die **positiven Elemente regionaler Programme** wie die des „Limburger Modells“ oder des ProBe (Projekt zur Berufsorientierung im Kreis Waldeck-Frankenberg) wollen wir landesweit umsetzen.

- Die Initiative **„Deine Zukunft #REAL:DIGITAL“** als neues Informations- und Mitmachangebot zur beruflichen Orientierung an Schulen weiten wir auf weitere Berufsfelder aus.

- Der **„Schulversuch Berufsfachschule“** zum Übergang in Ausbildung soll flächendeckend ausgeweitet werden. Damit werden Schüler ohne Abschluss angesprochen, um sie zur Ausbildungsreife zu führen.

- Die **Werbemaßnahmen für Erzieher- und Pflegeberufe**, die durch eine schulische Ausbildung vermittelt werden, wollen wir intensivieren.

- Der **Meisterbrief ist Zeichen von Qualität und hoher Qualifikation**. Die Meister-, Techniker- und Fachwirt-Ausbildung werden wir kostenfrei machen und eine Aufstiegsförderung etablieren, die finanzielle Barrieren für Fort- und Weiterbildung abbaut.

- Das Konzept **„Zukunftsfähige Berufsschule“** werden wir fortführen und umsetzen, damit alle Berufsschulstandorte erhalten bleiben und die duale Ausbildung und der ländliche Raum gestärkt werden. Um an allen Berufsschulstandorten ein möglichst breites Ausbildungsangebot aufrechterhalten zu können, werden wir dabei prüfen, wie Inhalte auch schulübergreifend angeboten werden können.

- Die bestehenden **vereinigungs- und fachübergreifenden Projekte digitaler Kooperationsformen** in der dualen Berufsausbildung (Lernortkooperativen) wollen wir unterstützen.

- Zusätzlich werden wir prüfen, ob an einzelnen Standorten durch **Kooperationen mit Nachbarländern** gemeinsame, örtlich nähere Ausbildungen realisiert werden können.

KULTURELLE BILDUNG

- Musik fördert die geistige, persönliche und emotionale Entwicklung sowie den Spracherwerb und die Kreativität von Kindern und jungen Menschen. Insbesondere das frühe Musizieren schult das Gehör, vermittelt ein erstes rhythmisches Verständnis und ermöglicht die spielerische Begegnung, Interaktion und den Austausch mit anderen. Deshalb wollen wir in Hessen die erfolgreichen und etablierten **Programme musikalischer Bildung** weiter fördern und ausbauen.

- Wir werden ein **Blockflötenprojekt** mit Schulanfängern starten, bei dem die Grundschülerinnen und Grundschüler eine Blockflöte und die Lehrkräfte passendes Unterrichtsmaterial erhalten. So wollen wir Kindern möglichst früh das Tor zur Welt der Musik öffnen.

- Wir wollen alle Regionen und insbesondere den ländlichen Raum besser vernetzen und **Kulturbusse** zur Verfügung stellen, um die jungen Menschen in die Zentren zu bringen und Angebote der Kulturinstitutionen in den ländlichen Raum zu tragen.

- Wir werden ein **Institut kultureller Bildung** in Hessen aufbauen, das der zentralen Steuerung aller bereits etablierten Maßnahmen zur kulturellen Bildung dienen soll.

SCHULSPORT

- Wir stärken auch in Zukunft Bewegungsangebote mit besonderem Blick auf den Ganztag in Kooperation mit den Partnern aus dem Sport. Dazu gehört auch, Schulen im Bereich der Gesundheitsförderung zu unterstützen. So werden wir uns auch in Zukunft u. a. für den hessischen Bewegungscheck stark machen, denn **Bewegung, Spiel und Sport** sind elementare und unverzichtbare Bestandteile einer ganzheitlichen kindlichen Entwicklung.

- Erfolgreiche Maßnahmen zur Bewegungsförderung an Schulen wie beispielsweise **das „Landesprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit von Schule und Sportvereinen"**, das Sporthelferprogramm, den Schulschwimmpass oder den Grundschulwettbewerb zu **„Jugend trainiert für Olympia"** wollen wir in Zusammenarbeit mit den Partnern weiterführen und ausweiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Zusammenarbeit mit großen Sportvereinen und Kommunen an vereinzelten Orten sogenannte Schulsportleistungszentren entstehen.

- Wir wollen das **Angebot kostenloser Schwimmkurse** für Hessens Schülerinnen und Schüler ausbauen. Dafür unterstützen wir Kommunen beim Erhalt und der Modernisierung ihrer Schwimmbäder.

MINT

- Wir wollen die MINT-Bildung stärken und Mädchen und Jungs stärker für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik begeistern. Wir setzen uns für den **Ausbau und die Gründung weiterer MINT-Zentren** in Hessen ein.

- Wir fördern besonders das Interesse von **Mädchen und jungen Frauen** an MINT-Fächern und -Berufen von der Grundschule an und schaffen dementsprechende Angebote für den Ganztag.

- Gemeinsam mit den Industrie- und Wirtschaftsverbänden werden wir mit einer neuen Initiative, pensionierte Lehrkräfte und akademisches Personal aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich als Quereinsteiger für den Unterricht in **MINT-Fächern** an Schulen gewinnen.

- Als Europa-Partei im Herzen von Europa wollen wir **Schulen ermutigen** und besonders fördern, die sich der **europäischen Mehrsprachigkeit** – einschl. der alten europäischen Kultursprachen Latein und Griechisch – widmen. Wir wollen weiterführenden Schulen mit diesem Profil besondere Möglichkeiten zur Erweiterung der Stundentafel, zum Ausbau eines entsprechenden Fächerangebots und zur Beschulung interessierter Kinder auch jenseits des Schulträgerbezirks bieten. Bereits ab der Grundschule wollen wir zudem bilinguale Angebote und Schulzweige, v.a. in Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch, ausweiten und stärken.

LEHRKRÄFTE

- Wir setzen ein klares Bekenntnis für eine **Grundunterrichtsversorgung von 105%**. Die dafür nötige Personalausstattung ist für uns nicht verhandelbar.

- Wir wollen die Arbeit auf viele Schultern verteilen und bauen den **Einsatz pädagogischer Fachkräfte** an Schulen weiter aus. Wir wollen weitere Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung an Hessens Schulen bringen. Die Schulleitung trägt auch für multiprofessionelle Teams die Verantwortung und muss daher auch Nichtlandesbediensteten weisungsbefugt sein.

- Wir wollen die **IT-Verwaltungsaufgaben und den Datenschutz** an Schulen den Profis überlassen. Die Ausbildung von „Fachinformatikern Systemintegration mit Schwerpunkt Schulverwaltung" für den flächendeckenden Einsatz von Systemintegration wollen wir an allen Schulen in Hessen einführen.

- Nachdem das Praxissemester erfolgreich in den Lehramtsstudiengängen etabliert werden konnte, nehmen wir die Tatsache, dass viele Studierende schon neben dem Studium an unseren Schulen unterrichten, zum Anlass, gemeinsam mit den Universitäten weitere Möglichkeiten zu prüfen, um unsere **Studierenden frühzeitig in ihrer Tätigkeit an unseren Schulen zu unterstützen**. Die Qualität und die hohen Standards der Lehrerausbildung dürfen dabei nicht gesenkt werden. Die erste und zweite Staatsprüfung werden in jedem Fall beibehalten.

- Durch Schaffung von **Beförderungsstellen im Haupt- und Realschulbereich** machen wir den Lehrerberuf in diesen Schulzweigen attraktiver.

- Die bestehenden Maßnahmen zur **Weiterqualifikation und zum Quereinstieg in den Lehrämtern** mit besonderen Bedarfen - insbesondere im Lehramt für berufliche Schulen, für Grundschulen, für Förderschulen und für Haupt- und Realschulen – werden wir bedarfsgerecht ausbauen und dabei Wert auf Qualität legen.

- Lehrkräfte benötigen Lehrmaterialien und Handlungsempfehlungen zur **Sensibilisierung und Prävention vor sexueller Gewalt**, auch im Netz. Deshalb führen wir unsere diesbezüglichen Kampagnen sowie Fortbildungsangebote und Angebote im Studium fort bzw. weiten diese aus.

- Unser Fokus liegt auch zukünftig auf der **Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung** unserer Lehrkräfte und der an Schule tätigen pädagogischen Fachkräfte.

- **Schulen mit besonderen Herausforderungen** erhalten vom Land besondere Unterstützung. Daher werden wir den Schulen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Elternhäusern zusätzliche Mittel für die individuelle Förderung der Kinder bereitstellen. Ihnen weisen wir aus dem **datenbasierten Sozialindex** mehr personelle und finanzielle Ressourcen für ihre Arbeit zu.

- Wir wollen den Einsatz von jungen Menschen im Rahmen der Absolvierung eines **freiwilligen sozialen Jahres** (FSJ) an Schulen steigern.

- Die **Werbekampagne für den Lehrerberuf** setzen wir fort und wollen junge Menschen mit innovativen Ideen für ein Lehramtsstudium begeistern.

- Wir stärken Schulleitungen und steigern die **Attraktivität von Leitungstätigkeiten**, indem wir durch ausreichende Freistellung von der Unterrichtsverpflichtung Zeit für Schul-, Qualitäts- und Personalentwicklung sowie zur Koordinierung der pädagogischen Fachkräfte zusichern.

- Die gute Bildung unserer Kinder liegt in den Händen möglichst engagierter und qualifizierter Lehrerinnen und Lehrer. Das gilt es wertzuschätzen, und wir investieren insofern in die besten Köpfe und stellen eine auch im nationalen Vergleich sehr gute Bezahlung aller Lehrkräfte sicher. Deswegen heben wir die **Besoldung unserer Grundschullehrkräfte auf A13** an.

- Wir werden das Gymnasium als Ort der **Vorbereitung auf die akademische Ausbildung weiter stärken**.

- Wir wollen ein **Institut für Lehrergesundheit** einrichten, damit die Lehrergesundheit in den Fokus rückt.

- Außerdem schaffen wir Weiterbildungsangebote gerade auch im Bereich der durch Corona immer stärker in den Fokus geratenen Fragen rund um die psychische Gesundheit (**mental Health**).

- Wir wollen die Mobilität unserer Lehrkräfte erhöhen und **Rotations-Schuljahre** ermöglichen.

- Für Neueinstellungen, Quereinsteiger oder aus anderen Regionen zuziehende Lehrkräfte bauen wir Einstiegshürden ab und schaffen einen **besonderen Willkommensrahmen**.

DIGITALE SCHULE

- Wir werden die „**Strategie Digitale Schule"** Hessen weiter umsetzen und pädagogische Innovation mit digitalen Vorhaben vorantreiben, indem wir z. B. unser Schulportal Hessen weiterentwickeln.

- Wir schaffen an jeder Schule **virtuelle Schulräume**, um Kindern und Jugendlichen beste Perspektiven für das Zeitalter der Digitalisierung zu ermöglichen. Der Virtual-Reality-Raum wird das neue Computer-Zimmer jeder Schule.

- Als ergänzendes Angebot – insbesondere für Kinder, die z.B. aus gesundheitlichen Gründen langfristig nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können – und zur qualitativ hochwertigen Bereitstellung der notwendigen technischen Grundlagen, werden wir eine komplett **digitale Pilotschule** aufbauen**.**

- Kinder sollten ab Klasse 7 eine Möglichkeit erhalten, im schulischen Kontext mit einem **digitalen Endgerät** zu lernen. Dies werden wir in Unterstützung der Schulträger und in Zusammenarbeit mit dem Bund sicherstellen und zu einheitlichen Standards kommen.

- Auch in Zukunft machen wir uns stark für die **Förderung von Medienkompetenz**.

- Wir setzen uns dafür ein, einen **Digitalpakt 2.0** aufzusetzen, der zu den digitalen Bedarfen unserer hessischen Schulen passt.

- In Kooperation mit den hessischen Schulträgern sorgen wir dafür, dass die **WLAN-Ausleuchtung** in Hessens Klassenräumen und der **IT-Support** für Schulen vor Ort ausgebaut wird. Wir setzen den Rahmen für **digitale Hausmeister,** die die Infrastruktur an den Schulen pflegen und warten. Unser Ziel ist es, dass an jeder weiterführenden Schule mindestens ein IT-Supporter seinen Dienstort hat, und so auch ggf. die umliegenden kleineren Grund- und Förderschulen betreuen kann.

- Damit Datenschutz nicht zur Digitalisierungsbremse wird, wirken wir auf eine **bundeseinheitliche Strategie zum Datenschutz in Schulen** hin. Dabei soll zum Beispiel eine Positivliste für Software bereitgestellt werden.

- Wir werden unser **Schulfach Digitale Welt** flächendeckend in Hessen als Regelfach für die Jahrgangsstufen 5 und 6 einführen.

- Wir setzen uns zudem für eine Stärkung des **Fachs Informatik** in der gesamten Sekundarstufe I ein.

- Wir werden uns dafür stark machen, verpflichtende **Fortbildungen für Lehrkräfte im Bereich Medienbildung** einzuführen.

- Wir wollen unser Kooperationsprojekt mit Bayern fortführen und so gemeinsam Zukunftstechnologien und potenzielle Bildungsinnovationen frühzeitig identifizieren. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern wollen wir beispielsweise neue **KI- oder AR-basierte Lehrmethoden** in der Physik erproben, schülerorientiertes Experimentieren weiterentwickelt und die KI-Fähigkeiten an unseren Schulen fördern.

- Wenn Universitäten und Ausbildungsbetriebe KI verwenden, muss die Schule die Grundlagen hierfür legen. Auch die individuelle Förderung für die leistungsstärksten Schülerinnen und Schüler wird durch digitale Lösungen besser. **Schülerforschungszentren** können hier eine hervorgehobene Rolle spielen und sollten ausgebaut werden.

ZUSAMMENLEBEN IN SCHULE UND GESELLSCHAFT

- Schulen vermitteln Werte. Wir setzen auch weiterhin in Schulen den Fokus auf Grundrechtsklarheit, **Extremismusprävention, Wertevermittlung und Demokratieerziehung**. Zur schulischen Ausbildung gehört auch, dass unsere Schüler einen guten Umgang lernen und sich zu benehmen wissen.

- Zur Unterstützung des Demokratielernens soll die Stundentafel bis einschließlich Klasse 7 in allen Bildungsgängen für **Klassenrat-Stunden** ausgeweitet werden.

- Wir stärken die historisch-politische Bildung an hessischen Schulen, indem wir für alle Schülerinnen und Schüler die **Vermittlung der deutschen Geschichte und der Grundlagen unserer Verfassungsordnung** mit einem Besuch an entsprechenden Orten (von der Paulskirche über die Grenzgedenkstätten bis zu den zahlreichen anderen Orten der deutschen Demokratiegeschichte) verbinden.

- Wir bekennen uns zum **bekenntnisorientierten Religionsunterricht** nach Art. 7 des Grundgesetzes an den Schulen sowie zum Ethikunterricht und wollen sicherstellen, dass auch für muslimische Schülerinnen und Schüler ein Unterrichtsangebot zur Verfügung steht.

- Wir werden **Gewaltprävention und Kinderschutz** an Schulen weiter ausbauen und die Schulträger mit Landesmitteln unterstützen. Wir fordern eine verpflichtende Fortbildung im Bereich Kinderschutz.

- Die Anzahl der **Schulgesundheitsfachkräfte und der Erste-Hilfe-Kurse** werden wir weiter steigern.

- Die **Schulpsychologie** werden wir weiter ausbauen und Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrkräfte weiterhin unterstützen.

- Wir schaffen ein **hessenweites Koordinierungsprojekt zur Suizidprävention,** um die Arbeit der Schulpsychologen, Schul- und Gesundheitsämter, Elternbeiräte sowie lokaler Initiativen zu unterstützen und eine umfassende Informationskampagne für Eltern, Schulleitungen und Lehrkräfte zu gestalten.



MEHR WOHLSTAND FÜR ALLE IN HESSEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT

4.

WIRTSCHAFT

- Hessen ist eines der wirtschaftsstärksten Länder der Bundesrepublik, eine der am stärksten prosperierende Regionen Europas. Wir werden weiterhin die **Rahmenbedingungen** dafür setzen und als Partner der Wirtschaft an einer starken Zukunft für die Menschen in unserem Land arbeiten.

- Unser Ziel sind **wirtschaftliche Stärke und Wohlstand** auch in Zukunft. Den weltweiten Wettbewerb im Zeitalter von Klimawandel, demografischem Wandel und Digitalisierung bestehen wir mit der Überzeugung der Überlegenheit der Sozialen Marktwirtschaft.

- Das Konzept der **Sozialen Marktwirtschaft** mit den Säulen Privateigentum, Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität bildet auf dieser Grundlage die Richtschnur unserer Wirtschaftspolitik für Hessen. Wir stellen in den Fokus, dass eine starke Wirtschaft eine Grundbedingung für Innovation, das Erreichen der Klimaziele und einen starken Sozialstaat ist.

- Wir wollen im internationalen Wettbewerb Lobbyisten für Hessen sein. und **Hessens Interessen** durchsetzen. Dazu werden wir uns national und international offensiv für die hessische Wirtschaft und ihre Beschäftigten einsetzen, damit sie die großenZukunftstrends prägen und von ihnen profitieren können.

- **Faire Wettbewerbsbedingungen**, Technologie- und Innovationsoffenheit und ein gutes Investitionsklima sind nötig. Frühzeitig werden wir uns auf EU- und Bundesebene einbringen und um passgenaue Förderprogramme werben.

- Wir wollen **Bürokratie abbauen**. Gerade für die Wirtschaft ist ein Übermaß an Vorschriften und Auflagen eine echte Belastung, die reduziert werden muss. Deshalb starten wir ein umfassendes Entbürokratisierungsprogramm. Ziel ist es, Verfahren zu straffen und u.a. stärker zu digitalisieren und Genehmigungen zu vereinfachen.

- Wir wollen Hessens exportstarke Industrie auf Wachstumskurs halten und Hessens **Dienstleistungssektor** weiterentwickeln. Dazu braucht es neben ambitioniertem Klimaschutz auch eine kraftvolle und starke Wirtschaftspolitik.

- Wir wollen einen **Hessenfonds** einrichten, um gezielt innovative Ideen in allen Wirtschaftsbereichen unterstützen zu können. Dieser soll Unternehmen bei den notwendigen Anpassungen an die Herausforderungen der Zeit und der Entwicklung von neuen Technologien sowie Geschäfts- und Produktideen unterstützen.

- Erfolgreiche Unternehmen müssen wachsen können. Um Unternehmen gezielt zu entlasten, wollen wir **Gewerbeneugründungen steuerlich entlasten**.

- Den einberufenen **„Hessischen Zukunftsrat Wirtschaft“** als Dialog mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft werden wir als unabhängiges Beratungsgremium der Landesregierung etablieren. Gerade in Zeiten von Krisen und Umbrüchen braucht es mehr Verständigung und Austausch.

- Wir werden außerdem das **Wirtschaftsministerium stärken** und das Arbeitsministerium darin integrieren. Das gestärkte Haus soll zur Schlüsselstelle für Fachkräftesicherung, Existenzgründung und Investitionsförderung ausgebaut werden - der moderne „One-Stop-Shop" für Betriebe und Unternehmen.

- Die Vorzüge des Standorts Hessen müssen international noch größere Bekanntheit erlangen. Durch ein neues Zukunftskonzept **"Made in Hessen"** werden wir noch stärker um qualifizierte Arbeitskräfte, Neuansiedlungen von Unternehmen und ausländische Direktinvestitionen werben. Dafür wollen wir auch Persönlichkeiten aus der Wirtschaft als Werbebotschafter gewinnen.

- Wir stärken den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main mit der **Einrichtung eines Commercial Court**, an dem in Wirtschafts- und handelsrechtlichen Streitigkeiten vor spezialisierten Spruchkörpern in englischer Sprache verhandelt und entschieden werden kann.

- Am **Frankfurter Flughafen** wird „Made in Hessen" ein eigenes Schaufenster aufbauen, in dem die Vorteile des Standorts für die zahlreichen Besucherinnen und Besucher aus aller Welt erlebbar dargestellt werden. Außerdem wollen wir durch ein virtuelles Schaufenster für unseren Standort werben.

- Das Sponsoring ist ein wesentliches und nachhaltiges Instrument der unternehmerischen Förderung von Kunst, Kultur und Sport. Aufgrund der vielfach komplexer werdenden Compliance-Regeln wollen wir einen Prozess gestalten, der – entsprechend der Regelung in anderen europäischen Ländern – im Konsens mit den unterschiedlichen Beteiligten (Veranstaltern, Wirtschaft, Justiz, Finanzverwaltung etc.) ein Signal der Unbedenklichkeit für Veranstaltungseinladungen bis zu einer näher zu definierenden Grenze aussendet. Grundgedanke der Diskussion sollen marktwirtschaftliche Aspekte sein, damit sich Leistungsträger untereinander fördern können.

INDUSTRIE

- Wir stehen dafür, dass unsere **Industrie hier Heimat und Zukunft** hat, wie z.B. der Automobilstandort in Hessen und der Chemie- und Pharmastandort. Wir fördern daher den Erhalt und die Entstehung neuer **Industrieflächen**.

- Wir werden eine **Industriestrategie** erstellen, um strategische Entwicklungsziele festzulegen und die Standortbedingungen daran auszurichten. Damit wollen wir die bei uns beheimateten Industriezweige noch stärker unterstützen und neue Branchen nach Hessen holen.

- Hier wollen wir vor allem die **Schlüsselthemen** digitale Infrastruktur, Innovations- und Forschungsförderung, Investitionsklima, Rohstoff- und Fachkräftesicherung, Flächenentwicklung, Klima- und Umweltverträglichkeit, Kreislaufwirtschaft und Transfer von Wissenschaftsfortschritt in den Blick nehmen.

- In Brüssel streiten wir für gute Rahmenbedingungen für unsere Industrie. Wir werden daher die **Landesvertretung in Brüssel** noch stärker auf dieses Ziel ausrichten und dort eine Stabstelle Industriepolitik einrichten. Neben ihrer Koordinationsfunktion soll damit auch die Möglichkeit bestehen frühzeitig auf die Setzung der dortigen Rahmenbedingungen Einfluss nehmen und reagieren zu können.

- Wir werden in Technologiefeldern der Zukunft wie zum Beispiel der Künstlichen Intelligenz, vernetzten Mobilität, Industrie 4.0, Wasserstoff, Optik, Bioökonomie, Biotech- oder Klimatechnologie die Rahmenbedingungen und Zusammenarbeit zwischen Großbetrieben, Mittelstand und Wissenschaft verbessern. „**Reallabore**“ wollen wir dazu fördern.

- Wir wollen wir unsere bestehende „Houses of“-Strategie erweitern. Mit der Gründung eines **House of Industry** (HoI) wollen wir die Bedeutung des Industriesektors hervorheben.

- Wir wollen Hessen als **bedeutenden Pharmastandort Deutschlands** gemeinsam mit den Beteiligten aus der Wissenschaft und der Gesundheitswirtschaft stärken und weiterentwickeln. Wir streben insbesondere eine stärkere Vernetzung der hessischen Forschungsstandorte an.

- Die seit 2013 bestehende „**Initiative Gesundheitsindustrie Hessen**“ (IGH) unter Beteiligung der Unternehmen, der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE), der hessischen Hochschulen und der Landesregierung sowie das „House of Pharma & Healthcare“ tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung Hessens als Standort der forschenden Gesundheitsindustrie bei und werden deshalb fortgesetzt.

- Versorgungssicherheit mit Medikamenten und Unabhängigkeit kann nur mit einer starken und innovativen Pharmaindustrie erreicht werden. Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die **Gesundheitsindustrie am Produktions- und Forschungsstandort Hessen** verbessern.

- Mobilität muss sich an den Wünschen der Bevölkerung orientieren. Das Auto gehört dazu. Hessen ist und bleibt ein **starker Automobilstandort**, den wir zukunftsfähig aufstellen. Dazu sind industrielle High-Tech-Schlüsseltechnologien wie autonomes Fahren, Hybrid-Technik, Leichtbau oder Antriebssowie Batterietechnik zu stärken. Den **Strategiedialog** mit der Autoindustrie setzen wir fort. Auch die zahlreichen **Zulieferer** wie beispielweise in der Metall- und Elektroindustrie wollen wir in unseren Strategiedialog mit einbinden.

- Neben gut qualifizierten Arbeitskräften sind auch die richtigen Werkzeuge und Maschinen unerlässlich, um qualitativ hochwertige Produkte zu erstellen. Die **Maschinenbau-Industrie**, die in Hessen stark vertreten ist, nimmt aus diesem Grund eine wichtige Rolle für unseren Wohlstand und Wirtschaftsstandort ein. Wir wollen sie daher weiter unterstützen.

- Die **Schwerindustrie** ist wesentlicher Baustein für Wertschöpfung und Wohlstand. Wir wollen, dass sie eine Zukunft in Hessen hat. Sie ist besonders von den hohen Energiepreisen betroffen. Der Transformationsprozess zu einer klimaneutralen Produktion ist hier mit besonderen Herausforderungen verbunden. Wir wollen daher gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Industrie auch auf Bundesebene an Lösungen arbeiten, dass Deutschland und insbesondere Hessen weiter ein attraktiver Standort bleibt.

- Hessen verfügt über viele erfolgreiche **Industrieparks**, die sich über die Jahre bei uns angesiedelt haben. Die Bündelung von vielen Unternehmen an einem gemeinsamen Standort, ermöglicht zahlreiche Chancen und Vorteile. Neben dem Austausch von Know-How können auch Synergieeffekte genutzt und gemeinsame Zukunftsprojekte realisiert werden. Wir wollen daher die bestehenden Industrieparks weiter unterstützen und die dortige Infrastruktur verbessern. Gleichzeitig wollen wir auch die Entstehung neuer Standorte in Hessen fördern.



- Um die Innovationsfähigkeit zu fördern, wollen wir die Bereitstellung und Ansiedlung von **Forschungs- und Technologieparks** unterstützen.

- Europa strebt zurecht nach einem höheren Grad an **Unabhängigkeit und Souveränität in Schlüsseltechnologien**. Dazu gehören unter anderem Chips, Halbleiter, Pharmazie und Energie. Hier wollen wir Chancen für Hessen nutzen und von einer gestärkten europäischen Forschung und Produktion profitieren.

- Wir setzen uns beim Bund für eine höhere Co-Finanzierung des Bundes an **IPCEI-Health-Projekten** ein.

- Hessens herausgehobene Stellung als **Standort für Luft- und Raumfahrt** werden wir sichern und ausbauen. Insbesondere das European Space Operations Centre (ESOC) mit Sitz in Darmstadt wollen wir zu einem zentralen Standort europäischer Raumfahrt ausbauen. Dabei soll auch das operative Zentrum für den Schutz von Weltrauminfrastruktur gegen Cyber-Angriffe in Darmstadt aufgebaut werden.

- Wir wollen die Perspektiven einer klimaneutralen Dienstleistungsgesellschaft offensiv herausstellen. Mit einer **neuen, europaweit einzigartigen Messe** wollen wir die Attraktivität, Dynamik und Innovations- und Forschungsfähigkeit des Dienstleistungssektors weltweit herausstellen.

- Wir wollen **lebenswerte Innenstädte**, mit einem lebendigen und starken Einzelhandel - dazu gehört auch die Prüfung von 4 Sonntagsöffnungen, ohne Anlassprüfung. Wir wollen deswegen die **Förderprogramme** zur Stärkung und Belebung unserer Innenstädte, wie beispielsweise „Zukunft Innenstadt", „Lebendige Zentren" oder „Ab in die Mitte!" weiterführen und ausbauen. Wir werden auch das **„Bündnis für die Innenstadt"** fortsetzen.

- Auch der Handel ist maßgeblich von energiepolitischen Veränderungen betroffen. Wir wollen daher unsere bestehenden **Energieförderprogramme auch für den Handel** ausweiten.

- Um langfristig die Zukunft der Innenstädte zu gestalten, wollen wir verschiedene **Modellregionen**, die sich in ihrer Größe und geografischen Lage unterscheiden, auswählen. Diese wollen wir fördern und neue zukunftsfähige Gesamtkonzepte, die den Handel, die Gastronomie, die Städteplanung, den Klimaschutz, die Aufenthaltsqualität und viele weitere Punkte gemeinsam denken, erproben.

- Um die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern, wollen wir die **Sonntagsöffnung für vollautomatisierte Verkaufsflächen**, die an Sonntagen ohne den Einsatz von Personal auskommen, durch eine Änderung des Hessischen Laden Öffnungsgesetzes ermöglichen.

MEHR POWER FÜR UNTERNEHMEN, HANDWERK UND START-UPS

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR DEN MITTELSTAND

5

- Wir verstehen uns als **Partner des Mittelstands,** der das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet. Wir wollen die Betriebe auch weiterhin bei der Transformation beratend begleiten und sie mit passgenauen Förderprogrammen tatkräftig unterstützen.

- Wir wollen den **Mittelstand fit für die Zukunft** machen. Um dies zu erreichen, wollen wir Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Prozesse und Verfahren noch stärker begleiten. Hierfür wollen wir unseren „Digi-Check" weiter ausbauen und den „Digi-Zuschuss" erhöhen.

- Wir wollen Start-Ups weiter fördern und bekennen uns mit Nachdruck zum **Start-up-Standort Hessen**. Sie bringen Innovationen und Dynamik in die Wirtschaft und leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Dynamik.

HANDWERK

- Wir wollen jungen Menschen den **Goldenen Boden des Handwerks** und einer beruflichen Bildung vermitteln und die Zukunftsperspektiven für die berufliche Ausbildung steigern.

- Wir werden für **echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung** in rechtlicher, finanzieller und schulischer Hinsicht sorgen. Haupt- und Realschulen wollen wir durch neue Ausbildungsschwerpunkte zu Zukunftszentren beruflicher Bildung entwickeln.

- Das Handwerk als zentraler Eckpfeiler der hessischen Wirtschaft schafft viele Arbeitsplätze, trägt maßgeblich zur Wirtschaftsleistung bei und bietet Berufseinsteigern langfristig beste Chancen für ein erfolgreiches Leben als Angestellte oder als selbständige Handwerksunternehmer. Junge Menschen in Kontakt zu bringen mit handwerklichen Berufen und Fertigkeiten, sehen wir daher als wesentliche Aufgabe der Schulen an. Handwerkliche Bildung und damit auch berufliche Orientierung sollen früh ansetzen. Daher sollen **Werken und Gestalten in der Grundschule** wieder stärker innerhalb des Schulunterrichts stattfinden.

- Der Meisterbrief ist Zeichen von Qualität und hoher Qualifikation. Die **Ausbildung zum Meister, Techniker sowie Fachwirt werden wir kostenfrei machen**. Konkret wollen wir beim Meister nach erfolgreicher Prüfung alle Kosten, die nicht bereits vom Bund übernommen werden, und über die derzeitige Landesförderung hinausgehen, zu 100% erstatten.

- Wir stärken die berufliche Bildung im gesamten Bildungsweg. Dazu gehört eine leistungsstarke Berufsschullandschaft und die Umsetzung des Konzepts **„Zukunftsfähige Berufsschule".** Wir werden unsere **Berufsschulen** mit modernsten Geräten ausstatten, das Lehrpersonal aufstocken und für dezentrale Standortsicherheit sorgen. Dazu werden wir prüfen, ob wir ein eigenes Kommunales Investitionsprogramm für Berufsschulen („KIP Berufsschulen") einführen können. Außerdem wollen wir mit den Nachbarländern über mögliche Kooperationen sprechen.

- Gemeinsam mit dem Handwerk werden wir ein Konzept entwickeln, um flächendeckend und dezentral **Azubi-Campi** zu etablieren, in denen berufliche Bildung, Arbeiten, Wohnen und Lernen unter einem Dach ermöglicht wird.

- Zudem werden wir eine Aufstiegsförderung etablieren, die finanzielle Barrieren für Fort- und Weiterbildung abbaut.

- Unsere bestehenden **Ausbildungsförderprogramme** wollen wir fortführen und an die neuen Bedingungen des Arbeitsmarktes anpassen.

- Die Verbundausbildung, die besondere Ausbildungsplatzförderung für Hauptschülerinnen und Hauptschüler und das Förderprogramm für Abbrecher, Altbewerber und Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf haben sich als wichtige Beiträge zur Fach- und Arbeitskraftgewinnung etabliert und sind auch wichtige **Instrumente zur Vermittlung** in den von Menschen in den Arbeitsmarkt.

- Mit dem Programm **Wirtschaft integriert** eröffnen wir gemeinsam mit der Wirtschaft einen Weg zum erfolgreichen Berufsabschluss für Menschen, die eine besondere Deutschförderung benötigen. Diese erfolgreiche Kooperation wollen wir ausbauen.

- Wir wollen einen **„Tag des Handwerks"** an allen allgemeinbildenden Schulen in Hessen einführen.

- Bei der Übernahme **europarechtlicher Ausschreibungsverfahren** und EU-Richtlinien wollen wir großen Wert auf den Schutz des Mittelstandes bei der Anwendung legen und darauf achten, Umsetzungen ohne Verschärfungen zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen durchzuführen.

GRÜNDER

- Wir wollen die Bereitstellung von Mikro-Krediten, Kapital für Kleinunternehmen, Innovationsdarlehen sowie die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung zur **Finanzierung von Unternehmensgründungen** ausbauen und auch die Rahmenbedingungen für Risikokapital verbessern.

- Wir werden neue Initiativen starten, um **Unternehmergeist und Existenzgründungen,** insbesondere auch im ländlichen Raum, einen weiteren Schub zu verleihen. Schon in den Schulen soll die ökonomische Bildung durch ein Wahlpflichtfach gestärkt werden.

- Wir werden einen **Landespreis für Schülerfirmen** ausschreiben, um erfolgreiche Gründungen besonders junger Gründerinnen und Gründer sichtbar zu machen.

- Mit **Gründungsbotschaftern** wollen wir sowohl in den Schulen als auch in den Hochschulen für das Thema werben und jungen Menschen aufzeigen, welche Möglichkeiten es in diesem Bereich gibt und welche Anlaufstellen dafür in Hessen zur Verfügung stehen.

- **Existenzgründungen** sollen durch weniger Bürokratie und Service aus einer Hand künftig **in 48 Stunden** möglich sein.

- **Existenzgründungsberatungen** wollen wir in der Zukunft auch für die erste Zeit nach den Gewerbeanmeldungen zulassen und fördern.

- Auch **Betriebsübernahmen** wollen wir deutlich erleichtern, in dem es einen Übergangsbestandsschutz gibt. Damit wollen wir es für Inhaberinnen und Inhabern leichter machen eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger für Ihren Betrieb zu finden.

- Für die **Ausbildung von Ingenieuren** werden wir einen Aktionsplan auflegen und die MINT-Fächer in den Schulen stärken. Hierzu werden wir uns mit Partnern aus Hochschulen, Wirtschaft, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften abstimmen und konzertiert vorgehen.

- Wir wollen unsere 2018 gestartete **Start-Up Initiative** Hessen fortsetzen und Hessen als führenden Start-Up State weiterentwickeln. Ein wichtiger Bestandteil davon ist die Vernetzung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Aus diesem Grund wollen wir an unseren bestehenden Anlaufstellen wie z.B. dem StartHub Hessen oder dem TechQuartier festhalten und sie ausbauen.

- Unser Ziel ist es insbesondere auch **weibliche Gründerinnen** stärker zu unterstützen. Hierfür wollen wir ein eigenes Förderprogramm etablieren.

- Um die Sichtbarkeit der Start-Up Branche zu verbessern, wollen wir jährlich ein internationales **Start-Up Festival** in Hessen ausrichten und damit Gründerinnerinnen und Gründern die Möglichkeit geben sowohl international als auch national sichtbar zu werden. Auch unseren Hessischen Gründerpreis wollen wir weiter fortführen und jährlich vergeben.

- Wir wollen einen **Beauftragten für Start-ups** schaffen und eine **Datenbank** bereitstellen, die als zentrale Anlaufstelle alle wichtigen Informationen für Gründer in einer Hand enthält.

- Wir wollen **Förderprogramme** so gestalten, dass sie allen Interessierten offenstehen – egal ob sie von öffentlichen oder privaten Hochschulen kommen.



AUFBRUCH FÜR BESCHÄFTIGUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINEN DYNAMISCHEN ARBEITSMARKT

6.

MODERNE ARBEITSWELT

- Wir bekennen uns zu einer **aktivierenden Politik** für mehr Beschäftigung, die Menschen wieder selbstverständlich in den vollwertigen Arbeitsmarkt führt. Die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung ist die zentrale Aufgabe der Jobcenter und muss künftig wieder Vorrang haben. Für eine entsprechende Änderung im Sozialgesetzbuch werden wir uns auf Bundesebene nachdrücklich einsetzen.

- Unsere mobile Initiative „**#REAL:DIGITAL**" wollen wir fortführen, um Schülerinnen und Schüler weiter vor Ort bei der beruflichen Orientierung zu unterstützen und Ihnen die verschiedenen Optionen nach der Schule näherzubringen.

- Angesichts unbesetzter Ausbildungsplätze muss auch mit digitalen Maßnahmen **stärker für berufliche Chancen** geworben werden.

- Wichtiger Baustein dabei soll unsere Initiative „Von **AzuB – Mach deinen Weg**" sein, die wir fortführen und weiter ausbauen.

- Wir fordern die Entwicklung einer **digitalen Azubi-App**. Sie soll die Vermittlung von Ausbildungsplätze weiter verbessern, indem sie über eine App als Match angeboten werden.

- Wir wollen beim Bund eine Prüfung initiieren, ob die **Sozialversicherungsfreiheit für Auszubildende** rechtlich umsetzbar ist. Damit wollen wir die Ausbildung durch „mehr Netto vom Brutto" attraktiver machen.

- Die Arbeitswelt der Zukunft baut auf Qualifikationen und Erfahrungen von Menschen jedweden Alters auf. Lebenslanges Lernen und permanente Weiterbildung werden immer stärker selbstverständlicher Teil der Arbeits- und Lebenswirklichkeit. Wir werden eine **neue Weiterbildungsinitiative** schaffen, um Menschen auf neue Berufsbilder, digitale Anforderungen und Veränderungen in der Arbeitswelt vorzubereiten.

- Wir werden am **Bildungsurlaubsanspruch von fünf Tagen für alle Beschäftigten** festhalten und die Angebote von Bildungsveranstaltungen weiter fördern. Das Spektrum der anerkannten Veranstaltungen haben wir kürzlich um digitale Bildungsangebote erweitert, um die positiven Erfahrungen aus der Pandemie zu verstetigen.

- Menschen, die länger und freiwillig erwerbstätig sein wollen, müssen davon auch profitieren. Wir wollen die **Teilzeitrente** möglich machen. Das heißt, wir wollen den Übergang vom Arbeitsleben in die Rente auf freiwilliger Basis umfassend flexibilisieren, Bürokratie abbauen und in der Steuer- und Abgabenregelung Anreize für eine freiwillige Kombination von Rentenbezug und Zuverdienst setzen.

- Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, um Frauen dabei zu unterstützen, noch häufiger beruflich tätig zu werden. Hierfür wollen wir u.a. unsere **Koordinierungsstelle „Frauen & Wirtschaft"** noch weiter ausbauen.

- Wir wollen eine **Gründerkultur für Frauen** etablieren. Daher müssen wir Gründerinnen und Selbständige durch Technologien und Gründerzentren stärken. Dazu gehören auch wichtige Rahmenbedingungen wie Coworking-Spaces und Kinderbetreuung am Arbeitsplatz.

- Wir wollen die **Bedürfnisse von Familien bei der Arbeitszeitgestaltung** mehr berücksichtigen, um Eltern Zeit für die Familie und Betreuung der Kinder zu gewährleisten und gleichzeitig den Anforderungen der beruflichen Karriere gerecht zu werden. Deshalb wollen wir mehr digitales, orts- und zeitunabhängiges Arbeiten ermöglichen.

- Wir werden die rechtlichen Rahmenbedingungen prüfen, um **flexible Arbeitszeitmodelle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer** ermöglichen zu können. Wer beispielsweise an einem oder zwei Tagen in der Woche früher gehen will, um sein Kind vom Kindergarten abzuholen, und dafür an anderen Tagen länger arbeiten will, der soll das tun können. Auch bei den Arbeitszeiten sollten starre Regelungen zugunsten von zeitgemäßen und praktikablen, aber dennoch regelbasierten Lösungen, z.B. durch **Familienzeitkonten**, flexibilisiert werden.

- Nur mir **gerechten und niedrigen Steuern**, weniger Sozialabgaben und mehr Flexibilität wird der Beschäftigungsturbo voll ausgespielt. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.

- **In Hessen soll jeder sicher und gesund arbeiten können.** Wir setzen uns dafür ein, dass die Beratungsangebote insbesondere im Bereich des mobilen Arbeitens und von psychischen Belastungen ausgeweitet werden.

FACHKRÄFTEOFFENSIVE

- Wir zünden einen neuen **Turbo für mehr Beschäftigung**, der Menschen in Arbeit bringt, qualifizierte Fachkräfte nach Hessen lockt und mit praxisnaher, moderner Weiterbildung neue Chancen für die Zukunft eröffnet.

- Hessen benötig qualifizierte Fach- und Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland, die den Beschäftigungsbedarf im Mittelstand, in der Industrie und im Dienstleistungssektor decken. Wir wollen **eine echte "Fast Lane" für Fachkräfte** in Hessen schaffen. Durch eine klare Trennung der Fachkräfteeinwanderung von der Migration Schutzsuchender wollen wir Verfahren beschleunigen.

- In der **Ausländerbehörde** wollen wir eine **eigene Abteilung für ausländische Studenten** schaffen. Diese sollen sich auf ihren Studienerfolg konzentrieren können.

- Für die Anwerbung von Fachkräften soll beim Bund eine neue Agentur für Einwanderung („**Work-and-Stay-Agentur**") geschaffen werden. Diese Agentur soll aktiv um ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt werben. Ihren Aufbau wollen wir aktiv unterstützen und mit hessischen initiativen verzahnen.

- Insgesamt müssen wir wie an vielen Stellen die **Verfahren verschlanken**. Das beginnt bei der Antragstellung in den deutschen Botschaften und endet bei den Behörden vor Ort. Wir wollen ein umfassendes Konzept erarbeiten, wie wir in Zusammenarbeit mit den jeweils Verantwortlichen insgesamt deutlich schneller und so deutlich attraktiver für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland werden.

- Die Arbeit des „**Bündnis Fachkräftesicherung Hessen**", in dem die relevanten Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Kommunen eingebunden sind, werden wir weiter fortführen. Gemeinsam mit dem Bündnis wollen wir Lösungsansätze erarbeiten, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken und unseren Wirtschaftsstandort weiter zu stärken.

- Unsere **Fachkräftecamps**, in denen möglichst viele junge Menschen ab 14 Jahren die Möglichkeit erhalten Zukunftsberufe in Gesundheit und Pflege kennenzulernen und für sich zu entdecken, wollen wir fortführen und auch auf andere Berufsgruppen ausweiten.

- Um alle Potenziale serviceorientiert und passgenau aus dem In- und Ausland auszuschöpfen, werden wir z.B. die Anerkennung von Abschlüssen, die Beratung und Unterstützung und Qualifizierungsangebote in einer Hand bündeln. Die **landesweiten Kampagnen** werden wir verstärken.

- Wir brauchen mehr Fachkräfte-Visa und eine **schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse**. Auch daran werden wir arbeiten – im Bundesrat und in Hessen selbst. Sofern Bundesrecht dies zulässt, setzen wir uns dafür ein, dass ausländische Studenten mit einem deutschen Hochschulabschluss automatisch eine unbefristete Arbeitserlaubnis in Hessen bekommen.

- Um ausländischen Arbeitskräften einen besseren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, haben wir u.a. das **Hessisches Welcome-Center** aufgebaut und die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen im Rahmen des Hessischen Landesprogramms „WIR – Vielfalt und Teilhabe“ ins Leben gerufen. Diese Maßnahmen wollen wir fortführen und bedarfsgerecht ausbauen.

- Wir werden Initiativen unterstützen, um in der Wirtschaft mehr **Mitarbeiterkapitalbeteiligungen** anzubieten, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anteile am eigenen Unternehmen erwerben können.

- Wir setzen ein Förderprogramm auf, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen für **Arbeitnehmer attraktiver** zu werden. Dies kann bspw. der Bau oder Erwerb von Werkswohnen sein oder ein unternehmensübergreifender Transport von zu Hause zum Arbeitsplatz.

- Außerdem werden wir uns für eine Erhöhung der **Erasmus-Förderungen** stark machen, um es mehr jungen Menschen aus der Europäischen Union möglich zu machen, uns und unsere Wirtschaftsstrukturen im Rahmen von Praktika kennenzulernen und sie so animieren, im Anschluss ihre Ausbildung hier zu beginnen.



MODERNEN INNOVATIONEN ZUM DURCHBRUCH VERHELFEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

7.

- Hessen soll **Spitzenland** in Forschung, Forschungsinfrastruktur, Lehre und Transfer bleiben. Innovationen von heute sichern die Arbeitsplätze von morgen und damit unseren Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

- Deshalb werden wir unsere Anstrengungen in diesem Bereich weiter ausbauen und zielgerichtet bündeln. Dazu entwickeln wir ein eigenes Hessisches **Forschungs- und Technologieministerium**.

- Das gesellschaftliche Bewusstsein für Forschung und Technologie muss nachhaltig gestärkt werden. Dazu schaffen wir mit den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft einen gemeinsamen **Stärke-Pakt**.

- Hessen muss auch künftig attraktiv für **Spitzenforschung aus dem In- und Ausland** bleiben. Dies gilt für hochqualifiziertes Personal an den Hochschulen, für Fachkräfte in Forschungseinrichtungen und in der Wirtschaft wie auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Im Rahmen des Stärke-Paktes werden wir dazu neue Impulse entwickeln.

- Für Genehmigungsanträge im Zusammenhang mit Forschungsvorhaben durch Hochschulen oder private Unternehmen wird Hessen **keine Gebühren** mehr erheben.

WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULE

- Wir bekennen uns zur verfassungsmäßig verankerten **Wissenschaftsfreiheit** und der Bedeutung der Hochschulen für die Zukunft unseres Landes. Die Wahrung der Autonomie der Hochschulen bleibt dabei für uns eine herausragende Maxime.

- Wir setzen weiter auf den von uns seinerzeit eingeleiteten Weg der **Eigenständigkeit** der hessischen Hochschulen. Die Fortschreibungen des Hochschulgesetzes der letzten Jahre werden wir vor dieser Zielsetzung auf den Prüfstand stellen und evaluieren, um den hessischen Universitäten und Hochschulen wieder mehr Autonomie zu geben.

- Wir sorgen weiterhin für eine **auskömmliche und verlässliche Finanzierung,** damit sich unsere Hochschulen erfolgreich positionieren können. Die Umsetzung und Gestaltung der Digitalisierung in Forschung, Transfer, Lehre und Verwaltung als neue Daueraufgabe der Universitäten braucht eine eigene Abbildung in der Grundfinanzierung.

- Wir wollen auch die Ausfinanzierung des Tenure-Track- sowie des 300 W-Programms. Praxissemester, Lehrkräftebildung sowie die Psychotherapie künftig in die **Grundfinanzierung** einbeziehen.

- Darüber hinaus führen hohe Inflationsraten, die Steigerung der Energiepreise sowie die Bau- und Bauunterhaltskosten zu zusätzlichen Belastungen. Diese dürfen **nicht auf Kosten von Forschung und Lehre** gehen. Deswegen wollen wir die Grundfinanzierung der Hochschulen im Nachfolge-Hochschulpakt ab 2025 verlässlich und angemessen steigern.

- Wir werden auch für die Zeit nach dem Hessischen Hochschulpakt 2021 bis 2025 eine **zukunftsträchtige und verantwortungsvolle Personalentwicklung** an den hessischen Hochschulen sicherstellen.

- Unsere **Anstrengungen beim Hochschulbau** setzen wir fort: Das Bauprogramm HEUREKA sorgt für moderne Liegenschaften und COME für Energieeffizienz. Wir werden die Mittel spürbar erhöhen.

- Wir legen ein Programm **HEUREKA DIGITAL** auf, das ausschließlich die Stärkung der digitalen Infrastruktur an unseren Hochschulen fördert und deren Innovationsraum langfristig sichern soll.

- Mit einem neuen und ausgeweiteten **„Digitalpakt Hochschule"** werden wir den digitalen Wandel auch in Wissenschaft, Forschung und Lehre weiter vorantreiben, so etwa beim Ausbau der Hochleistungsrechnerinfrastruktur. Auch an den Hochschulen ermöglicht die Digitalisierung völlig neue Formen des Lernens und des wissenschaftlichen Arbeitens.

- Darüber hinaus wollen wir im Sinne größerer Effizienz und Wirtschaftlichkeit hessischen Hochschulen auf Wunsch die Übernahme der **Bauautonomie** erleichtern.

- Wir werden die **Hochschulverwaltung entbürokratisieren**. Insgesamt soll die Administration der Budgetmittel transparenter und die Systematik vereinfacht werden. Dazu gehören auch die Digitalisierung und Prozessoptimierung von Verwaltungsaufgaben. Weiterhin muss der Cyberschutz unserer Hochschulen ausgebaut werden, um sie vor Angriffen zu schützen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass bei der **Finanzierung der Hochschulmedizin** eine dritte Säule der Finanzierung durch Land und Bund geschaffen wird. Dadurch wird die finanzielle Ausstattung der Hochschulen verbessert. Die Hessischen Universitätskliniken haben einen Spitzenplatz bei Forschung und Lehre. Dies soll so bleiben, deswegen werden wir sie auch weiterhin auskömmlich finanzieren.

- Wir begleiten unsere Universitäten weiterhin aktiv mit Blick auf die neue Runde der **Exzellenzstrategie**. Das Exzellenz-Potenzial ist auch in Hessen unbestritten hoch, und das müssen wir im Verfahren stärker entfalten.

- Allen Menschen soll mit einer **geschlechtergerechten Sprache** begegnet werden. Wir sind aber gegen die verpflichtende **Verwendung der Gendersprache** mit Sonderzeichen an Hessens Hochschulen. Nicht-Gendern darf nicht zu einer schlechteren Benotung oder ähnlichen Konsequenzen führen. Wir stehen weiter dafür, dass die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgeschriebenen Regeln auch an hessischen Hochschulen angewendet werden.

STUDIERENDE UND LEHRE

- Für eine **zukunftsfähige Ausgestaltung von Studium und Lehre** setzen wir auf starke Lernumgebungen, differenzierte Lernwege und intensive Lernbegleitung. Um dem gerecht werden zu können, benötigen Universitäten, die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und die weiteren Hochschulen des Landes eine strukturell wirksame Fokussierung auf Studium und Lehre.

- Wir wollen ein für alle Hochschulen gemeinsames **Hessisches Hochschulportal auf Cloudbasis**. Durch die landesweiten Synergien kann eine qualitativ hochwertige Sicherheitsarchitektur geschaffen werden. Die Hochschulen können dabei das Portal individuell mit Anwendungen und Funktionen einrichten.

- Im Rahmen dieses Portals prüfen wir die Umsetzung einer gemeinsamen **Online-Bibliothek** aller hessischen Hochschulen.

- **Künstliche Intelligenz** wird auch im Studium immer wichtiger. Entsprechende Fortbildungsmöglichkeiten für Studierende und Lehrpersonal sollen daher verfügbar gemacht und unterstützt werden.

- Wir wollen eine **landesweit einheitliche StudiApp** einführen, die allen Studentinnen und Studenten einen digitalen Studierendenausweis bietet. Sie soll Serviceleistungen wie den Zugang zur Bibliothek, Zahlungsfunktionen für die Mensa oder das Semesterticket für Bus und Bahn umfassen. Funktionen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen sollen in die App eingebunden werden.

- Durch eine Reform der Lehrverpflichtungsverordnung entsprechend der veränderten Ansprüche an moderne Bildung sowie kapazitätsrechtliche Reformen werden wir **Verbesserungen bei der Betreuungsrelation** umsetzen.

- Wir prüfen, ob sich noch weitere Studiengänge für **Bachelorabschlüsse** eignen. Für den Eintritt in einen staatlichen oder staatlich überwachten Beruf halten wir weiterhin am etablierten Staatsexamen fest. Gleichzeitig wollen wir überprüfen, ob die Zahl der Studiengänge im Bachelor zu differenziert ist und das Gesamtangebot zielgerichtet bündeln.

- Die **Studierendenwerke** als bedeutende Säulen der Hochschulgemeinden und wichtige Partner des Landes werden wir weiter stärken.

- Die **Förderung von Wohnungen für Studierende** bleibt ein Schwerpunkt der Wohnungsbauförderung des Landes. Dazu werden wir das erfolgreiche Programm „Studentisches Wohnen“ fortsetzen und weiter erhöhen.

- Für Studierende muss das **Mensaessen** weiterhin eine günstige und gesunde Möglichkeit darstellen. Dafür muss an den Hochschulen vor Ort Sorge getragen werden.

- Wir wollen die **Senkung oder Abschaffung der GEZ-Gebühren für Auszubildende und Studenten** prüfen und uns für eine Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer von Studenten mit politischem Engagement im ländlichen Raum einsetzen.

- Die Wirkung des auf Bundesebene neu geregelten **BAföG** werden wir aufmerksam begleiten und wo nötig weitere Anpassungen anregen.

- Mit einem noch besseren Talentscouting für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, mit einer Begabtenförderung an Schulen und mit einer besseren Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Schulen tragen wir dazu bei, dass der **Übergang zum Studium** gelingt.

- Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir die Erfahrungen aus der Coronazeit mit den Kombinationsmodellen von präsenzorientierten und orts- bzw. zeitunabhängigen **Lern- und Studienformen** (z.B. sogenannte „Inverted Classroom-Angebote“) ausbauen.

- Wir werden die **Studienberatung** verbessern**.** Berufsorientierung, alternative Ausbildungswege, branchenspezifische Bedarfsprognosen u.v.m., aber auch soziale und psychologische Angebote sind wichtige Hilfestellungen für junge Menschen. Vor allem digitale Formate sorgen für flexible und passgenaue Angebote.

- Wir werden ein **Pilotprojekt, das für die MINT-Berufe** wirbt, entwickeln und mit der Berufs- und Studienorientierung der Schulen verzahnen.

- Wir wollen noch mehr **unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau** schaffen und darauf hinwirken, dass die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie den Mittelbau insgesamt noch weiter stärken. Dabei muss die Flexibilität der Hochschulen bei der Personalentwicklung erhalten bleiben.

- Die Qualität der Lehre spielt eine entscheidende Rolle für Studienleistungen und Studienerfolg. Sie ist daher wesentlicher Teil der Bemühungen, die **Studienerfolgsquoten** insgesamt zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch Anreize für (Teil-)Systemakkreditierungen an weiteren hessischen Hochschulen setzen.

- Das **duale Studium** in Hessen werden wir weiterhin unterstützen, auch um seine regionale Präsenz gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren zu stärken und bedarfsgerecht auszubauen.

- **Berufsakademien und privat getragene Studienzentren** leisten einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftegewinnung. Die Förderung dieser Einrichtungen durch staatliche Mittel des Landes Hessen werden wir evaluieren und neu aufstellen.

- Wir werden die **Stipendienkultur für Studierende** an unseren Hochschulen weiter stärken.

- Die Arbeit mit den **Alumni der Hochschulen** sichert den Austausch von Menschen, die ihren beruflichen Erfolg der Hochschule verdanken, mit ihrer Alma Mater. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die zunehmenden Aktivitäten der hessischen Hochschulen, die diesen Weg keineswegs nur finanziell, sondern vor allem auch ideell nutzen.

- Wir werden uns auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die Studierenden **digitale Lerninhalte** rechtssicher, unbürokratisch und kostenfrei nutzen können und der Zugang zu urheberrechtlich geschützten Schriftwerken unkompliziert möglich ist.

- Studentische Gelder sollen für studentische Interessen genutzt werden. Dabei dürfen diese Gelder nicht an verfassungsfeindliche Organisationen fließen. Deshalb sprechen wir uns **für Finanzierungsverbot von verfassungsfeindlichen Organisationen durch studentische Gelder** aus.

- Unseren Hochschulen stehen wir bei den weiteren **Prozessen der Internationalisierung** zur Seite.

FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

- Es ist die Zeit der Tüftler, der Erfinder und Ingenieure und nicht der Ideologen. Wir stehen für eine **offene Forschungskultur** ohne Denkverbote.

- Die **Zivilklausel** an staatlich finanzierten Hochschulen lehnen wir als Beschneidung der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit ab. Es ist angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen unseres Landes nicht vertretbar, mit öffentlich finanzierten Einrichtungen durch solche Regelungen zu versuchen, unsere wehrtechnische Industrie vom wissenschaftlichen Fortschritt abzuschneiden.

- Wir stärken weiterhin die exzellente **universitäre Forschung**, sowie den Wissenstransfer in Gesellschaft und Wirtschaft. Universitäre Forschung im Spektrum zwischen Grundlagen und gesellschaftlicher Gestaltung ist die wesentliche Basis für Zukunftsfähigkeit und Resilienz unserer Gesellschaften. Nur Spitzenforschung ermöglicht Innovationen. Wir streben daher an, in Zukunft eine Exzellenzuniversität in Hessen zu etablieren.

- Der Forschung an Universitäten und Hochschulen geben wir den notwendigen politischen Rückhalt, aber auch **Freiräume für Innovationen** und produktive Lösungssuche. Bei der Ausgestaltung des Transfers zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft soll künftig die besondere Bedeutung der Universitäten stärker berücksichtigt und durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden.

- Um die Mittel der Europäischen Forschungsförderprogramme noch stärker für Hessen und unsere Forschungslandschaft nutzbar zu machen, werden wir das Erfolgsprogramm **Hessen Horizon** evaluieren und bedarfsgerecht weiter ausbauen.

- Wir wollen unsere LOEWE-Schwerpunkte mit außeruniversitären Programmen verzahnen. So profitiert auch die außeruniversitäre Forschung mittelbar erheblich von der **Fortführung** des erfolgreichen hessischen Forschungsförderungsprogramms **LOEWE**. Es stärkt die außeruniversitären Forschungsgesellschaften und deren Institute, und es können wichtige Forschungsfragen bearbeitet werden, für die anderen Förderformate nicht zur Verfügung stehen.

- Das **Budget des LOEWE-Programms** soll evaluiert werden, um das erfolgreiche Programm konzeptionell an aktuelle Erfordernisse des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Hessen anzupassen.

- Wir wollen nicht nur weitere **LOEWE-Schwerpunkte und LOEWE-Zentren** ausschreiben, sondern auch anwendungsnahe Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie den Transfer in die Wirtschaft und Gründungen noch gezielter fördern. Auch zukünftig streben wir eine Verstetigung erfolgreicher LOEWE-Projekte an.

- Die bereits angeschobenen Vorhaben zur Förderung von gemeinsamen Einrichtungen der großen **Forschungsorganisationen Helmholtz, Max-Planck, Leibniz und Fraunhofer** werden wir weiterhin konsequent vorantreiben. Auch die Förderung der universitären und außeruniversitären Spitzenforschung außerhalb der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern haben wir weiter fest im Blick.

- In Ergänzung der erfolgreichen Loewe-Programme werden wir künftig auch **private Exzellenz-Forschungsmaßnahmen** fördern und flankieren. So schaffen wir Exzellenzcluster in Public-Private-Partnership. In Zusammenarbeit mit den großen Instituten werden in einem ersten Schritt die bestehenden Cluster gestärkt - von Pharma bis Raumfahrt und von alternativer Energieforschung bis Automotive.

- Vor dem Hintergrund der aktuellen Fragen rund um **Energiesicherheit** und -wende sollen die Hochschulen weiter technologieoffen forschen können. Erfolgsversprechende Start-ups, wie z.B. das von der TU Darmstadt unterstützte „Focused Energy", sollen gefördert werden.

- Wir werden die **Förderung der praktischen Anwendung** wissenschaftlicher Forschungsergebnisse weiter ausbauen, um Innovationen für Gesellschaftlich und Wirtschaft nutzbar zu machen und Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen.

- Wir wollen unser Unterstützungsangebot für Gründer speziell an Hochschulen bzw. für Studierende erweitern. Durch die Initiative **ZusePower** werden wir einen neuen Schub für Gründungen aus Hochschulen und Wissenschaft in Gang setzen. Jede Hochschule erhält dafür 10 Euro pro Studierendem, mit der künftig die Start-up-Kultur gefördert wird. So können Arbeitsplätze in Co-Working-Spaces geschaffen und Kontakte zu Investoren hergestellt werden.

- Gleichzeitig schaffen wir einen **Innovations- und Gründerfonds** und unterstützen die Aktivität bereits bestehender (z.B. CARMA-Fund). Damit kann die Gesellschaft den Gründern gezielt auch Risikokapital gegen z.B. Firmenanteile bereitstellen.

- Wir werden das neue internationale **Beschleunigerzentrum FAIR** in Darmstadt, als eines der größten Forschungsvorhaben weltweit gemeinsam mit den weiteren Kooperationspartnern vorantreiben.

- Unser bundesweit beachtetes Zentrum für Künstliche Intelligenz **(hessian.AI)** werden wir fortführen und weiter ausbauen.

- Grown-Ups sollen an speziellen Zentren weiter unterstützt und gefördert werden. Dort sollen bestmöglich auf die **Bedürfnisse der Grown-Ups** eingegangen werden. Die Hubs sollen wenn möglich an die Gründer- und Start-Up-Hubs angeschlossen werden.

- Die **Strategie der „Houses of"** hat sich bewährt und wird fortgeführt, um den Austausch zwischen Forschung, Wirtschaft und Politik weiterhin zu ermöglichen. Wir wollen weitere Synergien heben und die „Houses" besser miteinander verzahnen. Insbesondere der zukunftsträchtige Bereich innovativer Green-Technologien soll Teil der Strategie werden.

- Hessische Ideen sollen auch in Hessen bleiben. **Start-Ups an Hochschulen** sollen Zugang zu günstigen, mit den Hochschulen kooperierende Patentanwälte finden, die auch Innovationen, die an der Hochschule entwickelt wurden, schützen.

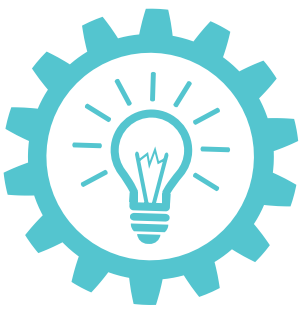
- Durch **regionale und hessische Gründercluster** soll die Vernetzung zwischen Start-Ups aber auch mit Stake-Holdern, Hochschulen und etablierten Unternehmen unterstützt werden.

- Insgesamt wollen wir noch stärker auf **Green-Tech** setzen. Wirksamer Natur- und Klimaschutz funktioniert nicht durch Gängelei oder Verbote, sondern mit innovativen, nachhaltigen und wirtschaftlich wertschöpfenden Lösungen. Wir wollen führender Öko-Tech-Forschungsstandort werden und in diesem Feld erfolgreiche Unternehmen ansiedeln und Gründungen fördern.

- Die **ESA in Darmstadt** ist ein elementarer Baustein der globalen Raumfahrt. Sie wollen wir weiter stärken und mit allen Ebenen und Verantwortlichen (ESA, Bund und Stadt Darmstadt) in Verhandlungen treten, um ein Besucherzentrum am Standort in Darmstadt zu schaffen, damit die „Faszination Raumfahrt" für eine breite Öffentlichkeit erfahrbar wird.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Hessen ein vollwertiger Standort des **Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt** wird.

- Die IT-Sicherheit ist eine stetige und angesichts akuter Bedrohungslagen eine besondere Herausforderung. Deswegen werden wir weiterhin die **Cybersicherheitsforschung** in Hessen ausbauen, damit Cybersicherheit "Made in Hessen" ein Markenzeichen bleibt. Dies schließt Verschlüsselungstechnologien, Resilienzforschung und Security-by-design-Ansätze ein. Damit schützen wir Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen.



SCHUBKRAFT FÜR DEN DIGITALEN WANDEL FORCIEREN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR DIE DIGITALISIERUNG

8.

DIGITALE INFRASTRUKTUR

- Hessen belegt bei der **Versorgung mit schnellem Internet** im Vergleich der Flächenländer Spitzenplätze. Auch im Bereich von 1000 M/Bit ist die Ausbaudynamik im Vergleich der Flächenländer hervorragend. Gewerbegebiete, Schulen und Krankenhäuser sind bereits nahezu vollständig an das schnelle Netz angebunden. Aber wir wollen mehr.

- Wir halten an dem Ziel fest, in unserem Land **bis 2025 eine flächendeckende gigabitfähige Infrastruktur** zu schaffen.

- Unser Ziel ist ein **flächendeckender Zugang zu Glasfasernetzen bis 2030**. Hierzu werden wir die erforderlichen Fördermittel zur Verfügung stellen, um den Ausbau gemeinsam mit den Unternehmern und Investoren von Breitband und Mobilfunk weiterhin zu gewährleisten. Die Förderungen des Bundes müssen effektiver erfolgen als bisher.

- Wir setzen auf den bewährten Ansatz **„Markt vor Staat“**, damit staatliche Mittel gezielt dorthin fließen, wo Unternehmen nicht investieren. Insbesondere der ländliche Raum wird auch künftig für uns dabei im Fokus stehen.

- Schnelle Genehmigungsverfahren und der **Abbau bürokratischer Hürden** sind für den Ausbau der digitalen Infrastruktur unverzichtbar: Hessen hat mit der Digitalisierung von Genehmigungsverfahren beim Breitbandausbau bundesweit eine Führungsrolle übernommen. Die Beratung und Unterstützung von Kommunen und Unternehmen bei Planung, Förderung und Durchführung werden wir verstärken.

- Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur alle **Glasfasernetzbetreiber** Mitbewerber auf ihre Netze lassen, sondern auch umgekehrt alle Glasfasernetzbetreiber die Netze der Mitkonkurrenten nutzen können, wenn diese bereits ausgebaut sind (sog. „Hold by Modell“).

- Wir schließen die letzten „Weißen Flecken“ bei der **Mobilfunkversorgung** und werden ein Förderprogramm „Graue Flecken“ auflegen, dort wo ein wirtschaftlicher Ausbau durch die Telekommunikationsunternehmen nicht möglich ist. Auch den Ausbau von IoT-Netzen wie z.B. LoRaWAN wollen wir unterstützen.

- Die Echtzeit-Datenübertragung mittels 5G ist Grundlage für viele Anwendungsprozesse der Zukunft. Hessen muss daher **Vorreiter im Ausbau der** dafür **nötigen Infrastruktur** bleiben und 5G flächendeckend etablieren. Über ambitionierte Ausbauvereinbarungen und eine Straffung des Genehmigungsprozesses wollen wir bis 2025 täglich im Schnitt zehn 5G-Funkmasten errichten, erneuern oder modernisieren.

- Wir beteiligen uns an der Forschung am nächsten Mobilfunkstandard und wollen dafür mögliche **Forschungsmittel** u.a. aus dem Bund anwerben.

- Unser **Programm der „Digitalen Dorflinde“** werden wir weiterentwickeln und noch mehr kostenlose WLAN-Hotspots im ländlichen Raum zur Verfügung stellen.

DIGITALPOLITIK

- Die Errichtung eines eigenen Digitalministeriums hat sich im bundesweiten Vergleich als vorbildlich erwiesen und weiteres Optimierungspotenzial aufgezeigt. Deshalb bauen wir es zu einem **Zukunftsministerium** aus, das alle Themen der Digitalisierung sowie die Bereiche Forschung und Technologie bündelt und maßgebliche Zukunftsthemen und -entwicklungen noch stärker und vorantreibt.

- Wir werden die internationale **Zusammenarbeit mit den „Digitalisierungs-Champions"** Singapur, Südkorea und anderen Ländern intensivieren. Ziel ist es, Best-Practice-Projekte zur Sicherheit in der Digitalisierung zum Erfolg zu verhelfen.

- Kleine und mittlere Unternehmen brauchen Unterstützung bei der **digitalen Transformation**. Erfolgreiche Angebote wir „Digi-Check" oder „Digi-Zuschuss" haben bereits in zahlreichen Betrieben die Digitalisierung gefördert. Mit der Einführung von „Digi-Coaches" werden wir die Beratungsangebote noch weiter verbessern und Unternehmern unterstützen.

- Gerade in den **ländlichen Räumen Hessens** werden wir unsere Kompetenzzentren zur Steigerung der digitalen Ökosysteme stärken und ausbauen und diesen Schwerpunkt im Rahmen des Programms ‚Starke Heimat Hessen' fortsetzen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die **Regulierung auf europäischer Ebene** gerade im Bereich der Digitalisierung, der Plattformökonomie sowie von Daten- und Verbraucherrechte optimiert wird. Ziel muss es sein, Gefahren einzudämmen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie Innovationskraft zu erhalten und Marktverzerrungen – auch international – zu verhindern.

- Wir setzen den Rahmen für eine **gerechte und verantwortungsvolle Datenpolitik**. Der Staat soll neue Technologien und Anwendungen erproben und Vorreiter für deren verantwortungsvollen Einsatz sein (z.B. Etablierung von Datentreuhänder).

- Wir wollen, dass alle Menschen die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Um Personengruppen, die sich nicht selbständig online bewegen können zu unterstützen und **Barrierefreiheit** zu ermöglichen, setzen wir uns für digitale Assistenten und Teilhabemöglichkeiten durch Änderungen im Sozialgesetzbuch ein. Wir werden überdies sämtliche Internetseiten des Landes möglichst barrierefrei gestalten.

- Mit einem eigenen Förderprogramm wollen wir Maßnahmen fördern, die zu einer **nachhaltigen Digitalisierung** beitragen wie Green-Tech, ressourcenschonende und effizienzsteigernde Produkt-Förderung etc.

DIGITALSTANDORT

- Wir wollen den Digitalstandort Hessen zum **Silicon Valley** ausbauen. Das bedeutet für uns zum einen, die Bereitstellung von Risikokapital mit Unterstützung privater Partner und eine unbürokratische sowie zeitgemäße digitale Darstellungen von Fördermöglichkeiten und Ansprechpartnern.

- Hessen ist der führende Standort der europäischen Rechenzentrumsbranche und verfügt mit dem De-CIX in Frankfurt über den leistungsfähigsten Internetknoten der Welt. Die hervorragenden Voraussetzungen für die **Ansiedlung von Rechenzentren** stärken wir weiter und optimieren gleichzeitig die Nutzung zum Beispiel von Abwärme und die Vermeidung von CO_2.

- Zur Vernetzung mit allen wichtigen Akteuren, auch Kommunen und der Bürgerschaft, leistet das neue **Rechenzentrumsbüro** einen Beitrag. Wir werden es weiterentwickeln und zu einem starken Instrument zur Ansiedlung und zur Förderung innovativer Ansätze ausbauen.

- Wir möchten bislang weitgehend ungenutzte Potenziale in Hessen für **strategische Stadtplanung** und Geschäftsmodelle, die für die Betreiber attraktiv sind, nutzen. Die vernetzte Planung durch Kommunen, Energieversorger, Wirtschaftsförderung sowie Netzbetreiber ist unser Ziel (z.B. Ausweisung von Baugebieten mit integrierten Abwärmenutzungskonzepten, Stromversorgung aus erneuerbaren Energien und Bereitstellung von Glasfasernetzen).

- **Web3** ist die nächste Basis des Internets und ermöglicht das De-Platforming von BigTech-Playern. Wir haben mit den Finanzmarktakteuren, -aufsicht, Big4 sowie Kanzleien alle Bestandteile, um das jetzt entstehende „regulierte Web3-Ökosystem" zu begünstigen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, Hessen zu einem führenden Standort für „Regulatory Sandbox" und „regulated Web3" auszubauen.

- Die guten Rahmenbedingungen für die **IKT-Branche** stärken wir weiter. Wir unterstützen insbesondere die Digitalisierung der industriellen Kerne z.B. im Bereich der Pharma- und Medizintechnik, bei Logistik und Mobilität sowie für kleine und mittlere Unternehmen.

- Für die Künstliche Intelligenz (KI) als eine Schlüsseltechnologie stärken wir das dynamische **KI-Ökosystem**, das Kompetenzentwicklung, Forschung, Lehre und Wirtschaft zusammenbringt und beste Voraussetzungen für die Entwicklung vielfältiger, zukunftsfähiger KI-basierter Anwendungen bietet.

- Gemeinsam mit dem VDE überprüfen wir mit dem **„Testing Hub" für Künstliche Intelligenz** mit hohen Standards deren Qualität. Unser KI-Innovationslabor bietet Unternehmen und Start-ups Zugang zur innovativen Recheninfrastruktur bieten.

INNOVATIONSFÖRDERUNG

- Damit **KI-Technologie** in Hessen auch zukünftig auf beste Bedingungen trifft und um den Anspruch der verantwortungsvollen Innovation zu stärken, bauen wir Fördermöglichkeiten und Infrastrukturen weiter aus (Start-up-Förderung, Förderung KI-Infrastrukturen, Förderung für KI-Transformation KMU und Industrie, Ausbau und Verstetigung der Projekte KI-Innovationslabor und AI-Quality-Hub).

- Dabei setzen wir uns für eine **verantwortungsbewusste Digitalisierung** ein und vernetzen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Hessen über Disziplinen und Standorte hinweg im entsprechenden Zentrum ZEVEDI, das ethische und rechtliche Fragestellungen bearbeitet und die digitale Transformation begleitet. Wir stellen den Menschen von Anfang an in den Mittelpunkt der Technologieentwicklung in Hessen und wollen dafür auch internationale Standards setzen.

- In Hessen haben **Grundlagenwissenschaft und anwendungsnahe Forschung** einen herausragenden Stellenwert. Wir wollen diesen Kurs fortsetzen und neue Kombinationen aus staatlicher (Forschungs-) Anschlussfinanzierung und privatem Kapital bilden, um digitale Innnovationen in Hessen noch besser unterstützen zu können.

- Zur Stärkung der Digitalisierung im Bereich Wirtschaft und Innovation werden wir das erfolgreiche **Förderprogramm Distr@l fortschreiben und ausweiten**. Insbesondere sollen die Digitalisierung im Handwerk, sowie Innovationen im E-Health Bereich und Serious Games unterstützt werden.

- Wir gründen eine hessische **Agentur für Sprunginnovationen** mit Zugriff auf Risikokapital für Start-ups. Wir fördern insbesondere die Innovations- und Transferkraft von Hochschulen und Start-ups und Scale-ups.

- Neben KI ist Quantencomputing eines der wichtigsten IT-Zukunftsthemen. Deshalb fördern wir den Aufbau des neuen Hessischen Zentrums für Angewandtes Quantencomputing der Fraunhofer-Gesellschaft und arbeiten daran, die schnellsten Quantencomputer der Welt in Hessen mit zu entwickeln.



INDIVIDUELLEN UND NACHHALTIGEN VERKEHR ERMÖGLICHEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINE MODERNE MOBILITÄT

9

- **Mobilität ist ein Grundbedürfnis von Menschen**. Die Art wie wir uns fortbewegen unterliegt gerade einem grundlegenden Wandel. Diesen Wandel gestalten wir in Hessen mit seiner zentralen Lage im Herzen Deutschlands aktiv mit. Wir stehen zur individuellen und klimaneutralen Mobilität: Mit dem Auto, der Bahn, dem Bus oder dem Flugzeug, ebenso wie mit dem Fahrrad oder zu Fuß.

- Kein Verkehrsträger darf gegen andere ausgespielt werden. Wir treten ein für den **Mobilitätsfrieden**!

- Wir werben für **Verkehr ohne Ideologie**. Wir stehen auch in Zukunft zum Auto und modernsten Technologien, zu denen auch Verbrennungsmotoren gehören. Pauschale Verbote darf es nicht geben. Stattdessen brauchen wir Technologieoffenheit.

- **Mobilität** muss sich **am Bedarf ausrichten,** und dafür ist das Auto vor allem in den ländlichen Räumen weiterhin unverzichtbar.

- Wir wollen, dass die Menschen entspannt, komfortabel, schnell und sauber ans Ziel kommen. Hessenweit bedarf es dazu **moderner und nachfrageangepasster Mobilitätsangebote**. Um das nutzerfreundlich und attraktiv zu gestalten, müssen alle Verkehrsformen von der Nahmobilität bis zum Flugzeug über Sharing-Angebote vernetzt werden.

- Gerade in den Ballungsgebieten werden künftig selbstfahrende Busse vom Stadtrand aus attraktive Zustiegsmöglichkeiten auf den ÖPNV bieten. Wir werden die **Rahmenbedingungen für autonomes Fahren** mitgestalten, um diese Potenziale voll auszuschöpfen.

- Wir wollen Forschungsvorhaben von **autonomfahrenden Fahrzeugen** unterstützen.

- Wir wollen, dass Hessen nicht nur Heimat der größten on-Demand-Flotte im deutschen ÖPNV ist, sondern darüber hinaus auch die **größte Zahl autonom fahrender Verkehrsmittel** besitzt. Neben dem bisherigen Fokus auf autonome Fahrzeuge im Straßenverkehr wollen wir uns auch für autonome Pilotprojekte im Schienenverkehr einsetzen und dafür geeignete Teststrecken in Hessen ausweisen.

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

- Wir stehen für einen leistungsfähigen **Öffentlichen Personennahverkehr** überall in Hessen. Bus- und Bahnverbindungen müssen **verlässlich, pünktlich, regelmäßig und flächendeckend verfügbar** sein. Besonders in den ländlichen Regionen müssen dafür nachfrageorientiert moderne und innovative Konzepte eingebunden werden.

- Die Kapitulation der Bundesregierung bei der **Einführung des Deutschlandtaktes** ist nicht akzeptabel. Wir erwarten vom Bund die Grundlagen für die Implementierung des Hessen-Takt als Vorreiter des Deutschland-Taktes.

- Wir erwarten vom Bund, dass er seiner **Finanzierungsverantwortung** nachkommt und auskömmliche Mittel für die Regionalisierung des Nahverkehrs bereitstellt.

- Wir wollen die Leistungsfähigkeit des Nahverkehrs im Rhein-Main-Gebiet sowie der Zulaufstellen im Nah- und Fernverkehr weiter steigern. Daher hat das Programm Rhein Main Plus höchste Priorität in der Umsetzung. Dazu gehören die Nordmainische S-Bahn, der viergleisige Ausbau der Strecke Frankfurt – Friedberg, die Wallauer Spange, der Knoten Frankfurt Stadion und die Regionaltangente West erweitert rund um Frankfurt. Wir setzen die Planungen und Arbeiten an der Regionaltangente Ost fort.

- Wir treiben die **Elektrifizierung der Taunusbahn** voran. Darüber hinaus intensivieren wir Planung und Umsetzung der **Beschleunigung der Strecke Marburg – Brilon**.

- Wir wollen die **Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken** vorantreiben, wo dies sinnvoll möglich ist. Neben den derzeit aktiven Planungsverfahren (Horlofftalbahn, Lumdatalbahn, Neu-Isenburg – Neu-Isenburg Stadt) fassen wir weitere Vorhaben, wie beispielsweise die Aartalbahn, ins Auge.

- Bei der **Ertüchtigung von „langsamen Fahrstrecken"** wollen wir auch die Entwicklungspotenziale für angrenzende Kommunen hinsichtlich Einwohnerentwicklung und Gewerbeansiedlung mit einbeziehen.

- Dies gilt zum Beispiel bei der Prüfung der Reaktivierung der Bahnstrecke von Kassel nach Naumburg sowie eines möglicherweise langfristig zu realisierenden Ringschlusses durch den Neubau der **Strecke von Naumburg nach Wolfhagen** unter Einbeziehung der ebenfalls stillgelegten **Bahnstrecke von Gasterfeld zum Bahnhof Wolfhagen**.

- Wir bekennen uns zum **zügigen Ausbau der Vogelsbergbahn**, um die Verbindung zwischen Mittel- und Osthessen und das Angebot im ländlichen Raum zu stärken.

- Wir setzen uns für den Bau des **Westerwaldtunnels** als Alternativtrasse zur Bahnstrecke im Mittelrheintal ein.

- Wir wollen das **Erscheinungsbild von Bahnhöfen** weiter verbessern. Mit der Bahn, dem Bund und den Kommunen wollen wir weitere Sanierungen konkret angehen. Auf Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund, Land und Bahn AG werden bis 2030 rund 500 Millionen Euro in Hessens Bahnhöfe investiert.

- Wir brauchen smarte Lösungen für einen individuellen ÖPNV, der sich an der realen Nachfrage vor Ort orientiert. Wir wollen Kommunen deswegen bei der Einführung von digitalen Mobilitätslösungen, wie z.B. On-Demand-Lösungen und Bürgerbusse, unterstützen. Erfolgreiche Beispiele gibt es dafür in Hessen zuhauf.

- Wir werden die Kommunen bei der Einrichtung eines **Anruf-Sammeltaxis (AST)** unterstützen.

- Wir stehen für **Technologieoffenheit** und wollen sowohl die Elektrifizierung von Strecken als auch den Einsatz von Wasserstoffzügen weiter vorantreiben.

- Wir werden den öffentlichen Nahverkehr weiter stärken. Hessen ist bundesweiter Vorreiter bei sogenannten **Flatrate-Tickets –** mit dem Seniorenticket, dem Schülerticket und dem Landesticket fahren bereits Millionen Hessinnen und Hessen für 1 Euro am Tag oder sogar kostenlos quer durch unser Land. Mit dem Deutschlandticket ist ein weiterer Schritt hin zu einem bezahlbaren ÖPNV für alle getan.

- Dabei setzen wir uns dafür ein, dass auch in Zeiten der digitalen Teilhabe gerade auch für ältere Menschen ein **Ticketerwerb auf analogem Wege** möglich bleibt.

- Wir wollen, dass S-Bahnen und **Busse am Wochenende auch nachts** fahren, damit gerade für Jugendliche ein attraktives Angebot besteht.

FUSS- UND RADVERKEHR STÄRKEN

- Die Schwächsten Verkehrsteilnehmer sind die **Fußgänger**. Ihnen und der Rücksicht auf sie gebührt daher unser besonderes Augenmerk.

- Wir wollen die **Einrichtung von Zebrastreifen und Fußgängerampeln** erleichtern. Sie darf zukünftig nicht mehr allein von der Anzahl der passierenden Autos abhängen, sondern muss an der Gefahrensituation gemessen werden. Vor allem dort, wo sich die Schwächsten der Gesellschaft aufhalten, dürfen die Anforderungen an Überquerungshilfen nicht zu hoch gestellt sein.

- Wir sprechen uns dafür aus, dass **Radwege** vereinbar mit den weiteren Angeboten des ÖPNV geplant und gebaut werden. Am Ziel, dass Mittel in Höhe von 10% der für den Straßenbau bereitgestellten Mittel in Radwege fließen, halten wir fest.

- Wir wollen die **Umsetzung weiterer Radschnellverbindungen** gemäß den vorliegenden Potenzialanalysen voranbringen und die Projektträger und Kommunen bei der Umsetzung unterstützen.

- Überall dort, wo ohnehin **Straßenneubau- oder Straßensanierungsmaßnahmen** anstehen, muss auch mitgeprüft werden, ob begleitende Fahrradstrecken entstehen oder ertüchtigt werden können. Dies gilt insbesondere für die hessischen Fernradwege, die eine immer größere touristische Bedeutung erlangen, bei denen aber hinsichtlich der Verkehrssicherheit noch Optimierungsbedarfe bestehen.

- Wir werden die **Mobilität insbesondere im ländlichen Raum verbessern**. Dafür streben wir beim Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) mindestens einen 30-Minuten-Takt an.

STRASSEN UND INFRASTRUKTUR

- Mobilität muss sich an den Wünschen und Bedarfen der Bevölkerung orientieren. **Das Auto** gehört dazu. Wir stehen zu individuellen Mobilitätsentscheidungen und wollen gute Infrastruktur für alle bereitstellen.

- Die Verbrennertechnologie mit **sauberen, synthetischen und Co2-neutralen Kraftstoffen** hat weiter Zukunft und bleibt ein wichtiger Baustein unserer Innovationsführerschaft beim Automobil. Wir stehen für **Technologieoffenheit.** Wir wollen deshalb das Auto mit Verbrennermotor verbessern, statt verbieten.

- Wir sind und bleiben ein **starker Automobilstandort**, den wir zukunftsfähig aufstellen. Dazu sind industrielle High-Tech-Schlüsseltechnologien wie autonomes Fahren, Hybrid-Technik, Leichtbau oder Antriebs- sowie Batterietechnik zu forcieren.

- Wir werden weiterhin auskömmliche **Mittel für Straßenbau und Instandhaltung** - mindestens in Höhe der buchhalterischen Abschreibungen – bereitstellen.

- **Ortsumgehungen** entlasten Anwohnerinnen und Anwohner und sichern einen zügigen Verkehrsfluss. Durch Bildung eines eigenen Haushaltsansatzes sollen die offenen Projekte schrittweise und in einem transparenten Verfahren umgesetzt werden. Kriterien zur Priorisierung sollen Verkehrsfluss, Verkehrssicherheit, Anbindung des ländlichen Raumes an verdichtete Räume, Wartezeit des Projektes und eine kommunale Priorisierung durch den Kreistag sein.

- Wir wollen auch weiterhin Anbindungen und Ortsumgehungen schaffen. Uns ist wichtig die Kommunen bei der Entscheidung zu **Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen** möglichst gleich zu behandeln und Verkehrsprojekten im ländlichen Raum den gleichen Stellenwert zu geben wie Verkehrsprojekten im Ballungsraum.

- Wir bekennen uns zur **Fertigstellung von A49 und A44**, sowie zum Neubau des **Riederwaldtunnels** und zur Fertigstellung weiterer Lückenschlüsse sowie zum Ausbau des **Darmstädter Kreuzes**.

- Wir wollen **schneller planen und genehmigen**, damit in Zukunft notwendige Sanierungsmaßnahmen von Schiene und Straße zügiger durchgeführt werden können.

- **Geschwindigkeitsbeschränkungen** sollen zielgerichtet und risikoorientiert wirken. Forderungen nach pauschalen und flächendeckenden Begrenzungen über die geltenden Beschränkungen hinaus erteilen wir eine Absage. Stattdessen wollen wir verstärkt auf variable Geschwindigkeitsbeschränkungen setzen, die dynamisch an Verkehrs- und Wetterlage angepasst werden.

- Wir werden **E-Mobilität in allen Bereichen** fördern. Unser langfristiges Ziel ist die generelle klimaneutrale Antriebstechnik. Als ersten Schritt sorgen wir für einen flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur mit einem freien Wettbewerb der Stromanbieter. Gleichzeitig zeigen wir uns technologieoffen gegenüber anderen Antriebstechniken.

- Wir treiben den Ausbau einer bedarfsgerechten **Elektroladeinfrastruktur an Landesgebäuden** voran und schaffen dafür bis zu 150 Ladepunkte jährlich.

- Zur zügigen Realisierung der **Ladeinfrastruktur** prüfen wir auch die Nutzung von Straßenlaternen, die durch Umrüstung zu Ladepunkten erweitert werden können. Hierfür starten wir ein Pilotprojekt.

- Mit den Tankstellenbetreibern, vor allem an den Autobahnen, verbessern wir die Möglichkeit zum Ausbau von **Schnellladepunkten**.

- Den **Güterverkehr** auf der Schiene wollen wir ausbauen und stärken. Ungeachtet dessen müssen auch für die wichtige Logistikbranche und das Transportgewerbe realistische Zukunftsperspektiven bestehen bleiben.

- Wir wollen uns für **mehr LKW-Parkplätze** entlang von Autobahnen einsetzen. Wir werden eine Koordinierungsstelle einrichten, die die Belange von Wirtschaft, Kommunen, Land, Bund und Autobahn GmbH in Hessen koordiniert.

- Um unsere Verkehrswege optimal zu nutzen und auszulasten, bieten neue Technologien zusätzliche Möglichkeiten. **Modernste Technik zur Verkehrslenkung** soll im Rahmen einer Telematik-Offensive forciert und technologisch weiterentwickelt werden. Hessen wird Vorreiterland für deren Einsatz.

- Neben Konzepten, Staus zur vermeiden, soll auch der Einsatz von **Spezialtechnik zur schnelleren Beseitigung von Staus** und bei der Parkplatzsuche in den Ballungszentren eingesetzt werden.

- An besonders staugefährdeten Stellen werden wir **LKW-Überholverbote** einrichten und ausweiten und wo möglich weitere Standstreifen freigeben.

- Das **Baustellenmanagement** werden wir optimieren und damit zu weniger Stau beitragen. Anfangs- und Enddaten von Baustellen werden wir intensiver kommunizieren und wo möglich kleinere Bauabschnitte wählen. Zudem werden die Tageshelligkeit besser ausnutzen und die 6-Tage-Woche sowie den Dreischichtbetrieb auf stark frequentierten Baustellen unter Berücksichtigung des Arbeitsschutzes zur Regel machen.

- Wir wollen die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer weiter verbessern und verfolgen das Ziel der „Vision Zero": keine Toten im Straßenverkehr. **Als Beitrag zur Vermeidung von Unfällen** setzen wir uns für europäische Vorgaben ein, mittelfristig alle LKW und Busse mit einer Rückfahrkamera, Surroundview, Totem-Winkel-Assistent, Personenerkennung und einem Notbremsassistenten auszustatten.

- Ein weiterer wichtiger Verkehrsträger sind die **Wasserwege**. Hier wollen wir insbesondere im Hinblick auf klimafreundlichen Verkehr den Einsatz von E-Fuels im Bereich der Schifffahrt weiter ausbauen.

LUFTVERKEHR

- Wir bekennen uns zur Stärkung des **Flughafens Frankfurt/Rhein-Main** auf der Basis des Planfeststellungsbeschlusses. Wir wollen den Flughafen in seiner Drehscheibenfunktion als Weltflughafen stärken, um Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Flughafen ist für uns der Herzmuskel der gesamten Region und wirkt weit über den engeren Ballungsraum hinaus.

- Wir wollen die **Entwicklungsperspektiven** des Frankfurter Flughafens für die größte Arbeitsstätte Deutschlands erhalten. Wir stehen daher an der Seite dieses wichtigen Pfeilers unserer Wirtschaft und unterstützen nach dem Bau der Nordwestlandebahn auch weiterhin den Bau des neuen Terminal 3.

- Wir haben das Ziel, den Flughafen Frankfurt bundesweit zum Vorreiter für die **E-Fuel-Technologie und nachhaltigen Luftverkehr** machen. Wir unterstützen das Vorhaben der Fraport zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes am Boden. Dazu gehört beispielhaft der Aufbau einer Ladeinfrastruktur (Airside und Landside)

- Um die die **Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens** zu sichern, werden wir uns auch auf europäischer Ebene weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die dortigen Programme wie z.B. Fit for 55 zu keiner Wettbewerbsverzerrung führen und europäische Standorte im internationalen Vergleich schlechter gestellt sind.

- Gemeinsam mit dem Flughafenbetreiber Fraport wollen wir den Ausbau der **Cargo-Funktionen** am Frankfurter Flughafen weiterführen. Damit wollen wir die Versorgung von wichtigen Gütern – vor allem auch in Krisenzeiten – noch bessern sichern.

- Der Frankfurter Flughafen ist bestens an den Fern- und Regionalverkehr der Deutschen Bahn angebunden und verfügt über eine **einmalige Intermodal-Infrastruktur**. Diese werden wir weiter ausbauen, um Bahn und Flugzeug weiter zu verknüpfen. Dazu zählt u.a. die Anbindung des Terminal 3 an das S-Bahn-Netz.

- Wir wollen beim Bund weitere Intermodalmittel einwerben, um den Fernbahnhof am Frankfurter Flughafen zur **AiRail Plaza** weiterzuentwickeln.

- Terminal 1 wurde über viele Jahre im laufenden Betrieb umgebaut, darunter leidet auch die Qualität bei der Abfertigung der Passagiere. Wir wollen den **weiteren Terminalausbau** maßgeblich an der Qualitätssicherung orientieren, um das Drehkreuz noch attraktiver zu machen

- Unsere Anstrengungen zur **Reduzierung des Fluglärms** haben in den vergangenen Jahren zu einer spürbaren Entlastung der Region geführt. Im Rahmen der „Allianz für Lärmschutz“ werden wir diesen Weg fortsetzen.

- Das **Kompetenzzentrums für Klima- und Lärmschutz im Luftverkehr (CENA)** werden wir erhalten und weiterentwickeln, um innovative Konzepte zur Zukunft des Luftverkehrs zu erforschen.

- Wir bekennen uns zum **Kassel Airport**, der insbesondere hinsichtlich der Ansiedlung von neuen Unternehmen volkswirtschaftlich schon jetzt eine Erfolgsgeschichte darstellt. Wo seitens der Politik möglich, wollen wir auch dazu beitragen, dass die Fluggastzahlen in den kommenden Jahren eine positive Entwicklung nehmen. Zur Attraktivitätssteigerung und CO_2 Entlastung sollte auch ein Bahnanschluss mit Verbindung zum ICE-Bahnhof Kassel für den Airport und das entstehende Gewerbegebiet geprüft werden.



RESPEKT UND ENGAGEMENT IM ALLTAG LEBEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR MEHR MITEINANDER

10.

RESPEKT UND ZUSAMMENHALT

- Wir wollen keine Ellenbogengesellschaft, sondern Zusammenhalt mit Respekt, Fairness und Solidarität. Wir wollen noch **mehr Miteinander** – auch im Alltag, an Bahnhöfen, in Bussen oder auf der Straße. Das ist von unschätzbarem Wert. Die Rücksichtnahme, das selbstverständliche Helfen und Zivilcourage sollen landesweit wieder gelebte Werte bilden.

- Wir setzen uns **ohne Wenn und Aber für eine offene Gesellschaft** ein und beziehen klar Position gegen alle, die sich gegen diese offene Gesellschaft positionieren. Deshalb treten wir jeder Form der Diskriminierung, insbesondere gegenüber Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität, ihrer Weltanschauung, ihrer Behinderung, Ihres Alters, Ihrer Religion oder ihrer kulturellen Herkunft entschieden entgegen.

- Wir werden bestehende Altersgrenzen auf ihre Berechtigung hin überprüfen, um **Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters für alle Lebensbereiche auszuschließen**, soweit dies möglich und zulässig ist.

- Aufbauend auf den Erfahrungen der erfolgreichen hessischen „Respekt-Kampagne" und unter Beteiligung von Kommunen, dem Sport, von Kirchen, Verbänden und den Medien wollen wir ein **Bündnis für gelebte Werte im Alltag** gründen.

- Durch praktische Initiativen vor Ort wird so das gesellschaftliche Miteinander wieder gestärkt. Auch die Schulen wollen wir dabei einbinden und **Kindern und Jugendlichen** dieses Verständnis noch stärker vermitteln als bisher.

- Unzählige Menschen in Hessen setzen sich für andere ein, engagieren sich, zeigen Zivilcourage und leisten Aktivitäten für mehr Gemeinsinn. Diese Menschen sollen als Vorbilder für die Gesellschaft stärker herausgestellt werden. Mit einer Aktion „**Hessen-Vorbilder"** wollen wir landesweit werben und damit auch den Austausch zwischen den Generationen stärken.

- Immer mehr junge Menschen wollen sich freiwillig engagieren, auch das will gelernt sein. Mit den Schulen und Universitäten wollen wir enger kooperieren, um **Praktikumswochen**, Semesterferien oder Studientage stärker bürgerschaftlich zu nutzen.

- Wir begrüßen die Debatte um ein **Gesellschaftsjahr** und teilen das gemeinsame Anliegen, die Beteiligung und das Engagement der jungen Generation für unser Land und unsere Gesellschaft weiter zu stärken und als Gewinn sowohl für die jungen Menschen selbst als auch unsere Gesellschaft im Ganzen auszugestalten.

- Ein Dienst an und für unsere Gemeinschaft macht stolz. Bis zur Umsetzung eines Gesellschaftsjahres auf Bundesebene wollen wir in diesem Sinne auch das **Freiwillige Soziale Jahr** fortentwickeln und stärken.

- Allen Menschen soll mit einer **geschlechtergerechten Sprache** begegnet werden. Die Pflege der deutschen Sprache bildet eine wesentliche Klammer für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir sind der Überzeugung: Sprache soll verbinden und nicht trennen. Deshalb nutzen wir die deutsche Sprache regelgerecht und lehnen eine Verpflichtung zur Nutzung einer Gendersprache mit Sonderzeichen, insbesondere an Schulen und Hochschulen, ab.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

- Rund jeder zweite Hesse ist ehrenamtlich aktiv. Der Einsatz in Sportvereinen, in Heimat- und Kultureinrichtungen, als Einsatzkraft in Hilfs- und Rettungsorganisationen, beim THW oder in der Feuerwehr, im Natur- und Umweltschutz, in karitativen Bereichen, Kirchen, in Berufsverbänden, Gewerkschaften, der Justiz, aber auch in der Kommunalpolitik vor Ort **kann nicht hoch genug geachtet werden** und ist für eine funktionierende Gesellschaft unverzichtbar. Wir sind die Stimme des Ehrenamtes!

- Unter der Dachmarke **#deinehrenamt** haben wir in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement in vielen Bereichen stetig verbessert. Davon und von vielen Förder- und Unterstützungsmaßnahmen der Ehrenamtskampagne profitieren nicht nur die ehrenamtlich Engagierten, sondern die gesamte Gesellschaft. Diesen Weg setzen wir fort.

- Mit einer Offensive **'Ehrenamt - aber ohne Bürokratie'** werden wir ehrenamtliches Engagement weiter fördern. Wir werden dafür sorgen, dass jeder helfen kann, der helfen will, indem wir Angebote und Nachfrage zusammenbringen.

- Um Vereinen auf ihrem Weg der Digitalisierung zu unterstützen, werden wir das erfolgreiche Programm **‚Ehrenamt digitalisiert'** fortsetzen.

- Steigende Auflagen und neue Kosten drohen vielfach, Engagement und Vereinsleben einzuschränken. Wir wollen gegensteuern und das Vereinsleben leichter machen. Um Vereine von Bürokratie und Kosten zu entlasten, wird das Land künftig die **GEMA-Gebühren** für nichtkommerzielle Veranstaltungen gemeinnütziger Vereine übernehmen.

- Zur Finanzierung ihres gemeinnützigen Vereinszwecks führen viele Vereine **wirtschaftliche Geschäftsbetriebe** (z. B. in Form von Festen), bei denen die steuerrechtlichen Grenzen schnell erreicht sind. Um die ehrenamtliche Vereinsarbeit zu stärken, wollen wir uns dafür stark machen, dass die Freibeträge angehoben und Möglichkeiten zur Finanzierung des gemeinnützigen Zwecks aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb verbessert werden.

- Wir prüfen weitere Schritte, um Engagement noch attraktiver zu machen. Dazu zählen professionelle **Maßnahmen zur Qualifizierung** und Aktivitäten zur Steigerung der gesellschaftlichen Anerkennung ehrenamtlich Engagierter.

- Die von uns eingeführte **Ehrenamtskarte** werden wir ausbauen und vor Ort weiter verankern. Wir wollen sie auf digitale Beine stellen, eine App-basierte Lösung anbieten und um bundesweite Vergünstigungen erweitern.

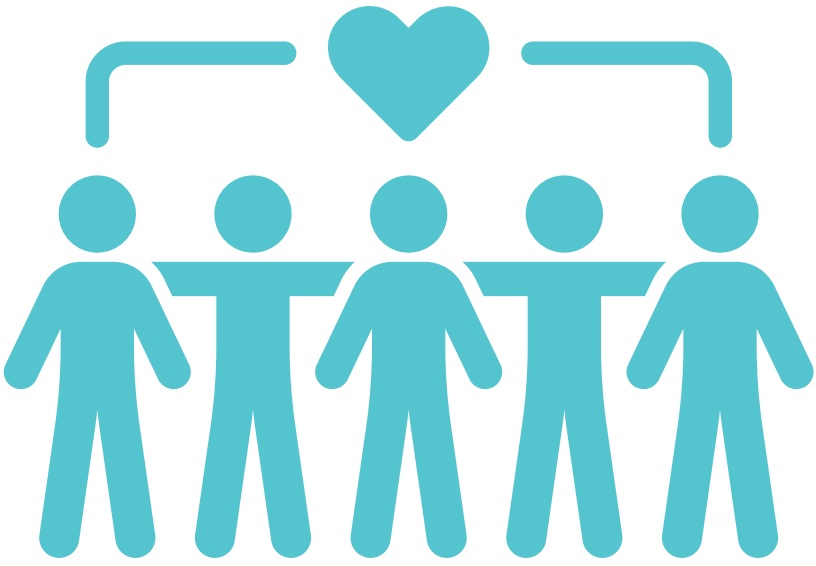
- Im Hinblick auf die Aufnahme eines Studiums treten wir dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement besser auf die **Wartezeit für einen Studienplatz** angerechnet werden kann.

- Wir begrüßen es, wenn auch **Unternehmen** honorieren und unterstützen, dass ihre Mitarbeiter sich für die Gesellschaft einsetzen. Das ergänzt die Anerkennung durch Staat und Gesellschaft und erleichtert dem einzelnen den ehrenamtlichen Einsatz deutlich. Wir werden dafür eintreten, dass dadurch keine rechtlichen Nachteile, zum Beispiel im Steuerrecht, entstehen.

- Die aktuellen Strukturen der Engagementförderung sind in den Kommunen sehr unterschiedlich. Durch den Aufbau von **Koordinierungszentren** schaffen wir gemeinsam mit den Landkreisen eine wichtige, landesweite Infrastruktur der Engagementförderung, die verstetigt und ausgebaut werden muss.

- Ebenso wird die Unterstützung der wertvollen **Arbeit von Freiwilligenagenturen** in Hessen fortgesetzt

- Wir werden unsere Qualifizierungsprogramme, wie zum Beispiel #zukunftsmacher, jung.lokal.engagiert! und die **Förderprogramme** für junge Menschen fortführen und weiter ausbauen.



EIN SICHERES UND BEZAHLBARES ZUHAUSE

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR MODERNES BAUEN UND WOHNEN

- Der derzeitige Wohnraummangel ist insbesondere in Ballungsgebieten eine große Herausforderung. **Der einzige Schlüssel für mehr bezahlbaren Wohnraum ist mehr Wohnraum**. Durch die Änderungen der äußeren Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Steigerung der Baupreise, den Zinsanstieg oder die Inflation hat sich der Wohnungsbau enorm verteuert. Umso stärker werden wir Belastungen senken und dafür sorgen, dass keine zusätzlichen Forderungen und Belastungen im Planungsverfahren entstehen.

- Wir werden eine **Task-Force** einsetzen und alle hessischen Kompetenzen nutzen, um Bauen wieder billiger zu machen, bürokratische Fesseln zu lösen und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. **Planungs- und Genehmigungsprozesse** müssen digitalisiert und beschleunigt werden.

- Wir werden § 52 Abs. 5 der Hessischen Bauordnung einer kritischen Prüfung unterziehen, um den handelnden **Kommunen vor Ort wieder mehr Entscheidungsbefugnisse** bspw. bei der Einrichtung von Fahrradstellplätzen zu geben.

- Wir wollen die **Umnutzung von Gewerbeimmobilien in Wohnraum** vereinfachen. Dies kann einen Beitrag zur Entlastung des Wohnungsmarktes leisten. Der entscheidende Vorteil besteht in der Schaffung neuen Wohnraums in gefragten Innenstadtlagen ohne zusätzliche Flächeninanspruchnahme und unter Nutzung bestehender Gebäude. Daher wollen wir die Umnutzung von Büros in Wohnraum erleichtern und die dafür passenden gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.

- Wir werden prüfen, wie wir die Rahmenbedingungen optimieren können, damit durch eine **Aufstockung** von Gebäuden neue Wohnungen entstehen können. Genehmigungsrechtliche Hindernisse für solche Maßnahmen bauen wir ab.

- Wir prüfen die **Aufstockung von Supermärkten** und ähnlichen Gewerbeimmobilien, die große Potentiale für zusätzlichen Wohnraum bieten.

- Durch die zahlreichen **Städtebauförderprogramme** profitieren verstärkt die Mittelzentren im ländlichen Raum. Wir wollen diese erfolgreichen Programme beibehalten und die volle Co-Finanzierung der durch den Bund bereitgestellten Mittel sicherstellen.

- Darüber hinaus werden wir die finanzielle Förderung um **Beratungsangebote für die Eigentümer** ungenutzter Gebäude mit dem Ziel ergänzen, diese in die Lage zu versetzen, ihre Gebäude in Wohnraum umzugestalten.

EIGENTUMSFÖRDERUNG

- Die eigenen vier Wände sind nicht nur **Lebenstraum** für viele Menschen und Familien. Sie sind auch oft die Grundlage der eigenen Altersvorsorge und ein Beitrag für gemischte und stabile Quartiere. Eigentum schafft Freiheit und Heimat.

- Eigentümer machen Mietwohnungen frei. Wir wollen daher **mehr Menschen Eigentum an Wohnimmobilien ermöglichen** und sie beim Erwerb oder Neubau unterstützen.

- Bis die Bundesregierung Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer ermöglicht, zahlen wir beim Ersterwerb einer selbstgenutzten Immobilie **ein Hessengeld** für die ersten eigenen vier Wände in Höhe von 10.000 Euro pro Erwerbsperson plus 5.000 Euro für jedes Kind.

- Wir wollen die steigenden Zinsen durch eine zielgerichtete **Investitionsförderung für Menschen** mit kleinen und mittleren Einkommen abfedern und dafür die bewährten Darlehensprogramme der Wi-Bank den veränderten Umständen an den Finanzmärkten anpassen.

- Diese Förderung muss mehr Menschen erreichen. Wir wollen die Einkommensgrenzen für die Beantragung der **Hessen-Darlehensprogramme** „Bestandserwerb" und „Neubau" erhöhen

- Wir wollen prüfen, ob die **steuerliche Absetzbarkeit** von Darlehenszinsen für selbstgenutztes Wohneigentum möglich ist. Dafür werden wir Gespräche mit dem Bund führen.

- **Eigenheimrente und die Wohnungsbauprämie** können in der aktuellen Marktlage attraktive Angebote zur Förderung von Wohneigentum sein. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, hierfür die rechtlichen Rahmenbedingungen zu modifizieren.

- Die Wohnbedürfnisse der Menschen sind verschieden. Wir brauchen daher **mehr Wohnraum in allen Facetten**. Den Bestrebungen, unter dem Deckmantel des Flächenschutzes Einfamilienhäuser oder Doppelhäuser zu verbieten, erteilen wir eine klare Absage.

- Für uns hat **Eigentum einen hohen Stellenwert**, den es zu schützen gilt. Deswegen wollen wir die Prüfung abschaffen, bevor in Gebäuden mit mehr als sechs Wohnungen eine Miet- in eine Eigentumswohnung umgewandelt werden kann. Jeder sollte selbst entscheiden können, wie er seine Immobilie nutzen möchte.

- Auch die **Regelungen zur Zweckentfremdung** möchten wir grundlegend überarbeiten und mehr Entscheidungsfreiraum bei der Nutzung der Immobilie schaffen.

- Um weitere Kostentreiber für das Bauen, wie beispielsweise **die Kosten für die Deponierung von Erdaushub zu reduzieren**, wollen wir künftig Lösungen für bessere und kostengünstigere Entsorgungs- und Wiederverwendungsmöglichkeiten finden. Dafür wollen wir Kommunen, die vor Ort neue Deponiekapazitäten schaffen und/oder bestehende ausweiten über den Kommunalen Finanzausgleich Anreize schaffen.

- Außerdem wollen wir den **Einsatz von Recyclingbaustoffen** erleichtern und Rohstoffe, die wir in Hessen haben, nachhaltig nutzbar machen.

BAULAND

- Die Ausweisung von **zusätzlichem Wohnbauland** muss dringend beschleunigt und vereinfacht werden. Hierzu werden wir uns dafür einsetzen, die rechtlichen Verfahren und Schritte, die die Kommunen zur Ausweisung von neuen Baugebieten durchlaufen müssen, signifikant zu vereinfachen und zu beschleunigen.

- Gerade in den nachgefragten Regionen wird zu wenig Bauland ausgewiesen. Städte und Gemeinden sind durch die **Ausweisung von Neubaugebieten** oft mit hohen Folgekosten für die Infrastruktur konfrontiert. Im Zuge der Evaluation des kommunalen Finanzausgleichs wollen wir daher prüfen wie Kommunen, die neue Flächen ausweisen, finanzielle Anreize erhalten können.

- Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen eine **Initiative zur Baulandgewinnung**, insbesondere auf Brach- und Konversionsflächen entwickeln, um dem Mangel an Bauland entgegenzuwirken. Das Land stellt ihnen dafür ein digitales Potenzialflächenkataster zur Verfügung.

- Wir brauchen einen schnellen Bauland-Schub. Um Bauland billiger und gerade in den Randbereichen großer Städte attraktiver zu machen, werden wir prüfen, ob Gemeinden, die bis Ende 2025 neue, derzeit nicht geplante Baugebiete ausweisen, in einem gemeinsamen Programm von Bund und Ländern bis zu **30 Prozent der direkten Erschließungskosten als Zuschuss** bekommen können.

- Für kleinere Kommunen werden wir eine **Vorfinanzierung der Maßnahmen** zur Baulanderschließung ermöglichen und eine Berücksichtigung von Wohnfolgekosten sicherstellen.

BEZAHLBARER WOHNRAUM

- Wohngeld ermöglicht es vielen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, sich am freien Wohnungsmarkt mit einer Wohnung zu versorgen. Wir begrüßen, dass durch die Reform des Wohngeldes mehr Menschen Zugang zu dieser Unterstützungsleistung bekommen. Die Neugestaltung des Wohngeldes werden wir unverzüglich umsetzen und die Mittel dabei noch stärker darauf ausrichten, vor allem Familien mit mittleren Einkommen dabei zu unterstützen, gestiegene Mietpreise bezahlen zu können.

- Preisgebundene Wohnungen sind ein wichtiger Baustein für bezahlbare Mieten. Im Bereich der Sozialwohnungen wollen wir weiterhin durch den **verstärkten Kauf von Belegungsrechten** dafür sorgen, dass preisgebundene Wohnungen auch nach Ablauf der Bindungsfristen bezahlbar bleiben. Weiterhin werden wir die bestehenden Förderrichtlinien evaluieren und an den aktuellen Bedarf anpassen.

- Wir unterstützen die Aktivitäten von **Wohnungsbaugenossenschaften und Wohneigentumsgemeinschaften**. Die in öffentlicher Hand befindlichen Wohnungsbaugesellschaften sollten sich verstärkt auf das Kerngeschäft der Schaffung von bezahlbarem Mietraum konzentrieren.

- Damit die **Schaffung von Wohnungen mit Sozialbindung** nicht weiter stockt, werden wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Die Förderangebote werden wir evaluieren und mit den Wohnungsbaugesellschaften auf ihre Praxistauglichkeit überprüfen. Bestehende **Mindeststandards zur Förderfähigkeit**, die Kosten treiben und Projekte wirtschaftlich gefährden, werden wir kritisch hinterfragen und gegebenenfalls anpassen. Dies betrifft insbesondere die Mindestgrößen und Mindestanzahl von Wohneinheiten sowie überzogene Ausstattungsvorgaben.

- Wir werden auch in Zukunft sorgsam darauf achten, dass in den angespannten Wohnungsmärkten Hessens die **Balance zwischen den Rechten der Mieterinnen und Mieter** sowie den Interessen der Wohnungswirtschaft und der Vermieter gewahrt bleibt. Weitere Eingriffe in die Wohnungsmärkte durch eine Verschärfung der Mietpreisregulierung soll es deshalb mit uns ebenso wenig geben wie Spekulationen mit Bauland oder leerstehenden Wohnungen.

KLIMASCHONEND WOHNEN

- Wir wollen Anreize für einen **energetischen Umbau** der eigenen vier Wände schaffen und Menschen dabei unterstützen durch Energiesparmaßnahmen die Energiekosten zu senken.

- **Zwangssanierungen**, wie sie in Brüssel vorgeschlagen werden, lehnen wir als völlig unverhältnismäßige Eingriffe in die Rechte der Eigentümer ab.

- Wir werden ein **Förderprogramm für energetische Klimaschutzmaßnahmen** auf den Weg bringen. Wer sich für eine Außenwand- und Dachdämmung, einen Fensteraustausch, die Dämmung der obersten Geschoss- und Kellerdecke, den Einbau eines Schlammfilters für Hocheffizienzpumpen, eine der Energie-Check-Varianten der Verbraucherzentrale, eine PV-Anlage, steckerfertige PV-Minianlagen oder Hocheffizienzpumpen entscheidet, erhält hierfür eine Förderung.

- Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, die bis zum vergangenen Jahr geltende Förderkulisse für energetisches Bauen **(Effizienzstandard 55)** um fünf Jahre zu verlängern und erst danach zu verschärfen, um so die Vollbremsung durch die Regelungen der Bundesregierung zu korrigieren.

- Das **Heizungsverbotsgesetz der Ampel-**Regierung ist der völlig falsche Weg für den Klimaschutz. Das plötzliche Verbot von Gas- und Ölheizungen ist praktisch nicht umsetzbar und für viele Menschen nicht zu bezahlen. Die Bundesregierung schafft so Ablehnung und Verunsicherung, wo wir Akzeptanz und Zukunftskraft benötigen. Wir lehnen Verbote und Zwangsmaßnahmen in den Heizungskellern der Bürgerinnen und Bürger entschieden ab. Die notwendigen Modernisierungen der Wärmeversorgung wollen wir durch Anreize und technologieoffene Lösungen voranbringen.

- Als waldreiches Land legen wir besonderen Wert darauf, eine nachhaltige Wärmebereitstellung mit Holz, Pellets oder anderer Biomasse als Energieträger voranzubringen. Das **Heizen mit nachwachsenden Rohstoffen** ist eine nachhaltige Form der Wärmeversorgung. Dies muss umfassend – auch im Neubau – weiter möglich sein.

GENERATIONENÜBERGREIFEND WOHNEN

- Die meisten Menschen möchten bis ins hohe Alter in ihrer vertrauten Wohnung und ihrem Wohnumfeld möglichst selbstbestimmt leben, denn dies ist entscheidend für die Lebensqualität. Wohnungspolitik muss darauf ausgerichtet sein, dass bei ständig wachsendem Bedarf ausreichend bezahlbarer, seniorengerechter und barrierefreier Wohnraum zur Verfügung steht.

- Um den Wunsch vieler Senioren, auch im Alter gerne in ihrer Heimatgemeinde wohnen bleiben zu können, zu ermöglichen, unterstützen wir deshalb die **flächendeckende Schaffung von Wohnanlagen für Senioren**.

- Generationen können voneinander lernen und profitieren. Deshalb wollen wir **altersgerechte und generationsübergreifende Wohnformen** weiterentwickeln und etablieren.

- Wir wollen den **altersgerechten und barrierefreien Umbau von Wohnungen, wie z.B. den Einbau von Aufzügen** im Treppenhaus von älteren Wohnhäusern fördern, damit Menschen möglichst lange in ihren angestammten vier Wänden bleiben können.

- Die Gestaltung quartiersnaher Bewegungsräume ist über niedrigschwellige und nutzerorientierte Angebote umzusetzen. So könnte man zum Beispiel die Ansiedlung ortsnaher Lebensmittelversorger weiter unterstützen.



DENKMALSCHUTZ

- Wir wollen dafür sorgen, dass im **Denkmalschutz** praxisnahe, verständliche und bezahlbare Lösungen gefunden werden. Damit schaffen wir es, dass die Gebäude für das Dorf-Bild erhalten bleiben.

- Das **Denkmalschutzverzeichnis** soll bis zum Ende der Legislaturperiode aktualisiert werden, um den Eigentümern alter Bausubstanz mehr Planungssicherheit zu geben. Dazu gehört auch, dass wir das Denkmalsschutzrecht anpassen und die Beantragung einer Aufhebung des Denkmal- bzw. Ensembleschutz in begründeten Fällen ermöglichen.

- Die **Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden** ist mit hohen Kosten verbunden. Wir wollen Menschen, die sich für einen Kauf eines denkmalgeschützten Gebäudes entscheiden, bei der Sanierung und dem Erhalt der Immobilie durch geeignete Förderprodukte unterstützen.

- Die Beratungs- und Fördermöglichkeiten des Landes, nicht nur aber v.a. auch für die Sanierung von Dorf- und Ortskernen werden wir in einer **zentralen Förderdatenbank** noch stärker sichtbar machen und bewerben.

- Die **Doppelzuständigkeit im Denkmalschutz** führt zu langen und bürokratischen Abstimmungswegen. Im Sinne einer effizienten Verwaltung wird die Zuständigkeit der Oberen Denkmalschutzbehörde auf besonders bedeutende Kulturdenkmäler konzentriert.

SOLIDARITÄT UND HILFE ERMÖGLICHEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT

12.

- Aus unserem christlichen Menschenbild folgen die Wertschätzung, der Respekt und die Anerkennung für jeden einzelnen Menschen. Wer sich nicht aus eigener Kraft helfen kann, braucht die **Solidarität der Gemeinschaft**. Wir stehen daher für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für **mehr Miteinander und weniger Ellbogen** – für ein soziales Hessen.

- Wir werben für eine Sozialpolitik, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. **Respekt, Hilfe und Anerkennung** muss jedem Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, sozialem Stand, politischer Überzeugung oder sexueller Orientierung zuteilwerden.

- **Hessen steht zusammen** – dieses Motto gilt nicht nur für die Bewältigung akuter Krisen, sondern ist Leitmotiv für ein soziales Hessen.

- Wir wollen uns für eine noch bessere **Aufklärung zur Organ- und Stammzellenspende** einsetzen.

ENGAGEMENT IN DER GESELLSCHAFT

- Wir werden das Engagement von Menschen für unsere Gesellschaft auf allen Ebenen stärken. Neben dem vielfältigen ehrenamtlichen Engagement, welches unsere volle Unterstützung erfährt, wollen wir **formalisierte Wege des Engagements stärken**.

- Dafür werden wir Angebote zur Absolvierung **eines Freiwilligen Sozialen Jahrs** deutlich ausweiten und flexibilisieren. Vor allem für junge Menschen, aber auch für Senioren nach der aktiven Arbeitszeit, wollen wir auf diesem Weg Möglichkeiten eröffnen, sich in einem festen Rahmen für das Wohl der Gesellschaft einbringen zu können, ohne Nachteile durch Besteuerung oder Anrechnungen zu erleiden.

- Wir befürworten einen Dienst an der Gesellschaft, der es allen jungen Menschen ermöglicht, sich zeitweilig und konkret für unser Land und für unsere Gesellschaft zu engagieren. Wir erwarten vom Bund, dass dieser die rechtlichen Voraussetzungen für ein **verpflichtendes Gesellschaftsjahr** schafft. Bis dies erfolgt ist, wollen wir mehr junge Menschen motivieren, sich freiwillig zu engagieren.

- Wir sind dankbar für die große Vielfalt gesellschaftlicher Initiativen und Projekte, die für Hilfe und gesellschaftlichen Zusammenhalt in allen Facetten eintreten. Diese **sozialen Initiativen und Angebote** werden wir auch künftig unterstützen.

- Aufbauend auf dem hessischen Sozialbudget werden wir die sozialpolitischen Maßnahmen künftig in einem **Zukunftsfonds „Hessen steht zusammen“** bündeln und auf 150 Millionen Euro erhöhen. Damit schaffen wir Verlässlichkeit, Planungs- und Zukunftssicherheit für die Menschen, Vereine und Verbände, die anderen Sicherheit und Hilfe geben.

- Ergänzend zu den bestehenden Strukturen der Wohlfahrtspflege wollen wir verstärkt die **Gründung von Sozialgenossenschaften** unterstützen. Sie können ergänzender Baustein in unserer sozialen Infrastruktur sein. Durch die Aktivierung bürgerschaftlichen und unternehmerischen Potentials wollen wir die soziale Infrastruktur ergänzen und in vielen Lebensbereichen zusätzliche Angebote schaffen. Dafür werden wir ein Förderprogramm mit Anschubfinanzierung auflegen und für die Gründung eine rechtliche Beratung anbieten.

- Durch die kleinräumige Organisation von **Sozialgenossenschaften** kann sozialen Anliegen vor Ort dabei mit maßgeschneiderten Lösungen begegnet werden.

- **Mehrgenerationenangebote**, die Unterstützung von Familien im Alltag und das selbstbestimmte Leben von Pflegebedürftigen oder Menschen mit Behinderungen sowie Projekte gegen Einsamkeit sind dabei Tätigkeitsfelder, in denen Sozialgenossenschaften einen wertvollen Beitrag für ein lebenswertes Hessen leisten können.

- Besonders die **Mehrgenerationenhäuser** in Hessen leisten einen wichtigen Beitrag für das soziale Miteinander. Nah am Bürger vernetzen sie Generationen und stärken soziale Bindungen vor Ort. Wir wollen daher eine verlässliche Unterstützung sicherstellen.

FRAUEN

- Die **Gleichberechtigung von Frauen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen** ist für uns Ziel und Selbstverständlichkeit. Dennoch ist Gleichstellung in vielen Bereichen immer noch nicht Realität. Bestehende Ungerechtigkeiten werden wir aktiv angehen und abbauen.

- Eine besondere Herausforderung sind die **weiterhin existierenden Unterschiede** in beruflicher Stellung, bei der Besetzung von Führungspositionen und damit auch bei der Bezahlung. Wir setzen uns dafür ein, die Lohnlücke zu schließen.

- Wir werben dafür, **mehr Frauen in Führungspositionen** zu bringen. Der öffentliche Dienst und die öffentliche Verwaltung haben hierfür eine Vorbildfunktion inne. Auf Grundlage des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes wurden hierbei bereits wichtige Fortschritte erzielt. Diesen Prozess wollen wir bis zur vollständigen Gleichstellung fortführen.

- Wichtiger Beitrag für eine Gleichstellung in der Berufswelt ist eine **gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit**, die derzeit noch hauptsächlich von Frauen übernommen wird. Wir werben daher für mehr Verantwortungsübernahme von Männern in diesem Bereich. Als Baustein im Kampf gegen Altersarmut von insbesondere Frauen setzen wir uns beim Bund dafür ein, dass die häusliche Pflege stärker bei der Rente berücksichtigt wird.

- Junge Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor. Dennoch ergreifen vergleichsweise wenige eine **Ausbildung oder ein Studium im technisch-naturwissenschaftlichen (MINT) Bereich**. Das wollen wir ändern.

- Wir werden daher in einem **Bündnis mit Wirtschaft und Wissenschaft** dafür werben, dass sich junge Frauen für MINT-Berufe entscheiden. Hierzu wollen wir ihnen Qualifizierungs- und Karrieremöglichkeiten aufzeigen und sie mit Beratungsleistungen unterstützen.

- Wir wollen den **Anteil von Gründerinnen in Hessen steigern** und unterstützen dafür entsprechende Netzwerkstrukturen und besondere Beratungsangebote wie Mentorinnenprogramme.

- Wir schaffen die rechtlichen Grundlagen und fördern Netzwerke und Kampagnen für den **Wiedereinstieg von Frauen in die Berufswelt** nach Erziehungs- oder Pflegezeiten.

- Der **Schutz von Frauen vor Gewalt** – insbesondere vor häuslicher Gewalt – hat für uns höchsten Stellenwert. Die Angebote von Frauennotrufen, Beratungs- und Interventionsstellen und ein flächendeckend erreichbares Angebot von Frauenhäusern für akute Krisenfälle werden wir erhalten und wo erforderlich ausbauen.

- Wir unterstützen die **Forschung im Themenbereich Frauengesundheit** und die Berücksichtigung geschlechterspezifischer Unterschiede in der Medizin. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf die Aufklärung und Sensibilisierung zum Krankheitsbild der Endometriose.

KAMPF GEGEN ARMUT

- Wir bekämpfen Armut in allen Facetten. Es ist Ziel unserer christlichen Politik und Auftrag unseres Grundgesetzes, die **Würde jedes Menschen** zu erhalten und zu fördern. Gesellschaftliche Gruppen mit besonders hohem Armutsrisiko nehmen wir dabei besonders in den Blick.

- Der **beste Schutz vor Armut ist Arbeit**. Wir bekennen uns daher zu einer aktivierenden Arbeitsvermittlung, zu Aus- und Weiterbildung und zur Erhöhung der Beschäftigungsquote.

- Wer – aus welchem Grund auch immer – nicht arbeiten kann oder keine Arbeit findet, muss die Solidarität und die **Unterstützung der Gesellschaft** erfahren. Dies gilt in besonderem Maße, aber nicht nur, für Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Senioren oder Geflüchtete. Unser Sozialstaat muss den Anspruch haben, jedem Menschen ein menschenwürdiges Auskommen zu garantieren.

- Die **Tafeln und andere vergleichbare Organisationen** leisten mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit einen großen Beitrag zur Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen. Bei dieser Arbeit werden wir sie weiterhin unterstützen. Die erhöhten finanziellen Zuwendungen werden wir verstetigen und bürokratische Hemmnisse, gerade bei der Spende noch genießbarer Lebensmittel, abbauen.

- Unser besonderer Kampf gilt der Verminderung von Kinderarmut. Wir werden daher ein **Programm zum „Kampf gegen Kinderarmut"** auflegen, falls der Bund in diesem Bereich weiter Antworten schuldig bleibt. Ein zentraler Baustein dieses Programms ist die Einführung des Hessischen Familiengeldes.

- Insbesondere erwarten wir, dass die Bundesregierung bedürftigen Kindern durch **Bündelung und Vereinfachungen** einen leichteren Zugang zu Förder- und Unterstützungsangeboten verschafft, damit sich jedes Kind sorgenfrei entwickeln und an unserer Gesellschaft teilhaben kann.

- Weiterhin werden wir eine **Agenda „Kein Kind in Armut – Für Eltern in Arbeit"** auf den Weg bringen und Eltern ohne Arbeit gezielt fördern und den Einstieg in Arbeit erleichtern.

- Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss sich auf **verlässliche und sichere Renten bzw. Pensionszahlungen** verlassen können. Dazu haben wir mit der Mütterrente, der Lebensleistungsrente und anderen Maßnahmen bereits viele Beiträge geleistet, um eine armutssichere Altersversorgung zu gewährleisten. Künftige Modernisierungen der Alterssicherung müssen auch das aktuelle Wirtschaftsgeschehen, zum Beispiel die Inflation, abbilden.

- Zur Bekämpfung der **Armutsgefährdung der Senioren** wollen wir dafür sorgen, dass leistungsberechtigte, ältere Menschen nicht aus Scham oder Angst vor Formalitäten auf ihre Ansprüche verzichten. Daher sind Unterstützungen leicht zugänglich auszugestalten und seniorengerecht zur Verfügung zu stellen.

- Wir wollen **Obdachlosigkeit in Hessen bekämpfen.** Gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern sozialer Hilfen erarbeiten wir dafür ein Konzept der niedrigschwellig aufsuchenden Hilfe und passgenauen Angebote.

- Weiterhin werden wir prüfen, ob der **„Housing first"-Ansatz** hierbei zur Lösung beitragen kann. Auch werden wir mit den Kommunen die Anschlussnutzung von im Rahmen der Flüchtlingskrise aufgebauten Wohngelegenheiten diskutieren.

GEGEN HASS UND HETZE

- **Rassismus ist keine Meinung**. Vielfalt und Internationalität gehört zu Hessen. Bei uns gibt es daher keinen Platz für Rassismus und Diskriminierung. Jeglicher Form von Hass, Hetze und gruppenbezogener Diskriminierung – sei es im Internet, im öffentlichen Raum oder auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt – sagen wir den Kampf an.

- Wir stehen für Toleranz – deshalb verfolgen wir eine **Null-Toleranz-Politik gegenüber Intoleranz**. Respekt und gleiche Rechte für alle gehören zu den unverzichtbaren Voraussetzungen des Zusammenlebens. Dies fordern wir von allen ein und bekämpfen Radikalismus gleich aus welcher politischen oder religiösen Richtung.

- Die hessische Antidiskriminierungsstrategie **„Für Vielfalt, Akzeptanz und gesellschaftlichen Zusammenhalt"** werden wir umsetzen und die erfolgreich begonnenen Projekte fortführen.

- Die etablierte **Antidiskriminierungsstelle und das Beratungsnetzwerk Demokratiezentrum Hessen** werden wir stärken und gemeinsam mit Partnern Prävention, Sensibilisierung, Beratung und Vernetzung weiter ausbauen, um rassistische Tendenzen zurückzudrängen.

- Die **Meldestelle „Hessen gegen Hetze"** wollen wir noch bekannter machen und ihre Verzahnung mit den Behörden der hessischen Justiz stärken.

- Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und der **LSBT*IQ-Community**. Insbesondere Hassgewalt und Gewalttaten gegen LSBT*IQ haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir werden daher Hassgewalt noch klarer identifizieren und benennen, präventive Maßnahmen initiieren und den Opferschutz verstärken.

- Den **Landesaktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt** werden wir evaluieren und fortschreiben. Die darauf beruhenden Förderangebote werden wir fortschreiben. Dazu wollen wir die zivilgesellschaftlichen Akteure zusammenbringen und vernetzen.

- Veranstaltungen der **LSBT*IQ-Community** sind selbstverständlicher Teil des kulturellen Angebots – sei es im Rahmen von Festen, Festivals, Kultur- oder Sportveranstaltungen. Diese Sichtbarkeit ist Beitrag zur Steigerung von Akzeptanz und Anerkennung. Der noch immer vorkommenden Ablehnung solcher Veranstaltungen treten wie entschieden entgegen.

- Wir wollen Einrichtungen und Projekte fördern und stärken, die sich **Hassgewalt entgegenstellen** und durch Beratung, Aufklärung und Opferhilfe einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Diskriminierung leisten.

MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

- Wir werden die **Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen** weiter verbessern und das Bundes-Teilhabegesetz im Sinne der betroffenen Menschen umsetzen.

- Wir werden die Bedingungen für ein inklusives Leben für Menschen mit Behinderungen verbessern und zu einem gesellschaftlichen Schwerpunktthema machen. Dafür bauen wir insbesondere die **Barrierefreiheit** weiter aus.

- Den **hessischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** werden wir weiterentwickeln und neu auflegen. Dabei nehmen wir alle Aspekte in den Blick, bei denen Menschen mit Behinderungen die besondere Aufmerksamkeit der Gesellschaft benötigen.

- Die **Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen** – von der Kinderbetreuung über Schule und Ausbildung bis zum Berufsleben – bleibt ein zentrales Anliegen. Wir richten dieses Ziel an den individuellen Bedürfnissen des betroffenen Menschen aus und wollen daher passgenaue und individuell zugeschnittene Lösungen finden.

- Der Erhalt und Ausbau von Förderschulen, speziellen Wohnformen, eine behindertengerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt und viele Angebote für Menschen mit Behinderungen mehr gehören für uns zu **einer individuellen Unterstützung**.

- Die Anzahl der noch nicht barrierefreien, **öffentlich zugänglichen Bauten des Landes** werden wir ermitteln und diese, wo möglich, **umfassend barrierefrei** gestalten.

- Barrierefreiheit bedeutet aber auch, dass ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen auf Informationen mit Hilfe von **leicht zugänglichen Formaten und Technologien** zugreifen können, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu gewährleisten.

- Wir werden im Rahmen eines **Modellprojektes zum Thema „Barrierefreie Verwaltung"** ein Konzept entwickeln, das den Kreisen, Städten und Gemeinden Anhaltspunkte für die eigene Umsetzung geben kann, um Verwaltungsdienstleistungen für alle Menschen problemlos zugänglich zu machen.

- Wir werden zudem ein besonderes Augenmerk darauf richten, dass auch Angebote privater Dienstleister, wie z.B. von Banken oder kulturelle Angebote, verstärkt **barrierefrei** gestaltet werden.

- Das **hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen** werden wir fortsetzen, um diesen Menschen Möglichkeiten für Arbeit und Beschäftigung zu eröffnen.

- Wir werden weiterhin den Bau bzw. Umbau von Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen fördern, um ihnen ein **selbstbestimmtes Wohnen** zu ermöglichen. Dazu gehört neben der Stärkung der Barrierefreiheit in der Hessischen Bauordnung und der Förderung des barrierefreien Umbaus von Wohnungen auch die weitere Unterstützung von alternativen Wohnformen speziell für Menschen mit Behinderungen.

- Wir haben nach dem **Landesblindengeld auch ein Gehörlosen- und ein Taubblindengeld** in Hessen eingeführt. Diese Leistungen wollen wir so ausgestalten, dass die betroffenen Menschen optimal profitieren können. Wir setzen uns daher für eine bessere Erreichbarkeit bestehender Angebote und die Schaffung von ausreichenden Angeboten, zum Beispiel von Gebärdendolmetschern, ein.

- Wir setzen uns für die Förderung von Lehrkräften in der Sonderpädagogik ein. Dafür möchten wir Angebote im Bereich **Gehörlosenpädagogik** in Hessen schaffen. Diese sollen als universitärer Studiengang und Fortbildungsmöglichkeit an der Hessischen Lehrkräfteakademie entstehen.

KAMPF GEGEN EINSAMKEIT

- Einsamkeit, ihre Auswirkungen und der Umgang mit ihr rücken mehr und mehr ins Licht der Öffentlichkeit. Viele Menschen leiden unter **Einsamkeit oder sozialer Isolation** mit weitreichenden, negativen Folgen.

- Diesem wachsenden Phänomen wollen wir begegnen und Angebote zur Abhilfe schaffen. Um einen umfassenden und sachgerechten Umgang mit dem Phänomen der Einsamkeit in seinen vielfältigen Facetten zu erreichen, werden wir eine **Enquete-Kommission beim Hessischen Landtag** einrichten. Dort sollen unter Einbindung von Wissenschaft, Sachverständigen, Sozialverbänden, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Institutionen neue Lösungsansätze im Kampf gegen die Einsamkeit aufgezeigt werden.

- Ziel ist ein **„Aktionsplan gegen Einsamkeit".** Durch Strategien, die insbesondere den flächendeckenden Ausbau bestehender ehrenamtlicher Kommunikationsangebote gegen Einsamkeit, die Förderung innovativer Wohnformen, die Förderung bestehender Projekte generationenübergreifenden Austauschs, die Unterstützung von Besuchs- oder Begleitprojekten der Hilfsdienste und unser neues Angebot „Zeit auf Rädern" berücksichtigen, verfolgen wir einen umfassenden und der individuellen Lebenswirklichkeit betroffener Menschen angepassten Lösungsbeitrag.

- Gerade während der Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft gezeigt, dass Solidarität und Achtsamkeit mit Menschen, die einer besonderen Gefahr von Einsamkeit ausgesetzt sind, in unserer Gesellschaft weit verbreitet sind. Die dort entstandenen niedrigschwelligen Angebote der **Nachbarschaftshilfe** und der Unterstützung bei der Erledigung von Alltagsaufgaben, wollen wir, wo möglich, erhalten und von einer Hilfe in einer Ausnahmesituation zu einem Baustein im Kampf gegen Einsamkeit fortentwickeln.

- Insbesondere wollen wir **rechtliche Hindernisse oder Unsicherheiten abbauen**, wo immer sie Hilfe erschweren oder gar verhindern.

- Auch der Austausch mit anderen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Leider ist dies nicht immer gewährleistet. Wir wollen prüfen, wie wir unter Einbindung vorhandener Strukturen ein neues Angebot **„Zeit auf Rädern"** schaffen können, bei dem von Einsamkeit bedrohte Menschen durch aufsuchende Gesprächspartner Möglichkeit zum Gespräch erhalten, wie sie durch „Essen auf Rädern" mit Nahrungsmitteln versorgt werden.



MIT VITALITÄT UND ENGAGEMENT IM ALTER LEBEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN

13

- Unsere Politik für ältere Menschen ist geleitet von dem Respekt gegenüber einer Generation, die unter schwersten Bedingungen unser Land aufgebaut und die Grundlagen für den heutigen Wohlstand erarbeitet hat. Diese **Lebensleistung verdient Wertschätzung** der gesamten Gemeinschaft und ist zugleich Auftrag für unser Handeln.

- Ein seniorengerechtes Umfeld vor Ort ist der Schlüssel für Anerkennung und Miteinander. Wir werden die erfolgreiche **„Aktion Generation"** ausweiten, damit unsere Städte und Gemeinden zukunftsweisende Maßnahmen für ein sicheres und seniorengerechtes Leben im Alltag realisieren können.

- Der Erfahrungs- und Ideenreichtum älterer Menschen birgt innovative Potentiale für die Gesellschaft, die wir heben wollen und die zur Nachahmung anhalten. Mit einem **„Innovationspreis 60 Plus"** bewerben wir solche Ideen künftig, um sie für ganz Hessen nutzbar zu machen.

- Als sichtbares Zeichen von Respekt und Wertschätzung werden wir einen **Großelterntag** einführen. Durch diesen näher zu bestimmenden Sonntag wollen wir den hohen Stellenwert der Großeltern in einer Familie würdigen und auch ein Stück Generationensolidarität zum Ausdruck bringen.

- In den kommenden Jahren werden die geburtenstärksten Jahrgänge („Babyboomer") in den Ruhestand gehen. Wir wollen Menschen die Möglichkeit geben, ihr berufliches Wissen durch individuelle und **flexible Weiterbeschäftigungen** einzubringen. Auf freiwilliger Basis gestaltet die ältere Generation so die Herausforderungen der neuen Arbeitswelt mit.

- Wir wollen Unternehmen bei der Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen unterstützen, um auch **älter werdenden Mitarbeitenden** eine altersgerechte Tätigkeit anzubieten und sie möglichst lange gesund im Erwerbsleben halten zu können.

- **Arbeitsende und Renteneintritt** wollen wir weiter flexibilisieren und bürokratiearm miteinander verzahnen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Teilzeit-Rente möglich wird.

- Menschen jeden Alters brauchen Kontakt, Einbindung und Austausch – gerade sehr junge und ältere Menschen profitieren voneinander. Durch **Patenschaften** oder die unkomplizierte Einbindung in Kitas und Schulen können Menschen nach dem Arbeitsleben ihre Erfahrung und Zeit in die Jüngsten unserer Gesellschaft investieren.

- Ältere Menschen brauchen Zuwendung, Unterhaltung und soziale Kontakte. Wir wollen prüfen, wie wir unter Einbindung vorhandener Strukturen ein neues Angebot "Zeit auf Rädern" schaffen können.

- Wir wollen das **Freiwillige Soziale Jahr stärker für Senioren öffnen.**

- Wir setzen uns dafür ein, die **Gebühren für ein Seniorenstudium an den Hochschulen abzuschaffen**.

- Wir **fördern das ehrenamtliche Engagement** älterer Menschen und wollen dazu auch neue Anreize schaffen und setzen, bspw. in Bürgerhilfevereinen.

- In unserer Zeit wird die Medienkompetenz immer wichtiger. Deshalb werden wir Programme zur **Stärkung der Medienkompetenz** gerade älterer Menschen fördern und dazu die Programme „Digital im Alter – Di@-Lotsen" und „Senioren im Netz" fortsetzen und wenn nötig aufstocken.



- **Zugänge zu Behörden** müssen barrierefrei gestaltet sein. Gerade für Angehörige der älteren Generation, die aufgrund ihres Lebensalters oder individueller Einschränkungen digitale Angebote nicht wahrnehmen können, werden wir Hilfestellungen und analoge Angebote weiter aufrechterhalten.

- Ob Enkeltrick, Betrug im Internet oder das Ausnutzen anderer vermeintlicher Schwächen - Seniorinnen und Senioren sollen sicher sein und sich auch so fühlen. Wir wollen in einer **Zukunftskommission „Sicherheit im Alter"** herausfinden, was Menschen im Alter das Leben vereinfachen kann und so soziale, gefühlte und tatsächliche Sicherheit gewährleisten.

- Aufbauend darauf wird das bestehende Netz der **'Sicherheitsberater für Senioren'** landesweit ausgeweitet. Damit sichern wir direkte Ansprechpartner vor Ort, die älteren Menschen mit konkreten Ratschlägen sowie wirksamen Hilfen und Angebote unterstützen.

- Das **erfolgreiche Engagement der Polizei** im Bereich Trickbetrüger am Telefon und WhatsApp, zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen oder zum Schutz vor Überfällen und Handtaschenklau wird fortgeführt.

- Wir unterstützen die Arbeit der lokalen **Seniorenbeiräte sowie Seniorenbeauftragten**, die sich für die Verwirklichung und Verbesserung von Lebensbedingungen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt von Alt und Jung und für die Teilnahme Älterer am gesellschaftlichen Leben einsetzen.

- Wir tragen Sorge, dass die wertvolle Arbeit der **Seniorenorganisationen** – ob auf privater Ebene oder staatlich geregelt – auf allen Ebenen stärkere Unterstützung erhält.

- Rentnerinnen und Rentner müssen sich auf eine **verlässliche und sichere Rentenzahlung** verlassen können. Dazu haben wir mit Mütterrente, der Lebensleistungsrente und anderen Maßnahmen in den letzten Jahren viele Beiträge geleistet. Künftige Modernisierungen der Alterssicherung müssen die Lebensleistung der älteren Generation berücksichtigen und daher auch das aktuelle Wirtschaftsgeschehen, z.B. die Inflationsgeschehen, abbilden.

- Zur **Bekämpfung von Armutsgefährdung** wollen wir, dass leistungsberechtigte, ältere Menschen nicht aus Scham oder Angst vor Formalitäten oder der Beantragung von Leistungen auf ihre Ansprüche verzichten. Daher sind Unterstützungen leicht zugänglich auszugestalten und seniorengerecht zur Verfügung zu stellen.

- Wir nehmen die Sorgen unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger für ihre **Gesundheitsversorgung** auf und werden neben niederschwelliger Versorgung, z.B. durch die Gemeindeschwester auch eine ausreichende ärztliche Betreuung in Heimen und Pflege sicherstellen. Da viele Ältere auf dauerhafte Medikamentenversorgung angewiesen sind, werden wir ein besonderes Augenmerk auf deren ausreichende Verfügbarkeit legen.

- Eine **wohnortnahe Versorgung** mit Gütern des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen ist gerade für ältere Menschen von grundlegender Bedeutung. Wo immer möglich, werden wir entsprechende Initiativen unterstützen, die dieses Angebot aufrechterhalten, nicht nur digital, sondern auch in Form von Präsenzangeboten vor Ort.

SICHERE VERSORGUNG AUSBAUEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR UNSERE GESUNDHEIT

14.

KRANKENHÄUSER

- Eine leistungsfähige Krankenhauslandschaft ist essenziell für die gesundheitliche Versorgung. Wir werden deshalb den **hessischen Versorgungsgipfel**, in dem alle wesentlichen Akteure der Gesundheitsbranche in Hessen, wie insbesondere Krankenhausgesellschaft, Kassenärztliche Vereinigung, Kommunen, Land, zusammengeschlossen sind, fortführen und die Ergebnisse und Vorschläge umsetzen.

- Ebenfalls werden wir über den hessischen Krankenhausgipfel die Beratungen im Bund zur **Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft** kritisch begleiten und die hessischen Interessen einbringen.

- Die Grund- und Notfallversorgung, Geburtskliniken und Pädiatrie müssen **wohnortnah** auch in den ländlichen Räumen zur Verfügung stehen.

- Bei komplexen Eingriffen ist eine optimale Versorgung durch Spezialisierungen nötig. Wir werden deshalb im Lichte der aktuellen Debatte um eine **große Krankenhausreform** des Bundes gemeinsam eine verlässliche Finanzierung sicherstellen.

- Krankenhäuser brauchen eine **moderne Ausstattung**. Hessen stellt Rekordinvestitionen für Investitionen in Krankenhäuser bereit. Die Investitionsmittel, die schon jetzt bundesweit im Spitzenfeld liegen, werden wir in mindestens stabiler Höhe beibehalten und dabei insbesondere die Digitalisierung, die IT-Ausstattung und die Cyber-Sicherheit sowie bauliche Modernisierungen in den Blick nehmen. Um die Gesamtfinanzierung der Krankenhäuser auf stabile Fundamente zu stellen, bringen wir uns intensiv in die Reform der Krankenhausfinanzierung ein.

- Wir bekennen uns zu unseren medizinführenden Universitäten, egal in welcher Trägerschaft. Die Leistungen der **Universitätskliniken** als absolute Maximalversorger sowie die dort geleistete Forschungsarbeit werden wir weiterhin bedarfsgerecht und entschlossen fördern.

- **Universitätskliniken** leisten einen enormen Beitrag zur Spitzenmedizin, zur Patientenversorgung der Bevölkerung und zur Ausbildung von Medizinern. Im Zuge der bundesweiten Reform der Krankenhausfinanzierung müssen die spezifischen Kosten der Universitätskliniken endlich angemessen berücksichtigt werden.

- Die Hessischen Universitätskliniken haben einen Spitzenplatz bei Forschung und Lehre. Dies soll so bleiben, weswegen wir sie auch weiterhin auskömmlich finanzieren werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Finanzierung der **Hochschulmedizin** eine dritte Säule der Finanzierung durch Land und Bund geschaffen wird. Dadurch wird die finanzielle Ausstattung der Hochschulen verbessert.

VERSORGUNG IN DER FLÄCHE

- Eine erreichbare Gesundheitsversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Niemand darf von einer qualifizierten Beratung und einer umfassenden medizinischen Versorgung abgekoppelt werden. Wir werden uns daher für eine **flächendeckende haus- und fachärztliche Versorgung** stark machen.

- Wir werden die medizinische Versorgung im **ländlichen Raum** stärken.

- Zentral bleibt dabei die Präsenzversorgung. Eine Versorgung mit **unterstützender Technik wie der Telemedizin** kann wertvolle Unterstützung sein.

- Die Einführung der **Landarztquote** ist ein wichtiger Baustein, um eine zukunftsfeste Versorgung zu sichern. Mit diesem Programm werden Studierende von Beginn an finanziell unterstützt und gezielt darauf vorbereitet, später eine Praxis im ländlichen Raum zu führen. Um ärztliche Versorgung in der Fläche zu gewährleisten, werden wir die Plätze im Rahmen der Landarztquote erhöhen und dabei auch weitere Fachrichtungen mit einbeziehen. Außerdem werden wir weitere unterversorgte Gebiete in die Landarztquote berücksichtigen, um die so ausgebildeten Mediziner in alle unterversorgten Gebiete zu bringen.

- **Medizinische Versorgungszentren (MVZ)** tragen durch die Ansiedlung mehrerer medizinischer Berufsgruppen an einer zentralen Anlaufstelle mit zumeist kommunalen Betreibern zur Versorgungssicherheit der Patienten und Patientinnen bei. Ärztinnen und Ärzten können hierbei u.a. von flexiblen Arbeitszeitmodellen profitieren. Wir wollen MVZs, insbesondere im ländlichen Raum als Ergänzung zur medizinischen Grundversorgung weiter fördern und ausbauen.

- Wir werden uns für die **flächendeckende Schaffung von psychosozialen und psychiatrischen Krisenhilfen-Systemen** einsetzen, um Menschen in akuten psychischen Krisenlagen schnelle Hilfe verfügbar zu machen. Die vorhandenen Strukturen in Krankenhäusern und ÖGD beziehen wir dabei mit ein, wobei der ÖGD eine koordinierende Verantwortung übernehmen soll.

- Wir wollen uns für **mehr psychotherapeutische Behandlungsplätze** auch für gesetzlich versicherte Patienten und Kinder, die Erhöhung der Anzahl der Psychotherapeuten und weiterhin eine Pflicht zur Aufnahme einer Mindestanzahl an gesetzlich versicherten Patienten bei jedem Psychotherapeuten einsetzen. Eine schnellere und gesicherte Überleitung vom stationären in den ambulanten Bereich zur Behandlung psychischer Krankheiten ist wichtig für den nachhaltigen Behandlungserfolg. Die Wartezeiten auf einen Anschlusstermin sind derzeit viel zu lang (in manchen Fällen bis zu 6 Monate) und gefährden den Therapieerfolg.

- Wir wollen uns weiter für eine **bessere Informationspolitik zu den Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten** von Patienten und auch den Angehörigen einsetzen. Auch hier fehlt es an Beratungsplätzen.

- Das **Pilot-Projekt „Gemeindeschwester 2.0“** soll dauerhaft auf möglichst alle interessierten Gemeinden ausgeweitet und etabliert werden, insbesondere im ländlichen Bereich. Dazu wollen wir das zeitlich begrenzte Förderprogramm entfristen.

- Wir werden **Gemeindenotfallsanitäter** etablieren, die Fälle behandeln können, die keinen Rettungssanitäter oder Notarzt benötigen.

- Die **Rettungskräfte** insgesamt werden wir aufwerten. Ebenso wie die anderen Blaulichtkräfte werden wir sie im Innenministerium angliedern und treten so für die **„Rettergleichheit"** ein, auch was Ausgleichsmechanismen etc. angeht.

- Das bundesweit einzigartige hessische **Projekt „Sektorenübergreifende ambulante Notfallversorgung (SaN) wird flächendeckend ausgerollt.** Entlastung schaffen wir so dadurch, dass in die Notaufnahmen nur noch diejenigen Fälle kommen, die wirklich eine Notfallversorgung brauchen.

- Für eine ausreichende und flächendeckende medizinische Versorgung, gehört auch ein **breites Netz an Apotheken**. Dieses wollen wir sicherstellen.

- Wir setzen uns für mehr Wertschätzung und Respekt gegenüber den **Zahnmedizinischen und Medizinischen Fachangestellten** ein. Sie leisten eine unverzichtbare Arbeit für die Gesellschaft. Als Zeichen dieser Wertschätzung halten wir einen Inflationsausgleich von 500 Euro für diese Beschäftigten für erforderlich. Wir fordern den Bund auf, diesen Zuschuss bundesweit zu übernehmen, zumal er die (Zahn-)Medizinischen Fachangestellten bei den Corona-Bonuszahlungen 2022 nicht berücksichtigt hat. Das gilt ebenso für die Beschäftigten im Rettungswesen, in den diagnostischen Abteilungen sowie in der Somatik und Psychosomatik.

- Aktuelle Herausforderungen wie die **Versorgungssicherheit bei Medikamenten, die steigende Zahl mentaler Erkrankungen sowie Long-COVID oder auch der Herausforderung fehlender Kinderärzte** wollen wir verstärkt in den Blick nehmen und mit dem Bund sowie den Erfahrungen anderer Länder gemeinsame Lösungsvorschläge erarbeiten.

AUSBILDUNG UND PFLEGE

- Wir wollen mehr Fachkräfte in **Sozial- und Gesundheitsberufen** ausbilden. Hierzu werden wir schulische Ausbildungsangebote durch eine angemessene Vergütung attraktiver machen und duale Studiengänge in diesem Bereich fördern.

- Wir wollen die Zahl der **Medizinstudienplätze** in Hessen nochmals erhöhen und an den Bedarf der Zukunft anpassen.

- Wir wollen die Anteile der Studienplätze, die über den Numerus Clausus vergeben werden, zu Gunsten **höherer Anteile für die Landarztquote** und Abiturienten, die eine medizinische oder soziale Vorbildung besitzen, reduzieren.

- Wir wollen das **Hospizwesen** stärken und die palliative Versorgung weiter ausbauen.

- Wir wollen den Übergang vom Krankenhaus in die Rehabilitation oder Pflege verbessern. Wir werden deshalb mit allen relevanten Akteuren den Aufbau einer hessenweiten **digitalen Informationsplattform** initiieren, die es den Patientinnen und Patienten und den sozialen Diensten der Krankenhäuser ermöglicht, schnell und einfach die geeigneten Maßnahmen zur weiteren Unterbringung und Versorgung zu ergreifen.

KINDER- UND JUGENDMEDIZIN

- Die **Zukunft unserer Gesellschaft sind unsere Kinder**. Ihre medizinische Versorgung muss zu jeder Zeit sichergestellt sein. Wir werden die gesetzlichen Regelungen und die Strukturen auf allen Ebenen grundlegend überprüfen und so Engpässe in der Versorgung künftig abwenden. Zur sicheren und gesundheitlichen Behandlung von Kindern ist eine auskömmliche niedergelassene und stationäre Versorgung zu sichern.

- **Weitere Vorsorgeuntersuchungen** im Grundschulalter sind in den Behandlungskatalog der Krankenkassen aufzunehmen.

- Die **Schulgesundheit** liegt uns am Herzen, deshalb streben wir eine flächendeckende Versorgung durch Gesundheitsfachkräfte an Schulen an.

- **Vorsorge-Untersuchungen** für Jugendliche werden wir stärker bewerben und uns dafür einsetzen, die Regeluntersuchungen J1 und J2 mit einem Einladungsschreiben bekannter zu machen.

- Die mentale **Gesundheit von Kindern und Jugendlichen** liegt uns besonders am Herzen. Sie benötigen in Krisensituationen beste Betreuung. Deshalb werden wir dafür bestehende Programme besser bewerben und – wo Lücken bestehen - ergänzende Angebote auflegen. Dafür brauchen wir mehr Fachpersonal.

- Wir schaffen ein **Stipendium für die Ausbildung zum Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie** und wollen so einen Anreiz für mehr Nachwuchs in diesem wichtigen Fachgebiet setzen. Nach Vorbild des „Hessischen Weges" entwickeln wir hierfür ein spezielles Curriculum, um auf die speziellen Aufgaben vorzubereiten.

ONKOLOGIE

- Unsere Spitzenposition im Bereich der **Krebsforschung** wollen wir ausbauen und durch Vernetzung der hervorragenden universitäreren und wirtschaftlichen Forschungsbereiche Hessen zum Kompetenz-Zentrum im Kampf gegen den Krebs weiterentwickeln.

- Wir wollen überregionale onkologische **Forschungscluster** fördern.

- Wir wollen mit der Spitzenmedizin Cluster oder **spezielle Versorgungszentren** für die Behandlung von unerkannten und seltenen Erkrankungen bilden.

- Wir wollen das **universitäre Zentrum für Tumorerkrankung** in Frankfurt, in dem von der Diagnostik über die Behandlung und die Forschung der Krankheit alle Experten Hand in Hand zusammenarbeiten, weiter stärken und als Projekt mit bundesweiter Strahlkraft etablieren.

- Ebenso werden wir das **Frankfurt Cancer Institute**, das die wissenschaftliche Exzellenz und technologische Innovation durch die Nutzung lokaler Stärken und vernetzender Strukturen der beteiligten Partner fördert, weiter stärken. Die Forschung in diesem Bereich hat internationale Beachtung.

- Ältere Menschen müssen, wenn sie an Krebs erkranken, anders therapiert und versorgt werden als Jüngere. Hier gibt es eine onkologische Forschungslücke, die dringend geschlossen werden müsste, damit **Kinder, Jugendliche, und Senioren passgenau** therapiert werden.

ÖFFENTLICHER GESUNDHEITSDIENST UND CORONA

- Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig ein gut aufgestellter **Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)** ist – nicht nur im Krisenfall. Daher haben wir 2023 das Landesamt für Gesundheit und Pflege geschaffen, mit dem wir die Aufgabenwahrnehmung der verschiedenen Ebenen der Gesundheitsbehörden neu strukturieren und die öffentliche Gesundheitsverwaltung stärken.

- Wir werden das **Gesetz in Hessen über den Öffentlichen Gesundheitsdienst** evaluieren und dabei vor allem die Erfahrungen und Lehren aus der Corona-Pandemie einfließen lassen.

- Wir wollen den **öffentlichen Gesundheitsdienst** mit ausreichend Personal ausstatten und einheitliche digitale Standards einführen.

- Wir werden die **Pandemiepläne** kontinuierlich überprüfen und regelmäßige Übungen durchführen.

- Corona hat uns gelehrt, dass unser Gesundheitssystem in der Lage sein muss, auch auf neue Herausforderungen zu reagieren. Deshalb wollen wir die Widerstandsfähigkeit und Resilienz wollen unseres Gesundheitssystems stärken und aktuellen Strukturherausforderungen Themen in einer **Stabstelle „Resilienzvorsorge“** Platz bieten.

- Wir wollen weiterhin Mittel für die **Erforschung von Long-COVID-Erkrankungen** zur Verfügung stellen.

- Wir werden die Arbeit der speziellen **Long-Covid-Zentren** und **Long-Covid-Ambulanzen** weiter unterstützen und damit den Betroffenen Menschen bestmögliche Unterstützung anbieten.

- Corona-Impfschäden sind zwar sehr selten. Sie müssen aber dennoch als solche stärker wahrgenommen werden. Betroffenen müssen alle zur Verfügung stehenden Behandlungsmöglichkeiten und – soweit erforderlich – Versorgungsansprüche erhalten. Wir wollen im neu geschaffenen **Landesamt für Gesundheit** eine zentrale Anlaufstelle für betroffene Personen schaffen.

- Wir wollen ein **leistungsfähiges und gut funktionierendes** Bundes-Infektionsschutzgesetz. Wir werden den Bund auffordern, gemeinsam mit den Ländern eine Novellierung vorzunehmen, die Lehren aus Corona zieht und mehr Planungs- und Rechtssicherheit gewährleistet.

GESUNDHEITS- UND PHARMAWIRTSCHAFT

- Versorgungssicherheit mit Medikamenten kann nur mit einer starken und innovativen Pharmaindustrie erreicht werden. Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die **Gesundheitsindustrie am Produktions- und Forschungsstandort Hessen** verbessern.

- Auch um Engpässe in der **Medikamentenversorgung** zu vermeiden, brauchen wir eine heimische Produktion. Bei den Beratungen auf europäischer Ebene und beim Bund für die Stärkung der Unabhängigkeit Europas werden wir daher für den Standort Hessen in besonderer Weise werben.

- Die Gesundheitsbranche einschließlich der Medizintechnik, der Pharmaunternehmen, des Gesundheitshandwerks und -handels und die medizinische Forschung sind ein starker Wirtschaftsfaktor in Hessen. Wir werden die **das Cluster Pharma und Gesundheit** und die medizinische Forschung in Forschung und Wirtschaft nachhaltig unterstützen.

E-HEALTH

- In Zukunft wird die **Digitalisierung im Gesundheitswesen** immer mehr an Bedeutung gewinnen. Daher müssen wir Sorge dafür tragen, dass Krankenhäuser, Arztpraxen und Bürger in die Lage versetzt werden, die neuen Angebote zu nutzen, damit Patienten bestmöglich versorgt sind. Wir werden ergänzende Projekte auflegen, damit Hessinnen und Hessen bestmöglich von den digitalen medizinischen Möglichkeiten profitieren können.

- Das **Telenotarztsystem** ergänzt die Strukturen des Rettungswesens und dient dem effektiven Einsatz von Ressourcen. Hiervon profitieren vor allem die Patientinnen und Patienten, bei denen jede Minute zählt. Wir werden das bereits in Hessen eingeführte Telenotarztsystem auf ganz Hessen ausweiten und damit die telenotfallmedizinische Versorgung landesweit sicherstellen.

- **Telemedizin** und vergleichbare digitale Möglichkeiten können Leben retten. Sie bringen die beste Behandlung zu den Patienten. Deshalb fordern wir den Ausbau und werden digitale Optimierungen des Gesundheitssystems weiter fördern.

- Wir wollen draufhinwirken, dass **telemedizinische Leistungen, Telekonsile und Televisiten** angemessen vergütet werden.

- Wir wollen die ambulanten Anbieter bei der Digitalisierung unterstützen. Davon profitieren am Ende auch die Patienten. Das Förderprogramm **DIGI-Ambulant**, bei dem ein Zuschuss zu Investitionen in die digitale Infrastruktur ausgezahlt wird, setzen wir daher fort.

- Wir wollen das **etablierte hessische Kompetenzzentrum** für Telemedizin und E-Health Beratung und Unterstützung von niedergelassenen Ärzten in Bezug auf Digitalisierung weiterentwickeln.

GEBURTSHILFE

- Eine qualitativ **hochwertige und sichere Versorgung** rund um die Geburt schafft die besten Voraussetzungen für einen gesunden Start ins Leben. Daher braucht es ein flächendeckendes Angebot für Geburtshilfe sowie Angebote der Vor- und Nachsorge, um werdende Eltern bestmöglich zu unterstützen.

- Wir wollen **stationäre Geburtsstationen** und Geburtshäuser so weit wie möglich dezentral erhalten.

- Wir setzen uns daher nach wie vor für eine auskömmliche **Hebammenversorgung** im Land ein, die insbesondere Vor- und Nachsorge für die werdenden Familien sicherstellt.

- Wir wollen die Beschlüsse des **Runden-Tisches-Hebammen** umsetzen, wie z.B. Hebammengeleitete Kreissäle Hessen soll sich an der bundesweiten Plattform beteiligen und eine 1:1 Betreuung in den Kreissälen erreichen.

- Die bundesweite Akademisierung der Hebammenausbildung wurde in Hessen zügig und innovativ umgesetzt. In Zusammenarbeit mit den Hochschulen konnten so die Kapazitäten für die Nachwuchsausbildung sogar erweitert werden. Wir wollen die Anzahl der **Studienplätze** im erfolgreichen Kooperationsmodell von Hochschulen für Angewandte Wissenschaft und Universitäten und mit der Verknüpfung von praktischer und hochschulmedizinischer Ausbildung dem Bedarf anpassen.

- Ungewollt kinderlose Paare werden wir weiterhin bei der Realisierung ihres Kinderwunsches unterstützten, indem wir an der Mitfinanzierung der **Kinderwunschbehandlungen** festhalten.

DROGENPOLITIK

- Wir wollen die Unterstützung für **suchtkranke Menschen** ausbauen und dafür über den Fonds „Hessen steht Zusammen“ Mittel bereitstellen, um entsprechende Initiativen zu unterstützen.

- Wir wollen insbesondere Angebote für die **Beratung und Hilfestellungen** beim Entzug von Drogenabhängigkeit und der aufsuchenden Sozialarbeit ausweiten.

- Wo dies von den Kommunen gewünscht ist, begleiten wir **Modelle und Konzepte** zur kontrollierten Abgabe in Anlaufstellen und Konsumräumen, um Drogen- und Beschaffungskriminalität zu bekämpfen und den suchtkranken Menschen eine Anlaufstelle zu schaffen.

- Eine **Legalisierung illegaler weicher Drogen lehnen wir nach wie vor ab**. Hierunter fällt auch Cannabis. Zu groß sind die gesundheitlichen Risiken und Folgen für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie und Gesellschaft.

- Wir wollen das **Beratungs- und Hilfsangebot** für Betroffene ausbauen, vor allem in Hinblick auf den in Zukunft wohl ansteigenden Cannabiskonsum.

- Wir werden uns auf **Bundesebene für eine starke Regulierung** der chemischen Stoffe einsetzen, die typischerweise als KO-Tropfen verwandt werden und derzeit legal erworben werden können. Eine Möglichkeit könnte dabei die Aufnahme in das Betäubungsmittelgesetz darstellen.



WER UNTERSTÜTZUNG BRAUCHT, DEM HELFEN WIR

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR DIE PFLEGE

15.

- Bei Pflegebedürftigkeit **Hilfe sicherzustellen** – zuhause oder im Heim, fachlich auf hohem Niveau und würdevoll-menschlich – das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir als Teil der Daseinsvorsorge ansehen und als unsere politische Pflicht. Wir wollen eine Pflegegarantie: Jeder soll die Pflege bekommen, die er braucht.

- Wir wollen, dass jeder darauf vertrauen kann, im Fall von Pflegebedürftigkeit **gut versorgt** zu werden. Das ist Wesenselement einer humanen Gesellschaft, die dem christlichen Menschenbild verpflichtet ist.

- Die Anforderungen an die Pflege sind in einem stetigen Wandel. Wir wollen eine **„Denkfabrik Pflege"** gründen, in der wir Wissenschaft, Praxis und Politik vernetzen, um neue Antworten auf die sich wandelnden Herausforderungen der Pflege zu finden.

- Wir wollen den Bund auffordern **ein einheitliches Pflegebudget** einzurichten. Anstelle der zahlreichen Einzelbudgets für die Leistungen wie Entlastungsbetrag, Verhinderungspflege, Tagespflege, Sachleistungen, soll ein einziges - alle bisherigen Einzelbudgets umfassendes – Pflegebudget geschaffen werden, mit dem die individuell benötigten Leistungen unbürokratisch in Anspruch genommen werden können.

- Wir werden zusätzlich ein **hessisches Landespflegegeld** einführen, um Pflegebedürftige zu unterstützen. Sie erhalten damit eine zusätzliche Möglichkeit, sich selbst etwas Gutes zu tun oder den Menschen eine finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen, die ihnen am nächsten stehen: den pflegenden Angehörigen, Freunden, Helferinnen und Helfern.

- Wir setzen uns beim Bund dafür ein, die Rahmenbedingungen für mehr **betriebliche Pflegezusatzversicherungen** zu schaffen. Analog zur betrieblichen Altersvorsorge kann so unter dem Mantel der Sozialen Marktwirtschaft eine zusätzliche Säule für die Vorsorge geschaffen werden.

- Mit einem flächendeckenden Ausbau von **Gemeindepflegerinnen und -pfleger** leisten wir einen weiteren Beitrag, damit zu Pflegende frühzeitig die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.

- Auf der Grundlage des Hessischen Präventionsgesetzes wollen wir **präventive Hausbesuche** fördern, um pflegerischen Bedarf frühzeitig zu erkennen oder ihm durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken.

- Wir werden die Pflegestützpunkte zu **Pflege-Kompetenzzentren** ausbauen, um damit sicher zu stellen, dass Pflegende und zu Pflegende die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Die Zentren sollen pflegenden Angehörigen auch für akute Krisensituationen und bei ethischen Fragestellungen als Beratungsstelle zur Seite stehen.

- Wir wollen das Modellprojekt **„Pflegemanager"** landesweit ausrollen und in allen Pflegestützpunkten installieren. Diese sollen als Ansprechpartner für pflegende Angehörige dienen, die oft Schwierigkeiten haben sich in der Pflegebürokratie zurechtzufinden und ihnen die zu ihrer jeweiligen Situation passenden Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie sollen auch den pflegenden Angehörigen bei der Kommunikation mit Kranken- und Pflegekassen wie bei Antragsstellungen zur Seite stehen.

- Wir wollen den **hessischen Pflegemonitor** weiterentwickeln. Auf dieser Basis wollen wir auch die Arbeit der Pflegeausschüsse in den Kreisen unterstützen, damit vor Ort in den Kreisen die Planung von Pflegeangeboten den zu Pflegenden optimal zugutekommt.

- Wir wollen mit einem **Demenzkonzept** für Hessen sowohl die Versorgung in der häuslichen Umgebung ebenso wie in Heimeinrichtungen verbessern.

- Wir unterstützen neue Techniken, wie z.B. Pflegeroboter, die hierbei eine wichtige Rolle spielen können.

- Menschen in Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen gewährleisten wir einen besonderen staatlichen Schutz. Dazu werden wir die **Betreuungs- und Pflegeaufsicht** personell stärken, um die Einhaltung der gesetzlichen und fachlichen Qualitätsstandards in Einrichtungen zu überwachen.

MEHR PFLEGEKRÄFTE

- Gute Pflege funktioniert nur dank guter Pflegekräfte. Durch die älter werdende Gesellschaft benötigen immer mehr Menschen pflegerische Angebote. Und das erfordert immer mehr Kräfte in der Pflege. Hessen braucht bis 2040 mindestens 16.000 zusätzliche Pflegekräfte. Das ist eine enorme Herausforderung. Mit einem **„Aktionsplan: Komm in die Pflege"** werden wir dem begegnen. Darin sollen der Ausbau von Ausbildungs- und Studienplätzen ebenso enthalten sein wie Förderprogramme zur Qualifizierung und die bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

- Wir wollen eine **Task Force Pflegepersonal** einsetzen, die eine Personal-Offensive erarbeiten und die Umsetzung begleiten soll. In der Task Force wollen wir die Kompetenz aus Politik, Praxis, Wissenschaft und Arbeitsverwaltung bündeln.

- Wir schaffen den **Ausbildungsschub in der Pflege**. Die Kapazitäten in der Fachkraftausbildung müssen ausgebaut werden. Um die Abbruchquote in der Pflegeausbildung zu reduzieren, wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern und ein optimales Ausbildungsumfeld sichern. Dazu gehört nach der Abschaffung des Schulgeldes auch eine angemessene Vergütung während der Ausbildung.

- Wir wollen das Berufsbild der **Assistenzkräfte und der Pflegeassistenz** attraktiver machen, um Fachkräfte zu entlasten.

- Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit wollen wir **Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme** noch intensiver nutzen, um Pflegekräfte zu gewinnen.

- Wir werden eine Initiative zur **Rückgewinnung von Pflegekräften** auflegen, die ihren Beruf – häufig auf Grund der Arbeitsbedingungen – den Rücken gekehrt haben.

- Wir wollen mehr pflegerische **Fachkräfte aus dem Ausland** gewinnen und Abschlüsse leichter anerkennen. Dies werden wir im Rahmen der allgemeinen Fachkraftoffensive besonders vorantreiben.

- Mit dem Programm "**Pflege integriert**" haben wir eine gute Grundlage für die Gewinnung von Hilfs- und Assistenzkräften in der Pflege gelegt. Dieses wollen wir auch für Geflüchtete aus der Ukraine öffnen.

- Wir werden in der Ehrenamtskampagne des Landes einen neuen Schwerpunkt **„Bürgerschaftliche Pflegekultur"** setzen. Dazu gehören u.a. die Entwicklung und Erprobung neuer Engagement-Modelle, Wettbewerbe und eine Imagekampagne.

- Mit der Initiative **„Mehr Pflegezeit – weniger Bürokratie“** wollen wir Pflegekräfte von bürokratischen Anforderungen entlasten, damit die Arbeit am Menschen wieder mehr im Mittelpunkt der Pflegekräfte steht.

PFLEGE ZU HAUSE

- Die meisten pflegebedürftigen Menschen wünschen sich möglichst lange ein Leben zu Hause. Dank des großen Engagements vieler pflegender Personen und Angehöriger ist die **Pflege zu Hause** die mit Abstand häufigste Form der Pflege. Sie ist auch Ausdruck einer besonderen Verantwortungsübernahme, gerade in den Familien. Deshalb wird dort unser besonderer Fokus liegen.

- Wir benötigen eine große **Leistungsreform des Bundes**. Wir werden uns daher beim Bund dafür einsetzen, die Herausforderungen der Pflege umfassend anzugehen. Die bisher von der Bundesregierung vorgelegten Vorschläge erfüllen die Anforderungen nicht. Eine echte Reform muss neben Leistungsdynamisierung, einem Entlastungsbudget sowie einer Pflegegeld-Garantie auch die Einführung von Pflegezeit und Pflegelohnersatzleistung analog Elternzeit und Elterngeld sowie eine 10tägige Freistellung pro Jahr für jeden pflegenden Angehörigen umfassen.

- Viele Pflegende Angehörige brauchen zeitweise Unterstützung. Wir wollen dafür die Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege ausbauen. Dazu wollen wir ein Landesförderprogramm für **mehr Plätze in Kurzzeit, Tages- und Nachtpflege** etablieren. Für pflegende Angehörige wollen wir ein Anrecht auf Reha-Maßnahmen.

- Wir wollen die Angebote für **Pflegekurse** der pflegenden Angehörigen ausweiten und die Information über diese Kurse optimieren.

- Neben einer Informationskampagne über Hilfen und Ansprüche werden wir eine häusliche Tagespflege-Plattform für Angebote/Nachbarschaftshelfer (**„Tagesmütter für Pflegebedürftige**“) etablieren und Initiativen zum Ausbau von Angeboten für haushaltsnahe Dienstleistungen und Betreuungsleistungen starten.

- Damit Menschen trotz Unterstützungsbedarfs möglichst selbständig leben können, fördern wir ambulante Wohnformen **neue Wohn- und Betreuungskonzepte**. Die dort lebenden Menschen und ihre Angehörigen entscheiden selbst, wie die ambulante Versorgung und Betreuung für die Wohngemeinschaft gewährleistet wird. Dafür wollen wir den Betroffenen und Angehörigen möglichst viel Flexibilität bieten und rechtliche Hürden und Anforderungen abbauen, aber gleichzeitig eine angemessene Qualität sichern und Betroffene vor Missbrauch schützen.

- Wir wollen die Zahl von **Pflegehotels** als neue Angebotsform in Hessen steigern. Diese haben sich als wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Situation der zu Pflegenden gezeigt.

- Wir wollen mehr **Angebote zum Stressabbau und zur Regeneration** von pflegenden Angehörigen etablieren.

- Wir wollen gemeinsam mit Betroffenen und Experten die besonderen Anforderungen **besonderer Pflege-Situationen** in den Blick nehmen. Die Palliativ-Pflege, die Pflege von Menschen mit Behinderung, für Suchtkranke oder die besonderen Anforderungen einer kultursensiblen Pflege gehören dazu. Da jeder Mensch ein Anrecht auf menschenwürdige Pflege hat, wollen wir Wege finden, auch speziellen Anforderungen gerecht zu werden.

PFLEGE IM HEIM

- Für alle Menschen, die nicht zu Hause gepflegt werden können oder wollen, benötigen wir eine gute und flächendeckende **Infrastruktur stationärer Pflegeangebote**. Wir setzen dabei auf Trägervielfalt.

- Wir erwarten vom Bund, dass er im Rahmen einer umfassenden Leistungsreform die Rahmenbedingungen schafft, um **flächendeckend die stationäre Pflege mit guter Qualität** sicherzustellen.

- Die Pflegeaufsicht des Landes wollen wir nicht nur zur Überwachung nutzen, sondern über den **Dialog mit den Trägern** und dem Einrichtungspersonal nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Pflegesituation suchen.

- Wir werden – aufbauend auf der 2022 ermöglichten Soforthilfe für Investitionskosten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie – eine Initiative zur **Verbesserung der Ausstattung von Alten- und Pflegeheimen** starten.

- Wir wollen **Pflegeheime stärker öffnen** und in ihren sozialen Nahraum integrieren. Dadurch wollen wir neben der sozialen Infrastruktur der Quartiere auch den sozialen Austausch der Pflegebedürftigen stärken.

- Wir wollen Modellprojekte **„Pflegeheim mitten im Leben"** etablieren. Dabei soll in ambulant betreuten Wohngemeinschaften selbstbestimmtes, unabhängiges und individuelles Leben im Alter trotz Hilfe- und Pflegebedarf ermöglicht werden.

- Die von der Bundesregierung im Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz angekündigten Zuschläge zur **Begrenzung der Eigenanteile in Pflegeeinrichtungen** reichen bei Weitem nicht aus. Wir erwarten vom Bund ein Konzept, damit Pflege im Heim nicht unbezahlbar wird. Dazu gehören auch inflationsangepasste Freibeträge zur Heranziehung von Angehörigen.



UNSER ANGEBOT FÜR EINE HEIMAT IN HESSEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINE GELINGENDE INTEGRATION

16.

FÖRDERN UND FORDERN

- Die Integration von Menschen aus allen Teilen der Welt, die hier eine Bleibeperspektive haben, ist eine politische **Schlüsselaufgabe und Voraussetzung** für unser Zusammenleben. Sie ist gleichermaßen Pflicht für die Aufnahmegesellschaft wie für die zu uns kommenden Menschen.

- Wir **machen jedem Menschen ein klares Angebot**, in Hessen eine Heimat zu finden. Wir sind überzeugt, dass eine erfolgreiche Integration die Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland erfordert.

- Wir stehen für **Fördern und Fordern**, denn die Teilhabe aller Menschen am wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland ist gleichermaßen Ziel aller staatlichen Maßnahmen, wie eigenverantwortliche Aufgabe jedes Einzelnen.

- Wir werden als **Pionierland der konkreten Integrationsmaßnahmen** in allen Bereichen unsere vielfältigen Förderprogramme, Strukturen und Angebote weiterentwickeln und ausbauen. Das WIR-Programm bündelt unsere Maßnahmen, wie Förderlotsen und viele mehr und soll weitergeführt und klar auf das Ziel gelingender Integration in unsere Gesellschaft ausgerichtet werden.

- Wir bieten zu uns gekommenen Menschen Informationen über unsere Grundwerte an. Wir werden unsere bundesweit vorbildhaften **Rechtsstaatsklassen** in allen Kreisen zur Verfügung stellen und werden den Besuch entsprechender Kurse zu Landeskunde und Grundwerten unserer Gesellschaft **verpflichtend machen.**

- Wir sind sicher: **Sprache ist der Schlüssel**! Wir wollen, dass jeder, der hier leben möchte, die deutsche Sprache lernt. Verpflichtende Deutschkurse sind ein zentrales Integrationsinstrument. Entsprechende Angebote werden wir in den Bildungseinrichtungen des Landes weiter stärken.

- Zu einer umfassenden **Sprachförderung** gehören insbesondere die Sprachförderung in Kitas, die Fortführung unserer Intensivklassen und der Ausbau unseres „InteA" Programms (Integration durch Anschluss und Abschluss).

- Wir werden unsere erfolgreichen **Programme zur Integration in den Arbeitsmarkt** fortführen. Hierzu gehören u.a. die Fortsetzung von „Pflege integriert", „Wirtschaft integriert" und „Sozialwirtschaft integriert".

- Wir werden mit einem **Integrationsbeauftragten** einen zentralen Ansprechpartner schaffen, der erklärt, strukturiert und zusammenführt.

VOR ORT ZUHAUSE

- Integration findet vor Ort in den Städten und Gemeinden statt. Deswegen setzen wir uns für eine Unterstützung der Weiterentwicklung und Umsetzung **kommunaler Integrationsangebote** ein. Wir unterstützen unsere Kommunen in diesen Anstrengungen finanziell und organisatorisch.

- Wir unterstützen das Engagement der vielen **Tausend ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen** in ihrer Arbeit zur Hilfe und Integration von Geflüchteten und neuen Hessinnen und Hessen.

- Wir wollen Menschen, die langfristig hierbleiben dürfen, möglichst schnell **landesweit in die Kommunen verteilen**, sie einbinden und auch in die Pflicht nehmen. Bürgerschaftliches Engagement ist ein direkter Weg in die Mitte der Gesellschaft für neue Hessinnen und Hessen.

INTEGRATIONSPFLICHTEN

- Wir wollen die Anforderungen klar formulieren und die **Integrationspflichten** ausdrücklich in das Hessische Integrationsgesetz aufnehmen. Danach müssen sich Menschen mit Migrationshintergrund:
  - mit den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Toleranz sowie Meinungs- und Religionsfreiheit vertraut machen,
  - sich gegenüber der bereits in Deutschland bestehenden Vielfalt interkulturell öffnen, und gegenüber den verschiedenen Wertvorstellungen und sexuellen Lebensweisen offen zeigen,
  - ausreichende Kenntnisse zur Beherrschung der deutschen Sprache, der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Kultur und der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aneignen und anstreben,
  - Bereitschaft zur Integration durch Annahme und Nutzung von Integrationsangeboten zeigen,
  - freiwillige Aktivitäten zur Integration in die Aufnahmegesellschaft entfalten,
  - zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Akzeptanz und Wertschätzung der hiesigen Gesellschaftsordnung beitragen,
  - Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Bekämpfung von Extremismus und Rassismus zeigen und sich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ausdrücklich zum Kampf gegen Antisemitismus bekennen.

STAATSBÜRGERSCHAFT

- Wir freuen uns über jeden, der sich zu unserer hessischen Heimat bekennt und dies mit einer **Einbürgerung** besiegeln will. Wir sind aber der Auffassung, dass man staatsbürgerliche Loyalität grundsätzlich nicht teilen sollte. Die generelle Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit lehnen wir daher weiterhin bewusst ab.

- Für uns steht die **Einbürgerung am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses** und ist mit einem festen Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen-Grundordnung und unseren Werten verbunden. An der Integrationsleistung und der Rechtstreue eines Einbürgerungsbewerbers darf es keine Zweifel geben. Nur wer sich zu diesem Land bekennt, seine Sprache beherrscht und unsere Werte lebt, kann erfolgreich eingebürgert werden.

- Um den **besonderen Wert der Staatsbürgerschaft** zu unterstreichen, bieten wir nach dem Vorbild anderer Länder landesweite Einbürgerungsfeiern an.

- Wir stehen zu dem historischen Kompromiss, der zu Beginn des Jahrtausends im Staatsbürgerschaftsrecht parteiübergreifend in Deutschland vereinbart wurde und lehnen die aktuellen **Ampel-Pläne** ausdrücklich ab, die von der Verkürzung der Aufenthaltsfristen bis zur Absenkung der Anforderungen an Sprache und Integrationsgrad reichen.



ZUWANDERUNG STEUERN – MIT HERZ UND HÄRTE

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINE MODERNE MIGRATIONSPOLITIK

17.

HUMANITÄT UND ORDNUNG

- Wir bekennen uns zu unserer **humanitären und christlichen Verpflichtung** unseres Grundgesetzes, Menschen in Not zu helfen und Geflüchteten Schutz zu gewähren. Hilfe und Unterstützung für Kriegsflüchtlinge, wie wir es im Ukrainekrieg gezeigt haben und für Menschen, die in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht werden, gehören zum christlichen Wertefundament unserer Partei.

- Hessen steht fest an der Seite der Menschen in der **Ukraine.** Sie verteidigen seit Monaten tapfer ihr Land und die europäischen Werte und unser aller Freiheit. Der verbrecherische Krieg Russlands gegen die Ukraine hat zu einer enormen Flüchtlingswelle nach Osteuropa, Deutschland und auch Hessen geführt. Wir haben im Jahr 2022 fast 80.000 ukrainische Flüchtlinge in Hessen aufgenommen und untergebracht.

- Wir setzen uns für eine notwendige **Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung** ein. Eine gemeinsame europäische Migrationspolitik sowie der wirksame Schutz der europäischen Außengrenzen sind dafür von überragender Bedeutung.

- **Begründet Schutzsuchenden** wollen wir Schutz gewähren. Ihnen machen wir ein Angebot, in Hessen eine neue Heimat zu finden. Gemeinsam mit den Kommunen und vielen ehrenamtlich Engagierten wollen wir ihnen eine gute Unterbringung und Versorgung ermöglichen und ihnen Wege zur Integration in unsere Gesellschaft aufzeigen.

- Gleichzeitig ist aber auch eine **konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht** von denjenigen, die kein Bleiberecht in Deutschland haben, erforderlich.

- Die Bedeutung des Themas werden wir durch die Schaffung eines eigenen **Staatssekretärs für Migrationsfragen** unterstreichen.

BEGRENZUNG UND STEUERUNG

- Unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich. Weil wir berechtigt Schutzsuchende ordentlich unterbringen und versorgen und dabei eine gesellschaftliche und staatliche Überforderung durch Migration unbedingt vermeiden wollen, kommt der **Zuzugsbegrenzung** eine Schlüsselrolle zu. Der Krisenmodus in den Kommunen mit Notunterkünften, der Belegung von Bürgerhäusern und Turnhallen und den damit verbundenen Belastungen der Aufnahmegesellschaft darf nicht zum Dauerzustand werden.

- Die Vorschläge der EU-Kommission zum verpflichtenden Grenzverfahren unterstützen wir ausdrücklich. Das gilt auch für Menschen, die aus Seenot gerettet wurden. Die wirklich Schutzbedürftigen müssen wir bereits an den Außengrenzen erkennen, um ihnen schnell und effektiv Schutz bieten zu können. Alle anderen sollen möglichst gar nicht erst einreisen können oder müssen zumindest ein **Grenzverfahren** durchlaufen, in dem bereits die Zulässigkeit der Asylanträge geprüft werden muss, wenn die Antragsteller aus einem sicheren Herkunftsland, oder einem sicheren Drittstaat kommen.

- Die Außengrenzstaaten und Frontex dürfen wir beim **Außengrenzschutz** nicht alleine lassen. Ein Europa ohne Grenzen kann nur mit sicheren Außengrenzen funktionieren. Deshalb geht der Schutz dieser Grenzen alle an. Wir sind bereit, hierbei im Rahmen der etablierten Verfahren zu unterstützen.

- Das europäische Recht muss die Zurückweisung an seiner Außengrenze regeln. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat im Jahr 2022 entschieden, dass solche Zurückweisungen rechtmäßig sein können. Die EU-Kommission muss diese Rechtsprechung dringend in das europäische Flüchtlingsrecht übernehmen. Die staatliche Förderung privater Seenotrettung muss eingestellt werden.

- Das **gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) und das Schengenrecht müssen dringend reformiert werden**. Eine „faire" Lastenteilung auf EU-Ebene darf es nur mit ausgewogenen Verteilregeln und effektiv einklagbarer Pflichterfüllung durch die Mitgliedstaaten geben. Zudem muss der Sekundärmigration nach Möglichkeit schon in den und durch die EU-Mitgliedstaaten, spätestens jedoch an der deutschen Grenze, ein Riegel vorgeschoben werden. Die sog. Dublin-Verordnungen müssen konsequent durchgesetzt werden.

SCHNELLE ENTSCHEIDUNGEN

- Wir wollen Aufnahme-, Asyl- und mögliche Gerichtsverfahren **rechtsstaatlich und möglichst zügig und transparent** durchführen.

- Geflüchtete, die Passdokumente zur **eindeutigen Identifizierung** vorlegen, können ein zügiges Asylverfahren durchlaufen. Wer über seine Identität täuscht, falsche oder keine Angaben macht oder bei seinem Asylverfahren nicht mitwirkt, ist offensichtlich nicht schutzbedürftig – dann soll ein weiteres Bleiberecht ausgeschlossen sein.

- Bei der **Identitätsfeststellung von Flüchtlingen** fordern wir, dass alle rechtstaatlich möglichen Mittel und Wege ausgeschöpft werden, um die Identität einer Person aufzuklären.

- Wir werden das **Petitionsgesetz** evaluieren und den Abschiebeschutz für aufenthaltsrechtliche Petitionen auf höchstens 3 Monate begrenzen.

GUTE UNTERBRINGUNG

- Die vielen Menschen, die ehrenamtlich oder hauptberuflich in den verschiedenen **Flüchtlingshilfe-Initiativen** und der Organisation der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten tätig sind, leisten eine beeindruckende Arbeit. Wir wollen sie weiter bestmöglich unterstützen.

- Die **Landkreise und Kommunen** kommen unter der starken Belastung aufgrund der hohen Zahlen an Zuwanderern an ihre Grenzen. Wir sind entschlossen, die Landkreise und Kommunen finanziell und personell zu stärken, um den dort bestehenden außerordentlichen Belastungssituationen abzuhelfen.

- Die Geflüchteten haben ein Recht auf gute und auskömmliche Versorgung. Wir möchten, dass bei der Versorgung von Geflüchteten **Sachleistungen** vor Geldleistungen Vorrang haben, soweit dies rechtlich und faktisch möglich ist.

- Die **Landeserstaufnahmeeinrichtung** in Gießen hat sich als Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentrum bewährt. Wir halten an der dortigen örtlichen und sachlichen Bündelung von Kompetenzen fest und treten dafür ein, weitere Kompetenzen bei der Landeserstaufnahmeeinrichtung zu vereinen.

- Diese **Landeserstaufnahmeeinrichtung** wollen wir um eine landesweite, zentrale Anlaufstelle für unbegleitete, minderjährige Ausländer (umA) ergänzen. Dort soll die Inobhutnahme inklusive der Altersfeststellung erfolgen. Im Zweifelsfall kann hier auch eine medizinische Untersuchung zur **Feststellung des tatsächlichen Alters** durchgeführt werden.

- Wir werden die gesetzlich vorgesehenen **Landesunterkünfte** einrichten, sodass nur Personen in die Kommunen zugewiesen werden, die über einen Aufenthaltstitel verfügen. Alle anderen verbleiben in den Landeseinrichtungen, bis deren Status geklärt ist. Abschiebungen und Rückführungen erfolgen aus der Landeseinrichtung. Bei nachgewiesener Integrationsunwilligkeit oder erheblicher Straffälligkeit soll die Rückverlegung in die Landeseinrichtung erfolgen.

KONSEQUENTE RÜCKFÜHRUNG

- Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen unser Land verlassen. Nur, wenn Ausreisepflichte auch ausreisen, haben wir die Kapazität, wirklich Schutzbedürftigen zu helfen. Die Durchsetzung der Ausreisepflicht ist auch ein wesentlicher Baustein, um Akzeptanz und Aufnahmebereitschaft gegenüber Schutzbedürftigen zu erhalten. Die **freiwillige Rückkehr** hat dabei Vorrang vor einer zwangsweisen **Rückführung**.

- Wir setzen uns dafür ein, die Zuführungsquoten zu **Rückführungsmaßnahmen** deutlich zu erhöhen. Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam sind in diesem Sinne konsequent anzuwenden und zielgerichtet auszubauen.

- Die **Passersatzbeschaffungspflicht** soll bei als offensichtlich unbegründet abgelehnten Asylanträgen mit dem BAMF-Bescheid einsetzen.

- Die **Zentralisierung von Rückführungsprozessen** und die enge Verzahnung der zuständigen Behörden hat sich bewährt. Wir werden die Abläufe und Strukturen weiterhin so effizient wie möglich gestalten. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwieweit durch landesrechtliche Maßnahmen behördliche und gerichtliche Verfahren beschleunigt werden können.

- Die **Rückführung von Straf- und Intensivtätern** hat für uns hohe Priorität. Mit der Gemeinsamen Arbeitsgruppe Intensivtäter (GAI) und der „täterorientierten Intervention für Besonders auf- und straffällige Ausländer" (BasA) sorgen wir auch in Zukunft für eine **beschleunigte Rückführung von Gefährdern und Intensivstraftätern**.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch der Bundesrat dem bereits im Jahr 2019 vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Einstufung Georgiens, der Demokratischen Republik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als **sichere Herkunftsländer** zustimmt.

- Auch alle weiteren Länder mit einer Anerkennungsquote von unter 5 Prozent sollen zu sicheren Herkunftsländern im Sinne des Asylgesetzes erklärt werden.

BUND IN DIE PFLICHT NEHMEN

- Wir werden uns beim Bund für eine **Kurskorrektur in der Flüchtlingspolitik** einsetzen. Die aktuelle Flüchtlingspolitik überlastet den Wohnungsmarkt, unsere Sozial- und Bildungssysteme, bringt die Kommunen und die Bevölkerung an den Rand ihrer Integrationsfähigkeit. Die Haltung der Bundesregierung trifft zudem bei fast all unseren europäischen Nachbarn auf Ablehnung. Zuwanderung braucht klare Regeln. Die Bundesregierung muss daher ihren falschen Weg in der Migrationspolitik korrigieren.

- Die Ampel setzt auf grenzenlose Offenheit und verstärkt durch ihre Maßnahmen die Fluchtanreize und Pull-Faktoren nach Deutschland. Die nach der Flüchtlingskrise 2015, 2016 verfolgten Politikziele der vergangenen Legislaturperiode wurden im Bund größtenteils in ihr Gegenteil verkehrt.

- Das sog. Chancen-Aufenthalts-Gesetz lehnen wir ab. Insbesondere der Ampel-Plan, dass langfristig Geduldete eine einjährige Aufenthaltserlaubnis erhalten, um die notwendigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen, stellt die Legalisierung eines illegalen Aufenthalts dar, die in dieser Form nicht hingenommen werden kann. Der sog. Spurwechsel setzt Anreize für illegale Migration, deshalb lehnen wir ihn ab.

- Die Pläne der Bundesregierung, die Identität einer Person im Falle des Fehlens von amtlichen Dokumenten und anderer Beweismittel durch eine „Versicherung an Eides statt" festzustellen, lehnen wir ab.

- Die Ausweitung der Bleiberechtsregeln setzt Anreize zur unerlaubten Einreise ohne Einhaltung des Visumverfahrens. Eine Rechtsordnung, die sich ernst nimmt, darf nicht Prämien auf die Missachtung ihrer selbst setzen.

- Wir erwarten, dass die von der Bundesregierung **angekündigte Rückführungsoffensive** – insbesondere für Straftäter und Gefährder – umgehend umsetzt und die Länder in die Lage versetzt werden, schnell und konsequent abschieben zu können.



ORDNUNG, SCHUTZ UND VORSORGE SICHERN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EIN SICHERES LAND

18.

STARKE POLIZEI

- In Hessen leben, heißt besonders sicher leben. Bereits heute befinden sich so viele Polizistinnen und Polizisten wie noch nie im Dienst der Landespolizei. 2025 werden es mehr als **16.000 Beamtinnen und Beamte** sein. Diese Zahl werden wir weiter ausbauen und für eine moderne Ausstattung sorgen.

- Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass Kriminalität erfolgreich bekämpft werden kann. Mit ganzer Kraft werden wir darauf hinwirken, dass die Kriminalitätsbelastung in Hessen weiter sinkt und die **Aufklärungsquote** weiter steigt.

- Wir wollen eine **bürgernahe Polizei**. Im städtischen Raum ebenso wie in ländlichen Bereichen werden wir für mehr sichtbare **polizeiliche Präsenz** und damit für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum sorgen. Unsere Polizei ist Ansprechpartner und Garant für ein weltoffenes und tolerantes Hessen und tritt Extremismus, Antisemitismus und Rassismus sowie jeder Form von Gewalt entschieden entgegentreten. Terrorismus werden wir mit der ganzen Kraft der Sicherheitsbehörden bekämpfen.

- Wir wollen weiterhin eine neutrale Polizei, die im Kontext von Versammlungen und Veranstaltungen die Sicherheit gewährleistet und bei Störungen konsequent einschreitet.

- Wir werden die **Ausrüstung und persönliche Schutzausstattung** hessischer Polizisten weiter auf hohem Niveau fördern und neue Einsatzmittel für eine erfolgreiche Polizei bereitstellen. Dazu gehört insbesondere die verstärkte Ausstattung unserer Einsatzkräfte mit Body-Cams und Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG). Den Einsatz und die Anschaffung von Car-Cams werden wir prüfen.

- Die Sicherheit gewährleisten wir auch durch eine professionelle Vorbereitung auf und Bewältigung von **besonderen Einsatzlagen**.

- Wir wollen die **Bereitschaftspolizei stärken**. Dadurch können unsere Polizistinnen und Polizisten mehr ihren Regeldienst wahrnehmen und sind weniger durch die Sondereinsätze gebunden. Das reduziert auch die Überstundenbelastung.

- Das Landeskriminalamt wird als Zentralstelle für die Kriminalitätsbekämpfung in Hessen weiter gestärkt. Eine Kompetenz- und Koordinierungsstelle für die Bildung und Unterstützung sogenannter „joint investigations teams" auf europäischer Ebene soll insbesondere die **organisierte und internetbasierte Kriminalität** noch stärker bekämpfen. In diesem Kontext wollen wir auch die europäische Zusammenarbeit ausweiten. Europol muss für den internationalen Austausch gestärkt werden, damit auch die Polizei anderer Länder von den Erkenntnissen profitieren.

- Wir wollen Hass und Hetze auch im Netz noch stärker bekämpfen. Auch in der digitalen Welt dulden wir keine rechtsfreien Räume**.** Beleidigung, Diffamierung oder Bedrohung sind auch online eine strafbare Handlung, eine Verfolgung durch Polizei bzw. Staatsanwaltschaft ist unbedingt notwendig. Das Landeskriminalamt wird in Zusammenarbeit mit dem Hessen Cyber Competence Center (Hessen3C) und der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) die **Sicherheit in der digitalen Welt** gewährleisten. Hier muss Hessen weiter führend bleiben.

- Die Stärkung der neuen **Fehler- und Führungskultur** bei der hessischen Polizei ist uns ein wichtiges Anliegen. Pauschalem Misstrauen gegenüber der hessischen Polizei oder Generalverdächtigungen stellen wir uns klar entgegen.

- Eine gute Polizei benötigt eine gute Infrastruktur für ihre Arbeit. Wir setzen die **Modernisierung von Liegenschaften** konsequent fort. Die Leistungsfähigkeit der Polizei gewährleisten wir u.a. durch eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur.

- Wir halten den **Freiwilligen Polizeidienst** nach wie vor für eine wertvolle Ergänzung für unsere Polizei und für eine Stärkung der Verbindung zwischen Polizei und Zivilgesellschaft.

- Die **Polizeifliegerstaffel** hat insbesondere anlässlich der Katastrophe im Ahrtal ihre Leistungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Wir wollen die Einsatzfähigkeit weiter erhöhen und die Dienststelle mit modernstem Equipment ausstatten. Hierzu gehört insbesondere die Modernisierung der Hubschrauberflotte sowie die Erweiterung der Flotte um einen zusätzlichen, vierten Hubschrauber.

- Wir garantieren das Fortbestehen der **Hunde- und Reiterstaffel** und des **Polizeimusikorchesters** in Hessen.

SMARTE POLIZEI

- Wir werden die Polizei weiter auf dem Weg der Digitalisierung unterstützen. Unser Ziel ist die **smarteste und erfolgreichste Polizei** Deutschlands – im Netz und der realen Welt.

- Mit der Vollausstattung hessischer Polizisten mit Smartphones nimmt Hessen bereits heute eine bundesweite Vorreiterrolle ein. Unsere Polizei arbeitet mit der bestmöglichen Hardware – in Form persönlicher Ausrüstung –, und modernster Software, smarten Apps und IT-Systemen. Das Polizeipräsidium für Technik wird gestärkt, um die Prozesse der **Ermittlungsbehörden weiter zu digitalisieren**.

- Die Entwicklung von **leistungsstarken Applikationen zur Arbeit am Einsatzort** treiben wir über das „Innovation HUB 110" weiter voran. In diesem Kontext überprüfen wir die bisherigen Prozesse der polizeilichen Datenaufnahme und -übermittlung und werden diese soweit möglich digitalisieren.

- Wir setzen uns für eine **stärkere Zusammenarbeit und mehr Kooperationen** der hessischen Polizei mit hessischen Forschungseinrichtungen ein, damit digitale Entwicklungen weiter Einzug in den Polizeialltag finden.

- Mit der **Vollausstattung unserer Polizei mit Smartphones** und der Errichtung der **„Polizei-Cloud"** haben wir die Grundlagen für eine digitale und moderne Polizei geschaffen. Darauf bauen wir auf und setzen diesen Prozess fort.

- Im Rahmen der Ermittlungen werden **immer größere Datenmengen** sichergestellt. Die Bekämpfung von Missbrauchsdarstellungen, der Betäubungsmittel- und Organisierten Kriminalität sowie von Hass und Hetze kann nur gelingen, wenn die enormen Datenmengen zeitgerecht und weitgehend automatisiert erfolgt.

- Wir prüfen die Einführung einer zentralen **Servicestelle zur Entsperrung von beweisrelevanten Datenträgern und informationstechnischen Systemen**. Die ausgewerteten Daten werden beweissicher über die „Polizei Cloud" regional zur Verfügung gestellt.

- Eine komplexer werdende Welt benötigt zur Gewährleistung der Freiheit und Sicherheit eine hervorragend ausgebildete Polizei. Wir setzen uns für den verstärkten Einsatz von **„Virtual Reality" und „Augmented Reality" in der Aus- und Fortbildung** ein.

- Neben dem Einsatz im Bereich des Schieß- und Einsatztrainings setzen wir uns für den Einsatz von Fahrsimulatoren für das Fahrsicherheitstraining ein. Aber auch das Einschreiten in konfliktträchtigen Situationen und den Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen wollen wir in der **Aus- und Fortbildung möglichst realitätsnah** trainieren lassen.

NOTWENDIGE RECHTSGRUNDLAGEN

- **Datenschutz darf nicht zu Täterschutz werden** – wir passen die Rechtsgrundlagen des HSOG an die digitale Welt an und setzen uns im Bereich der Strafverfolgung für angemessene Änderungen auf Bundesebene ein. Hierfür wollen wir prüfen, wie der Datenaustausch zwischen Sicherheitsbehörden aber auch anderen Behörden wir beispielsweise der Sozial-, oder Gesundheitsverwaltung in angemessenem Rahmen sichergestellt und optimiert werden kann.

- **Automatisierte Datenanalysen und -auswertungen** sollen künftig einen wichtigen Beitrag zur schnellen Bekämpfung von Straftaten leisten. Dabei soll auch Künstliche Intelligenz (KI) zum Einsatz kommen dürfen.

- Das von der Ampelkoalition auf Bundesebene präferierte „Quick-Freeze-Verfahren" schützt Straftäter. Wir setzen uns dafür ein, dass die **Vorratsdatenspeicherung** in den vom Gerichtshof der Europäischen Union vorgegebenem rechtsstaatlichen Rahmen endlich umgesetzt wird, damit schwerste Straftaten erfolgreich bekämpft werden können.

- Den Sicherheitsbehörden muss in engen Grenzen und mit richterlicher Anordnung der Zugang zu bestehenden privaten audiovisuellen Systemen gestattet sein, um in den bestehenden rechtlichen Befugnissen beispielsweise die Wohnraumüberwachung durchführen zu können. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass es in engen Grenzen rechtlich und technisch möglich sein wird, **kryptierte Telekommunikation im Kontext von schwersten Straftaten** zu überwachen.

- Vorhandene **Maut- und sonstige Verkehrsüberwachungsdaten** müssen zur Verbrechensverfolgung genutzt werden dürfen. Grundsätzlich muss gelten: je schwerer das Delikt, desto eher müssen die grundsätzlich berechtigten Vorbehalte des Datenschutzes zurückstehen.

- Wir setzen uns für die Erweiterung der Online-Wache bis hin zur umfassenden **digitalen Anzeigenerstattung** ein. In diesem Kontext soll beispielsweise die Möglichkeit der Anzeigenerstattung per Videotelefonie geprüft und soweit möglich in weiteren Bereichen eingesetzt werden.

- Wir haben uns zum Ziel gesetzt, das Land Hessen zum Vorreiter in der Entwicklung und Umsetzung von Drohnen- und Drohnenortungstechnologien und autonomen Fliegen zu machen. Dazu muss ein **Drohnendetektionssystem** aufgebaut werden, das die Sicherheit im Luftraum gewährleistet und die Voraussetzungen für die Entwicklung autonomer Flugsysteme schafft. Dabei legen wir höchsten Wert auf die Einhaltung von datenschutzrechtlichen Aspekten und bauen das System schrittweise aus, beginnend mit den Metropolregionen.

- Der **Einsatz von Drohnen** soll ausgeweitet und rechtlich normiert werden. Gleichzeitig prüfen wir die weitere Anschaffung von Robotern, um die Einsatzkräfte zu unterstützen bzw. deren Einsatz zu schützen.

- Wir wollen mithilfe moderner technologischer Lösungen kritische Infrastruktur wie beispielsweise Flughäfen vor **illegalem Drohnenüberflug** wirksam schützen.

- Wir wollen eine gesetzliche Grundlage zur **Sicherstellung von Kryptowährungen** einführen. Dies halten wir insbesondere auch für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität für dringend geboten.

- Wir streben die **Umkehrung der Beweislast bei der Sicherstellung von** Vermögenswerten aus organisierter Kriminalität an.

- Wir fordern die Etablierung des **Neuköllner Modells** für jugendliche Intensivtäter in der hessischen Justiz. Damit werden Verfahren durch spezielle Verfahrensregeln und Priorisierungen beschleunigt.

- Im **Kampf gegen die organisierte Kriminalität** werden wir durch Gründung einer Task-Force bestehend aus Steuerfahndern des Finanzministeriums, Fachleuten der Staatsanwaltschaften und Kriminalisten aus dem Landeskriminalamt noch schlagkräftiger.

PRÄVENTION AUSBAUEN – SICHERHEITSGEFÜHL STÄRKEN

- Neben der objektiven Sicherheit werden wir uns weiter intensiv dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Hessinnen und Hessen widmen und unsere erfolgreichen Sicherheitspartnerschaften mit hessischen **KOMPASS-Kommunen** fortführen und darüber das **„Schutzmann-vor-Ort"-**Konzept weiter ausbauen.

- Kommunale Ordnungsdienste leisten einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit im öffentlichen Raum. Deshalb werden wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden die Aufgabengebiete des **Kommunalen Ordnungsdienstes** überprüfen und definieren.

- Wir möchten, dass sich Menschen in jeder Lebenssituation sicher fühlen können. Freiheit ist nur in Sicherheit möglich. Deswegen wollen wir die **reale und gefühlte Sicherheit im öffentlichen Raum** beispielsweise durch Quartiers- und Beleuchtungsmanagement, Sauberkeit, Notrufsäulen, Waffen- und Alkoholverbotszonen und Videoüberwachung verbessern. Zusätzlich sorgen wir für eine höhere Präsenz von Ordnungskräften in den Abendstunden im ÖPNV und an öffentlichen Plätzen.

- Wir dulden keine Gewalt gegen Frauen und schnüren ein **Frauen-Sicherheitspaket**. Die Einhaltung von Kontakt- und Annäherungsverboten werden wir mittels elektronischer Fußfesseln überwachen. Dies ist ein Beitrag dafür, dass sich insbesondere Frauen in allen Lebenslagen sicher fühlen können.

- Die Neueinführung des neuen **Sicherheitsportals** war ein wichtiger strategischer Grundstein. Dadurch können künftig Polizeikräfte dort eingesetzt werden, wo diese nach objektiven und subjektiven Gesichtspunkten erforderlich sind. Dies wird die polizeiliche Prävention in Hessen stärken. Für uns ist klar: jede Tat, die verhindert wird, ist aktiver Opferschutz.

- Das **Sicherheitsportal und den Mängelmelder** wollen wir ebenfalls ausbauen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger weiter schnell und digital an die richtige Stelle wenden können. Die Daten werden wir gemeinsam mit den objektiven Daten der Polizei anonymisiert und datenschutzkonform nutzen, um die Einsatzkräfte der Polizei zielgerichtet einzusetzen.

- Einbrüche in Wohnungen sind für die Opfer besonders traumatisch. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass für das **Förderprogramm zur Einbruchssicherung** der KfW wieder entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

- Das Instrument der Videoüberwachung hat sich bewährt und soll weiter und zielgerichtet genutzt werden, um Sicherheit zu geben, Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser aufklären zu können. Mithilfe moderner Technik, wie zum Beispiel durch intelligente Videosicherheitstechnik mit Gesichtserkennung, wollen wir Fahndungen noch schneller zum Erfolg führen.

- **Waffenverbotszonen** sind für uns ein wichtiges und geeignetes Instrument, um im öffentlichen Raum für mehr Sicherheit und ein höheres Sicherheitsgefühl zu sorgen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kommunen vermehrt die Möglichkeit einer Waffenverbotszone in Betracht ziehen.

PRÄVENTION SCHÜTZT

- **Erfolgreiche Präventionsarbeit** gelingt nur Hand in Hand mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen den Dialog der Sicherheitsbehörden mit den Bürgerinnen und Bürgern über das Sicherheitsportal stärken. Informationen nehmen die Sicherheitsbehörden zukünftig über einen digitalen Kanal entgegen, der serviceorientiert und automatisiert die jeweils zuständige Behörde identifiziert und informiert.

- Alle präventiven Angebote der hessischen Polizei wurden unter der bundesweit einmaligen **Dachmarke *„Gemeinsam sicher in Hessen“*** (GSIH) gebündelt, die wir weiter ausbauen wollen.

- Wir wollen daher in Zusammenarbeit mit dem **Landespräventionsrat Präventionsprogramme** für Kinder und Jugendliche in Schulen etablieren, Trainingseinheiten für Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung sowie Selbstverteidigung in Schulen, Betrieben und Kommunen einrichten sowie für Gewalt in Pflege/-heimen sensibilisieren. Dabei sind die Aufklärung und kostenfreie Opferberatung zum Schutz von Frauen aus allen Kulturkreisen ebenfalls wichtig.

- Wir wollen **Kinder und Jugendliche im Rahmen unserer Präventionsbemühungen** stärker in den Fokus nehmen und insbesondere ihre Medienkompetenz stärken, um sie wirksam zu schützen. Wir fokussieren die Bemühungen hierbei insbesondere auf die besonders gefährdeten Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen respektive Cybergrooming.

MODERNER POLIZEIBERUF

- Hessische Polizistinnen und Polizisten leisten tagtäglich Herausragendes für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Sie verdienen die **bestmöglichen Ausbildungs- und Rahmenbedingungen**, unseren Schutz sowie gesellschaftliche Anerkennung und Respekt.

- Wir setzen uns für spezialisierte Laufbahnen und den **Ausbau der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS)** ein. Wir wollen Studiengänge fort- und weiterentwickeln, die verstärkt spezialisierte Verwaltungsmitarbeiter hervorbringt.

- Daneben werden wir Kooperationen mit den hessischen Hochschulen eingehen und bestehende Partnerschaften ausbauen, um **die besten Köpfe für die Innere Sicherheit** zu rekrutieren.

- Die Kriminalitätsbekämpfung erfordert mehr denn je Spezialisten. Wer über ganz besondere Fähigkeiten verfügt, die für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nötig sind, soll eine bessere Perspektive erhalten. **Spezialisierten Bediensteten** werden wir einen Lehrgang anbieten, der eine Übernahme in das Beamtenverhältnis bei der Polizei ermöglicht.

- Wir wollen das unübersichtliche **Zulagenwesen der Polizei reformieren**. Jene Beamtinnen und Beamte, die besonders belastende Dienste leisten, sollen eine angemessene Zulage erhalten. Neben dem Wechselschichtdienst gehören hierzu z.B. die Sachbearbeiter, welche regelmäßig Missbrauchsdarstellungen bewerten müssen. Wir setzen uns für eine angemessene Anhebung der Polizeidienstzulage ein.

- Die Bediensteten sollen die Möglichkeit erhalten ihren Erholungsurlaub für **Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen** anzusparen. Wir übertragen hierzu die Regelung aus § 7a der Erholungsurlaubsverordnung des Bundes in hessisches Recht.

- Die Attraktivität des Polizeiberufs wird durch **moderne Büro-, Arbeitsplatz- und Arbeitszeitkonzepte** gesteigert. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Polizistinnen und Polizisten durch Verwaltungsassistenzen noch stärker von allgemeinen Verwaltungstätigkeiten entlastet werden.

- Das **Zentrum für polizeipsychologische Dienste und Services** wollen wir weiter stärken, um Beamtinnen und Beamten in schwierigen beruflichen Situationen beste Unterstützungs- und Hilfsangebote bieten zu können.

- Die **Wachpolizei** ist seit dem Jahr 2000 ein hessisches Erfolgsmodell. Die Fürsorge für die Beschäftigten gebietet es, dass ihnen geeignete Beschäftigungsangebote gemacht werden.

SCHUTZ ALLER EINSATZKRÄFTE

- Wer unsere Einsatzkräfte angreift, greift uns alle an. **Gewalt gegen Einsatzkräfte** ist für uns unter keinen Umständen hinzunehmen und muss entschlossen geahndet werden. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, diejenigen zu schützen, die uns schützen.

- Wir werden uns weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **Mindestfreiheitsstrafe** für Angriffe auf Einsatzkräfte auf 6 Monate erhöht und damit die Möglichkeit der Verhängung einer Geldstrafe ausgeschlossen wird. Bei Angriffen aus einem „Hinterhalt" oder besonderen Folgen sollte die Mindeststrafe bei 1 Jahr liegen. Mit dieser Strafverschärfung setzen wir ein deutliches Zeichen – in Hessen wird es **keine „Berliner Verhältnisse"** geben!

- Darüber hinaus wollen wir unsere **sichtbaren Kampagnen der Solidarität** mit Einsatzkräften weiterführen bzw. ausweiten und mit einem „Hessischen Tag der Einsatzkräfte" die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften in den Fokus rücken. Wir stärken unseren Organisationen, Einsatzkräften und den vielen Ehrenamtlichen öffentlichkeitswirksam den Rücken.

VERFASSUNGSSCHUTZ STÄRKEN

- Eine wehrhafte Demokratie braucht einen **starken Verfassungsschutz**. Wachsende Bedrohungen aus verschiedenen Richtungen haben gezeigt, dass unser Frühwarnsystem vor den Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung weiter gestärkt werden muss.

- Wir setzen uns weiterhin für die **personelle Verstärkung des Landesamts für Verfassungsschutz** Hessen ein, das eine größtmögliche Sicherheit vor Extremismus in all seinen Formen; linkem, rechtem, islamistischem, sowie Organisierter Kriminalität bietet.

- **Extremistische Strukturen** werden wir in Hessen weiter konsequent **zerschlagen** und **Vereinsverbote** weiter entschlossen vorantreiben.

- Wir werden das Verfassungsschutzgesetz (HVSG) novellieren und Übermittlungsvorschriften so anpassen, dass die **Zusammenarbeit unserer Sicherheitsbehörden verbessert** wird.

- Wir wollen dem Landesamt für Verfassungsschutz den Weg zur weiteren Digitalisierung ebnen. Hierzu soll es mit einem eigenen **innovativen Digitalisierungsprogramm** ausgestattet werden, welche die Arbeit der Verfassungsschützer wesentlich beschleunigt.

- Wir wollen, dass sich diejenigen, die unseren Staat repräsentieren, nachweislich auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung befinden. Daher werden wir Polizeianwärter, Staatsanwältinnen und Richter regelhaft und obligatorisch vom Landesamt für Verfassungsschutz **vor der Einstellung überprüfen** lassen.

- Das Landesamt für Verfassungsschutz soll gemeinsam mit den Kommunen das **Frühwarnsystem** erweitern, um flächendeckend extremistische Bestrebungen noch früher zu erkennen und im Keim ersticken zu können.

- Wir wollen, dass die **Präventionsangebote des** Landesamtes für Verfassungsschutz weiter ausgebaut und stetig weiterentwickelt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bereits in der Schule frühzeitig über extremistische Gruppierungen informiert sowie deren Einstellungen, Strategien und Propaganda vermittelt wird.

PRÄVENTION GEGEN EXTREMISMUS

- Extremismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für die freiheitlich demokratische Grundordnung ein und **bekämpfen Extremismus jedweder Art**. Wir wollen die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung vermitteln und durchsetzen. Gewalt darf kein Mitteln zum Erreichen politischer Ziele sein.

- Die in den vergangenen Jahren auf Rekordniveau bereitgestellten **Präventionsmittel** wollen wir fortführen und zielgerichtet für die unterschiedlichen Projekte und Programme einsetzen.

- Rechtsextremismus ist die derzeit größte Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie. Wir werden den **Druck auf Rechtsextremisten** weiter erhöhen, die Besondere Aufbauorganisation Hessen R (BAO R) ausbauen und die Feinde unserer freien Gesellschaft mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen.

- Ebenso entschieden treten wir jeder Form des **Linksextremismus** entgegen und werden dem Landesamt für Verfassungsschutz die nötigen Ressourcen für eine angemessene Präventionsarbeit zur Verfügung stellen.

- **Antisemitismus** werden wir in Deutschland niemals tolerieren. Angriffe, Bedrohungen oder Beleidigungen auf jüdisches Leben unterbinden wir mit allen Mitteln.

- Wir bekämpfen jede Form von **islamistischem Fundamentalismus und Salafismus** bzw. Terrorismus und begegnen der Entstehung von Parallelgesellschaften in unseren Städten bereits im Ansatz.

- Das erfolgreiche Landesprogramm **„Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus"** soll fortentwickelt und in Hessen gegen jedwede Art des Extremismus eine „Kultur der Achtsamkeit" etabliert werden.

- Die staatliche Meldestelle **HessenGegenHetze** hat sich als richtig und richtungsweisend erwiesen, weshalb wir das niederschwellige Bürgerangebot fortführen werden.

- Für alle Hessinnen und Hessen und insbesondere für Schülerinnen und Schüler wollen wir online ein interaktives **„Extremismus-Informationsportal"** des Landes Hessen auf den Weg bringen. Es soll die Bürgerinnen und Bürger über erste Anzeichen und Formen von Antisemitismus und Extremismus informieren und weiter sensibilisieren.

- Wir werden sicherstellen, dass **keine Steuergelder an Verfassungsfeinde** gehen, insbesondere jene, die sich unter dem Deckmantel der Extremismusbekämpfung selbst außerhalb des demokratischen Spektrums bewegen.

- **Keine Waffen für Verfassungsfeinde!** Niemand möchte Waffen in Händen von Extremisten oder psychisch kranken Menschen wissen. Bei etwaigen Waffenverschärfungen gilt für uns aber stets Maß und Mitte. Wir wollen nicht, dass Sportschützen, die rechtmäßig ihren Sport nachgehen oder Jäger, die einen wichtigen Beitrag zur Wildhege und Naturpflege leisten, unter Generalverdacht gestellt werden.

- Unser oberstes Ziel ist es, dass Waffen nicht in den Besitz von unzuverlässigen Personen gelangen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Vereinigungen zur absoluten, nicht widerlegbaren waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit führt.

- Wer einmal Mitglied in einem verbotenen Verein oder in einer verfassungswidrigen Partei war oder wer aktiv gegen die verfassungsmäßige Ordnung vorgeht, soll für lange Zeit nicht in den Besitz von Waffen gelangen. Wir wollen, dass die sogenannten „Wohlverhaltensfristen" des Waffenrechts verdoppelt werden. Nur so können wir effektiv Extremisten einen legalen Zugang zu waffenrechtlichen Erlaubnissen und dem Umgang mit Waffen versperren.

- Wir haben bereits eine Vielzahl an Extremisten entwaffnet - diesen Weg gilt es konsequent weiterzuführen, indem der Vollzug des Waffenrechts gegenüber Extremisten weiter verschärft wird. Eine Vernetzung aller relevanten Stellen muss vorangetrieben, Erkenntnisse geteilt und die Prävention weiter gestärkt werden, damit Extremisten der Zugang zu Waffen von Vornherein verwehrt wird.

CYBERSICHERHEIT

- Die **Informationssicherheit in der Verwaltung** ist wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfähigkeit. Mit einem hohen Niveau im Bereich der Cybersicherheit werden Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger vor kriminellen Handlungen besser geschützt. Eine gesamtstaatliche Resilienzsteigerung muss das Ziel sein.

- Hessens führende Rolle in Fragen der Informations- und Cybersicherheit unter den deutschen Ländern muss beibehalten werden. Die zentrale Stelle für Informationssicherheit in Hessen, das Hessen **CyberCompetenceCenter (Hessen3C)**, ist Herzstück der hessischen Informationssicherheitsarchitektur und in dieser Funktion finanziell und personell weiter auszubauen. Dabei muss der rechtliche Rahmen fortlaufend anhand der dynamischen Entwicklungen überprüft und ggf. angepasst werden.

- Ein **Hessischer Informationssicherheitsrat** soll künftig Standards für die Landesverwaltung definieren. Der Chief Information Security Officer (CISO) der hessischen Landesverwaltung muss in seiner Rolle gestärkt werden.

- Hessische Verwaltungen sollen sich flächendeckend mindestens an den **Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)** orientieren. Für Landesbehörden müssen verbindliche Mindeststandards der Informationssicherheit gelten. Hierfür sind ausreichend Personal und Mittel zur Verfügung zu stellen.

- Die vorhandenen **Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen der Verwaltung** in den Bereichen Informations- und Cybersicherheit sollen künftig an einer Stelle gebündelt werden. Die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung muss durch Verbreiterung der laufenden Forschungsförderung und zielgerichteter Zusammenarbeit mit der Unternehmensforschung verbessert werden.

- Ein **Hessischer Cybersicherheitsrat** soll die zentralen Akteure aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft besser vernetzen.

- Wir werden zwischen Land und Kommunen einen Cybersicherheitspakt abschließen, der die Cybersicherheit in den Kommunen stärken wird.

GLÜCKSSPIEL

- Wir setzen uns weiterhin für ein streng am **Jugend- und Spielerschutz** orientierten Glücksspielrecht in Deutschland und Hessen ein. Nur wer sich an die strengen Regeln hält, soll auch dauerhaft Glücksspiele anbieten dürfen.

- Nur mit attraktiven und am Spielerinteresse ausgerichteten Angeboten auf dem legalen Markt kann der **illegale Schwarzmarkt** dauerhaft zurückgedrängt werden. Das Glücksspielrecht muss dementsprechend fortlaufend zwischen den Leitplanken des wirksamen Spielerschutzes und einem attraktiven Spielangebot weiterentwickelt werden.



EINE BÜRGERNAHE UND KONSEQUENTE JUSTIZ

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN RECHTSSTAAT

19.

LEISTUNGSFÄHIGE JUSTIZ

- Nur eine leistungsfähige und **personell und sachlich gut ausgestatte Justiz** ist in der Lage, das hohe Vertrauen in den Rechtsstaat zu gewährleisten. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, in angemessener Zeit effektiven Rechtsschutz zu erhalten. Strafverfolgung muss schnell und konsequent sein. Zivil- und Verwaltungsverfahren müssen beschleunigt werden. Hierfür werden wir mit (Bundesrats-)Initiativen den Bund endlich zum Handeln bringen.

- Wir werden deshalb den begonnenen **Hessischen Pakt für den Rechtsstaat** fortführen. Dabei streben wir einen Deckungsgrad von 100 Prozent nach dem Personalbedarfsberechnungssystem 'Pebb§y' bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften an und werden besonders belastete Bereiche spürbar stärken.

- Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund die im Koalitionsvertrag der Ampel angekündigte **Verstetigung des Pakts für den Rechtsstaat** und die Erweiterung um einen Digitalpakt umsetzt. Der Bund muss sich am Personalmehrbedarf der Länder, der regelmäßig durch bundesgesetzliche Initiativen entsteht, angemessen beteiligen.

- Wir werden die Justiz für die Bürgerinnen und Bürger in der Fläche erhalten und stehen zu unseren Justizstandorten. Wir prüfen eine **Zentralisierung der Registergerichte** im ländlichen Raum.

- Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für die in der Justiz Beschäftigten. Die **Justizstandorte** in Hessen werden wir weiter modernisieren und ihre Sicherheitsinfrastruktur verbessern.

- Wir wollen das **Fortbildungsangebot** für Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ausweiten. Insbesondere sind Supervisionsangebote für Familien- und Strafrichterinnen und -richter, bspw. in kinderwohlsensiblen Bereichen, anzustreben.

- Die **Sozialgerichte** wollen wir von mutwillig betriebenen und von vornherein völlig aussichtslosen Verfahren von so genannten Vielklägern **entlasten**. Dadurch werden unnötig Ressourcen gebunden, die an anderer Stelle fehlen.

NACHWUCHSGEWINNUNG

- Wir werden die Attraktivität der Justiz als Arbeitgeber weiter steigern. Dafür werden wir die **Besoldungsstruktur in allen Laufbahnen verbessern**. Justizfachangestellten werden wir die Verbeamtung erleichtern. Befristungen von Arbeitsverhältnissen in der Justiz wollen wir auf ein Minimum begrenzen.

- Wir werden die **Ausbildungskapazitäten erweitern** und die Nachwuchskampagnen ausbauen und Interessierte auf neuen Wegen ansprechen.

- Junge Richterinnen und Staatsanwälte möchten wir bestmöglich im **Berufsstart** unterstützen. Mit Mentoren als direkten Ansprechpartnern, Angebote zur Supervision und einer Deckelung der Verfahrensanzahl zum Einstieg begleiten wir die neuen Juristinnen und Juristen.

- Die erfolgreiche Veranstaltungsreihe **„Tag des Rechtsstaates“**, bei der Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit gegeben wird, die Justiz und die Polizei vor Ort näher kennenzulernen, werden wir fortsetzen und ausbauen. Damit stärken wir nicht nur das Verständnis der Schülerinnen und Schüler für den Rechtsstaat, sondern präsentieren auch die Attraktivität und Vielfältigkeit der Berufsfelder im Rechtsstaat.

- Das Staatsexamen als Abschluss des Studiums prägt und sichert die **Qualität der Juristenausbildung** und muss als Voraussetzung für die Befähigung zum Richteramt unangetastet bleiben.

- Wir wollen das **Referendariat in Hessen noch moderner** gestalten. Insbesondere werden wir es den Referendarinnen und Referendaren ermöglichen, ihre Examensklausuren elektronisch zu schreiben.

KONSEQUENTE STRAFVERFOLGUNG

- Wir stehen für eine schnelle und **konsequente Strafverfolgung**, sowohl auf unseren Straßen als auch im Internet.

- Wir wollen das **beschleunigte Verfahren** gem. §§ 417 ff. StPO immer dann nutzen, wenn dies rechtlich und tatsächlich möglich ist. Mit speziellen Dezernaten, genügend Personal und Ressourcen soll die zügige und reibungslose Durchführung des beschleunigten Verfahrens sichergestellt werden.

- Wir stehen für eine konsequente **Verfolgung von Drogenkriminalität**. Sogenannte weiche Drogen sind viel zu oft Einstiegsdroge und eine Belastung für die Anstrengungen im Gesundheits- und Jugendschutz. Auch Cannabis darf daher nicht legalisiert werden.

- Straftaten sogenannter **Klimaaktivisten müssen konsequent verfolgt** werden. Die Blockade von Rettungswegen oder Behinderung von Rettungsmaßnahmen sollen mit einer Mindestfreiheitsstrafe belegt werden.

- Um dem zunehmenden und hochgefährlichen Phänomen der Geldautomatensprengung zu begegnen, werden wir uns nachdrücklich für eine Neuregelung der Strafbarkeit von Geldautomatensprengungen einsetzen, mit der auch ein erhöhter Mindeststrafrahmen eingeführt werden sollte.

- Eine konsequente Justiz muss auch dafür sorgen, dass sich Verbrechen nicht lohnen. Wir stehen für die konsequente Anwendung von Instrumenten wie der **Vermögensabschöpfung**.

- Die Möglichkeiten der **E-Evidence-Verordnung**, die den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln regelt, werden wir nutzen, um Straftaten im Internet effektiver aufklären zu können.

- Für den notwendigen **Informationsaustausch zwischen Polizei und Justiz** und auch mit dem Landesamt für Verfassungsschutz werden wir – auch länderübergreifend – die rechtlichen und technischen Möglichkeiten verbessern.

- Menschen, die sich für unseren Staat engagieren und ein öffentliches Amt bekleiden, verdienen besonderen Schutz. Angriffe auf sie müssen mit besonderem Augenmerk verfolgt werden. Mit den

Sonderdezernaten in allen hessischen Staatsanwaltschaften werden wir Angriffe auf Amtsträgerinnen und Amtsträger weiter konsequent strafrechtlich verfolgen.

- Bußgeldverfahren wollen wir durch **Änderungen im Ordnungswidrigkeitenrecht** beschleunigen und effektiver gestalten.

- Mit der Einrichtung einer **Antisemitismusbeauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft** Frankfurt am Main wurde die Grundlage dafür geschaffen, antisemitische Straftaten noch besser erkennen und verfolgen zu können. Diese Vernetzung wollen wir weiter ausbauen.

- International verfolgbare **Kriegsverbrechen** und ihre Täter sind konsequent von deutschen Strafverfolgungsbehörden zu ermitteln. Sanktionen müssen durchgesetzt werden.

- Die Hessische **Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität** (ZIT) hat bereits eine Vielzahl von Ermittlungserfolgen zu verzeichnen und genießt bundesweit großes Ansehen. Wir werden die ZIT personell weiter aufstocken und ihre Kooperation mit anderen auf Cybercrime spezialisierten Staatsanwaltschaften stärken, um Straftaten im Internet noch effektiver verfolgen zu können.

- Die Verbreitung von **„Fake News"** ist – gerade im Vorfeld von Wahlen und mittels Social Bots – eine große Gefahr für die Demokratie. Wir werden prüfen, ob das Strafrecht erweitert werden muss, um dem Phänomen effektiver begegnen zu können.

- Wir setzen uns dafür ein, die Spielräume zu nutzen, die der Europäische Gerichtshof für die **Speicherung von IP-Adressen** für einen begrenzten Zeitraum insbesondere zur Bekämpfung schwerer Kriminalität eröffnet hat. Eine verbindliche Speicherung von IP-Adressen ist für die erfolgreiche Bekämpfung schwerer Straftaten, insbesondere im Bereich der Kinderpornografie und Kindesmissbrauch, im digitalen Zeitalter unverzichtbar.

DIGITALE JUSTIZ

- Die Einführung der **elektronischen Akte** in der Justiz werden wir mit Nachdruck vorantreiben und die Justiz insgesamt digitaler aufstellen.

- Wir fördern die Kompetenzen aller Justizbediensteten im Bereich der Digitalisierung und werden die **IT-Ausstattung der Justiz** weiter ausbauen und mehr Stellen für IT-Vor-Ort-Betreuer schaffen.

- Wir wollen die Möglichkeiten von **Künstlicher Intelligenz** - ausgehend von den Erfahrungen im Rahmen des Modellprojektes „Frauke" am Amtsgericht Frankfurt - stärker nutzen, um die Arbeit aller in der Justiz Tätigen zu erleichtern, beispielsweise zur Bewältigung von Fluggastrechteverfahren oder in Kostenfestsetzungsverfahren.

- Künstliche Intelligenz darf in der Justiz nur als Hilfsmittel eingesetzt werden. Die Entscheidung muss am Ende aber **immer ein Mensch** treffen.

- Wir werden die Einrichtung einer **zentralen Datenbank für Formulare** und Formulierungshilfen für richterliche Entscheidungen anhand eines Pilotprojekts prüfen.

- Wir wollen den **Zugang der Bürgerinnen und Bürger zur Justiz** erleichtern. Dafür werden wir digitale Rechtsantragsstellen einrichten und die Online-Vergabe von Rechtspflegerterminen zur Vermeidung von Warteschlangen weiter ausbauen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass Bürgerinnen und Bürger bestimmte Forderungen im Wege eines zivilgerichtlichen Online-Verfahren schneller durchsetzen können.

PRÄVENTION UND OPFERSCHUTZ

- Wir wollen den Opferschutz und die **Arbeit der Opferhilfevereine und –strukturen** noch stärker unterstützen und stärken. Die Rechtstellung der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Opfer schwerer Gewalttaten und Terroranschläge wollen wir auf eine gesetzliche Grundlage stellen.

- Wir wollen die **Strukturen und Standards beim Opferschutz** weiter verbessern. Dazu gehört auch die Begleitung von Zeugen und eine kindgerechte Gestaltung von Gerichtsverfahren. Alle Möglichkeiten zur organisatorischen Umsetzung effektiven Zeugenschutzes insbesondere bei schweren Straftaten, organisierter Kriminalität und Terrorismus sind innerhalb des gesetzlichen Rahmens umzusetzen.

- Das Thema „**Hass und Hetze gegen Kommunalpolitiker**" werden wir stärker in den Mittelpunkt der Präventionsarbeit stellen. Angriffe auf die politisch gewählten Vertreter unserer Gesellschaft sind nicht akzeptabel. Wer sich ehren- oder hauptamtlich für unseren Staat engagiert, verdient unseren besonderen Schutz!

- Um Frauen, die Opfer von Gewalt werden, wirksam zu helfen, haben wir das **Marburger Modell** zur Bekämpfung häuslicher Gewalt auf alle Landgerichtsbezirke ausgedehnt. Die intensive Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten hat sich bewährt. Ein flächendeckendes Netz von Beratungsangeboten und Frauenhäusern werden wir gewährleisten.

- Das Erfolgsmodell der **Häuser des Jugendrechts**, in denen Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe unter einem Dach zusammenarbeiten, werden wir weiter ausbauen und neue Standorte einrichten.

- Straftaten aus den Deliktsfeldern Missbrauch und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen müssen konsequent verfolgt und die geschädigten Kinder bestmöglich geschützt werden. Dafür werden wir weitere **Childhood-Häuser** einrichten.

- Wir stärken die wichtige Arbeit des **Landespräventionsrates** und bauen diese aus.

- Die **„Teen Courts",** in denen Jugendliche in ihrer Schule die Fälle von gleichaltrigen Straftätern im Bereich der Bagatellkriminalität verhandeln und mit denen kriminelle Karrieren frühzeitig verhindert werden können, wollen wir weiter stärken.

INITIATIVEN ZIVILRECHT

- Wir wollen Gerichtsverfahren beschleunigen, indem wir uns dafür einsetzen, **neue prozessuale Instrumente** in das Zivilprozessrecht aufzunehmen. Damit Gerichte zivilrechtliche Massenverfahren schneller und effektiver bearbeiten können, bedarf es gesetzlicher Regelungen, mit denen in zivilgerichtlichen Massenverfahren eine möglichst frühzeitige höchstrichterliche Klärung entscheidungserheblicher Rechtsfragen erreicht werden kann.

- Wir streben eine **Abschaffung des Verbandsklagerechts** und die Überprüfung von Verbesserungen bei der Musterfeststellungsklage an.

- Wir werden den **Gerichtsstandort** am internationalen Finanzplatz **Frankfurt** stärken, insbesondere durch Schwerpunktsetzungen und Konzentrationen in komplexen Wirtschaftsverfahren. Wir wollen, dass mehr Gerichtsverfahren in englischer Sprache durchgeführt werden können, um die Konkurrenzfähigkeit der staatlichen Justiz gegenüber der Schiedsgerichtsbarkeit zu erhöhen.

- Wir werden uns für eine Regelung einsetzen, die die **Haftung für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz** klar regelt.

STÄRKUNG EHRENAMT

- **Ehrenamtliche Richterinnen und Richter** erfüllen eine wichtige Aufgabe bei der Entscheidung gerichtlicher Verfahren. Sie benötigen zur Sicherstellung von Gerichtsverhandlungen besonderer Unterstützung bei der Vereinbarkeit ihres Amtes mit dem Beruf, der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen.

- Die **Ortsgerichte** leisten eine wichtige und für das Gemeinwesen unverzichtbare Arbeit – und das ehrenamtlich. Dafür verdienen sie die bestmögliche Unterstützung. Wir werden den Gemeinden dabei helfen, die IT-Ausstattung der Ortsgerichtsmitglieder zu verbessern.

- Wir werden die gesetzlichen Grundlagen für das hessische Schiedsamt überarbeiten und an neue Herausforderungen anpassen, um die wichtige ehrenamtliche Tätigkeit der **Schiedspersonen** zu erleichtern.

JUSTIZVOLLZUG

- Eine gute **personelle Ausstattung des Justizvollzugs** ist die Grundlage dafür, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und den Inhaftierten die Möglichkeit der Resozialisierung zu geben. Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Besoldungsstruktur der Bediensteten des Justizvollzugs verbessern.

- Den Belastungen der Bediensteten im Justizvollzug ist neben einer Verbesserung der Personalsituation durch gezielte **Fortbildung**, u.a. im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen und durch Sprachkurse Rechnung zu tragen.

- Wir werden die hessischen **Justizvollzugsanstalten erhalten und weiter modernisieren** und für eine ausreichende Zahl an Haftplätzen sorgen.

- Wir werden die **Resozialisierung von Straftätern** weiter in den Fokus nehmen. Dazu zählen die Demokratie- und Sprachförderung sowie der Ausbau unserer bewährten Rechtsstaatskurse auch im Strafvollzug. Der Führungsaufsicht kommt eine grundlegende Bedeutung zu. Hier werden wir den Einsatz von elektronischer Aufenthaltsüberwachung prüfen und ausbauen.

- Das „**Netzwerk zur Deradikalisierung** im Strafvollzug“ (NeDiS), mit dem wir Radikalisierungstendenzen unter Strafgefangenen vorbeugen, aufdecken und bekämpfen, werden wir weiter stärken.

- Die **medizinische Versorgung** im Justizvollzug durch Telemedizin werden wir ausbauen.

- Wir wollen die **Zusammenarbeit des Justizvollzugs mit den Kommunen** für Entlassungsvorbereitung verbessern.

- **Geldzahlungen radikaler Gruppen an Strafgefangene** werden wir unterbinden.

- Die **freie Straffälligenhilfe** gemeinnütziger Vereine und die ehrenamtliche Arbeit im Vollzug und in der Bewährungshilfe sind zu stärken.



SCHUTZ VOR GEFAHREN UND KRISEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR DEN BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ

20.

- Rund 80.000 Helferinnen und Helfer im Brand- und Katastrophenschutz bilden das Rückgrat der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr und stehen – oft ehrenamtlich - Tag und Nacht bereit, um Menschen in Not schnell und kompetent zu helfen. Für ihren herausragenden, selbstlosen Einsatz sind wir ihnen **zu großem Dank verpflichtet**, werden ihnen auch künftig bestmögliche Bedingungen für ihre Hilfen schaffen und sie **mit aller Kraft weiter unterstützen**.

- Wir setzen uns für den **Ausbau der Anerkennungskultur** ein, damit den Helferinnen und Helfern die gesellschaftliche Wertschätzung zu Teil wird, die ihr ehrenamtlicher Einsatz im Dienst der Gemeinschaft verdient. Die 2011 von uns eingeführte Anerkennungsprämie für langjährige aktive Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren, Hilfsorganisationen sowie dem THW werden wir fortführen.

- Wir halten an der Hilfefrist von 10 Minuten im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger fest.

FÖRDERUNG UND ENTLASTUNG

- Wir wollen die **Förderung von modernen Feuerwehrfahrzeugen und -häusern** auf dem aktuellen Rekordniveau fortführen, an die aktuelle Preissteigerung anpassen und die **Fahrzeugausstattung im Katastrophenschutz** anforderungsspezifisch verstärken.

- Wir werden die erforderlichen Mittel bereitstellen, um die **Katastrophenschutzunterkünfte** der Hilfsorganisationen weiter zu ertüchtigen und damit die Kreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden – analog der Brandschutzförderrichtlinie – beim Neubau und der Erweiterung von Katastrophenschutzunterkünften unterstützen.

- Hierfür werden wir die Garantiesumme für den Brandschutz weiter ausbauen und jene notwendigen Mittel in den kommenden Jahren für den hessischen Katastrophenschutz bereitstellen, welche die **bundesweite Spitzenposition Hessens** weiter untermauert.

- Wir wollen Hilfe einfacher machen und von Bürokratie entlasten. Wir werden den **Vorschriftenbestand im Brand- und Katastrophenschutz auf den Prüfstand** stellen und dort, wo es möglich ist, Verwaltungsprozesse verschlanken und uns in den entsprechenden Gremien dafür einsetzen, verzichtbare Normen zu streichen.

- Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das **Ehrenamt so weit als möglich von Verwaltungsaufgaben entlastet wird** und Aufgaben von den Kommunalverwaltungen wahrgenommen werden.

- Die Bürokratieentlastung schließt auch mit ein, dass wir die **Landesbeschaffungsaktionen** im Bereich der Feuerwehrfahrzeugförderung ausweiten und Musterleistungsverzeichnisse für Feuerwehrfahrzeuge bereitstellen und so die Kommunen in Bezug auf eigene Ausschreibungsverfahren entlasten.

- Schon in den letzten Jahren wurden Ausstattung und Handlungskonzepte im Brand- und Katastrophenschutz angepasst, um **auf Veränderungen** wie Hitzeperioden und Hochwasserlagen **bestmöglich vorbereitet** zu sein. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter und widmen uns der Thematik intensiv.

FEUERWEHREN

- Wir werden die **Hessische Landesfeuerwehrschule (HLFS)** weiter ausbauen und das Angebot weiterentwickeln. Die Kommunen werden wir weiterhin von Kosten, Gebühren und Erstattungen freistellen.

- Die Aus- und Fortbildung unserer Feuerwehrleute und insbesondere der Führungskräfte ist eine unabdingbare Investition in die Sicherheit unserer Brand- und Katastrophenschützer, sowie der Bürgerinnen und Bürger.

- Wir setzen uns für ein modernes Feuerwehrwesen ein und werden dazu die **digitalen Ausbildungsmöglichkeiten** erweitern und fortentwickeln. Die Feuerwehrangehörigen sollen künftig geeignete Schulungen auch **dezentral** und durch den Einsatz virtueller Realität wahrnehmen können. Die Feuerwehrausbildung der Zukunft soll **flexibler** werden und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen.

- Unsere Feuerwehren brauchen Nachwuchs. Zudem sind die Kinder- und Jugendfeuerwehren wichtige Institutionen für Kinder, um mit Spaß und Freude wichtige Werte zu vermitteln. Wir werden die **Kinder- und Jugendfeuerwehren** in Hessen weiterhin stark unterstützen und das erfolgreiche Beratungsangebote sowie die unterschiedlichen Projekte fortentwickeln, damit viele Kinder und Jugendliche für die Mitarbeit bei der Feuerwehr begeistert werden.

- Die erfolgreichen **Kampagnen des Landes** für die Feuerwehren, wie bspw. 1+1=2, werden wir weiterentwickeln und auch in der kommenden Legislaturperiode auf die herausragende Bedeutung des Brandschutzes in Hessen und die unentgeltliche Leistung der Kameradinnen und Kameraden für das Gemeinwohl aufmerksam machen.

- Die Sicherheit unserer Kinder hat höchste Priorität. Wir werden die in Hessen bereits seit Jahren breit aufgestellte und bundesweit vorbildhafte Brandschutzerziehung deswegen weiter ausbauen. Um Kindern die Gefahren von und die richtige Reaktion auf Feuer beizubringen, werden jedes Jahr viele tausend Brandschutzerziehungsstunden von in der Regel ehrenamtlich arbeitenden Brandschutzerzieherinnen und Brandschutzerziehern in Schulen und Kindergärten geleistet und eine Vielzahl von Materialien kostenlos zur Verfügung gestellt.

- Außerdem wollen wir prüfen, wie wir den **Herausforderungen und Bedarfen der Wehren noch mehr Geltung verschaffen** können, beispielsweise beim Erhalt innerörtlicher Feuerwehrhäuser oder starrer Regelungen beim Renteneintritt.

- Die **Notstromeinspeisung für Feuerwehrgerätehäuser** fördern wir weiter mit Landesmitteln, damit Bürgerinnen und Bürger vor Ort im Falle eines Stromausfalls eine entsprechende Anlaufstelle und Erstversorgungsmöglichkeit haben.

KATASTROPHENSCHUTZ UND KRISENRESILIENZ

- Wir werden die Vorbereitung auf Notlagen wieder stärker in den Blick nehmen und dazu einen **Krisen- und Resilienzrat** einrichten, der federführend Handlungsanleitungen liefern soll.

- Der **Bau und die Reaktivierung von Schutzräumen**, die Vorhaltung von Schutz- und Hilfsgütern, Notstromaggregaten und Treibstoff auf örtlicher Ebene und die Vernetzung im Krisenfalle wird in Hessen massiv ausgeweitet.

- Wir passen die **Katastrophenschutzkonzepte und Sonderschutzplanungen** den wandelnden Anforderungen an, um stets optimale Planungs- und Handlungsgrundlagen für die Einsatzkräfte zu schaffen.

- Das **flächendeckende Verbundnetz modernster Integrierter Leitstellen** hat sich bewährt und wir werden es auf dem technisch neuesten Stand erhalten und in seiner Funktionalität weiter ausbauen.

- Zur umfassenden Warnung der Bevölkerung werden wir den bestehenden **Warnmittelmix aus Sirenen und der App hessenWARN** weiter ausbauen. Das bestehende Sirenenförderprogramm des Landes wird fortgeführt und hessenWARN zu einem umfassenden Warn- und Informationsmedium ausgebaut. Nur gut informierte und vorbereitete Bürger sind in der Lage, sich selbst und ihre Nächsten im Falle einer Katastrophenlage bestmöglich zu schützen.

- Wir werden die **Zahl der Notstrom-Aggregate** im Hessischen Katastrophenschutz weiter erhöhen, um auf die Gefahr flächendeckender, langanhaltender Stromausfälle noch besser vorbereitet zu sein. Zwar kann mit diesen Maßnahmen naturgemäß eine funktionierende Stromversorgung nicht ersetzt werden, doch kann dadurch durch Zusammenziehungen, gerade bei einem regionalen Stromausfall, eine Vielzahl neuralgischer Bedarfsträger, wie beispielsweise ein Krankenhaus oder eine Betreuungsstelle, zuverlässig mit Strom versorgt werden.

- Wir werden daher auch den Selbstschutz und die Selbsthilfe stärken und einen **jährlichen Bevölkerungsschutztag etablieren**. Auch die Brandschutzerziehung in den Schulen werden wir hessenweit weiter stark unterstützen.

- Wir schützen unser Land vor Risiken und stellen es zukunftssicher auf. Risikoanalyse und Foresight, Gefahrenabwehr und Schutz sowie **Krisenmanagement und -vorsorge institutionenübergreifend**, gilt es stärker als bisher zusammen zu bringen.

- Zum Schutz der kritischen Infrastruktur vor Stromausfällen, Cyber-Angriffen, Black-outs, Daten-Pannen oder terroristischen Bedrohungen werden wir ein Sicherheitsmanagement unter Beteiligung von Experten entwickeln und den Kommunen nach dem Vorbild von KOMPASS ein eigenes **kommunales Resilienzsiegel KOMPASS PLUS** anbieten.

- Wir werden darauf hinwirken, gemeinsame Datenräume der Sicherheitsinstitutionen zu schaffen, in die wir Akteure der Wirtschaft und insbesondere **Betreiber Kritischer Infrastrukturen** einbinden. Durch die Entwicklung resilienter Systeme und den flächendeckenden Ausbau erfolgreicher Modellprojekte machen wir Hessen zum bundesweit führenden Standort zur Erprobung und Erforschung von nachhaltiger Kommunikation und zum Betrieb kritischer Infrastrukturen.

- Hessen wird in den nächsten Jahren zum führenden Standort in Europa zum Thema „Schutz von Weltrauminfrastruktur gegen Cyber-Angriffe“. Dazu unterstützen wir die Pläne eines **Cybersecurity Operations Centre** am ESOC, bei dem es neben Satelliten auch um die Kommunikationswege und die Bodeninfrastruktur geht.

- Insgesamt wollen wir die Planungen am ESOC unterstützen, den Standort in Südhessen zu stärken und neue Projekte wie bspw. zur Vorsorge gegen herabfallenden Weltraumschrott oder Sonnenstürme einzuwerben. Darmstadt soll damit zu einem herausragenden **Standort für Krisenresilienz mit europaweiter Strahlkraft** werden.

- Wir werden die **Klima- und Extremwetter-Sicherheit** massiv stärken und dazu Programme für Kommunen, Land- und Forstwirtschaft sowie Privathaushalte weiterentwickeln. Die Warn- und Vorhersageinfrastruktur werden wir stärken. Angepasste Planung, Präventionsmaßnahmen und Versicherungslösungen werden wir fördern, Notfallpläne implementieren und regelmäßige Übungen durchführen, um optimal auf den Ernstfall vorbereitet zu sein.

- Mit Vertretern aus Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft werden wir neue Strategien zur Sicherstellung, Verfügbarkeit, Technologieorientierung, Markt- und Wettbewerbsfähigkeit von **Rohstoffen** entwickeln. Die Wiederverwendung und das Recycling sowie die Sicherstellung von Lieferketten stehen dabei im Mittelpunkt.

RETTUNGSDIENSTE

- Die Rettungsdienste in unserem Land leisten mit hoher Professionalität einen wi**chtigen Beitrag in unserer Gesellschaft**. Sie sind zu jeder Tages- und Nachtzeit innerhalb von 10 Minuten an jedem Einsatzort in Hessen. Damit dieser hohe Standard in Zukunft noch besser wird, setzen wir uns dafür ein, dass die Infrastruktur weiter ausgebaut und auch die Digitalisierung noch stärker vorangetrieben wird.

- Der **Notfallsanitäter** hat sich als Beruf mit dreijähriger Ausbildung fest in Hessen etabliert. Wir sprechen ihm mehr medizinische Kompetenz zu, denn er ist gut ausgebildet worden und muss im Notfall handlungsfähig sein. Damit soll die Wertschätzung nochmals gesteigert werden.

- Wir wollen prüfen, wie wir die **Ausbildungskapazitäten für Notfallsanitäter ausweiten** können, bspw. indem wir die Kopplung an die Verfügbarkeit der Rettungswagen entzerren.

- Die ehrenamtlichen Rettungskräfte der Hilfsorganisationen (DRK, MHD, ASB, JUH, DLRG) werden wir den Feuerwehr-Einsatzkräften dahingehend **gleichstellen**, dass der Verdienstausfall bei Lehrgängen ebenso wie auch im Einsatzfall gewährleistet ist. Die Kosten dafür trägt das Land Hessen. Damit wird das ehrenamtliche Engagement erneut gestärkt.

- Wir wollen die **Zuständigkeit für die Rettungsdienste** im Sinne einer einheitlichen Struktur und der Bündelung von Ressourcen bzw. der reibungslosen Zusammenarbeit analog der Integrierten Leitstellen in das für Brand- und Katastrophenschutz zuständige Ministerium verlagern.

- Gemeinsam mit den Diensten und den weiteren Verantwortlichen in diesem Bereich werden wir Konzepte entwickeln, wie die **Motivation** der Rettungskräfte weiter gesteigert werden kann (bspw. durch eine Senkung der Einsatzzahlen mittels Strukturprogrammen, eine Evaluation der Mehrzweckfahrzeugstrategie etc.).



MIT FAIRNESS, LEISTUNG UND SPASS

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINEN MODERNEN SPORT

WERTSCHÄTZUNG FÜR DEN SPORT

- Der Sport in Hessen hat für uns eine besondere Bedeutung. Dies haben wir durch die Aufnahme des **Sports als Staatsziel** in die Hessische Verfassung deutlich gemacht. Damit wird dem Sport und seinen Organisationen Rechnung getragen, die als größte Bürgerbewegung des Landes eine breite gesellschaftliche Relevanz besitzen.

- Unsere Vereine sind der Motor des Miteinanders und das Schwungrad für Gemeinschaft und Zusammenhalt. Wir sind uns bewusst, dass der Sport gerade nach den Pandemiejahren wichtig und wertvoll ist und **besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung** auf ganz unterschiedlichen Feldern benötigt.

- Sport spielt sich in allen Lebensphasen und auf allen gesellschaftlichen Feldern ab. Ein stabiles Sportsystem ist geprägt von einem breiten bürgerschaftlichen Engagement und entfaltet einen hohen Nutzen für den **gesellschaftlichen Zusammenhalt**. Bewegung und Sport leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesundheit der Menschen.

- Gleichzeitig liefert der **Sport einen wichtigen Beitrag für die Vermittlung demokratischer Werte und den Zusammenhalt der Gesellschaft**: Fair-Play, Respekt, Toleranz, Inklusion, Wertschätzung des Ehrenamts und Integrität sind als Werte unmittelbar mit dem Sport verbunden.

- Die Anerkennung und Akzeptanz des **Leistungs- und Breitensports** sind für uns von herausragender Bedeutung. Ihre Wechselwirkung ist für uns die Basis, auf der die Förderung des Breiten- und Leistungssports in unserem Land basiert. Beide Seiten gilt es, auch in den kommenden Jahren stark zu unterstützen.

SPORTFÖRDERUNG

- Wir werden den Sport in Hessen auch zukünftig mit **Rekordmitteln** stärken, insbesondere kleine Vereine fördern und den Erhalt sowie den Ausbau von modernen, nachhaltigen sowie barrierefreien Sportstätten in unseren Kommunen flächendeckend unterstützen.

- Wir unterstützen den Neubau und die Sanierung von Sportstätten seit vielen Jahren mit **Förderprogrammen wie „Sportland Hessen", „Weiterführung der Vereinsarbeit" und dem „Vereinseigenen Sportstättenbau"**. Die Förderprogramme sollen erweitert, neu strukturiert, vereinfacht und intensiviert werden.

- Wir werden die Unterstützung für unsere Sportvereine intensivieren. Pro Mitglied stellen wir künftig einen **„Hessen-Euro"** pro Monat (12 Euro pro Jahr) des Landes für den Breitensport und die Vereinsförderung bereit.

- Die Programme des vereinseigenen Sportstättenbaus und zur Weiterführung der Vereinsarbeit werden dadurch deutlich gestärkt und die **Entlastung der Vereine** von hohen Energiekosten wird fortgesetzt, solange sie nötig ist. Die bisher hierfür vorgesehenen Höchstfördersätze müssen auch vor dem Hintergrund der Inflation und Baukostensteigerung angehoben werden. Die Schwellenwerte der Vergabegrenzen für Vereine werden wir deutlich anheben.

- Beim Sportstättenbau wollen wir verstärkt **Anreize für die Zusammenarbeit von Vereinen** – im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit auch über Ortsgrenzen hinaus – setzen. Gemeinsame Sportentwicklungspläne werden wir gezielt fördern.

- In diesem Zusammenhang werden wir ein **Sonderförderprogramm** für Sporthallen und von mehreren Vereinen genutzte Sportzentren umsetzen und für diese einen höheren Fördersatz vorsehen.

- Wir wollen Kinder in die Sportvereine bringen und Hürden abbauen. Mit einem Programm **„Kinder in den Sportverein („KidS“)** wollen wir für jedes Kind in Hessen die Mitgliedschaft in einem selbst gewählten hessischen Sportverein in den ersten zwei Jahren übernehmen.

- Die mit dem Landessportbund Hessen begonnene Qualifizierungs- Offensive für Trainer und Übungsleiter sowie die Schieds- und Kampfrichter und die direkte Unterstützung der Sportvereine für die **Übungsleiterarbeit** werden wir fortsetzen und den Zuschuss auf zwei Euro je Übungsleiterstunde anheben.

- Wir werden die **Fördermittel für den Sport und die Sozialverbände** weiter ausbauen. Dazu sollen die den Destinatären gesetzlich zugewiesenen Beträge aus den Spieleinsätzen der vom Land Hessen veranstalteten Zahlen- und Zusatzlotterien und Sportwetten zu Beginn der kommenden Legislaturperiode weiter erhöht werden.

- Um das Ehrenamt in Hessen weiter zu entlasten, wollen wir Sportvereine auch in den kommenden Jahren bei der **Digitalisierung** unterstützen und ein entsprechendes Förderprogramm anbieten.

- Wir wollen besonders sportlich talentierten Kindern die beste Förderung anbieten. Die vorhandenen Sportförderstätten werden wir dafür weiterentwickeln und stärken. Wir werden darüber hinaus prüfen, ob die Schaffung weiterer **Eliteschulen des Sports und von Sportinternaten** umgesetzt werden kann.

- Gemeinsam mit dem Landessportbund wollen wir bei den Kindern den Spaß an Sport und Bewegung dadurch fördern, dass wir **besondere Talente** schon in der Schule durch Talentsichtung erkennen und ihnen Angebote machen. Jedes Kind soll einmal in seiner Schullaufbahn die Gelegenheit bekommen, von einem Talentscout auf seine besonderen Stärken hingewiesen zu werden. Dabei sollen den Kindern nach Absolvierung eines wissenschaftlich entwickelten, aber einfachen Bewegungsparcours **passende Sportangebote** in den Vereinen vor Ort unterbreitet werden. Hierfür werden wir den wissenschaftlich begleiteten hessischen Bewegungscheck ausweiten und weiterentwickeln. Das fördert mittelbar auch den Spitzensport in Hessen.

- Wir unterstützen die kommunale Ebene bei der Erstellung und Umsetzung der **Sportentwicklungsplanung** und fördern die Zusammenarbeit von Vereinen und Kommunen in besonderem Maße.

- Wir starten eine **Schwimm-Offensive** und wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass möglichst jedes Kind in Hessen Schwimmen lernt.

- Mit der Fortführung des **SWIM-Programms** werden wir die Kommunen bei der Instandsetzung Ihrer Schwimmbäder weiterhin unterstützen. Dafür stellen wir auch in der folgenden Legislaturperiode Mittel zur Verfügung, um die Modernisierung hessischer Hallen- und Freibäder voranzutreiben.

- Unser Ziel ist es, die vorhandenen Schwimmflächen in Hessen zu erhalten, damit genügend Kapazitäten für das **Schul- und Vereinsschwimmen** sowie das freie Schwimmen bestehen bleiben. Das umfasst angesichts der gestiegenen Energiekosten auch Fragen der energetischen Sanierung der Bäder.

- Wir werden in einer **Offensive für den Beruf des Schwimmmeisters** werben und durch gezielte Maßnahmen, wie beispielsweise die Unterstützung der Ausbildung von qualifizierten Schwimmtrainern und Schwimmassistenten, aber auch die gezielte Unterstützung von Schwimmkursen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Menschen mit Behinderung die Schwimmfähigkeit hessischer Kinder stärken.

- Als zentraler Ort für die Aus- und Fortbildung soll in Abstimmung mit den Verbänden in Hessen ein eigenes **Schwimmzentrum Hessen** errichtet werden.

- Den Schwimmsportvereinen wollen wir bei der Neu- und Rückgewinnung von Mitgliedern und Nachwuchs helfen.

INTEGRATIONSMOTOR SPORT

- Eine besondere Unterstützung erhalten Vereine, die **inklusive oder integrative Sportangebote** für Menschen mit Behinderung schaffen. Wir unterstützen die Installierung und Ausweitung von Angeboten im Gesundheitssport. Projekte von Vereinen und Verbänden im Bereich der Integration und Prävention werden gezielt gefördert.

- Wir wollen den Hessischen Behinderten- und Rehabilitationssportverband (HBRS) beim Bau seines Sport- und Verwaltungszentrum in Fulda unterstützen.

- Wir werden uns auch weiterhin stark für die Unterstützung der **Strukturen des Behindertensports und der Inklusion** einsetzen. Die Förderung der Verbände, insbesondere des Hessischen Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbandes (HBRS), von Special Olympics Hessen (SOH) und des hessischen Gehörlosensportverbandes (HGSV) soll auf hohem Niveau fortgeführt werden.

- Wir wollen **Lotsen** einführen, um ehrenamtliche Strukturen zu entlasten und Menschen mit Behinderung einen Zugang zu Sportangeboten zu ermöglichen.

- Das zusammen mit der Sportjugend Hessen erfolgreich implementierte Programm „**Sport integriert Hessen**“ werden wir intensivieren und ausbauen. Neben Geflüchteten werden weiterhin auch Menschen mit Migrationshintergrund sowie sozial benachteiligte Personen von diesem Programm profitieren

- Wir werden auch weiterhin „**Sport-Coaches“** hessenweit als lokale Türöffner, Vermittler und kompetente Ansprechpartner einsetzen, um Menschen in Sportvereine zu integrieren.

BEWEGUNG FÖRDERN

- Die Bewegungsoffensive „**Hessischer Bewegungscheck**“, die in Kooperation von Schulen, Sportkreisen, Vereinen sowie der Universität Frankfurt umgesetzt wird, soll fortgeführt und in möglichst allen hessischen Landkreisen durchgeführt werden.

- Das bereits erfolgreich eingeführte Konzept der **Bewegungskoordinatoren** liefert wichtige Impulse als kommunale Vermittler und Impulsgeber ortsspezifischer Angebote. Wir werden dieses Angebot fortführen und weiter ausbauen.

- Das hessische Förderprogramm „**Mehr Prävention für unser SPORTLAND HESSEN**" zum Ausbau von Gesundheitssportangeboten von Vereinen soll weiter gefördert werden. Unser Ziel ist es, den Gesundheitssport und die Bewegungsförderung in den Vereinen nachhaltig auf- und auszubauen.

LEISTUNGSSPORT

- Wir wollen mehr **internationale Sportgroßveranstaltungen** nach Hessen holen. Die deutsche Olympia-Bewerbung des Deutschen Olympischen Sportbundes werden wir daher aktiv unterstützen, damit Deutschland den Zuschlag für die Ausrichtung erhält.

- Die **Fußball-Europameisterschaft 2024** werden wir nutzen, um unser Land als weltoffenen, sympathischen und toleranten Gastgeber zu präsentieren. Wir wollen dazu beitragen, dass die Europameisterschaft Begeisterung bei allen Menschen im Land entfacht, zu mehr Bewegung motiviert und Werte wie Toleranz und Fair-Play vermittelt. Das Programm Fairplay werden wir mit dem Hessischen Fußballverband fortführen.

- Neben der Förderung kleiner Vereine liegt uns auch die Unterstützung der Sportinfrastruktur von den in Hessen ansässigen nationalen Sportverbänden und Organisationen am Herzen. Viele von ihnen sind bereits heute bei uns beheimatet und machen Frankfurt zur Sporthauptstadt Deutschlands. Die Otto-Fleck-Schneise und die Akademie des Deutschen Fußball-Bundes als Nukleus werden wir zu einem übergreifenden „**Sportcampus Deutschland in Hessen**" fortentwickeln.

- Wir werden – insbesondere in der hessischen Polizei und den Hochschulen – noch bessere Rahmenbedingungen für die **Vereinbarkeit von Profisport und Beruf oder Studium** schaffen. Verwaltungsausbildung bei Land und Kommunen wollen wir ausbauen.

- Wir wollen olympischen und paralympischen Sport erfolgsorientiert stärken. Die **Elitenförderung** von Anfang an und gute Unterstützungsangebote für hessische Spitzensportler bauen wir dafür aus.

- Wir setzen uns auch weiterhin kraftvoll für eine langfristige Perspektive für den **Bundesstützpunkt Ski Nordisch in Willingen und Winterberg** ein. Die erfolgreichen Strukturen der Region im Nachwuchsleistungssport werden wir weiter stärken. Hierzu gehört auch die Unterstützung des Neubaus sowie der Modernisierung von Skisprungschanzen.

- Die **Proficlubs und leistungssporttreibenden Vereine in Hessen** sind ein wichtiges Aushängeschild unseres Landes. Wir werden die Zusammenarbeit mit diesen Vereinen intensivieren und ihnen die notwendige Unterstützung zukommen lassen.

- Die erfolgte **Ausweitung der Fanprojekte** in Hessen wird nachhaltig verankert. Fair-Play Aktivitäten von Verbänden im Amateurfußball und im Sport werden unterstützt und fortgeführt, wie etwa „Fairplay Hessen".

E-SPORT

- Die wachsende **E-Sport-Szene** erfährt unsere Unterstützung. Auch hier werden Kooperation und Zusammenhalt gelebt und die Integration und Inklusion gefördert. Den organisierten E-Sport und seine wachsenden Vereinsstrukturen werden wir unterstützen.

- Wir werden sicherstellen, dass eine **Gaming-Sparte** keine negativen Auswirkungen auf die Gemeinnützigkeit von Sportvereinen entfaltet, damit bestehende Vereine rechtssicher auch ein E-Sport-Angebot unterbreiten können, wenn sie dies wollen.

- Schon heute ist die Rhein-Main-Region ein Spitzenstandort in der Gaming-Entwicklung. Diese gute Ausgangslage wollen wir ausbauen. Wir werden dafür eine besondere Unterstützungslinie für "**Games made in Hessen**" mit einem Fokus auf AAA-Spiele etablieren. Die hervorragende Infrastruktur wollen wir nutzen, um das Rhein-Main-Gebiet als Standort für große nationale und internationale Tuniere zu etablieren.

- Auch im E-Sport werden wir Exzellenz fördern und dafür gemeinsam mit privaten Partnern eine **„players-foundation"** gründen.



AMBITIONIERT, TECHNOLOGIEOFFEN UND BEZAHLBAR

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR IDEOLOGIEFREIEN KLIMASCHUTZ

22.

KLIMASCHUTZ MIT KLAREM KOMPASS

- Die beschlossenen **Ziele zur Reduzierung von Klimagasemissionen** werden wir einhalten. Wir machen Hessen bis 2045 klimaneutral! Die vereinbarten Zwischenschritte werden wir im Rahmen der europäischen, bundesweiten und hessischen Vorgaben erfüllen.

- Wir haben einen **klaren Kompass für den Klimaschutz** und richten alle unsere klimapolitischen Maßnahmen an diesem Kompass aus: Das heißt: Im Dialog mit den Betroffenen setzen wir jede Maßnahme für den Klimaschutz um, die ökologisch nachhaltig, ökonomisch vertretbar, technologieoffen, wettbewerbsneutral und sozial vertretbar ist.

- Das von der Bundesregierung geplante faktische **Verbot von neuen Gas- und Ölheizungen** lehnen wir genauso ab, wie das pauschale **Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor**. Pauschale Verbote gehen an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei, führen zu Widerstand und gefährden die Akzeptanz für den Klimaschutz.

- Wir werden unser Hessisches Klimagesetz an die veränderten Rahmenbedingungen des Bundes anpassen. Die in Hessen festgelegten **Sektorenziele** leiten sich aus den Sektorenzielen des Bundes ab. Weil der Bund dieses Steuerungsinstrument abschafft, kann auch Hessen nicht mehr mit festen und verbindlichen Sektorenzielen arbeiten. Wir setzen uns aber weiterhin dafür ein, dass alle Sektoren angemessene Beiträge zum Klimaschutz leisten.

- Wir haben mit dem **Klimagesetz und dem Integrierten Klimaschutzplan 2030** die wesentlichen Rahmenbedingungen gesetzt. Die vereinbarten Maßnahmen werden wir priorisieren und entsprechend umsetzen.

- Wir denken und handeln in einem **globalen und europäischen Rahmen**. Die Steuerung des CO_2-Außstoßes durch einen marktwirtschaftlichen Mechanismus auf europäischer Ebene ist das zentrale Instrument für eine verlässliche und effiziente Erreichung der Decarbonisierungsziele. Dieser Weg muss technologieoffen und wettbewerbsneutral vollendet werden.

- Auf europäischer Ebene vorgesehene Vorschriften für Zwangssanierungen sind ein Angriff auf das Eigentum, eine unverhältnismäßige Einschränkung der Rechte von Eigentümern. Solche Vorschriften lehnen wir ab. Stattdessen unterstützen wir die hessische Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger darin, einen effizienten Beitrag zur Erreichung dieser Vorgaben zu leisten.

- Die **Einbeziehung des Gebäude- und Verkehrssektors** in das System des europäischen Emissionshandels mit einer klaren Obergrenze ist die Garantie dafür, dass diese Sektoren ihre klimapolitischen Vorgaben erfüllen werden. Wir unterstützen daher die auf europäischer Ebene beschlossenen Schritte zur Einführung des „ETS2“ als wichtigen marktwirtschaftlichen Ansatz für effizienten Klimaschutz.

- Unser langfristiges Ziel ist ein **einheitlicher und sektorübergreifender Zertifikatehandel**, der einen einheitlichen CO_2-Preis in ganz Europa schafft und so dafür sorgt, dass sich die günstigste CO_2-Vermeidungstechnik durchsetzt. Damit wird Europa bis möglichst 2045 die erste klimaneutrale Region der Welt.

- Auf Landesebene setzen wir auf Information, Vernetzung, Förderung und Anreize, um den Treibhausgasausstoß zu reduzieren. Damit wollen wir die **best-practice-Beispiele zum Standard machen** und Räume schaffen, in denen Innovation und Fortschritt für Klimaschutz umgesetzt werden.

- Klimaschutz wird vor Ort gemacht. Die umfassende Unterstützung der **Klimakommunen** setzen wir fort und ermöglichen damit die nötigen Investitionen in den Kommunen.

- Mit der Wirtschaft – vor allem mit Industrie und Mittelstand – wollen wir das Instrument der **Carbon Contracts for Difference** intensiv nutzen. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir einen niedrigschwelligen Zugang zu diesem Instrument der klimagerechten Modernisierung unserer Wirtschaft eröffnen.

- Als Land gehen wir als Vorbild voran und werden die **Landesverwaltung bis 2030 netto-treibhausgasneutral** gestalten. Damit setzen wir selbst zuerst um, was wir von Wirtschaft und Verbrauchern erwarten und zeigen, dass es geht. Das Land wird in allen Bereichen zum Vorbild und Vorreiter für den Klimaschutz – von der Gebäudestruktur über Mobilitätsangebote bis zur Beschaffung.

- Klimaschutz gelingt nicht durch kollektiven Verzicht, sondern braucht technische Lösungen. Jetzt ist die Stunde der Ingenieure! Es gibt vielfältige technische Ansätze für eine klimaneutrale Energieerzeugung und für die Entnahme von Treibhausgasen aus der Atmosphäre, künstliche Fotosynthese und deren Nutzung oder Speicherung. Mit einem **Sonderprogramm „High-Tech-for-Climate"** werden wir gemeinsam mit unseren Hochschulen und Unternehmen in die Erforschung, technische Weiterentwicklung, die Marktreife und Umsetzung dieser Techniken investieren.

- Technische Ansätze zur Abscheidung und Speicherung von CO2 aus der Atmosphäre oder im Rahmen von industriellen Produktionsprozessen treiben wir in diesem Zusammenhang voran. Wir erwarten von der Bundesregierung, die rechtlichen Voraussetzungen für **Carbon Capture Storage (CCS) und Carbon Capture Usage (CCU)** deutlich zu verbessern, internationale Kooperation anzustoßen und so die Möglichkeiten der klimagerechten Industrieproduktion auszuweiten.

- Wir wollen neben den technischen auch **natürliche CO2-Senken** erhalten und ausbauen. Maßnahmen zur besseren CO2-Bindung im Wald, in Mooren und im Boden spielen dabei eine große Rolle. Wir wollen diese klimatischen Leistungen unserer Natur ausweiten und durch Anreizsysteme intensivieren.

- Moderne Formen der Energieerzeugung und –speicherung gehören zu einem **technologieoffenen 360-Grad Blick** für den Klimaschutz. Wir werden deshalb auch kerntechnisches „Know-how" in Hessen sowohl auf Ebene der Forschung als auch auf Ebene der staatlichen Kontrolle erhalten und die vielversprechenden Ansätze zur Erforschung und Entwicklung der Kernfusion in Hessen engagiert vorantreiben.

- Den starken Sektor der **Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie** wollen wir weiter unterstützen und Hessen zum Leitmarkt ausbauen. Die Förderung der Wasserstofftechnologie werden wir in Kooperation mit anderen Ländern intensivieren.

- Durch die **Wasserstoffallianzen** soll der Marktanschub kräftig gefördert, die Ladeinfrastruktur ausgebaut und in Wasserstoff-Tankstellen investiert werden.

- Einen besonderen Fokus legen wir auf **Mikro-KWK-Anlagen** mit Brennstoffzelle, für die wir in einem ersten Schritt im verdichteten Ballungsraum die nötige Infrastruktur schaffen wollen.

- Im Zuge der Förderung der dualen Ausbildung und der Handwerksbetriebe in Hessen legen wir einen besonderen Fokus auf die **Sicherung der notwendigen Fachkräfte** zur Umsetzung der für den Klimaschutz notwendigen Maßnahmen.

- Eingeleitete Maßnahmen zur **Stärkung der Klimabildung** und der Vermittlung von Informationen und Kompetenzen zum Klimaschutz und Klimawandel werden wir fortsetzen und zu gegebener Zeit evaluieren.

- Wir stellen dabei insbesondere sicher, dass in Bildungseinrichtungen unserer Jugend umfassende, **wissenschaftlich fundierte und ideologiefreie Informationen** über die Klimawirkungen unserer Handlungen vermittelt werden.

HESSEN WETTERFEST

- Die **Klima-Anpassung** an die nicht mehr vermeidbare Erderwärmung ist eine der CO_2-Vermeidung gleichgestellte Aufgabe. Wir bereiten Hessen auf eine wärmere Welt vor, beugen Risiken aktiv und präventiv vor und wollen Chancen nutzen. Basierend auf umfassenden Gefahrenanalysen setzen wir die begonnenen Anpassungsstrategien für Infrastruktur und Gesundheit fort und intensivieren die Maßnahmen.

- Mit einer umfassenden **„Offensive Klimaanpassung“** machen wir Hessen wetterfest. Die bereits vorhandenen Forschungsstellen wollen wir besser vernetzen und zum zentralen Anlaufpunkt für intelligente Klimaanpassung machen.

- Durch eine Ausweitung der **KLIMPRAX-Projekte** (Klimawandel und Praxis) werden wir alle staatlichen Ebenen umfassend auf wetterbedingte Katastrophenszenarien vorbereiten. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass Hessen auf den Ernstfall vorbereitet ist.

- **Landesplanerische Maßnahmen zur Klimaanpassung**, wie z.B. der klimagerechte Aus- und Umbau der Infrastruktur (ÖPNV, Gebäudeinfrastruktur, öffentliche Räume, Hochwasserschutz usw.), wird eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre. Wir wollen hier als Land vorangehen und private Investoren und Kommunen unterstützen. Dazu können wir uns die Einrichtung eines Klimafolgenfonds für die Kommunen vorstellen.

- Gemeinsam mit den Kommunen investieren wir insbesondere in den Hochwasserschutz und den **Schutz gegen Extremwetterereignisse**. Auf der Basis von Fließkarten sorgen wir risikoorientiert für umfassende Prävention zum Schutz von Leib, Leben und Eigentum. Private Vorsorgemaßnahmen werden wir mit einem eigenen Förderprogramm unterstützen.

- Auch die **Vorsorge gegen Stromausfälle** werden wir auf kommunaler und individueller Ebene und in enger Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Katastrophenschutz weiter verbessern. So werden wir unter anderem dezentrale Notfall-Anlaufpunkte schaffen.

- Wir unterstützen unsere **Land- und Forstwirtschaft** darin, ihre Produktionsmethoden **an ein verändertes Klima in Hessen zukunftsfähig anzupassen** und die Chancen, die sich hieraus ergeben, zu nutzen. Die Forschung an neuen klimaangepassten Sorten und den Wissenstransfer werden wir weiter vorantreiben.

- Neben der Anpassung fördern wir auch **Mehrgefahren-Versicherungslösungen**, um Landwirte gegen Risiken durch Extremwetterereignisse abzusichern. Hierfür werden wir mit der Versicherungswirtschaft nach fairen Lösungen suchen.

- Mit dem Finanzplatz Frankfurt wollen wir Möglichkeiten für **Versicherungslösungen von internationalen Klimafolgeschäden** entwickeln, die weltweit dabei helfen können, die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels abzufedern.

- Auf **gesundheitliche Risiken durch veränderte Klima- und Wetterbedingungen** und deren Folgen (z.B. durch die Ansiedlung neuer Krankheitsüberträger) werden wir durch Intensivierung unserer Unterstützung der damit betrauten Forschungseinrichtungen und umfassende Vorsorgepläne reagieren.



REGENERATIVE CHANCEN MIT VERSTAND ERGREIFEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINE VERLÄSSLICHE UND ZUKUNFTSFESTE ENERGIEVERSORGUNG

23.

ENERGIEWENDE TECHNOLOGIEOFFEN

- Wir starten die **Energieoffensive für Hessen**. Um die Energiekrise und die Energiepreiskrise wirksam zu bekämpfen und uns langfristig unabhängig vom Import fossiler Energieträger zu machen, muss gelten: Freie Fahrt in Hessen für die verfügbare Energie! Keine ideologischen Scheuklappen, sondern ein umfassender Rundumblick sind angesagt.

- Dafür wird Hessen zur Heimat der modernen Energie. Es liegen viele **technische Ansätze** für eine klimafreundliche, sichere und günstige Energieerzeugung als grundlastfähige Ergänzung zu den Erneuerbaren für die Zukunft auf dem Tisch. Wir sollten keinen Weg vorgeben oder gar einen Lösungsansatz ausschließen. Jede gute Idee verdient eine Chance.

- Nicht durch staatliche Vorgaben, sondern durch Freiheit und Technologie- und Forschungsförderung werden **neue saubere Energien zum Durchbruch** gebracht - von Wasserstoff bis Bioenergie. Es darf keine Denkverbote für neue Energiequellen geben - in der Umsetzung aber pragmatische Kompromisse.

- Das von der Bundesregierung geplante faktische **Verbot von neuen Gas- und Ölheizungen** lehnen wir genauso ab, wie das pauschale **Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor**. Pauschale Verbote gehen an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei, führen zu Widerstand und gefährden die Akzeptanz für den Klimaschutz.

- Wir setzen dabei auf eine klare **No-Blackout-Politik**. Unseren wichtigen Standortvorteil der umfassenden Versorgungssicherheit müssen wir unbedingt erhalten. Der notwendige Umbau der Energieversorgung darf nicht zu einer Unterversorgung führen.

- Spitzenforschung für alle Energieformen muss wieder in Deutschland stattfinden und Hessen zum Leitstandort für Innovationen bei Energieerzeugung- und -speicherung werden. Wir bauen dafür ein **Exzellenzcluster "Saubere Energie 2040"** am House of Energy auf. Beispielhaft sollen die Nutzungsmöglichkeiten von Wellen- und Gezeitenkraftwerken, Geothermischen Anlagen, vertikalen Windkraftanlagen, Agro-PV, Floating-PV, modernste Speichersysteme, Flüssigsalzreaktoren oder Transmutationsanlagen erforscht werden.

- Wir wollen die langfristigen Chancen der **lasergetriebenen Kernfusion** nutzen und den Standort Hessen hierfür zum Leitstandort ausbauen. Die Forschung am Standort Darmstadt werden wir intensivieren. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Schaffung gesetzlicher Rahmenbindungen, insbesondere die Herausnahme der Forschungsvorhaben aus dem Geltungsbereich des Atomgesetzes ein. Zudem erwarten wir vom Bund, sich ebenfalls für diese Zukunftschance zu engagieren.

- Wir setzen uns dafür ein, die **letzten vom Netz genommenen Kernkraftwerke** als strategische Reserve zunächst weiterhin vorzuhalten und wenden uns somit auch gegen deren mittelfristigen Rückbau. In Zeiten der Energiekrise und Energiepreiskrise können diese Kraftwerke einen wichtigen Beitrag zu Versorgungssicherheit, Preisstabilität und zur Grundlastsicherung leisten. Die vollzogene Abschaltung war in der konkreten Situation unverantwortlich.

- Technologieoffenheit bedeutet an der Stelle auch, die **Forschung** in diesem Bereich in Deutschland zu ermöglichen.

- Wir denken die Transformation unserer **Energieversorgung ganzheitlich**: Neben der Energieproduktion denken wir auch an Speicherung und Verteilung. Nur in einem funktionieren Gesamtkomplex führt eine regenerative Energieerzeugung zu einer verlässlichen Energieversorgung. Die vorhandenen technischen Lösungen müssen zur Marktreife gebracht und die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich weiter vorangetrieben werden.

- Die **Speicherung und Verteilung** von Energie gehören untrennbar zur Transformation der Energieversorgung. Wir werden daher den Netzausbau auf allen Spannungsebenen unterstützen, smart grids und die Digitalisierung der Netze intensivieren und die Weiterentwicklung und Marktdurchdringung von Speichertechnologien vorantreiben.

- **Speichertechnologien** wollen wir umfassend ermöglichen. Power-to-gas und Power-to-liquid, Batterietechnik, die Nutzung vorhandener Infrastrukturen und die Digitalisierung bilden Bausteine einer verlässlich verfügbaren sauberen Energiebereitstellung. Wir bauen regulatorische Hindernisse ab und fördern den Wissenstransfer und die Marktdurchdringung.

- Neue **Speichertechnologien** werden wir im Rahmen des Programms „HighTechForClimate" erforschen und vorantreiben.

- Noch immer werden wichtige Energiespeichertechnologien durch Entgelte, Abgaben oder Steuern verteuert und deren Ausbau auf diese Weise unrentabel. Wir erwarten vom Bund die **umfassende Entlastung aller Speicher**.

- Wir setzen uns für eine Beschleunigung der **Genehmigung von überregionalen Stromleitungen** ein. Wo möglich, sollte auf vorgelagerte Raumordnungsverfahren verzichtet werden. Die Umbeseilung bestehender Leitungen auf Hochtemperaturseile (HLT) muss in der Regel in einem Fast-Track-Verfahren möglich sein.

- Bei den laufenden **Leitungsbaugroßvorhaben** im Höchstspannungsbereich wollen wir die gestarteten Beteiligungsverfahren intensivieren, um vor Ort für Akzeptanz zu werben.

- Wir werden die **Nutzung von Nah- und Fernwärme** weiter steigern und dafür Nah- und Fernwärmenetze weiter ausbauen. Für die Nutzung von Industrie- oder anderer Produktionsabwärme schaffen wir bessere Rahmenbedingungen. Rechenzentren nehmen wir dabei besonders in den Blick.

- Den Wettbewerb "**Bioenergie-Dorf**" legen wir für regenerativ-ländliche Kommunen neu auf. Damit werden Anreize für Kommunen geschaffen, die aus unterschiedlichen Quellen erneuerbarer Energien strom- und wärmeautark werden.

- Potenziale zu Steigerung der **Energieeffizienz** werden wir weiterhin heben. Durch Information, Beratung, Wissenstransfer und wo erforderlich auch durch Anschubfinanzierung werden wir Energieeffizienzstrategien für alle Verbrauchsbereiche umsetzen.

- Mit der Wirtschaft – vor allem mit Industrie und Mittelstand – wollen wir die Beratung und den Wissenstransfer intensivieren und das Instrument der **Carbon Contracts for Difference** verstärkt nutzen, um den Energieverbrauch zu reduzieren und klimafreundlich zu modernisieren.

- Die **Beratungsangebote für Haushalte mit geringen Einkommen** werden wir intensivieren und flankierende Förderangebote nutzen, um Energieeinsparungen zu erzielen und die Haushalte von hohen Kosten zu entlasten.

- Um den Austausch energiefressender Altgeräte zu beschleunigen, werden wir uns beim Bund für eine **Abwrackprämie** einsetzen. Ein Zuschuss sollte gewährt werden, wenn beim Austausch eines alten Haushaltsgroßgerätes durch die Anschaffung eines höchstenergieeffizienten Neugerätes eine Energieeinsparung von mindestens 30% erreicht wird.

- Gemeinsam mit privaten Partnern und Verbraucherzentralen werden wir die **Energieberatung** insbesondere mit Blick auf den Wohnungs- und Gebäudebestand ausbauen. Über Gutscheinmodelle wollen wir erreichen, dass Bestandsbauten auf wirtschaftlich erschließbare Einsparpotenziale hin untersucht und die Eigentümer hinsichtlich ihrer Möglichkeiten informiert werden können.

WASSERSTOFF

- Wasserstoff ist Energieträger der Zukunft und ein wesentlicher Baustein für das Gelingen einer regenerativen Energieversorgung. Wir werden daher die **Hessische Wasserstoffstrategie** fortschreiben und ambitioniert weiterentwickeln.

- Wir werden die **Wasserstoffnutzung** offensiv fördern und Hessen zum Leitmarkt für seine Anwendung machen. Mittelfristig werden wir dabei ausdrücklich auch in Produktionsprozessen anfallenden („grauen und blauen") Wasserstoff nutzen. Produktion und Nutzbarkeit denken wir zusammen.

- Hochflexible **Wasserstoffkraftwerke** können mittelfristig einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich von Schwankungen und für eine gesicherte Lastversorgung leisten.

- Die Nutzung von Wasserstoff als Ersatz für fossile Brennstoffe in industriellen Prozessen erfährt unsere besondere Unterstützung. Das Instrument der **Carbon Contracts for Difference** werden wir in diesen Transformationsprozessen verstärkt nutzen. Damit machen wir Hessens Industrie zum Vorreiter für saubere Produktion.

- Wir unterstützen den Aufbau eines **Wasserstoffanwendungszentrums** und bilden länderübergreifende **Wasserstoffallianzen.** Durch diese Wasserstoffallianzen sollen der Marktanschub gefördert, Ladeinfrastrukturen ausgebaut und in dezentrale Wasserstoff-Tankstellen investiert werden.

- Einen besonderen Fokus legen wir auf **Mikro-KWK-Anlagen mit Brennstoffzelle**, für die wir in einem ersten Schritt im verdichteten Ballungsraum die nötige Infrastruktur schaffen wollen.

- Wir setzen uns dafür ein, die Voraussetzungen für die Nutzung der vorhandenen **Gasleitungen** für den Transport und die Anwendung von Wasserstoff zu optimieren.

- Wir messen gerade **grünem Wasserstoff** als Energieträger der Zukunft, beispielsweise als Antriebstechnologie große Bedeutung zu. Wir werden diese Antriebstechnik als wesentlichen Baustein für eine saubere Mobilität nicht aus dem Blick verlieren.

- Pilotprojekte zur Erzeugung von **grünem Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien** werden wir besonders unterstützen, um hierdurch auch Speicherung und Verteilung des regenerativ gewonnenen Stroms zu optimieren.

ERNEUERBARE ENERGIEN

- Wir treiben den Ausbau **aller verfügbaren regenerativen Energieformen** voran, informieren und beraten über die Chancen, bauen Hindernisse und Hürden ab und beschleunigen Genehmigungsprozesse.

- Privates Engagement in der Energieerzeugung muss noch mehr belohnt werden. In der Nachfolge der aktuellen Strompreisbremse setzen wir uns beim Bund für ein Modell **„PrivatPlusEnergie“** ein, bei dem die Erzeuger regenerativer Energie besonders profitieren. Wer selbst erneuerbaren Strom produziert und verbraucht, soll für seinen restlichen Verbrauch besonders gefördert werden. Mieterstrom- und Contracting-Modelle beziehen wir in diese Unterstützung ein und bringen sie damit voran. In einem zweiten Schritt soll dieses Modell für industrielle Betriebe realisiert werden.

- Die Nutzung von **Solarenergieanlagen** auf unseren Dächern, auf freien Gewerbe- und Industrieflächen, an und über Autobahnen und Bahnstrecken, über Parkplätzen und – wo das möglich ist – auch über landwirtschaftlichen Flächen und als floating PV über Wasserflächen bietet unendliche Chancen für die Produktion sauberer Energie. Die Nutzung von PV muss so attraktiv sein, dass sie bei allen Vorhaben zur Regel wird.

- Wir wollen in einem **Modellprojekt** erproben, ob Autobahnen partiell mit Solarflächen überspannt werden können. Auf einer der Neubaustrecken, die wir in Hessen planen, wollen wir dazu eine Teststrecke errichten.

- Wie im Energiegesetz festgeschrieben, werden wir **1% der Landesfläche für Photovoltaik** bereitstellen. Hybride Nutzungsformen, insbesondere auf Dächern, sollen dabei Vorrang genießen. Soweit geeignete und angemessene Landesfläche verfügbar sind, werden wir diese für hybrid genutzte PV-Anlagen zur Verfügung stellen.

- Wir starten das **100.000-Dächer-Programm** zur Unterstützung des Photovoltaikausbaus. Um Investitionen zu ermöglichen, werden vergünstigte oder zinslose Darlehen bereitgestellt. Um bestmögliche Wirksamkeit zu erzielen, werden wir das Angebot flexibilisieren und unter anderem auch auf Außenfassaden ausweiten.

- Das erfolgreiche **Solar-Kataster** werden wir fortführen und noch intensiver bewerben. Damit werden wir Eigentümern von Dachflächen ihre Ertragschancen vor Augen führen. Wir wollen dies auf Frei- und Konversionsflächen ausweiten.

- Vorgaben zur **Solarpflicht** für neue und bestehende Privathäuser auf Bundes- und EU-Ebene sollen in Hessen durch steuerliche Anreize flankiert werden. Zur Sicherstellung der Technologieoffenheit sollen sich künftige Eigentümer auch für alternative Energiequellen entscheiden können.

- Wir werden bürokratische und steuerliche Belastungen von Photovoltaikanlagen weiter reduzieren. Unser Ziel ist völlige **Steuer- und Abgabenfreiheit für selbstgenutzten PV-Strom** und die deutliche Vereinfachung von Genehmigungsverfahren. Besonders werden wir die Einschränkungen des Denkmalschutzes für die PV-Nutzung überarbeiten und reduzieren.

- Die Nutzung von **Freiflächen-Photovoltaik** werden wir ausweiten, dabei aber die Beschränkung auf landwirtschaftlich benachteiligte Gebiete grundsätzlich beibehalten. Die Zubaubegrenzung von derzeit 35 MW pro Jahr werden wir deutlich anheben. Brach- und Konversionsflächen sollen prioritär genutzt werden.

- Um Nutzungskonkurrenzen zu minimieren, setzen wir uns verstärkt für **Agri-Photovoltaik** – also Solarparks bei gleichzeitiger landwirtschaftlicher Flächenbewirtschaftung – ein. Wir werden prüfen, ob diese Form der Doppelnutzung bau- und planungsrechtlich privilegiert werden kann.

- Im Sinne der Aktivierung von ohnehin nicht anderweitig genutzten Flächen in öffentlichem Eigentum werden wir, soweit technisch sinnvoll, an Lärmschutzwällen **Photovoltaikanlagen** installieren.

- Wir heben die Potenziale Hessens bei der Nutzung der **Windenergie**. Als Vorreiterland haben wir bereits 2% der Landesfläche als Vorranggebiete ausgewiesen und damit die bundesweiten Vorgaben als eines der ersten Länder erfüllt. Diesen Weg setzen wir fort und forcieren damit einen ambitionierten, landschaftsverträglichen und gesellschaftlich akzeptierten Ausbau der Windenergie in Hessen.

- Im Rahmen der Neuaufstellung der Teilpläne Energie in der Regionalplanung werden wir zur Erreichung der bundesgesetzlich vorgeschriebene 2,2% der Landesfläche als Windvorranggebiet insbesondere alle aktuell mit Windkraftanlagen bebauten Flächen zu **Vorrangflächen für Repowering** ausweisen, um dort eine Anschlussnutzung zu ermöglichen.

- Wir werden beim Bund dafür werben, für Investitionen in Windkraftanlagen und andere erneuerbare Energien **Superabschreibungen** zu ermöglichen und damit die steuerliche Absetzbarkeit deutlich zu verbessern.

- Die **Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen** müssen substanziell gestrafft und beschleunigt werden.

- Wir kritisieren dabei, dass die Bundesregierung den parteiübergreifenden Konsens des Hessischen Energiegipfels 2011, **maximal 2% der Landesfläche für Windenergie** zur Verfügung zu stellen, einseitig durch Bundesgesetzgebung aufgehoben hat und uns nun ein höherer Anteil gesetzlich vorgeschrieben wird. Dies widerspricht unserem Verständnis von Föderalismus und Bürgernähe.

- Um Genehmigungsverfahren zu straffen und insbesondere das Nadelöhr am Verwaltungsgerichtshof zu entlasten, schaffen wir im Rahmen des Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes einen zusätzlichen **Infrastruktur-Senat.**

- Wir werden bürokratische Hürden für die Nutzung **oberflächennaher Geothermie** abbauen und damit insbesondere einen Ausgleich zwischen den Nutzungschancen und wasserrechtlichen Vorsorgebestimmungen schaffen.

- Wir starten eine Offensive zur besseren Marktdurchdringung von **Tiefengeothermie**, insbesondere unter Nutzung der guten geologischen Bedingungen im Oberrheingraben. Wir werden dafür geologische und planungsrechtliche Grundlagen schaffen, bürokratische Hemmnisse im Berg-, Bau- und Wasserrecht abbauen und uns für eine baurechtliche Priorisierung analog zu Windkraftanlagen einsetzen.

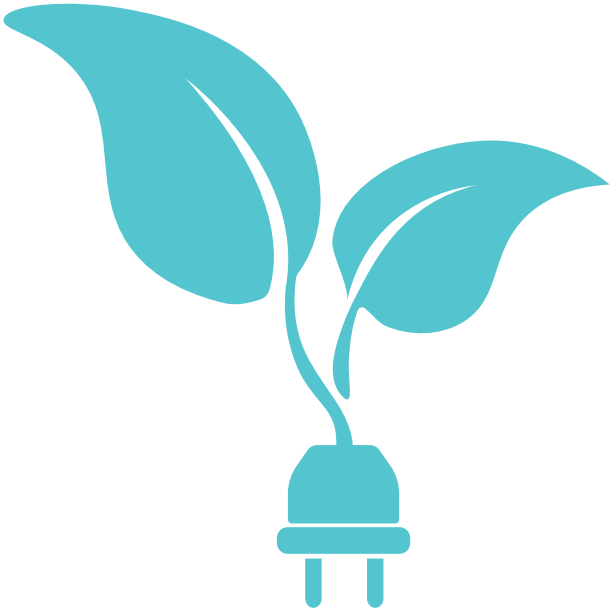
- Um die **Forschung zu tiefer Geothermie** weiter zu optimieren, streben wir eine Kooperation mit den vorhandenen Forschungsnetzwerken in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg an.

- Landwirtschaftliche **Biomassenutzung und Biogaserzeugung** erfahren weiterhin unsere Unterstützung. Dabei setzen wir uns für faire Vergütungsmodelle und gegen zusätzliche Ertragssteuern auf Bundesebene ein.

- Wir wollen noch stärker Mist, Gülle und **landwirtschaftliche Reststoffe** mit vielfältiger Anbaubiomasse für die Energieerzeugung nutzen. Bürokratische Hindernisse und Einschränkungen der landwirtschaftlichen Förderung werden wir, wo möglich, abbauen. Um Verbundsysteme zu stärken, werden wir die Vorrausetzungen für Gassammelleitungen und die Einspeisung in das Erdgasnetz verbessern.

- **Heizen mit Holz** bleibt eine besonders umweltverträgliche und nachhaltige Form der Energieerzeugung. Wir setzen uns gegen unnötige zusätzliche Auflagen ein und wollen aus unseren Wäldern die nötigen Rohstoffe breitstellen. Bei der EU setzen wir uns dafür ein, Holz und alle Reststoffe des Waldes als nachhaltige Rohstoffe- und Brennstoffe anzuerkennen.

- Die Nutzung der **Wasserkraft** bleibt für uns eine wichtige Säule regenerativer Energieerzeugung. Wir setzen uns hier für einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen des Wasser- und Fischschutzes und der Energieerzeugung ein. Für kleine Wasserkraftwerke und vor allem alte, landschaftsbildprägende Mühlen setzen wir unsere Förderung fort, um auch hier eine umwelt- und tierverträgliche Energieerzeugung zu ermöglichen.



NATÜRLICHE LEBENSGRUNDLAGEN OHNE IDEOLOGIE SCHÜTZEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINE MODERNE UMWELTPOLITIK

24.

WALD

- Wir wollen den hessischen **Wald für unsere Kinder und Enkel erhalten**. Angesichts der großen Herausforderungen erfordern der Erhalt, der Umbau und der Neuaufbau der belasteten und geschädigten Wälder in allen Eigentumsstrukturen gleichermaßen unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

- Wir halten eine faire **Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes** und insbesondere der CO_2-Bindungskraft der Wälder für angezeigt. Wenn CO_2 einen Preis hat, müssen Waldeigentümer für die CO_2-Speicherung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung honoriert werden. Der unbürokratische Ansatz einer Waldprämie hat sich dabei bewährt. Daher setzen wir uns auf Bundesebene für eine sachgerechte und praxistaugliche Umsetzung ohne fachfremde Auflagen ein.

- Die mit dem 12-Punkte-Plan vorgenommene **Ausweitung der Förderangebote** werden wir verstetigen, um die Daueraufgabe des Waldumbaus zu ermöglichen. Den Landesbetrieb Hessen-Forst werden wir so ausstatten, dass er diese Aufgabe für den Staatswald erfüllen kann. Privaten und kommunalen Eigentümern wollen wir unbürokratische Unterstützungsangebote für Umbau- und Neuanpflanzungsmaßnahmen bieten.

- Wir streben einen **multifunktionalen Wald** in Hessen an, der verschiedene Nutzungsansprüche gleichermaßen berücksichtigt. Ein gesunder und nachhaltig bewirtschafteter Wald kann diese Anforderungen am besten erfüllen. Einseitige Maßnahmen, die einzelne Funktionen des Waldes zu Lasten anderer Funktionen zu stärken vorgeben, lehnen wir ab.

- Wir werden das **Betretungs- und Erholungsrecht** im Einklang mit den Eigentümerinteressen weiterhin gewährleisten. Wir wollen die **Rücksicht und das gegenseitige Verständnis** der verschiedenen Interessengruppen stärken und den Dialog zwischen Waldeigentümern und Waldnutzern intensivieren. Gegenseitige Rücksichtnahme und eine naturverträgliche Lenkung von Besuchern im Wald stehen für uns im Mittelpunkt.

- Mit neuen Ansätzen wollen wir den **Wald als Erlebnisraum** erfahrbar machen, den Naturschutz fördern und die Waldwirtschaft in ihren künftigen Herausforderungen unterstützen.

- Den Natur-, Arten- und Klimaschutz in **gesunden Mischwäldern** werden wir weiterhin fördern. Das Land bleibt Vorbild im Sinne der Nachhaltigkeit und einer besonders umweltschonenden Bewirtschaftung.

- Wir sehen die Biodiversität in unseren Wäldern durch die **nachhaltige, multifunktionale Forstwirtschaft** wirksam geschützt. Weiterer Auflagen und Beschränkungen in der Bewirtschaftung bedarf es nicht. Weitere Stilllegungen im Wald lehnen wir ab, weil der Klimaschutz dadurch eingeschränkt und der wichtige Rohstoff Holz nicht mehr bereitgestellt wird.

- Über die bereits ergriffenen Maßnahmen hinaus werden wir keine weiteren Flächen aus der **forstwirtschaftlichen Nutzung** nehmen.

- Die steigenden **Lasten der Verkehrssicherung** werden wir gerechter zwischen den Eigentümern und den Straßenbaulastträgern verteilen. Insbesondere sollen in einem ersten Schritt keine Gebühren mehr für die notwendigen Sperrungen der Verkehrswege erhoben werden. Darüber hinaus stellen wir ein Förderangebot zur Verfügung, damit alle Eigentümer diese Aufgabe mit angemessenem Aufwand erfüllen können, ohne dass der finanzielle Aufwand den Verkehrswert der Grundstücke überschreitet.

- Für den **Aufbau klimastabiler Wälder** werden wir auch neue klimaangepasste Baumarten für die Anpflanzung zulassen und in die forstliche Förderung aufnehmen. Wir werden die Waldbesitzer mit der Bereitstellung von Informationen und über eine Flexibilisierung der forstlichen Förderung noch unbürokratischer unterstützen. Besondere Umweltleistungen wollen wir durch Vertragsnaturschutz und freiwillige Vereinbarungen umsetzen.

- Wir werden die **Nutzung des Rohstoffes Holz** weiter voranbringen. Dafür ist die Mobilisierung der nachhaltigen Holzvorräte erforderlich. Wir legen hierbei Wert darauf, dass eine ausreichende Rohstoffversorgung der hessischen Sägewerke und holzverarbeitenden Industrie aus heimischen Wäldern gewährt bleibt.

- Die regionale Versorgung der Bevölkerung wollen wir stärken und dafür unter anderem den **Verkauf von Losholz- oder Schlagabraum beibehalten** und ausbauen.

- Bei der EU setzen wir uns dafür ein, **Holz und Reststoffe** aus dem Wald weiterhin als nachhaltigen und regenerativen Roh- und Brennstoff anzuerkennen.

- Den **Landesbetrieb Hessen-Forst** wollen wir stärken und uns dafür einsetzen, die nötigen Fachkräfte für die forstlichen Aufgaben bereitzustellen. Den eingeschlagenen Weg der Personalentwicklung und Personalgewinnung gehen wir weiter.

- Wir wollen kommunalen und privaten Waldbesitzern weiterhin ein attraktives und gleichzeitig **marktoffenes und kartellrechtskonformes Angebot** machen.

- Die Umgestaltung und **Dezentralisierung der Vermarktung** des hessischen Holzes werden wir finalisieren und dabei Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Akteuren nutzen.

JAGD UND FISCHEREI

- Wir stehen zur Jagd als Kulturgut und wichtigem Beitrag zu Umwelt-, Natur- und Artenschutz. Wir werden gemeinsam mit der Jägerschaft für die **Bedeutung der Jagd** werben.

- Wir wollen die **Zusammenarbeit mit der hessischen Jägerschaft** intensivieren und die Selbstverwaltungsverantwortung des Landesjagdverbandes stärken. Um dem kooperativen Ansatz „Wald mit Wild" gerecht zu werden, suchen wir den Ausgleich zwischen Interessen der Jägerschaft und der Waldeigentümer.

- Die Ausbildung und das Prüfungswesen von Jägern werden wir in **Selbstverantwortung der Jägerschaft** belassen und die Nachwuchsgewinnung stärken. Dazu werden wir unter anderem die Erlangung des Jagdscheins und die Ausbildung zum Jagdaufseher im Rahmen des Anspruchs auf Bildungsurlaub ermöglichen.

- Das **Hessische Jagdgesetz** hat sich bewährt und wird in seinen Grundsätzen nicht verändert.

- Wir werden zum besseren Schutz von Bodenbrütern und Singvögeln die Schonzeiten für **Fuchs und Waschbär** unter Berücksichtigung des Elterntierschutzes aufheben, und angemessene Jagdzeiten für die **Prädatoren** (wie Baummarder, Iltis, Wiesel usw.) vorsehen.

- Zum Schutz vor der Schweinepest und zur Prävention vor Schäden in der Landwirtschaft muss das **Schwarzwild** ganzjährig bejagbar sein. Für die Schwarzwildjagd werden wir zudem die Nutzung von Nachtsicht- und Nachtzieltechnik ermöglichen.

- Die **Schalenwildrichtlinie** werden wir so weiterentwickeln, dass passgenaue und kooperative Lösungen der Hegegemeinschaften vor Ort für eine nachhaltige und waldverträgliche Bestandsregulierung möglich sind.

- Grundsätzlich muss durch die Jagd die Wilddichte so gesteuert werden, dass eine Naturverjüngung stattfinden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es neben der Jagd aber auch begleitender Maßnahmen zur **Schaffung von Rückzugsräumen und zur Vermeidung von unnötigen Beunruhigungen** des Schalenwilds.

- Wir werden mehr zum **Erhalt der Rotwildbestände** in Hessen tun. Insbesondere ist ein besserer Austausch zwischen den Rotwildgebieten erforderlich. Querungshilfen, Biotopvernetzung und jagdliche Maßnahmen müssen hier zusammen gedacht werden.

- Wir werden zum Zweck der Schadensverhütung und Bestandsregulierung die Jagdzeiten für **Federwild (Gänse, Rabenkrähe, Elster)** erweitern.

- Wir treten für die Beibehaltung des **einheitlichen Reviersystems** ein und werden alle Anstrengungen unternehmen, soweit grundrechtlich möglich, keine jagdrechtlich stillgelegten Gebiete zuzulassen. Die Jagdausübung in stillgelegten Waldflächen wird nicht eingeschränkt.

- Wir erhalten die bewährte Struktur der **Hegegemeinschaften** und sorgen dafür, dass sie ihre Aufgaben in kooperativer Weise erfüllen können.

- Der **Wolf** ist in Deutschland inzwischen angesiedelt und **keine gefährdete Art** mehr. Für eine Koexistenz und die Akzeptanz der Bevölkerung ist es erforderlich, Menschen und Weidetiere wirksam vor Übergriffen zu schützen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung dieser Tatsache Rechnung trägt und umgehend bei der EU beantragt, den **Wolf in Anhang V der FFH-Richtlinie** zu überführen.

- Sobald der Bund die nötigen rechtlichen Grundlagen geschaffen hat, werden wir den Wolf in das Jagdrecht übernehmen und eine **aktive Bestandsregulierung** ermöglichen.

- Die bisher durch das Naturschutzrecht eng begrenzten **Möglichkeiten zur Entnahme einzelner Problemtiere** werden wir nutzen, um Menschen und Weidetiere besser vor Übergriffen zu schützen. Die sonstigen Präventionsmaßnahmen und die Förderung von Weidetierhaltung werden wir weiter verstärken.

- Um eine effiziente Steuerung der Bestände und eine praktikable Schadensprävention zu ermöglichen, müssen auch Biber und Kormoran in die **Liste der jagdbaren Wildtierarten** aufgenommen werden.

- Die **Fischer und Angler** in Hessen leisten einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Artenschutz in und an unseren Gewässern und erfahren deshalb unsere besondere Unterstützung. Wir schaffen daher einen unbürokratischen Rahmen, der Freiheiten für nachhaltige Fischerei und Hege gewährt.

- In der **Fischereipolitik** setzen wir auf einen engen Dialog und größtmögliche Freiheit und Selbstverwaltungsrecht der Fischer. Dazu werden wir prüfen, ob die Fischereiprüfung in die Selbstverwaltung der Fischereiorganisationen übergeben werden kann.

- Wir werden die **Erwerbsfischerei und die Teichwirtschaft** unterstützen.

SAUBERES WASSER UND GESUNDE BÖDEN

- Wir werden auch unter veränderten Klimabedingungen den umfassenden **Zugang zu sauberem Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen** für alle Hessen sicherstellen. Mit dem Leitbild Wasser haben wir dafür die Grundlagen geschaffen.

- Das **überregionale Wasser-Leitungsnetz** wollen wir stärken und modernisieren, damit die verlässliche Wasserversorgung dauerhaft gesichert bleibt. Zudem werden wir kleinräumige Verbundstrukturen in den ländlichen Räumen unterstützen und die Wassergewinnung auch in den urbanen Räumen stärken.

- Zur Finanzierung der nötigen Investitionen setzen wir uns für einen gerechten **Ausgleich zwischen wasserliefernden ländlichen Räumen und wassernutzenden urbanen Räumen** ein. Investitionskosten der Wassergewinnung und Wasserverteilung müssen von den Kartellbehörden anerkannt werden, um eine verursachergerechte Finanzierung zu ermöglichen. Die Einführung eines allgemeinen **„Wassercent"** lehnen wir ab.

- Wir unterstützen Maßnahmen für den besseren Wasserrückhalt und die Wasserspeicherung in der **„Schwammstadt"** der Zukunft. Renaturierung, Entsieglung und Begrünung verfügbarer Flächen und eine moderne Wasser-Infrastruktur gehen dabei Hand in Hand. In unseren Angeboten der Stadtentwicklung, aber auch der Förderung des ländlichen Raums, werden wir auf Grünanlagen und nachhaltige Infrastrukturnutzung einen besonderen Fokus legen.

- Kommunen im Fernwasserbezug sollen bei Ausweisung neuer Baugebiete prüfen, ob die Nutzung eigener Wasserquellen (Betriebs- oder Grauwasser) wirtschaftlich sinnvoll dargestellt werden kann (**Zwei-Leitungssystem**) und ob damit der Bedarf an Fernwasserbezug reduziert werden kann.

- Wir setzen die erfolgreiche Sanierung und Renaturierung unserer Flüsse und Bäche zur **Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie** fort. Insbesondere werden wir die hohe Förderung für Gewässerrenaturierung durch das Land beibehalten und hierzu mit den betroffenen Eigentümern, Anliegern, Nutzern und Kommunen im engen Dialog bleiben. Wir werden dabei die gewachsenen Strukturen zur Gewinnung von Wasserkraft – gerade auch Kleinwasserkraftwerke und historische Mühlen – berücksichtigen.

- Die Idee, an der Hochschule Geisenheim gemeinsam mit dem Bund und privaten Initiativen ein besonderes **Forschungszentrum zum Thema Wasser** aufzubauen, werden wir wieder aufgreifen.

- Wir werden mit den Kommunen Schritt für Schritt und risikoorientiert die Modernisierung der **Kläranlagen** vorantreiben.

- Das erfolgreiche Programm **„100 Wilde Bäche“** und seinen integrierten Ansatz werden wir ausweiten und Synergieeffekte mit dem Naturschutz und der Biotopvernetzung nutzen. Jeder Bach und jeder Fluss erhalten eine individuelle Zukunftsperspektive.

- Die **Sanierung der Waldbestände im Hessischen Ried** entsprechend der Ergebnisse des Runden Tisches wird vorangetrieben. Im Fokus soll hierbei vor allem der Waldumbau stehen.

- Wir werden das Unternehmen **Kali+Salz** weiterhin auf seinem Weg zum modernsten und umweltverträglichsten Bergbaukonzern der Welt begleiten und landesseitig die erforderlichen Schritte unternehmen. Pionierprojekte wie die Einstapelung der Abwässer unter Tage und die Abdeckung der Halden treiben wir mit dem Unternehmen weiter voran. Die Sicherung der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung bis zum Ende der Abbauperiode bei gleichzeitiger Einhaltung der erforderlichen Umweltstandards bleibt dabei das zentrale Ziel.

- Die Belastung unserer Gewässer mit Nitrat und Phosphor soll weiter minimiert werden. Dies muss fair und verursachergerecht erfolgen. Die **„Roten Gebiete“ der Düngeverordnung** werden wir daher, soweit es das europäische Recht zulässt, genauer und verursachergerecht eingrenzen und dafür die notwendige Datenbasis durch zusätzliche Messpunkte schaffen.

- Wir setzen uns für Ausnahmeregelungen für **besonders gewässerschonend arbeitende Landwirte** ein. Durch intensive Beratung und bei nötigen Investitionen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben werden wir die Landwirte im Rahmen der Investitionsförderung unterstützen. Wir nehmen auch andere Schadstoffemittenten (insbesondere Kläranlagen) in den Blick, um die Gesamtbelastung zu reduzieren.

- Die **Bodenschutzstrategie** werden wir fortsetzen und Erosion und unnötige Verdichtung von Böden vermeiden und den Humusaufbau und die CO_2-Speicherfähigkeit steigern.

NATUR- UND ARTENVIELFALT

- Wir werben für mehr Verständnis und Anerkennung der **Leistungen für Umwelt- und Artenschutz**, die von Eigentümern und Flächennutzern im Rahmen der nachhaltigen Flächenbewirtschaftung erbracht werden.

- Die Ideen umfassender **pauschaler Flächenstilllegungen**, wie sie derzeit in Brüssel kursieren, lehnen wir entschieden ab. Hessen hat auf eigenen Flächen bereits ausreichend ungenutzte Rückzugsräume für besondere Nischenarten geschaffen. Weitere Eingriffe – vor allem auf privaten Flächen – sind für die Biodiversität nicht erforderlich. Naturschutz funktioniert nicht unter einer Käseglocke, sondern muss in einer gewachsenen Kulturlandschaft produktionsintegriert und gemeinsam mit den Nutzern umgesetzt werden.

- Wir werden das hohe Niveau der Finanzierung von Maßnahmen des **Vertragsnaturschutzes**, vor allem in den FFH-Gebieten beibehalten und so die Bewirtschaftungspläne Schritt für Schritt über freiwillige Maßnahmen umsetzen. Der Vertragsnaturschutz behält ausdrücklichen Vorrang.

- Die hessische **Biodiversitätsstrategie** werden wir weiter umsetzen und bei der Schaffung eines Biotopverbundes auf freiwillige Maßnahmen und die Vernetzung von Lebensräumen durch Vertragsnaturschutz setzen. Wir werden dabei die Kooperationsvereinbarung umsetzen und unter Berücksichtigung der agrarstrukturellen Belange in jedem Naturraum bis zu 15% der Offenlandflächen für den **Biotopverbund** zur Verfügung stellen.

- Im **naturschutzrechtlichen Ausgleich** wollen wir dem Thema „Ökopunkte“ einen breiten Raum einräumen. Wir werden den Ökopunktehandel und die Vereinnahmung von Ersatzgeld weiter stärken und flächenschonenden Ersatzmaßnahmen Vorrang einräumen.

- **Ersatzgelder** sollen ausschließlich in produktionsintegrierte und flächenschonende Ausgleichsmaßnahmen fließen. Dies gilt in besonderem Maße, wenn der Bund wie angekündigt den Einsatz von Ersatzgeldzahlungen zur naturschutzrechtlichen Kompensation weiter stärkt. Diese Ersatzgelder dürfen nicht dazu verwendet werden, produktive land- oder forstwirtschaftliche Flächen aufzukaufen oder sie aus der Nutzung zu nehmen.

- Im Rahmen von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen und landwirtschaftlicher Förderung werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf die **Schaffung zusätzlicher Lebensräume für Insekten** (insbesondere bestäubende Insekten) legen.

- Freiwillige Maßnahmen, wie zum Beispiel die Anlage von Blühstreifen, werden verstärkt unterstützt. An Straßen und Bahnschienen wollen wir Bienen und Käfern mit „**Insekten-Highways**“ zusätzliche Lebensräume schaffen. Den Insektenschutz werden wir auch im urbanen Bereich und durch die Reduzierung unnötiger Lichtemissionen verbessern.

- Die **bestehenden Naturschutzgroßprojekte** werden wir weiter vorantreiben und die Einwerbung europäischer Fördermittel verstärken. Insbesondere erfahren der Nationalpark Kellerwald-Edersee, das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, und das LIFE+-Projekt „Lebendige Lahn“ unsere fortdauernde Unterstützung.

- Den Neubau des Zentrums des **UNESCO-Biosphärenreservat Rhön** werden wir unterstützen und umsetzen. Für das „**Naturschutzgroßprojekt Vogelsberg**“ werden wir eine sinnvolle Anschlussorganisation umsetzen, um die naturschutzfachlichen Erfolge fortzusetzen.

- Das **Naturmonument „Grünes Band Hessen“** an der ehemaligen innerdeutschen Grenze werden wir gemeinsam mit den Eigentümern und Nutzern über Vertragsnaturschutzmaßnahmen entwickeln und die bestehenden Gedenkstätten zur Förderung der Erinnerungskultur unterstützen.

- Wir werden aus dem Nukleus des Frankfurt Conservation Center unter Einbindung kompetenter Partner wie der Zoos und zoologischen Gärten, der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt, dem Senckenberg-Institut, der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und den Hochschulen ein **Forschungszentrum für internationalen Arten- und Umweltschutz** etablieren. Mit diesem starken Cluster werden wir einen Beitrag für internationalen Artenschutz leisten.

RESSOURCENSCHUTZ UND ABFALL

- Die perspektivisch **abbaubaren Rohstoffvorkommen** in Hessen wollen wir langfristig sichern und von konkurrierenden Nutzungen freihalten. Das umfasst auch die nachhaltige Förderung heimischer Ressourcen fossiler Energieträger. Sollte künftig die Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen bundesweit wieder ermöglicht werden, werden wir dies in Hessen unter Einhaltung höchster Umweltstandards konstruktiv begleiten.

- Die Einführung einer **Sonderabgabe auf den Abbau heimischer Rohstoffe** wie Kies, Sand und Gesteine lehnen wir ab, weil sie die Wertschöpfung verteuern und hessische Unternehmen im Wettbewerb benachteiligen und am Ende dem Verbraucher zusätzliche Kosten aufbürden würde. Das gilt gleichfalls für einen allgemeinen Wassercent.

- Wir wollen, dass die hessische Wirtschaft ressourcenschonend arbeiten kann. Dazu werden wir die **Ressourcenschutzstrategie** fortsetzen und die Unternehmen unter anderem mit einer Fortsetzung des Förderprogramms „PIUS" und der Hessischen Initiative für Energieberatung im Mittelstand („HIEM") bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Ressourcenschutz unterstützen.

- Mit Vertretern aus Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft werden wir eine **Hessische Rohstoffinitiative** für neue Strategien zur Sicherstellung, Verfügbarkeit, Technologieorientierung, Markt- und Wettbewerbsfähigkeit von Rohstoffen entwickeln. Die Wiederverwendung und das Recycling sowie die Sicherstellung von Lieferketten stehen dabei im Mittelpunkt.

- Wir setzen uns für eine **nachhaltige Abfallpolitik** und möglichst geschlossene Wertstoffkreisläufe ein. Wir werden daher unter anderem die Umsetzung der Wertstofftonne und eine Weiterentwicklung des Dualen Systems vorantreiben.

- Den Engpass an **Deponiekapazitäten** werden wir mit potentiellen Deponiebetreibern angehen und möglichst neue Kapazitäten, insbesondere zur Entsorgung von Baustellenabfällen, schaffen. Wenn freiwillige Maßnahmen nicht ausreichen, werden wir die Möglichkeiten der Abfallplanung nutzen, um Bauvorhaben nicht durch Deponieengpässe zu gefährden.

- Wir werden die ortsnahe Verwendung von **Erdaushub** entbürokratisieren und erleichtern und damit auch Baukosten reduzieren.

- Umweltschutz fängt im Kleinen an. Die ganze Gesellschaft muss ein Zeichen gegen die Vermüllung und das unnötige Wegwerfen zeigen. Wir wollen die **Kampagne „Sauberhaftes Hessen"** ausweiten und werden insbesondere die **Vermeidung von Plastikmüll** noch stärker ins Bewusstsein rücken.

- Lebensmittel sind kostbar. Noch immer werden auf allen Produktions- und Verbrauchsebenen zu viele Lebensmittel verschwendet. Wir werden in einer neuen Initiative dafür werben, das **Wegwerfen von Lebensmitteln** in allen Verarbeitungs- und Verbrauchsschritten zu vermindern.

- Mit dem **Lebensmitteleinzelhandel** wollen wir alle Möglichkeiten zur Verminderung von Lebensmittelabfällen auf dieser Ebene ergreifen. Auch werden wir dafür werben, dass Lebensmittel nicht automatisch nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums entsorgt werden.

- Vielfältige **private Initiativen** wie Repair-Cafés oder Recyclinghäuser setzen sich für eine Reduzierung von Abfall und für eine längere Nutzung von Produkten ein. Ihre Arbeit wollen wir weiterhin unterstützen.

TIERSCHUTZ

- Der **Runde Tisch zur Steigerung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung** hat erfolgreich gearbeitet und viele Verbesserungen gebracht. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und damit weiterhin gemeinsam mit den Landwirten und Verbänden für Verbesserungen für die in Hessen gehaltenen Nutztiere sorgen, ohne durch hessische Sonderwege die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Tierhalter zu gefährden.



- Durch die Umsetzung des **Borchert-Plans** und ein Umbauprogramm für eine noch tierwohlgerechtere Haltung werden wir die Nutztierhaltung in Hessen noch tierwohlgerechter gestalten.

- Die Situation der hessischen **Tierheime** wollen wir weiter verbessern, ohne die Finanzierungsverantwortung der Kommunen abzulösen. Zur Beseitigung baulicher Investitionsbedarfe werden wir die Stiftung Hessischer Tierschutz finanziell besser ausstatten und ein Sonderprogramm „Tierheimmodernisierung" auflegen.

- Wir werden weiterhin für eine freiwillige Steigerung des Anteils der **gechipten und registrierten Hunde und Katzen** in Hessen werben.

- Zur **Reduzierung von Tierversuchen** setzen wir weiterhin auf die konsequente Umsetzung des „3R-Prinzips" – also auf die Vermeidung, Verringerung und Verbesserung von Tierversuchen. Die in Hessen hierzu eingerichteten Hochschullehrstühle haben dabei eine besondere Bedeutung. Die dort erarbeiteten Vorschläge werden wir konsequent vorantreiben.

- Ein **Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen** lehnen wir ab, weil damit keine wirklichen Verbesserungen des Tierwohls, aber eine drohende Belastung der Gerichte und Verzögerung von Genehmigungsverfahren verbunden wäre.

- Wir unterstützen, dass die Bundesregierung **Einbrüche in Tierställe** als Straftatbestand effektiv ahnden will.

- Wir werden die Kommunen darin unterstützen, die **Kastration wildlebender Katzen** voranzutreiben.

VERBRAUCHERSCHUTZ

- Die **Verbraucherberatung** werden wir im bewährten Zusammenspiel von Verbraucherzentrale und Deutschem Hausfrauenbund (DHB) fortsetzen und die institutionelle Förderung mindestens stabil halten. Damit bieten wir Verbrauchern dezentralen Zugang zur Beratungs- und Unterstützungsangeboten.

- Um eine **flächendeckend gute Lebensmittelkontrolle** im Sinne der Verbraucher sicherzustellen, werden wir die kommunalen Kontrollbehörden weiter stärken und auf eine ausreichende Personalausstattung drängen. Eine deutlich höhere Erfüllungsquote der vorgeschriebenen Kontrollhäufigkeit ist erforderlich. Zu diesem Zweck werden wir die Kommunalisierungsvereinbarung zwischen Land und Kommunen evaluieren.

- Die Unterstützung der kommunalen Lebensmittelkontrolle durch die **Task-Force Lebensmittelsicherheit** werden wir fortsetzen und risikoorientiert intensivieren.

- Wir werden Verbraucher- und Ernährungsbildung von klein auf stärken, um selbstverantwortliche Verbraucherentscheidungen zu fördern. Wir wollen die **Werkstatt Ernährung, den Bauernhof als Klassenzimmer und die Umweltschulen** beibehalten und weiterhin unterstützen und der Vermittlung von Alltagskompetenzen mehr Raum in den Curricula einräumen.

- Auch in der Energiekrise brauchen alle Menschen sicheren **Zugang zu Strom und Wärme**. Zur Vermeidung von Energie- oder Stromsperren erwarten wir soziale und dabei marktgerechte Lösungen vom Bund. Den eingerichteten Härtefallfond werden wir beibehalten und damit unbillige Belastungen abfedern. Die erfolgreichen Initiativen zur Beratung und Hilfe für Energieeinsparungen werden wir noch intensiver unterstützen.

MIT WERTSCHÄTZUNG FÜR BODENSTÄNDIGKEIT UND HEIMISCHE PRODUKTE

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

25.

LANDWIRTSCHAFT

- Die Landwirtschaft verdient unsere **größte Wertschätzung**. Sie arbeitet nach höchsten internationalen Standards, produziert hochwertige regionale Lebensmittel, prägt die Kulturlandschaft und trägt entscheidend zu Umwelt,- Arten- und Klimaschutz und Landschaftspflege bei. Die mittelständische, familienbetriebene, bäuerliche Landwirtschaft verdient dabei unsere besondere Unterstützung und soll in Hessen weiterhin führend sein.

- Um der Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft für unsere Gesellschaft und unsere Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen herauszustellen, werden wir ein eigenständiges **Ministerium für Land- und Forstwirtschaft sowie Weinbau** schaffen.

- Der **„Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft“** und die **„Kooperationsvereinbarung Landwirtschaft und Naturschutz“** bleiben Grundlage für unsere Agrarpolitik. Diese kooperative Arbeit wollen wir fortsetzen und die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen im Dialog einvernehmlich lösen.

- Wir werden die zentralen Landnutzungsverbände mit den **gleichen Rechten und Pflichten** ausstatten, **wie** sie **die anerkannten Naturschutzverbände** haben. Wir werden prüfen, ob dafür ein eigenständiges Landwirtschaftsgesetz zielführend ist.

- Die besonderen Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt und Naturhaushalt gilt es zu würdigen. Wir wollen, dass diese weiterhin freiwillig über **Kooperationsmodelle und Vertragsnaturschutz** vorangetrieben werden. Pauschale ordnungsrechtliche Vorgaben oder gar staatlich angeordnete Flächenstilllegungen lehnen wir ab. Wo andere staatliche Ebenen die Nutzung von Flächen einschränken, braucht es einen fair berechneten Erschwernisausgleich.

- Die Landwirtschaft steht in der Mitte der Gesellschaft. Wir wollen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Anerkennung der Arbeit der Bäuerinnen und Bauern beitragen und den **Berufsstand in Land- und Forstwirtschaft stärken**.

- Sachgemäße **Informationen über die Landwirtschaft und regionale Lebensmittel** wollen wir stärker in Kitas und Schulen verankern. Erfolgreiche Projekte wie „Tag des offenen Hofes“, „Bauernhof als Klassenzimmer“ oder „Urlaub auf dem Bauernhof“ werden wir fortsetzen.

- Wir haben ganz Hessen zur Ökomodellregion gemacht. Diese Strukturen werden wir zu einer **„Regio-Modellregion“** weiterentwickeln, indem wir auch konventionelle Betriebe und deren regionale Erzeugung noch besser einbinden.

- Die Marketing-Gesellschaft **„GUTES AUS HESSEN“** werden wir zu einer Dachmarke der regionalen Vermarktungslinien weiterentwickeln. Wir werden Kooperationen stärken und die Chancen regionaler Vermarktung unter Einbindung privater Partner und des Lebensmitteleinzelhandels noch besser nutzen.

- In der Verpflegung in Kitas, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen wie landeseigenen Kantinen wollen wir **mehr regionale Produkte** einsetzen. Neue Vermarktungsmodelle durch regionale Start-Ups werden wir gesondert unterstützen.

- Menschen, Produkte und Geschichten stehen hinter der Vielfalt der hessischen Lebensmittel und Spezialitäten. Wir möchten, dass die Verbraucher beim Einkauf gezielt zu Produkten aus dem Land greifen, weil sie damit mehr kaufen als einen Apfel oder ein Stück Fleisch. Dazu starten wir eine Kampagne „**Natürlich von hier**“.

- Damit **regionale Wertschöpfungsketten** erhalten bleiben können, setzen wir uns für eine dezentrale Versorgung mit den notwendigen Verarbeitungsbetrieben und mehr mittelständisches Lebensmittelhandwerk ein. Die Möglichkeiten der Marktstrukturförderung werden wir nutzen. Insbesondere wollen wir regional erreichbare Molkereibetriebe und Mühlen sicherstellen und die regionale Fleischverarbeitung – z.B. bei Hausschlachtungen, in kleinen Metzgereien und Schlachthöfen und durch neue Methoden wie die Weideschlachtung – erleichtern.

- Wir setzen uns für die **Absenkung überzogener Standards und Vorschriften** ein. Um eine haltungsnahe Schlachtung zu gewährleisten, wird das Land für die Schlachthöfe eine Investitionsförderung auflegen, mit der Tierschutz, energetische Maßnahmen und allgemeine Modernisierungen gefördert werden.

- Wir wollen dafür werben, dass der Beruf des Landwirts weiterhin attraktiv bleibt und Junglandwirte besonders unterstützen. Dazu stärken wir die **landwirtschaftliche Ausbildung**, erhalten die dezentrale überbetriebliche Ausbildung und bauen den **Studiengang Agrarwissenschaft** praxisorientiert aus. Das ehrenamtliche Engagement der landwirtschaftlichen Jugendorganisationen werden wir weiter fördern und besonders anerkennen.

- Um Landwirten die nötige **soziale Sicherheit** zu geben, fordern wir den Bund auf, seiner Verantwortung für die landwirtschaftliche Sozialversicherung und Altersversorgung gerecht zu werden.

- Die **Beratung und Weiterbildung** durch den Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH), Behörden und Hochschulen werden weiter ausgebaut. Allen Landwirten wird ideologiefreie und fachkundige Beratung zu den agrarpolitischen Herausforderungen der Zukunft angeboten.

- Wir werden die **Landwirtschaft** darin unterstützen, ihre Ziele zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes zum **Klimaschutz** – unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rolle – zu erreichen. Ein Fokus liegt dabei auf Forschung und Wissenstransfer für eine klimaschonende Tierhaltung und Düngung sowie die Steigerung des Humusgehalts auf Ackerflächen.

- Wir unterstützen die Land- und Forstwirtschaft bei der **Anpassung an den Klimawandel.** Wir intensivieren die Forschung und den Wissenstransfer, unterstützen Maßnahmen zur Prävention, zur Risikostreuung und für Versicherungslösungen.

LANDWIRTSCHAFTLICHE FÖRDERUNG

- Die neue **Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik** wollen wir, wo immer das europäische Recht Möglichkeiten eröffnet, für bürokratiearme und praxistaugliche Angebote nutzen. Diese sollen so attraktiv sein, dass Konditionalität und die Angebote der zweiten Säule möglichst flächendeckend in Anspruch genommen werden und so eine angemessene und auskömmliche Honorierung der Umweltleistungen unserer Bäuerinnen und Bauern sicherstellen.

- Wir werden insbesondere im neuen **Agrarumweltprogramm** Angebote für produktionsintegrierte und praxistaugliche Bausteine schaffen. Bei der Ausgestaltung des Förderprogramms setzen wir uns für **Flexibilisierung, Praxistauglichkeit und Entbürokratisierung** ein.

- Ein Nachfolgeprogramm für **vielfältige Ackerbaukulturen**, ein attraktives Angebot für den Anbau **alternativer Energiepflanzen**, die Beibehaltung der **Ausgleichszulage** für benachteiligte Gebiete und eine passgenaue einzelbetriebliche **Investitionsförderung** stehen dabei im Mittelpunkt.

- In der **Investitionsförderung** wollen wir neben der allgemeinen Unterstützung der Zukunftsfähigkeit der Betriebe auch Sondertöpfe für besondere Herausforderungen und die Anpassung an neue Aufgaben und Auflagen anbieten – bspw. in der Tierhaltung, der Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln, Düngung, dem Insektenschutz usw. Wir werden deshalb:
  - Im Rahmen der Umsetzung des Borchert-Plans ein **Umbauprogramm** für eine noch tierwohlgerechtere Haltung initiieren.
  - Eine **Innovationsoffensive** für modernste Technik im „digital farming", integriertem Pflanzenschutz und der hochpräzisen Ausbringtechnik für Pflanzenschutzmittel fördern.
  - Das Messstellennetz zur Grundwasserüberwachung ausbauen, um möglichst schnell eine genauere **Binnendifferenzierung** zur verursachergerechten Abgrenzung der Roten Gebiete der Düngeverordnung vorzunehmen.
  - Zur Reduzierung der Gewässerbelastung die **Investitionen in Lagerkapazität und Ausbringtechnik von Düngemitteln** unterstützen.

- Wir wollen die **Digitalisierung für unsere Landwirtschaft** nutzbar machen und voranbringen. Moderne IT-Anwendungen nutzen Landwirt, Verbraucher und Umwelt gleichermaßen. Die Schaffung der digitalen Infrastruktur, fachkundige praxisorientierte Beratung und Wissenstransfer und die Förderung der nötigen Investitionen müssen Hand in Hand gehen.

- **Konventionelle und ökologische Landwirtschaft** sind nach unserer Überzeugung gleichwertig. Wir unterstützen die freie und marktgerechte Entscheidung der Betriebe. Eine besondere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ist für uns dort gerechtfertigt, wo Mehraufwendungen zum konkreten Schutz von Umwelt-, Arten-, Boden- oder Wasserschutz getätigt werden.

- Wir wollen unsere Betriebe dabei unterstützen, sich zu diversifizieren und **neue Ertragswege** auszuprobieren. Der Anbau von modernen Züchtungen, Nischenpflanzen wie Kräutern, Nutzhanf, medizinischem Cannabis oder neuen Energiepflanzen, das „carbon farming", die Nutzung von Agro-Photovoltaik oder der Anbau von Agroforst auf Grenzertragsstandorten schafft neue Möglichkeiten, die wir durch Beratung, Informationsnetzwerke, eine zugewandte Genehmigungspraxis und, wo möglich, durch passgenaue Förderangebote unterstützen werden.

- Für uns ist klar, dass durch „genome editing" und **neue Züchtungsmethoden** wie CRISPR/CAS gezüchtete Pflanzen nicht mit gentechnisch veränderten Organismen gleichgesetzt werden dürfen. Wir setzen uns für eine schnelle, nachvollziehbare, ideologiefreie und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Abgrenzung auf europäischer Ebene ein.

- Wir werden die Rolle der Landwirte als **Energiewirte** stärken. Biomasse ist als nachhaltige Energieerzeugung weiterhin zu stärken – sie ist ein wichtiger Baustein für eine regenerative Energieversorgung und ein zusätzliches Einkommensfeld für die Betriebe. Gerade kleine güllegeleitete Anlagen auf familiengeführten Höfen wollen wir besonders unterstützen.

- Durch ein **Sonderprogramm** im Rahmen der Agrarförderung wollen wir die Vielfalt im Einsatz der angebauten Pflanzen steigern, Gülle, Reststoffe und Straßenbegleitgrün besser nutzen und eine Konkurrenz von Tank und Teller abwenden. Wir fordern dafür vom Bund die Schaffung entsprechender gesetzlicher Regelungen, insbesondere im EEG. Unsachgemäße Gewinnabschöpfungen lehnen wir ab.

- Wir brauchen mehr **Tierhaltung in Hessen**. Dafür müssen wir die Modernisierung unserer Betriebe unterstützen. Wir verfolgen hierfür mehrere Ansätze:

- Wir wollen die Modernisierung der Betriebe und mehr Tierschutz in den Ställen honorieren. Wir setzen dafür auf die **Umsetzung des Borchert-Plans** und klare und verbindliche Haltungskennzeichnungen mit entsprechenden Preissignalen und guten Förderangeboten für die Landwirte. Wir fordern die Bundesregierung auf, die notwendigen Schritte umzusetzen.

- Wir werden Investitionssicherheit schaffen. Landwirte müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Investitionen über den gesamten Abschreibungszeitraum gesichert sind. Über **vertraglich abgesicherte Veränderungsmoratorien und Differenzkostenverträge** (nach dem Vorbild von Carbon-Contracts for Difference) werden wir Landwirten diese Sicherheit geben.

- Wir setzen uns für **praxistaugliche Regelungen in der Genehmigung** von landwirtschaftlichen Bauten – insbesondere in der TA Luft und TA Lärm und bei der Weiterentwicklung der Industrieemissionsrichtlinie – ein, die den gewachsenen landwirtschaftlichen Strukturen Rechnung trägt.

- Wir haben aus verschiedenen Gründen einen dramatischen Verlust an Erzeugungskapazitäten im Bereich der **Schweinehaltung**. Wir werden einen Runden Tisch einrichten, um mit den betroffenen Landwirten nach Lösungen für den Erhalt und Ausbau dieser Kapazitäten zu suchen.

- Die hessischen **Milchviehbetriebe** haben weiterhin größte Bedeutung für den Agrarstandort und die Kulturlandschaft. Wir wollen deren Entwicklung durch praxistaugliche Rahmenbedingungen vorantreiben und die Automatisierung unterstützen.

- Die Weidetiere und dabei vor allem die **Schaf- und Ziegenhaltung** in Hessen ist für viele Regionen kulturprägend. Sie steht unter hohem wirtschaftlichem Druck und wird durch die Ausbreitung des Wolfes zusätzlich bedroht. Mit der Weidetierprämie und weiteren Maßnahmen haben wir bereits Schritte zur Stabilisierung umgesetzt.

- Diesen Weg wollen wir im Dialog fortsetzen und dabei die Honorierung der Umweltleistungen und die regionale Vermarktung der Produkte besonders in den Fokus nehmen. Wir setzen uns beim Bund für die rechtlichen Voraussetzungen dafür ein, ein **aktives Bestandsmanagement der Wolfsvorkommen** zu ermöglichen und damit den Weidetierschutz deutlich zu verbessern.

- Für zurückkehrende oder neu angesiedelte Tierarten werden wir besondere Verantwortung übernehmen. Insbesondere für Schäden durch **Wolf, Luchs, Biber und Fischotter** werden wir die Entschädigungsregeln praxistauglicher ausgestalten und die Beweislast umkehren. Die Schadensprävention werden wir stärken, indem wir unter anderem in ganz Hessen den besonderen Wolfsschutz von Weidetierhaltern mit einer 100%-Förderung unterstützen.

- Landwirtschaftliche **Biomassenutzung und Biogaserzeugung** erfahren weiterhin unsere Unterstützung. Dabei setzen wir uns für faire Vergütungsmodelle und gegen zusätzliche Ertragssteuern auf Bundesebene ein.

- Wir wollen noch stärker Mist, Gülle und **landwirtschaftliche Reststoffe** mit vielfältiger Anbaubiomasse für die Energieerzeugung nutzen. Bürokratische Hindernisse und Einschränkungen der landwirtschaftlichen Förderung werden wir, wo möglich, abbauen. Um Verbundsysteme zu stärken, werden wir die Vorrausetzungen für Gassammelleitungen und die Einspeisung in das Erdgasnetz verbessern.

- Eine kooperative **Ackerbaustrategie** in Verzahnung mit der Eiweiß-Strategie wird neue Lösungsansätze für die effiziente regionale Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen, den Erhalt der Bodenqualität und der Artenvielfalt und für vielfältige Fruchtfolgen schaffen.

- Die umfassenden Angebote zum Erhalt der hessischen **Streuobstwiesen** setzen wir fort. Als wertvolle Biotope sollen sie bei naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen bevorzugt werden. Auch zukünftig sollen Landwirte, die Streuobstwiesen bewirtschaften, eine Förderung erhalten.

- Der **Weinbau** im Rheingau und an der Bergstraße ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und erhält die Kulturlandschaft. Wir sichern und stärken die Wettbewerbsfähigkeit und Absatzchancen der Weinbaubetriebe, unter anderem durch Unterstützung von Marketingkonzepten, eine weiter erhöhte Förderung des Steillagenweinbaus, die Reaktivierung von Weinbergsbrachen sowie durch fachliche Beratung, Fortbildung und Forschung.

- Die vielfältigen Unterstützungsangebote zur **Anpassung an veränderte Klimabedingungen** wollen wir ausweiten.

- Die **Pheromonförderung** durch das Land hat dazu geführt, dass der Einsatz von Insektiziden flächendeckend stark reduziert wurde. Diese Förderung behalten wir bei.

FLÄCHENVERBRAUCH REDUZIEREN

- Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Einhaltung des vereinbarten **Ziels, maximal 2,5 ha pro Tag an landwirtschaftlicher Fläche** zu verbrauchen, wollen wir mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand ein Maßnahmenbündel vereinbaren. Das bedeutet:

- Das Prinzip der **Innenentwicklung** wollen wir stärken.

- Wir wollen den **Flächenverbrauch durch einen naturschutzrechtlichen Ausgleich,** durch einen wirkungsvollen **Ökopunktehandel** und eine Fokussierungauf**produktionsintegrierteErsatzmaßnahmen und Ersatzgeld** drastisch reduzieren.

- Die **Flächenschonklausel** des Bundesnaturschutzgesetzes werden wir strikt anwenden.

- **Ersatzaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen** wollen wir nicht länger zulassen. Für Rodungen aus naturschutzfachlichen Gründen wird künftig keine Ersatzaufforstung nötig sein.

- **Naturschutzrechtliche Restriktionen** der landwirtschaftlichen Produktion werden abgebaut.

- Auf Bundesebene werden wir darauf hinwirken, dass **Brachflächen** in Deutschland für den Anbau aller landwirtschaftlichen Kulturen zeitweise freigegeben werden.

- Die **Stilllegung von Ackerflächen** im Rahmen der europäischen Agrarförderung muss ausgesetzt werden.

- Wir wollen durch klare Vorgaben und eine Förderung der Differenzkosten die **Nutzung von Agri-PV-Anlagen statt Freiflächenphotovoltaik zur Regel** machen. Dabei wollen wir auch erreichen, dass die Erträge gerecht zwischen Eigentümer und landwirtschaftlichem Pächter aufgeteilt werden.

- Die rechtlichen Möglichkeiten des **Grundstücksverkehrsgesetzes** wollen wir nutzen, um den Entzug landwirtschaftlicher Flächen aus der praktischen Bewirtschaftung zu begrenzen. Hierfür wollen wir eine Clearingstelle schaffen.

- Für unabwendbare Flächeninanspruchnahme braucht es sachgerechte **Entschädigungsregeln und einen echten Erschwernisausgleich.**

- Die Verfahren zur **Flurbereinigung** werden wir fortsetzen und beschleunigen. Dazu werden wir Verfahren des freiwilligen Flächentausches und Nutzungstausches unterstützen.



FÜR LEBENSWERTE UND STARKE DÖRFER, GEMEINDEN UND STÄDTE

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR UNSERE KOMMUNEN

26.

- Hessen besteht aus **421 Kommunen** - starken Kreisen, zauberhaften Dörfern, pulsierenden Städten und wirtschaftsstarken Regionen. Sie sind das Zuhause, Arbeitsplatz und Ausgangspunkt unserer Demokratie. Wir stehen an der Seite dieser Kommunen.

- Wir stehen klar für die verfassungsrechtlich garantierte **Kommunale Selbstverwaltung**. Das Subsidiaritätsprinzip ist Leitprinzip unseres Handelns – Aufgaben, die vor Ort am besten erledigt werden können, sollen grundsätzlich auch dort angesiedelt werden.

- Wir werden den **Austausch mit den Kreisen, Städten und Gemeinden** und den direkten Kontakt mit den Bürgermeistern intensivieren und unseren regelmäßigen Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden fortsetzen.

- Wir wollen kommunale Innovationen ermöglichen - viele gute Ideen entstehen vor Ort, sind aber nicht immer umsetzbar, weil gesetzliche Regelungen oder ähnliches entgegenstehen. Wir wollen deshalb damit beginnen, Experimentierklauseln zu implementieren, die es Kommunen ermöglichen, auch ungewöhnliche Lösungswege zu erproben, die dann – bei positiven Erfahrungen – auch Grundlage für flächendeckende gesetzliche Regelungen sein können.

- Wir werden unsere Kommunalverfassung in enger Abstimmung mit der kommunalen Familie evaluieren und zielgerichtet überarbeiten.

- Wir wollen bei den Wahlen zu den kommunalen Verwaltungsspitzen (Bürgermeister und Landräte) evaluieren, ob es sinnvoll sein kann, auf die **Stichwahlen** zu verzichten.

- Unter Beachtung der verfassungsmäßigen Möglichkeiten wollen wir die Schaffung einer Sperrklausel für kommunale Vertretungsorgane prüfen, um diese wieder arbeitsfähiger zu machen und das in Teilen bestehende mathematisch Ungleichgewicht zwischen Einzug in das Vertretungsorgan und erhaltener Stimmen abzubauen.

- Außerdem werden wir prüfen, ob – unter Beachtung der hohen Verfassungsgüter von Unmittelbarkeit, Transparenz und Öffentlichkeit – eine Zulassung digitaler Sitzungsformate in der Kommunalverfassung – zumindest für bestimmte Gremien – ermöglicht werden kann.

FINANZEN

- Wir wollen starke und handlungsfähige Kommunen, deswegen werden wir sie auch künftig finanziell bestmöglich ausstatten. Der **Kommunale Finanzausgleich** wird dazu – auf Basis der Evaluierung - auf eine neue Grundlage gestellt. Die Rekordzuweisungen an die Kommunen werden wir dabei aufrechterhalten und eine Neubewertung der Leistungsfähigkeit der Kommunen und der Zentrumlast vornehmen.

- Wir wollen die kommunale Leistungsfähigkeit auch in Zukunft erhalten und an die Programme und Unterstützungsmaßnahmen der vergangenen Jahre, wie der Hessenkasse, den Investitionsprogrammen und dem kommunalen Schutzschirm, anknüpfen. Gleichzeitig bleibt es auch originäre Aufgabe der Kommunen, im Sinne einer **generationengerechten Politik** vor Ort nachhaltig zu wirtschaften.

- Bei der **Neugestaltung der Finanzzuweisungen** ist unser Leitmotiv den Kommunen mehr Handlungsspielräume zu gewähren, subsidiäre Entscheidungen zu ermöglichen und weniger Mittel mit einer Zweckbindung zu versehen.

- Kleine und zersiedelte Kommunen wollen wir durch einen höheren **„Zersiedlungsfaktor"** im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches unterstützen.

- Vom Land gesetzte Standards, die die Kommunen umsetzen müssen, werden wir grundsätzlich und im Dialog mit der Kommunalen Familie einer Evaluierung unterziehen. Wir werden dabei prüfen, wo **landesweit einheitliche Vorgaben** erforderlich sind oder vor Ort getroffene Entscheidungen sinnvoller sind.

- Die bewährte **Beratung der Kommunen** im Hinblick auf ihre Haushaltswirtschaft werden wir fortführen und stärken.

FÖRDERSTRUKTUREN

- Wir werden alle **Fördermittel des Landes** einer Evaluierung durch eine gemeinsame Kommission unter Führung des Hessischen Finanzministeriums im Hinblick auf Vereinfachungsmöglichkeiten und ihre Wirksamkeit unterziehen. Förderprogramme, die mit übermäßig viel Bürokratie und Aufwand verbunden sind, werden eingespart.

- Wir werden die **Eigenverantwortung** in der kommunalen Förderung ausbauen und unsere Förderpolitik in diesem Sinne strukturell weiterentwickeln. So soll beispielsweise mehr Freiheit bei der Mittelverwendung möglich sein.

- Kleine Kommunen haben nicht die personellen Ressourcen, um jedes Förderprogramm zu nutzen. Insbesondere wenn es sich um einen Förderwettbewerb handelt, scheuen kleine Kommunen oft den zeitlichen Aufwand für einen Förderantrag. Wir wollen deshalb die **Fördermodalitäten des Landes vereinfachen** und Förderprogramme bündeln.

- Wir prüfen, ob die Nutzung von so genannten **„Null-Bescheiden"** ein gangbarer Weg sein kann, um Förderverfahren zu entbürokratisieren und eine schnelle und zielgenaue Förderung der Kommunen und damit auch einen schnellen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

- Wir wollen gerade im Sinne kleinerer Kommunen auch die Antragstellung und Abwicklung deutlich vereinfachen und eine **sinnvolle, niedrigschwellige Beratung der Kommunen und Vereine** sicherstellen. Dadurch soll jede Kommune -unabhängig von ihren personellen Ressourcen- die Möglichkeit haben, sich um eine Förderung zu bewerben.

- Wir werden in diesem Sinne die wichtige Stelle des **Förderlotsen** beim Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport erhalten und personell massiv ausbauen, um unsere Kommunen und Vereine noch besser als bisher bei der Fördermittelakquise zu unterstützen. Diese Beratung soll künftig ganzheitlich erfolgen und sich deshalb auch auf die Vernetzung mit Fördermöglichkeiten anderer Ebenen (EU und Bund) erstrecken.

- Über unsere Förderprogramme der **Regionalentwicklung und Städtebauförderung** erhalten viele Kommunen bedeutende Fördermittel für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Wir werden dieses breite Angebot beibehalten und dabei noch stärker auf vor Ort von der Bürgergesellschaft erarbeitete Entwicklungskonzepte setzen.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

- **Interkommunale Zusammenarbeit** bündelt Ressourcen und Know-How und stellt die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in unmittelbarer örtlicher Nähe sicher. Deswegen wollen wir, dass Städte, Gemeinden und Landkreise miteinander kooperieren, voneinander lernen und in möglichst vielen Bereichen zusammenarbeiten.

- Wir werden die Möglichkeiten der Interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen eines **„Gemeinsame-Chancen-Bericht"** aufzeigen und sie in den verschiedenen Bereichen weiter fördern, beispielsweise die Zusammenarbeit bzw. Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten, Sicherheits- oder digitaler Infrastrukturen oder auch kulturellen Angeboten.

- In den vergangenen Jahren gab es viele erfolgreiche Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit in Hessen. Dies wollen wir fortführen und intensiveren, ohne dass dabei die **Eigenständigkeit der Kommunen** verloren geht.

- Hierfür werden wir weiterhin entsprechende Fördermittel bereitstellen, abgestuft nach der Intensität der Zusammenarbeit. **Große und beispielgebende Projekte** können auf diese Weise eine deutlich höhere Förderung erhalten.

- Hessens Kommunen sind das zentrale Bindeglied zwischen Staat und Bürgern vor Ort. Bürger und Mitarbeiter profitieren erheblich von digitalen Verfahren. Deswegen wird die durchgehende **Digitalisierung der hessischen Kommunen** und die Digitalkompetenz der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter durch einen Digitalpakt der Hessischen Landesregierung mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden energisch vorangebracht.

METROPOLREGIONEN

- Wir stehen uneingeschränkt zu der leistungsstarken und wirtschaftlich bedeutendsten europäischen **Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main**.

- Diese boomende Zukunftsregion, ihre Stärke und Leistungsfähigkeit wollen wir **nachhaltig sichern und weiter stärken**.

- Dazu wollen in der Metropolregion ein metropolitanes **Bewusstsein** in der Bevölkerung schaffen, damit sich die hier lebenden Menschen noch stärker mit ihrer Metropolregion identifizieren.

- Um die Mobilität der Zukunft in der prosperierenden Metropolregion klug zu gestalten, werden wir im länderübergreifenden Strategieforum Frankfurt-RheinMain erstmalig ein **länderübergreifendes Mobilitätskonzept** zwischen den Ländern Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erarbeiten. Wir werden damit erstmalig Mobilität aus einem Guss sicherstellen, die nicht an Landesgrenzen aufhört und unterschiedliche Verkehrsmittel wie Busse, Bahnen, Autos, Fahrräder und natürlich auch Fußgänger miteinbezieht.

- Wir werden uns für einen „**Preis der Metropolregion**“ einsetzen, um beispielsweise Aktivitäten, Kommunen, Regionen, Organisationen oder Menschen zu prämieren, die sich in besonderer Weise für die Metropolregion insgesamt und für den gemeinsamen Geist der Metropolregion eingesetzt haben.

- Wir unterstützen die **länderübergreifende Zusammenarbeit** in der europäischen Metropolregion Rhein-Neckar, die für den Landkreis Bergstraße im Hinblick auf die Regionalentwicklung und für Hessen als Verbindung zu den Wirtschaftszentren am südlichen Oberrhein von Bedeutung ist.



MIT NATUR, VIELFALT, TRADITION UND STÄRKE WERBEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR UNSERE HEIMAT

27.

HEIMAT

- Hessen ist unsere Heimat. Die Verbundenheit der Menschen mit ihrer örtlichen Gemeinschaft, jahrzehntelangen Traditionen, Brauchtumspflege und das Bekenntnis zur kulturellen Identität werden wir durch das Land aktiv unterstützen und als wichtigen **Bestandteil von Zukunftsgestaltung** fördern.

- Um der Bedeutung von **Heimat innerhalb der Landesverwaltung** noch mehr Ausdruck zu verleihen, werden wir künftige diesbezügliche Aktivitäten und Maßnahmen bündeln und durch Schaffung einer eigenen Abteilung im neu strukturierten Landwirtschaftsministerium Rechnung tragen.

- Mit einer Kampagne **#hessenverliebt** wollen wir Schülerinnen und Schüler noch mehr für unser Land begeistern und Erkundungstouren in erreichbarer Nähe bewerben. Dazu werden wir Heimatkunde in der Grundschule wieder schärfen und unser Land gerade auch in seiner kulturellen Vielfältigkeit, seiner Wirtschaft, den Dialekten und landschaftlichen Reizen mehr wertschätzen.

- Regionale Kultur und Sprache verlieren an Bedeutung. Damit geht auch ein Stück Heimat verloren. Dem wollen wir entgegentreten. Deshalb wollen wir Dialekte als Teil der Sprachkultur in Kitas und Schule stärken. Mit Hilfe eines **„Runden Tischs Dialekt"** wollen wir gemeinsam mit Experten aus den Bereichen Schule, Wissenschaft und Kunst konkret Ideen und Vorschläge entwickeln, wie Dialekte in Hessen gestärkt werden können.

- Über einen Social-Media-Wettbewerb wollen wir mehr Menschen im Land für das Thema begeistern und die Dialektforschungsstrukturen im Land nachhaltig stärken. Auf diese Weise sorgen wir dafür, dass die **hessische Mundart** und hessische Dialekte - auch durch Wettbewerbe wie Poetry Slams - erhalten bleiben.

- Wir wollen die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, die es Kommunen ermöglichen, ihre Ortsschilder zusätzlich mit dem Ortsnamen im Dialekt zu beschriften.

- Als neuen Anziehungspunkt für unser Land, seine Menschen, seine Geschichte und seine Modernität werden wir die Grundlagen zur **Errichtung eines „Hauses der hessischen Geschichte"** schaffen. Der Standort in Hessen wird durch einen Wettbewerb ausgeschrieben.

LÄNDLICHE RÄUME STÄRKEN

- Unser Anspruch ist und bleibt es, allen Teilen und Regionen Hessens **gleichermaßen gute Perspektiven** für die Zukunft zu bieten. Wir fordern ebenfalls vom Bund, dass der ländliche Raum eine stärkere Förderung erfährt. Dafür ist unter anderem eine deutliche Erhöhung und Flexibilisierung der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz erforderlich.

- Die Förderung des „ländlichen Raums“ ist bisher auf verschiedene Ressorts aufgeteilt. Dabei wollen wir auf die in den verschiedenen Ressorts bereits bestehenden Personalressourcen zurückgreifen und die Aufgaben noch stärker koordinieren und bündeln.

- Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Regionen Hessens zu **„LEADER-Regionen“** der Europäischen Union werden und von den entsprechenden Fördermitteln profitieren können. Die Erarbeitung der LEADER-Aktionspläne auf regionaler Ebene wollen wir stärken, weil es eine zielgenaue Förderung für die jeweiligen Bedürfnisse der Region sicherstellt.

- Die Mittel für die bestehenden vielfältigen besonderen **Förderprogramme für den ländlichen Raum** sollen gestärkt, vereinfacht, entbürokratisiert und großteiliger aufgestellt werden.

- Wir wollen auch weiter die **EU-Kohäsionspolitik** für unsere ländlichen Räume nutzbar machen und die Regionalentwicklung und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse vorantreiben. Um den Abruf dieser Mittel zu erleichtern, werden wir weiterhin Förderlotsen als Ansprechpartner bereitstellen.

- In möglichst allen Förderprogrammen des Landes soll im ländlichen Raum auch die **Förderung unterhalb der bisherigen Bagatellgrenzen** ermöglicht werden, da gerade hier mit wenigen Mitteln viel erreicht werden kann. Das Förderverfahren muss entsprechend vereinfacht werden. Eigenleistungen der Dorfgemeinschaft wollen wir noch stärker anerkennen.

- Das **Programm „Dorfentwicklung“** ist wesentlich für moderne und zukunftsfeste Dörfer. Es bietet jährlich über 100 kleinen Dörfern und Ortsteilen Entwicklungsperspektiven durch finanzielle Zuschüsse. Dieses erfolgreiche Programm werden wir finanziell auf hohem Niveau halten und weiter private und öffentliche Maßnahmen fördern. Die Höchstgrenze der Förderung werden wir – gerade für geförderte Ortsteilverbünde – deutlich erhöhen.

- Für alle **kleinen Dörfer**, die keinen Zugang zum Programm der Dorfentwicklung haben, werden wir weiterhin das Angebot der Dorfmoderation bereitstellen, um auch hier mit geringerem Mitteleinsatz oder durch Nutzung anderer Angebote eine Entwicklung voranbringen zu können.

- Mit dem erfolgreichen Programm **„Starkes Dorf – wir machen mit”** werden niedrigschwellig und mit vergleichsweise kleinen Beträgen ehrenamtlich getragene Projekte in unseren Städten und Gemeinden umgesetzt. Deshalb werden wir es ausbauen und noch unbürokratischer erreichbar machen.

- Wir schaffen das **Programm „UnserWIRHaus”**: Dorfgemeinschaftshäuser oder kleinere Stadthallen wollen wir zu einem zukunftsfähig machen, indem sie stärker auch für Zwecke der Daseinsvorsorge genutzt werden können. Denkbar sind Nutzungen für Verkaufsläden, mobile Praxen oder Apotheken.

- Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, **Leerstand in Ortskernen** beispielsweise durch Flächenankauf zu beheben und in Wohnraum umzuwandeln, auch um dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ Rechnung zu tragen. Innovative best-practice-Beispiele wollen wir in die Breite tragen. Den Erhalt historischer Bausubstanz (insb. Fachwerk) in Innerortslagen haben wir dabei besonders im Blick.

- Wir wollen künftig nicht nur die Kommunen fördern, sondern auch die Eigentümer, um Anreize zu setzen, **leerstehende Gebäude** zu verkaufen und **als Wohn- oder Gewerbeflächen** wieder nutzbar zu machen.

- Die **Umwidmung** ehemaliger landwirtschaftlicher oder gewerblich genutzter Gebäude (wie z.B. Stallungen und Scheunen) in alten Ortskernen in Wohngebäude oder eine andere Nutzung muss vereinfacht werden. Dafür werden wir auch bürokratische Hürden und Hindernisse des Denkmalschutzrechts abbauen und den Kommunen mehr Handlungsspielräume eröffnen.

- Von den vielseitigen **Städtebauförderungsprogrammen** des Landes sollen die Mittelzentren im ländlichen Raum verstärkt profitieren. Die Städtebauförderung haben wir in der vergangenen Legislaturperiode deutlich ausgebaut und finanziell aufgestockt. Wir werden die erfolgreichen Programme in Art und Umfang fortsetzen und über eine volle Co-Finanzierung der durch den Bund bereitgestellten Mittel sicherstellen.

- Wir werden die **medizinische Versorgung** im ländlichen Raum stärken. Von der Nachwuchsgewinnung über die ambulante und stationäre Versorgung bis zu modernen Unterstützungsangeboten haben wir dabei die gesamte Bandbreite der Versorgungsstrukturen im Blick.

- Wir werden das erfolgreiche **Helfer-vor-Ort-System (First-Responder-Systeme)**, bei dem ausgebildeten Ersthelfer vor allem in ländlichen Räumen die Rettungskräfte in Notfallsituationen unterstützen, ausweiten und unterstützen. Die flächendeckende Sicherstellung einer schnellen Notfallversorgung muss davon unabhängig jederzeit sichergestellt sein.

- Wir stehen zur individuellen und klimaneutralen **Mobilität im ländlichen Raum**: Verkehre müssen so vernetzt werden, dass sie überall bedarfsgerecht genutzt werden können. Bus- und Bahnverbindungen müssen überall verlässlich, pünktlich, regelmäßig und flächendeckend verfügbar sein. Besonders in den ländlichen Regionen müssen dafür nachfrageorientiert moderne und innovative Konzepte eingebunden werden.

- Das **Kultur- und Vereinsleben** im ländlichen Raum erfährt von uns eine besondere Unterstützung. Ein aktives Vereinsleben steht auch für die gute Lebensqualität auf dem Land. Die Attraktivität des ländlichen Raums lebt auch von kulturellen Angeboten.

- Wir werden daher mit **Museumsbussen**, die auf Schulhöfen und Marktplätzen Halt machen, die Angebote der reichen hessischen Museumslandschaft mobilmachen.

- Mit der Förderung von **Kinos im ländlichen Raum und mobilen Wanderkinos**, die aktuelle Filme in Bürgerhäusern zeigen, werden wir auch diesen wichtigen Teil der Kultur in allen Teilen Hessens fördern.

- Auch die Kulturelle Bildung im ländlichen Raum, die in Programmen wir den **„LandKulturPerlen“** zum Ausdruck kommen, werden wir weiter unterstützen.

- Die **Sport- und Kulturvereine** sind der Kitt, der gerade die dörflichen Gemeinschaften zusammenhält. Wir wollen diese Leistung honorieren. Wir intensivieren daher den Sportstättenbau und modernisieren die Sportplätze, Turnhallen sowie Schwimm- und Hallenbäder in unserem Land.

TOURISMUS STÄRKEN

- Die Tourismusbranche in Hessen ist für die Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Das Gastgewerbe ist enger Partner und zentraler Motor im **Tourismusland Hessen** und geprägt durch viele familiengeführte Betriebe. Sie erbringen Dienstleistungen vor Ort und sind in ganz besonderer Art und Weise in der jeweiligen Region verankert.

- Wir wollen **Tourismus**, Kultur und Sport enger miteinander verzahnen, damit Gäste an einem Wochenende oder im Jahresurlaub viel erleben können und auch die einheimische Bevölkerung von vielfältigen Angeboten profitieren kann.

- Das etablierte **Drei-Ebenen-Modell** zur Kooperation von Land, Kommune und Destination sichert die Bündelung von finanziellen und personellen Ressourcen und trägt so wesentlich zum Erfolg der Tourismusregionen bei. Wir setzen uns für die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit ein.

- Wir möchten der guten **Zusammenarbeit mit der Tourismusbranche** auch in der Zukunft u.a. dadurch Ausdruck verleihen, dass wir den Austausch in Form des **„Runden Tisch Tourismus“,** der in der Corona Pandemie eingeführt wurde, in regelmäßigen Abständen fortsetzen.

- Der Wirtschaftsfaktor Tourismus bringt Wertschöpfung und Einkommen insbesondere auch in ländliche Regionen und generiert Steuereinnahmen für die öffentlichen Haushalte. Wir bekennen uns zu touristischen **Highlights im Besitz des Landes** und wollen diese auch künftig als attraktive Freizeiteinrichtungen für Touristen und Einheimische erhalten und erneuern.

- Durch ein neues **Label für Kinder- und Familienfreundlichkeit** werden Gasthöfe, Pensionen oder Hotels ausgezeichnet, die besonders familienfreundlich aufgestellt sind und wo Kinder nach Herzenslust spielen können.

- Die Ausrichtung der **Bundesgartenschau im Mittelrheintal** schafft für die beteiligten Kommunen eine besondere Perspektive für die Zukunft. Das Land wird sie nach Kräften unterstützen.

- Wir wollen die **Landesgartenschauen stärken und weiterentwickeln**. Sie zeigen in vorbildlicher Weise, wie Schaffung und Gestaltung von Grünflächen im Rahmen von Stadt- und Ortsentwicklung einen Beitrag zum Umgang mit dem Klimawandel und dessen Folgen leisten können. Um die Wirkungskraft von Landesgartenschauen zu stärken wollen wir prüfen, ob sie nach bayrischem Vorbild in einer engeren zeitlichen Taktung und auch in kleineren Kommunen durchgeführt werden können.

- Wir knüpfen an das **Sonderprogramm zum Erhalt und zur Stärkung von Hotellerie und Gastronomie** im ländlichen Raum an und wollen auch zukünftig insbesondere dem Gasthaussterben entgegentreten. Gefördert werden sollen hierbei auch innovative Modelle bei der Gewinnung von Fachkräften für den Tourismus oder bei der Unternehmensnachfolge.

- Auch in der Zukunft behalten wir die Möglichkeit zur Erhebung eines **Tourismusbeitrages** bei; sie hat sich bewährt.

- Um der Hotellerie und der Gastronomie mehr **Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeit** einzuräumen, sollen neue Arbeitszeitmodelle zeitlich befristet erprobt werden können. Dabei sollen die hohen Standards unseres Gesundheits- und Arbeitsschutzes aufrechterhalten bleiben.

SPÄTAUSSIEDLER UND HEIMATVERTRIEBENE

- Die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge haben **für den Aufbau unseres Landes viel geleistet**. Deshalb werden wir uns weiter für ihre Belange stark machen und ihnen die für sie notwendige Unterstützung zukommen lassen. In gleichem Maße gilt das auch für spät ausgesiedelte Deutsche.

- Wir werden weiterhin unseren **Beitrag zur Aufnahme von Spätaussiedlern** leisten. Wer die Voraussetzungen erfüllt, dem stehen die Türen in Hessen offen.

- Deshalb fühlen wir uns verpflichtet, § 96 des Bundesvertriebenengesetzes im Besonderen nachzukommen und mit Leben zu füllen. Es ist staatlicher Auftrag, das **Kulturgut der Vertreibungsgebiete** in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten.

- Den besonderen Bedürfnissen Heimatvertriebener und spät ausgesiedelter Deutscher wollen wir in besonderer Weise auch zukünftig Rechnung tragen. Dies gilt insbesondere für die **Finanzierung** von Integrationsmaßnahmen, Sprachförderung oder Kulturarbeit (z.B. in Form von Heimatmuseen bzw. Heimatstuben).

- Wir werden uns auf Bundesebene für eine verbessertes **Fremdrentengesetz** für spät ausgesiedelte Deutsche einsetzen.

- Wir werden uns auf Bundesebene für eine **gerechtere Ausgestaltung des Härtefallfonds** einsetzen.

- Auch in Zukunft wollen wir **Archive, Museen und Bibliotheken** sichern, ergänzen und auswerten, um das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen weiter zu erschließen. Zudem gilt es, die Wissenschaft und Forschung in diesem Bereich zu fördern.

- Wir geben den von uns geschaffenen Institutionen und Strukturen eine **Bestandsgarantie**. Dazu zählen die hauptamtliche Stelle eines oder einer Landesbeauftragten sowie der Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, der Landtagsunterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung sowie der Hessische Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“.

- Das Wissen über **Flucht, Vertreibung und Deportation** der Deutschen aus den ehemals deutschen Provinzen östlich von Oder und Neiße, aus dem Sudetenland und aus den einstigen deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist in der heutigen Gesellschaft gering. So wie die Heimatvertriebenen nach dem Krieg in der hessischen Bevölkerung aufgenommen wurden und sich erfolgreich in diese eingegliedert haben, gehört ihre Geschichte heute zur Geschichte des gesamten Landes. Die **Erinnerung** daran ist zum gemeinsamen Thema aller Bürgerinnen und Bürger Hessens geworden und nicht nur Sache der Vertriebenen selbst. Diese Geschichte und Erinnerung darf mit dem Schwinden der Vertriebenenorganisationen nicht verloren gehen.

- Viele **Denkmäler, Gedenksteine und Hinweistafeln, Heimatsammlungen und Heimatstuben**, die die Erinnerung dokumentieren und wachhalten, können aufgrund schwindender Mitgliederzahlen in den Verbänden und Heimatkreisen immer weniger betreut und gepflegt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Verantwortung sukzessive in die Verantwortung der Kommunen und Landkreise zu übernehmen.

- Wir treten für eine Bestandsgarantie des **Hessischen Gedenktages** für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation ein.

- Wir werden den von uns etablierten **Forschungsschwerpunkt** an der Justus-Liebig-Universität Gießen und dem Herder-Institut, der sich mit der historischen Erinnerung und dem kulturellen Erbe der Vertriebenen und Spätaussiedler beschäftigt, stärken.

- Wir werden **Schulausflüge** zu Gedenkstätten und Museen, die im Zusammenhang mit der Geschichte und Kultur von Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern stehen, fördern.

- Um die Bedeutung der **Geschichte und Kultur** der Heimatvertriebenen angemessen zu würdigen und deren verdienstvolles Erbe auch für die nachfolgenden Generationen zu bewahren, sollen gerade in der Schule in moderner und ansprechender Form die historischen Entwicklungen über Prozesse und Folgen von Flucht, Vertreibung und Deportation in Unterricht einen breiteren Raum einnehmen. Hierfür wurden in den letzten Jahren umfangreiche Unterrichtsmaterialien sowie digitale Plattformen entwickelt.

- Wir werden die **Kontaktpflege innerhalb Europas** verstärken, um die Verbindungen zu Heimatverbliebenen zu fördern.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die bisherige **Fördereinrichtung Hasselroth** zu einer Unterbringungseinrichtung, insbesondere für jugendliche Spätaussiedler, aber auch für junge Familien ausgebaut wird. Dazu werden wir die Integrationsmaßnahmen vor Ort weiter ausbauen und den Standort Hasselroth in ein Kultur-, Weiterbildungs-, und Begegnungszentrum entwickeln; es sollen Sprachkurse für alle Altersgruppen angeboten werden sowie berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten gegeben sein. Zur Förderung der jungen Zugewanderten sollte hier zudem eine Ausbildungs- und Berufsberatung etabliert werden.

- Generell wollen wir die **Maßnahmen zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration** weiter fördern, insbesondere in den vorläufigen Unterbringungseinrichtungen. Daneben sollten berufsbezogene Sprachförderkurse angeboten werden. Wir werden auch hier die Vermittlung unserer Grundwerte und Werteordnung intensivieren.

- **Spätaussiedler und Spätaussiedlerinnen** sind keine Migranten, sondern mit dem Aufnahmebescheid und ihrer Aufnahme in Deutschland deutsche Bürger mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten. Deshalb werden wir daran arbeiten, dass sie separat untergebracht werden.

KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

- Das Christentum ist ein **wertvoller und bereichernder Bestandteil** unserer Gesellschaft und das Fundament unserer Kultur in Europa und Deutschland. Die christliche Religion prägt das Wertesystem unserer Gesellschaft bis in die Verfassung und die Gesetzgebung unseres Landes.

- Die christlichen Kirchen vermitteln – ungeachtet aller individueller und gesellschaftlicher Veränderungen – den Menschen in unserem Land Orientierung. **Christliche Feiertage und Traditionen** sind wichtige Elemente unserer Kultur und unseres Brauchtums in Hessen, zu deren Schutz wir uns bekennen.

- Wir setzen uns für die gesetzlich geschützte **Karfreitagsruhe** ein. Feiertage sind Momente der Besinnung und Ruhe. Das im Hessischen Feiertagsgesetz verankerte **Tanzverbot** z.B. am Karfreitag, muss durch die zuständigen Ordnungsbehörden weiterhin kontrolliert und durchgesetzt werden.

- Es steht außer Frage, dass die **Sonntagsöffnungszeiten** auch für den Handel in den hessischen Städten und für die Attraktivität von Märkten von großer Bedeutung sind. Nicht zuletzt wegen des großen Konkurrenzdrucks durch den Online-Handel und zum Erhalt der Arbeitsplätze im Einzelhandel, sind Ausnahmen notwendig. Für Ausnahmeregelungen von bis zu vier verkaufsoffenen Sonntagen an den bisher zulässigen Wochenenden wollen wir praktikable Regelungen schaffen, um Klarheit und Rechtssicherheit kommunaler Entscheidungen, insbesondere für den Einzelhandel, zu ermöglichen.

- Unsere kleinen hessischen **Dorfkirchen** sind ein liebenswertes und bedeutendes Erbe unseres Hessenlandes. Sie sind seit Jahrhunderten Mittelpunkt und Blickfang jedes Dorfes, Orte der Andacht und des Glaubens genauso wie Orte des sozialen dörflichen Engagements. Sie halten unsere Dörfer lebendig und geben den Menschen Trost und Halt. Den Erhalt unserer hessischen Dorfkirchen werden wir deshalb unterstützen.

- Die Kirchen sind nach dem Staat die größten Arbeitgeber, eine tragende **Säule des Sozialstaates** und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die christlichen Kirchen und die Religionsgemeinschaften haben auch einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Pandemie geleistet.

- Wir bekennen uns zum bewährten Konzept des Religionsverfassungsrechts und zu einer guten **Kooperation zwischen Staat und Kirche**. Religionsfreiheit kann es nur auf dem Boden des Grundgesetzes geben, das dieser Freiheit Ausdruck verleiht. Die Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in die Gesellschaft hineinzuwirken, ist unantastbar und leistet einen Beitrag für das Gemeinwesen.

- Deshalb wollen wir frühzeitig die **Partnerschaft zwischen Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften** überparteilich weiterentwickeln, um sie langfristig auf sichere Beine zu stellen.

- Die Ablösung der Staatsleistungen für die Kirchen ist in einem **fairen Prozess** zwischen Kirchen, Land und Bund zu gestalten.

- Unsere europäische Kultur ist auch jüdisch geprägt. Deswegen und aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust sind wir in besonderer Weise mit den Menschen jüdischen Glaubens verbunden und sehen uns in besonderer **Verantwortung für das jüdische Leben in Hessen**

- Das Leben von Bürgerinnen und Bürgern jüdischen Glaubens ebenso wie **Synagogen, Gemeindehäuser und Schulen** bedürfen unseres besonderen Schutzes. Den Staatsvertrag des Landes mit den jüdischen Gemeinden werden wir weiter entwickeln.

- Gleichzeitig erfüllen uns die Angriffe auf Menschen jüdischen Glaubens und jüdischen Einrichtungen mit großer Sorge. Wir verurteilen jede Form des Antisemitismus und stärken das von uns geschaffene Amt des **Antisemitismusbeauftragten** für Hessen.

- Der Tatsache, dass der Antisemitismus v.a. in einzelnen Gruppen von Migranten verbreitet ist, wollen wir durch **gezielte Integrationsprogramme und -angebote** begegnen.

- Die von **Menschen muslimischen Glaubens** in Hessen, darunter viele deutsche Staatsbürger, in den vergangenen Jahrzehnten für eine positive Entwicklung unseres Landes erbrachten Leistungen erkennen wir ausdrücklich an. Sie bestärken uns in der Zielsetzung, muslimische Kultur und Lebensweise stärker als bisher in unsere Gesellschaft einzubinden.

- Wir werden das **Dialog-Forum Islam**, das der Zusammenarbeit mit muslimischen Religionsgemeinschaften und Verbänden eine feste Struktur gegeben hat, verstetigen.

- Wir suchen den Dialog mit den muslimischen Moscheegemeinden und wollen ihre wichtige Arbeit in den Bereichen der Seelsorge und der sozialen Arbeit in den Kommunen unterstützen.

- Auch wollen wir die Anstrengungen der Moscheen intensivieren, ihre Gläubigen in unsere Gesellschaft zu integrieren. **Initiativen zur Öffnung der Moscheen und zum Austausch mit den Kommunen**, zum Beispiel durch Kulturfeste, unterstützen wir besonders.

- Wir setzen uns weiterhin für den flächendeckenden konfessionellen **Religionsunterricht** ein, halten am Ethikunterricht als Ersatzfach fest und gewährleisten ein Unterrichtsangebot für muslimische Schülerinnen und Schüler.



IM DIENST DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EINE MODERNE VERWALTUNG

28.

- Unser Land steht auf starkem Fundament – das ist auch das Verdienst eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes, beispielsweise in Justiz und Polizei, Schule und Hochschule, in den Finanzämtern und der kommunalen Verwaltung. Wir sind **stolz auf unsere Verwaltung** und die gut ausgebildeten Fachkräfte. Sie sichern die Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens und haben Respekt verdient.

- Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg haben die **Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes** unter Beweis gestellt. Wir sind überzeugt davon, dass die öffentliche Verwaltung über ein enormes Potential verfügt.

- Fest steht auch: Verwaltung und öffentlicher Dienst sind für die Bürger da – nicht umgekehrt. **Nutzerorientierung** ist deshalb oberstes Prinzip unseres Verwaltungshandelns.

- Föderalismus ermöglicht **Vielfalt und Wettbewerb**. Hier müssen wir neue Wege im Zusammenwirken nicht nur innerhalb der Landesregierung, sondern zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen finden. Es gilt, die Stärken zur Geltung zu bringen und Gemeinschaftslösungen, wo sinnvoll, weiter zu fördern.

BÜRGERNAHE VERWALTUNG

- Wir wollen bis zum Jahr 2030 alle Behördengänge der Bürgerinnen und Bürger im Land und in den Kommunen **vollständig digital** ermöglichen. Damit können wir verfahren effizienter gestalten und schneller machen und den Komfort für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Die Behörden sollen allerdings auch weiterhin direkt und persönlich für die Menschen erreichbar bleiben.

- Wir richten dazu in allen hessischen Behörden **Anlaufstellen** für Bürgerinnen und Bürger ein, in denen sie ihre Anliegen persönlich vorbringen und Auskunft sowie Rat erhalten.

- Wir setzen uns für die zeitnahe Einführung einer **bundesweit einheitlichen elektronischen Identifizierung (eID)** ein. Mithilfe der digitalen Identifizierung sollen Behördengänge, Unterschriften und die digitale Zustellung von amtlicher Post ermöglicht werden.

- Wir wollen noch mehr Behörden **dezentral in alle Teile des Landes** verlagern, insbesondere auch in den ländlichen Raum. Diesen Weg setzen wir fort und sichern auf diese Weise bürgernahe Dienstleistungen flächendeckend in Hessen sowie Entwicklungsperspektiven für einzelne Regionen. Das Angebot der mobilen Bürgerbüros wollen wir dazu ebenfalls ausweiten.

- Eine **Sprache**, die Bürgerinnen und Bürger vorgeschrieben wird und nicht mehr zu verstehen ist, verliert ihren Sinn. Wir nutzen die deutsche Sprache regelgerecht und lehnen deshalb eine Verpflichtung zur Nutzung einer Gendersprache mit Sonderzeichen in der öffentlichen Verwaltungssprache klar ab.

VERWALTUNGSVERFAHREN STRAFFEN

- Der Standort Hessen wird in Zukunft nur erfolgreich bleiben, wenn Verwaltungsverfahren weiter **entbürokratisiert und beschleunigt** werden, ohne dass dadurch die Qualität der Verwaltungsentscheidungen leidet. Wir wollen hierzu auf allen staatlichen Ebenen verwaltungsinterne Zuständigkeiten, Hierarchien und Entscheidungsabläufe effizienter gestalten.

- Wir werden eine **Kommission** aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung bilden, die zu Beginn der Legislaturperiode den Auftrag erhält, die Aufgaben der Verwaltung einer kritischen Überprüfung unterzieht.

- Wir setzen auf eine Modernisierung der Verwaltung, die auch die Ideen und Vorschläge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für mehr Effizienz und straffere Verwaltungsverfahren aufnimmt. **Neue Methoden** zur Arbeitsorganisation, zur Motivation und für eine nach vorne gerichtete Fehlerkultur zählen dazu.

- Wir wollen mehr **Durchlässigkeit** zwischen Verwaltung sowie Wirtschaft, Denkfabriken, Forschungseinrichtungen und Start-ups ermöglichen. Das schärft wechselseitig den Blick für die Möglichkeiten effizienteren Verwaltungshandelns. Auch innerhalb der Verwaltung soll mehr Austausch erfolgen: Zwischen den Ressorts ebenso wie zwischen den Verwaltungsebenen.

- Sämtliche **Berichte der Landesregierung** werden im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode evaluiert und auf den Prüfstand gestellt.

- Ebenso prüfen wir die Einführung eines **Normenkontrollrates** auf Hessischer Ebene, um Gesetze systematisch zu evaluieren und auch den Nutzen von diesen – sofern das möglich ist – zu quantifizieren.

ARBEITGEBER HESSEN

- Ein starker und leistungsfähiger Staat braucht kompetentes und motiviertes Personal. Wir wollen, dass das Land auch zukünftig ein **attraktiver und wettbewerbsfähiger Arbeitgeber** ist, der neben sinnstiftenden Aufgaben und sicheren Arbeitsplätzen auch gute Arbeitsbedingungen und Karriereperspektiven bietet.

- Wir wollen die Fachkräfte von morgen verstärkt selbst bedarfsgerecht ausbilden. Das Land als Arbeitgeber bietet vielfältige **Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten** in den unterschiedlichsten Fachrichtungen und Qualifikationsebenen. Diese werden wir ausbauen und noch attraktiver gestalten.

- Den Auszubildenden und Studierenden in der Landesverwaltung werden wir verlässliche und unbefristete **Übernahmeperspektiven** bieten, um diese als Beschäftigte beim Land zu halten.

- Einstiegs- und Karriereperspektiven sollen sich dabei stärker an Leistung und Kompetenzen und weniger an formalen Qualifikationen orientieren. Damit wollen wir auch den **Quereinstieg** und den Wechsel zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst erleichtern.

- Gleichzeitig wollen wir den öffentlichen Dienst **als Arbeitgeber stärker bewerben**, um junge Menschen und Berufserfahrene auf die Karrieremöglichkeiten beim Land aufmerksam zu machen und davon zu überzeugen. Mit der Dachmarke „Arbeitgeber Land Hessen" hat die Hessische Landesregierung ein starkes Arbeitgeber-Branding und vielfältige Marketingmaßnahmen entwickelt, die wir weiter ausbauen werden.

- **Unbefristete Arbeitsverhältnisse** geben Sicherheit für die persönliche Lebensplanung und sollten der Regelfall sein. Damit der öffentliche Dienst hier seine Vorbildfunktion erfüllt, wollen wir in der Landesverwaltung so weit wie möglich auf sachgrundlose Befristungen verzichten.

- Wir bekennen uns klar zum **Berufsbeamtentum** als Garant für einen verlässlichen Staat. Die Rechte und Pflichten der Beamtinnen und Beamten gegenüber ihrem Dienstherrn garantieren, dass die öffentliche Verwaltung auch in Krisenzeiten in den staatlichen Kernbereichen ein zuverlässiger Dienstleister ist und auch bleiben kann. Gleichzeitig wollen wir das Berufsbeamtentum zeitgemäß weiterentwickeln.

- Wir wollen eine **Flexibilisierung des Laufbahnrechts**, um Engagement und hohe Leistungsbereitschaft zu belohnen, insbesondere, wenn sich Beamtinnen und Beamte im Laufe ihres Berufslebens, auch nebenberuflich, weiterqualifizieren. Hierzu sollen Aufstiegsmöglichkeiten vereinfacht und eine Benachteiligung von Beamtinnen und Beamten gegenüber Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern mit gleicher fachlicher Qualifikation verhindert werden.

- Wir wollen **die Arbeitsbedingungen flexibler und moderner** gestalten. Hierzu gehören zeitgemäße Arbeitsplätze und Ausstattung, der Ausbau des mobilen Arbeitens, digitale Arbeitsmethoden und eine wertschätzende Führungskultur.

- Die Potenziale des Personals wollen wir durch **Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten** und Entwicklungsperspektiven bestmöglich ausschöpfen und den Wissenstransfer beim Ausscheiden von Beschäftigten aktiv gestalten.

- Wir werden uns auch in Zukunft durch besonders familienfreundliche Rahmenbedingungen auszeichnen. Wir wollen die **Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf** weiter fördern und eine flexible Arbeitszeitgestaltung sowie Teilzeit- und mobiles Arbeiten ermöglichen. Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen sollen dabei gleiche Karrierechancen und Zugang zu Führungsaufgaben haben.

- Wir werden die **(Notfall-)Kinderbetreuung** für die Verwaltung weiter bedarfsorientiert ausbauen.

- Um die **Erwerbs- und Vollzeitquote** insbesondere von Frauen zu erhöhen, müssen u.a. Arbeitszeiten flexibler gehandhabt werden. Zeitwertkonten wollen wir praktikabler gestalten und als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen.

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hessischer Behörden sollen neben ihren herkömmlichen Büros **wohnortnahe Arbeitsplätze** nutzen können. Auf Basis der Erfahrungen in der Finanzverwaltung wird dieses Angebot schnell erreichbarer Hessenbüros ausgeweitet.

- Mit dem **LandesTicket Hessen** hat die Hessische Landesregierung allen Landesbediensteten seit 1. Januar 2018 freie Fahrt mit dem ÖPNV – nicht nur zur Arbeit – ermöglicht. Das ist bundesweit weiterhin einmalig, spart den Landesbediensteten Geld und schont die Umwelt. Wir werden das Ticket verstetigen und beibehalten.

- Mit den **Personalvertretungen und Gewerkschaften** im öffentlichen Dienst werden wir weiterhin konstruktiv und vertrauensvoll zusammenarbeiten, um den Staat als attraktiven Arbeitgeber gemeinsam mit den Beschäftigten weiterzuentwickeln.

- Außerdem werden wir den **Übergang in den Ruhestand** flexibler gestalten und längeres Arbeiten zu attraktiven Konditionen ermöglichen. Auch hier liegt ein nicht zu unterschätzendes Potential an guten Fachkräften.

TARIFHOHEIT UND BESOLDUNG

- Wir stehen für eine leistungsgerechte und verfassungskonforme Beamtenbesoldung und eine gute **Bezahlung im öffentlichen Dienst**.

- Durch das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2023 sowie im Jahr 2024 sind zwei wichtige und wesentliche **Schritte zur verfassungsgerechten Besoldung** in Hessen bereits erfolgreich umgesetzt worden.

- Wir setzen uns für die **Fortführung des eingeschlagenen Weges für eine amtsangemessene Alimentation** ein. Wir werden auf die bisherigen Maßnahmen, welche zu spürbaren Verbesserungen für die Bediensteten geführt haben, weiter aufbauen, bis die Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erfolgt ist.

- Kommunalpolitisch Engagierte, wie auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die im Dienste der Allgemeinheit tätig sind, verdienen besondere **Wertschätzung und Schutz**. Jede verübte Straftat gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und gegen kommunale Mandatsträger muss zur Anzeige gebracht und die Betroffenen durch den Dienstherrn unterstützt werden. Für Menschen, die Opfer von Gewalt geworden sind, wollen wir Angebote stärken, die helfen, mit der erlebten Gewalt einen Umgang zu finden.

- Wir wollen das **Beihilfewesen** in Hessen weiterentwickeln. Hierzu soll der bisherige Leistungskatalog, insbesondere im Hinblick auf Neuregelungen für Aufwendungen für Psychotherapie, Vorsorge und Früherkennung ausgeweitete werden. Das Bemessungssatzsystem wollen wir personenbezogen gestalten.

- Das **Zulagenwesen** sowie die Bestimmungen zum finanziellen Ausgleich von Mehrarbeit und Rufbereitschaft sollen vollumfänglich überarbeitet und neustrukturiert werden. Unser Ziel ist es, dass alle Arten von Zulagen (wie Amts-, Stellen- und Erschwerniszulagen) klar und übersichtlich für die Arbeitnehmer geregelt sind.

- Da die Zulagen in einzelnen Berufsgruppen einen durchaus beträchtlichen Lohnbestandteil ausmachen, werden wir prüfen, ob und in welchem Umfang wir diese **ruhegehaltsfähig** machen.

- Doch nicht nur im Bereich der Besoldung wollen wir weiter Maßstäbe setzen. Der sog. **„Hessentarif"** nimmt bereits heute eine Vorbildfunktion für den übrigen öffentlichen Dienst ein. Er sichert schon jetzt in über 160 Punkten eine bessere Regelung als der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

- Die **Tarifhoheit des Landes** hat sich bewährt und nutzt dank vieler Vorteile (Hessenticket, Familienzuschläge u.a.) vor allem den Beschäftigten. An ihr halten wir auch zukünftig fest und werden den Tarifvertrag für die Angestellten des Landes weiter an die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mit unseren Tarifpartnern an die aktuelle Arbeitsmarktsituation anpassen.

- Wir wollen zudem durch ein Maßnahmenbündel die **Attraktivität des öffentlichen Dienstes** weiter steigern. Gerade bei der Gewinnung von Nachwuchsarbeitskräften gewinnen die Rahmenbedingungen der Arbeitsgestaltung eine immer größer werdende Bedeutung.

DIGITALE VERWALTUNG

- Wir wollen eine Verwaltung, deren Leistungen im Land und in den Kommunen durchgehend und übergreifend vom Antrag bis zum Bescheid auch **digital, rund um die Uhr (24/7)**, einfach, transparent, barrierefrei und zuverlässig zur Verfügung stehen.

- Dabei soll auch bei digitalen Verwaltungsleistungen der Mensch weiter im Mittelpunkt stehen. Ziel ist, dass alle Bearbeitungsschritte, vom Antragseingang über die Vorgangsbearbeitung bis zur Bescheidzustellung und Veraktung **vollständig digital durchgeführt werden können**.

- Es gibt auch ein Recht auf ein analoges Leben! Deshalb wollen wir insbesondere im Interesse älterer Menschen, **analoge Zugänge** erhalten.

- Folgende Prinzipien werden wir bei unserer Strategie zur Verwaltungsdigitalisierung weiterverfolgen:
  - Bürger sollen Informationen **nur noch einmal** mitteilen. Die Daten können für künftige Interaktionen wiederverwendet werden („Once only-Prinzip").
  - Im „One-Stop-Shop"-Verfahren können Bürgerinnen und Bürger **in nur einer digitalen Sitzung** eine gewünschte Dienstleistung abwickeln.
  - Leistungen werden in bestimmten Lebenslagen wie z.B. der Geburt eines Kindes **automatisiert bereitgestellt**, ohne gesonderten Antrag – im Einklang mit Datenschutz und nur mit entsprechender Einwilligung der Bürgerinnen und Bürger („No-Stop-Shop-Verfahren")

- **Papiernachweise** werden wir zunehmend **durch Registerabfragen ersetzen**, die händische Unterschrift durch elektronische ID-Lösungen.

- Wir werden die **digitale Transformation der Verwaltungsbehörden**. Die noch offenen Leistungen aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) werden gemeinsam mit den Kommunen stringent umgesetzt und die Erfahrungen, die ebenenübergreifend mit Kommunen, Bund und den anderen Ländern z.B. im Rahmen des EfA-Prinzips („Einer für alle") gewonnen wurden- wollen wir für die zukünftige Digitalisierung von Verwaltungsleistungen positiv nutzen.

- Die **Abstimmungsprozesse** zwischen Bund und Ländern sowie den Kommunen wollen wir **verschlanken**.

- Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um **Verwaltungsarbeit transparent** zu machen und zusätzliche Zugänge zur Verwaltung zu schaffen. Unser Ziel ist, dass alle individuellen Verwaltungsvorgänge zu einer Person oder einem Unternehmen in einem digitalen Verwaltungscockpit angezeigt werden, inklusive des Bearbeitungsfortschritts. Auch sollen dort Informationen abgefragt und gegeben werden.

- Den mobilen Zugang zu Verwaltungsleistungen werden wir über die **Hessen App**, die für alle Verwaltungsdienstleistungen kostenlos zur Verfügung gestellt wird, noch weiter ausbauen. Wo sinnvoll, wollen wir Möglichkeiten von Künstlicher Intelligenz nutzen, z.B. durch Einsatz von Chatbots, digitale Assistenten etc.

- **Digitalisierungsprojekte** im Land und den Kommunen wollen wir schnell, effizient und kostenbewusst umsetzen, wo sinnvoll auch durch agile Steuerung. Softwarelösungen sollen vorrangig dem open-source-Standard entsprechen. Wir wollen durch den Ausbau der Beratungs-Kapazitäten Landesstellen, Kommunen und öffentliche Institutionen aktiv bei der weiteren Digitalisierung unterstützen.

DIGITALE KOMPETENZ IN DER VERWALTUNG

- Eine digitale Verwaltung braucht **leistungsfähige Dienstleister.** Den IT-Dienstleister der Landesverwaltung wollen wir zu einem umfassenden Digitalisierungsdienstleister transformieren. Dort sollen interne Kompetenzen für Digitalprojekte des Landes gebündelt und entsprechende Digitalisierungsprojekte vorangetrieben werden.

- Wir wollen unseren Beschäftigten die Möglichkeit bieten, an **modernsten Arbeitsplätzen mit digitaler Ausstattung** ihre Aufgaben umsetzen zu können. Das mobile Arbeiten wird wesentlicher Bestandteil der Arbeitsorganisation – es ist ein Baustein dafür, dass das Land auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber bleibt, der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht und Anreize für Nachwuchskräfte und Quereinsteiger bietet.

- Den Anforderungen einer modernen Verwaltung wollen wir mit **new-work-Konzepten**, die auch in der zukünftigen Planung von Gebäuden, Büros und Arbeitsplätzen Berücksichtigung finden, Rechnung tragen. Dazu gehört auch eine gute digitale Infrastruktur mit leistungsfähiger Breitbandanbindung und WLAN in allen Gebäuden.

- Eine digitale Verwaltung braucht Beschäftigte mit digitalen Kompetenzen. Das Land Hessen soll sich noch stärker zu einem **attraktiven Arbeitgeber für Digitalfach- und -führungskräfte** entwickeln. Ausbildung und Akquise dieser Kräfte soll künftig ressortübergreifend zentraler unterstützt werden.

- Wir werden an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit einen **eigenen Studiengang** anbieten, der Digitalisierungsspezialisten mit IT und Prozesskenntnissen für das Land ausbildet.

SICHERE UND RESILIENTE DIGITALE VERWALTUNG HESSEN

- Wir haben aus den Krisen der letzten Jahre viele Erkenntnisse zur Organisation einer **sicheren und resilienten digitalen Verwaltungsarbeit** gewonnen, deren Beschäftigte im Bedarfsfall auch mobil ihre Leistungen erbringen können. Diese „lessons learned" werden wir für die zukünftige Verwaltungsarbeit umsetzen.

- Wir werden alle Anstrengungen in der Landesverwaltung übernehmen, um **vertrauenswürdige IT-Lösungen** bereitzustellen und zu nutzen. Kommunikationssysteme z.B. für Videokonferenzen und Cloudlösungen sollen zuverlässig bereitstehen.

- Wir wollen dabei möglichst auf **Informationstechnik aus europäischer und westlicher Produktion** setzen. Auch mit Blick auf datenschutzrechtliche Fragestellungen werden wir die digitale Souveränität der Verwaltung steigern.

- Im Bereich der **Software-Entwicklung** und dem Betrieb von Systemen wollen wir das Land in die Lage versetzen, die eigenen Systeme selber zu entwickeln, weiterzuentwickeln und zu betreiben.

- **„Hessen3C"** (Hessen Cyber Competence Center), das bereits heute eine führende Rolle einnimmt, werden wir **weiterentwickeln**, um auf die wachsende Cyberkriminalität reagieren zu können. In Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung werden wir den aktuellen Herausforderungen begegnen.

- Wir werden die Expertise des Landes auch der kommunalen Familie zur Verfügung stellen und durch Beratungs- und Schulungsangebote unterstützen.

TRANSPARENZ UND DATENSCHUTZ

- **Datenschutz, Sicherheitsanforderungen und Verbraucherschutz** wollen wir als elementare Werte auch im digitalen Raum wahren.

- Wir stehen für eine **Stärkung der Digitalen Souveränität**. Bürger müssen mehr Entscheidungsgewalt über ihre Daten haben.

- **Demokratische Teilhabe** wollen wir durch digitale Prozesse fördern.

- Durch den Einsatz von **Open Data** werden wir Transparenz, Handlungsgrundlagen und Beteiligungsformen stärken. So wollen wir Gesellschaft und Wirtschaft an Datengrundlagen des Landes teilhaben haben lassen und im Einklang mit dem Datenschutz auch die Zusammenarbeit von Behörden fördern.

- Neben den Möglichkeiten zum Schutz der Daten nach der **EU-Datenschutzgrundverordnung** (DSGVO) wollen wir auch Möglichkeiten zur besseren Nutzung der Daten auf freiwilliger Basis eröffnen. Wir wollen die ursprüngliche Zielrichtung DSVGO wieder in den Blick nehmen: Es geht nicht nur darum, den Datenschutz europaweit zu vereinheitlichen und immer weiter auszubauen, sondern auch um den freien Datenverkehr.

- Daten sind ein zentrales Wirtschaftsgut, dessen Bedeutung weiter zunimmt. Ihre Weitergabe und Nutzung im europäischen Binnenmarkt muss zum Wohl von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gewährleistet werden. Wir treten für einen **vernünftigen Ausgleich** beider Zielrichtungen des DS-GVO ein.

- Einen automatischen Vorrang des Datenschutzes vor dem freien Datenverkehr lehnen wir ab. Wichtige **Digitalisierungsprojekte** dürfen nicht durch eine einseitige Betonung des Datenschutzes blockiert werden.

- Wir wollen den **bürokratischen Aufwand** gerade für kleinere und mittlere Unternehmen sowie für Vereine verringern und die bestehende Rechtsunsicherheit im Hinblick auf Schadensersatzansprüche beseitigen.

- Wir werden uns über den Bundesrat dafür einsetzen, dass Unternehmen, Behörden und Vereine auch weiterhin **unentbehrliche Angebote** von social-media-Plattformen, Standardsoftware oder Konferenzsystemen nutzen können.

- In Zusammenarbeit mit den Personalvertretungsgremien, dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit und der Beauftragten für barrierefreie IT in der Landesverwaltung wollen wir **Leitlinien vereinbaren**, um Digitalisierungsprojekte in der Verwaltung mit den Beschäftigten DSGVO-konform und barrierefrei schnell, ressourcenschonend und effizient umsetzen zu können.



HESSEN SCHNELLER MACHEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR ZUKUNFTSINVESTITIONEN

29.

- Wir wollen das **Planungs- und Genehmigungsrecht** auf allen Ebenen grundlegend überarbeiten, um wichtige Infrastruktur- und Investitionsvorhaben in allen Bereichen schneller zu realisieren. Das schnelle Verfahren bei der Genehmigung der Impfstoffproduktionsstätte in Marburg hat gezeigt, dass Genehmigungen schnell gehen können. Das muss der neue Normalfall werden.

- Die **Planungsbeschleunigung** darf sich dabei nicht auf einzelne Projekte oder bestimmte Vorhabenarten beschränken, sondern muss gleichermaßen für alle Verkehrs-, Bau- und Infrastrukturprojekte gelten. Diese Forderung richten wir auch an den Bund und reichen ihm die Hand für einen echten Tempo-Pakt.

- Wir werden **Planungs- und Genehmigungsverfahren** umfassend **digitalisieren** und damit umständliche Verfahrenswege verkürzen und die Genehmigungspraxis insgesamt modernisieren.

- Bei Anträgen ist ein **grundlegender Kurswechsel** nötig: Folgt keine behördliche Reaktion innerhalb einer Frist, gilt der Antrag als genehmigt.

- Im Landesrecht werden wir die Hessische Gemeindeordnung (HGO) ändern, damit Bürgerbegehren wichtige **Infrastrukturprojekte** in ihrer zügigen Realisierung nicht gefährden. Die planerischen Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern bleibend davon unberührt.

- Auch bei **landeseigenen Betrieben** wie bspw. HessenMobil werden wir prüfen, wie wir Verfahren beschleunigen können.

- Wir stehen außerdem für einen **effektiven Rechtsschutz** mit hohen Standards auch im Planungsrecht. Unser Ziel ist eine weitere Straffung der Verfahren und eine Begrenzung der Klage- und Antragsberechtigungen auf diejenigen, die von den Vorhaben tatsächlich betroffen sind.

- Wir wollen uns für eine Änderung des Deutschen Richtergesetzes einsetzen, damit die Besetzung an Verwaltungsgerichten flexibilisiert wird. Damit wird gewährleistet, dass die **Verfahren zu Infrastrukturmaßnahmen** vor den Verwaltungsgerichten nicht zu lange dauern und dadurch verzögert werden.

- Darüber hinaus werden wir am Hessischen Verwaltungsgerichtshof einen neuen, **eigenen Senat für Infrastrukturmaßnahmen** schaffen. Damit werden wir wichtige Zukunftsprojekte in Hessen schneller umsetzen.

- Neben den Beschleunigungen im Bereich der Gerichtsverfahren liegen die maßgeblichen Beschleunigungspotentiale allerdings bei der Planung selbst und den dort zu beachtenden materiellen Standards. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir das Tempo gerade dort deutlich erhöhen. Die **Ampel-Pläne** gehen an diesem Ziel vorbei, weil sie nicht den Zeitraum der Planungsverfahren umfassen, sondern erst bei der gerichtlichen Kontrolle ansetzen.

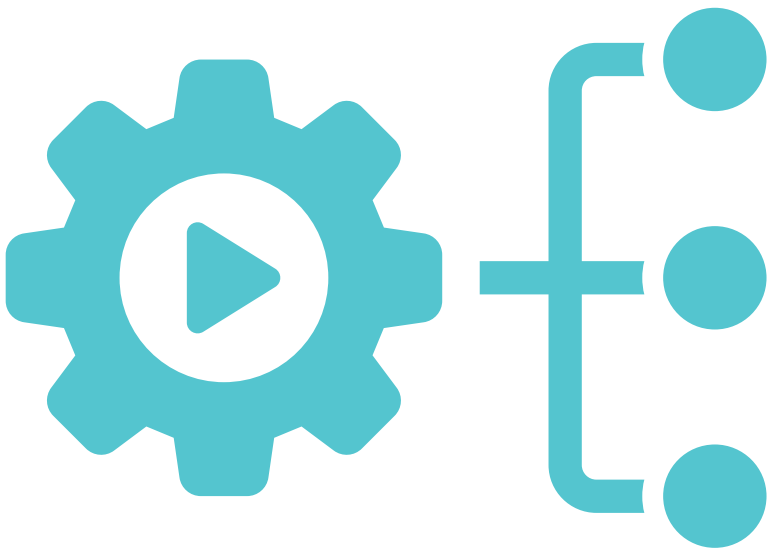
- Rechtskräftig beschlossene Vorhaben müssen **zeitnah** umgesetzt werden. Wir wollen nach langen Jahren abgeschlossene Verfahren nicht wieder neu aufrollen.

- Der Vorschriftenbestand am Ende der Legislaturperiode muss deutlich unter dem zu Beginn liegen. Dafür prüfen wir, wie wir uns dem Prinzip des **„1 in 2 out“** möglichst weit nähern.

- In Modellprojekten werden wir die Schaffung **„bürokratiefreien Zonen“** prüfen, in denen die Möglichkeiten von Experimentierklauseln, Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigungen sowie Ermessensspielräume stärker und gebündelt genutzt werden.

- Bei der Frage zügigerer Planungen und Genehmigungen sowie der Entbürokratisierung insgesamt setzen wir auf den **Sachverstand aus der mittelständischen Wirtschaft und dem Handwerk**. Im Dialog mit den Praktikern wollen wir einen Katalog umsetzbarer Maßnahmen erarbeiten und umsetzen.

- Einer der Haupttreiber von Bürokratie ist die Europäische Union. Immer mehr Berichtspflichten, Vorgaben und Kontrollen schnüren v.a. kleinen und mittleren Betrieben in Handwerk und Landwirtschaft die Luft ab. Wir setzen uns ein für einen **Belastungsstopp aus Brüssel**! Wir treten für eine 1:1 Umsetzung europäischer Regeln ein und für das **Subsidiaritätsprinzip**: Nicht jedes Problem in Europa muss von der EU gelöst werden.



SOLIDE HAUSHALTEN UND HANDLUNGSFÄHIG BLEIBEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR MODERNE FINANZEN

30.

SOLIDE FINANZEN

- Wir wollen den nachfolgenden Generationen stabile Lebensverhältnisse und ein geordnetes Gemeinwesen hinterlassen. Um dieses Ziel erreichen zu können, darf keine Generation mehr verbrauchen, als sie selbst erarbeitet hat. Alles, was sie mehr verbraucht, muss von künftigen Generationen abgetragen werden und geht ihnen von der von ihr erarbeiteten Wirtschaftskraft verloren.

- Ohne solide Staatsfinanzen kann es keine **Generationengerechtigkeit** geben. Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Handlungsspielräume für unsere Kinder und Enkel vergrößern, anstatt ihnen immer mehr Schulden zu hinterlassen.

- Die hessische Bevölkerung hat sich mit über 70% dafür ausgesprochen, die **Schuldenbremse** in die Verfassung zu schreiben. Wir halten an der Schuldenbremse fest.

- Die Finanzlage der staatlichen Ebenen ist überaus volatil - in den letzten Jahren waren Steuerschätzungen sehr kurzlebig - nach oben wie nach unten. Insofern steht dieses gesamte Programm unter dem Vorbehalt der Entwicklung unserer Staatsfinanzen. Wir stehen zu einer **verantwortungsvollen Finanzpolitik**. Darauf können sich die Menschen verlassen!

- Das bedeutet insbesondere nach der Corona- und Ukraine- bzw. Energiekrise: Klare Ausgaben- und Aufgabenkritik statt Kürzungen mit dem Rasenmäher. Zuwendungen müssen dem größtmöglichen Nutzen dienen. Wir wollen die **Staatsquote** insgesamt senken, dabei Ausgaben zukunftsgerichtet fokussieren, Zukunftsinvestitionen in Schulen, Verwaltungsdigitalisierung und Infrastruktur erhöhen, konsumtive Ausgaben senken und ineffiziente Subventionen abbauen.

- Wir wollen die Inflation mit allen Mitteln bekämpfen. Aufgrund der Angebotsverknappung darf unsere Fiskalpolitik nicht nachfrageorientiert sein, weil sie dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über dem Angebot hält und somit zum Inflationstreiber wird. Wir werden unsere **Ausgaben angebotsorientiert** ausrichten, um das Angebot an Produkten und Dienstleistungen zu erhöhen.

- Kluge und nachhaltige Investitionsausgaben wirken wirtschaftsfördernd und zugleich inflationshemmend. So können staatliche Investitionen in die Infrastruktur – Energie, Verkehr, Digitalisierung sowie Ausgaben für Grundlagenforschung und Bildung – wichtige Bausteine für die jetzt notwendigen privaten Investitionen sein. Der **Wirtschaftsstandort Hessen** verfügt über eine gute Infrastruktur, über viel Know-how und damit über gehöriges Potenzial für die weitere Ansiedlung deutscher, europäischer und internationaler (Groß-)Unternehmen.

- Thematisch passende **Förderprogramme** werden wir flexibilisieren und entbürokratisieren, um den Kommunen so mehr Eigenverantwortung in der Wahl der Mittel zur Erreichung des vom Land mit dem Programm beabsichtigten Ziels zuzugestehen. Vor der Schaffung eines neuen Antragsförderprogramms werden wir jeweils prüfen, ob nicht eine Pauschalzahlung sinnvoller ist.

- Die **Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden** sind undurchsichtig. Sie setzen Fehlanreize, die zu erheblichen Ineffizienzen in der Organisation unseres Staatswesens und in der Folge zu unnötig hohen Ausgaben führen, die durch höhere Steuerbelastungen oder Schulden finanziert werden müssen. Wir streben eine Neuordnung der Bund-Länder-Gemeinde-Beziehungen strikt nach dem Subsidiaritätsprinzip und dem Konnexitätsprinzip an. Aufgaben sollen nur dann von der niedrigeren Verwaltungsebene auf die höhere gegeben werden, wenn sie dort sinnvoller erledigt werden können.

- Hessen hat in über 70 Jahren Länderfinanzausgleich nicht einen Euro erhalten, aber über 60 Milliarden Euro bezahlt. Hessen ist stets bereit, einen **solidarischen Beitrag** innerhalb des Länderfinanzausgleiches zu leisten. Allerdings darf das Umverteilungssystem nicht ungerecht sein. Das aktuelle System setzt Fehlanreize, weil Nehmerländer nicht von eigenen Reformen profitieren und sich die finanzielle Schieflage dadurch dauerhaft verfestigt. Hilfen kann es nur mit Sparmaßnahmen und Reformen geben, nicht als Freifahrtschein für Wahlgeschenke.

- Wir wollen den Länderfinanzausgleich nicht abschaffen, aber reformieren. In gemeinsamen Verhandlungen mit allen Ländern werden wir den **Länderfinanzausgleich** überarbeiten und für mehr wirtschaftliche Anreize und ökonomischen Wettbewerb zwischen den Ländern sorgen. Sollten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, werden wir – gemeinsam mit anderen Geberländern – eine erneute Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben.

- Auch wenn im Zuge der Digitalisierung die Nutzung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs – auch bei Alltagsgeschäften – zunehmend Verbreitung findet, lehnen wir die Einführung weiterer Bargeldobergrenzen oder gar eine vollständige **Abschaffung des Bargeldes** entschieden ab.

FAIRE STEUERN

- Der **Steuerlast der Bürger** muss eine gerechte, angemessene Gegenleistung des Staates gegenüberstehen. Wir wollen unseren Staat verschlanken, unsere Bürger entlasten und Hessen zukunftssicher aufstellen.

- Wir setzen uns für ein **investitionsfreundliches Klima** in der hessischen Wirtschaft ein, das ökonomische Anreize schafft und damit zu Steuermehreinnahmen führt. Weitere Steuererhöhungen lehnen wir ab und werden dies auch eindeutig im Bundesrat vertreten.

- Die Steuerbelastung unserer Unternehmen liegt weit über dem OECD- Durchschnitt und der Wirtschaftsstandort Deutschland droht in eine Rezession zu stürzen. Wir setzen uns für eine **Unternehmenssteuerreform** ein, die zu einer tatsächlichen Entlastung führt. Um die Investitions- und Innovationskraft zu stärken, sollte so zum Beispiel die Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, auf 25 Prozent gedeckelt werden.

- Wir lehnen die Besteuerung von aus schon versteuertem Einkommen gebildeten Vermögen ab. Eine **Besteuerung der Vermögenssubstanz**, die ja typischerweise nicht in liquiden Mitteln, sondern z.B. als Betriebsvermögen oder Wohnimmobilie vorliegt, gefährdet die Altersvorsorge und den unternehmerischen Mittelstand gleichermaßen.

- Wir werden uns auf Bundesebene dafür stark machen, dass die **Freibeträge bei der Schenkungs- ebenso wie bei der Erbschaftssteuer** um ein Viertel erhöht werden.

- Bis die Bundesregierung Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer ermöglicht, zahlen wir beim Ersterwerb einer selbstgenutzten Immobilie **ein Hessengeld** für die ersten eigenen vier Wände in Höhe von 10.000 Euro pro Erwerbsperson plus 5.000 Euro für jedes Kind.

- Inflationsbedingte Mehreinnahmen des Staates gehören den Steuerzahlern. Wir wollen deshalb den **Ausgleich der kalten Progression** gesetzlich festschreiben.

- Die aktuellen Preissteigerungen führen in der Mitte der Gesellschaft zu erheblichen Mehrbelastungen. Wir setzen uns deshalb für alle Einkommen unter 60.000 Euro für einen **Sonderfreibetrag in Höhe von 1.000 Euro** für die Jahre 2023 und 2024 ein.

- Wir werden uns für eine Regionalisierung der Erbschaftssteuersätze einsetzen und wollen für Hessen die **Freibeträge bei der Erbschaftssteuer** erhöhen und an die Entwicklung der Immobilienpreise anpassen. Es kann nicht sein, dass Erben wegen der hohen Steuerbelastung ihr Elternhaus verkaufen müssen, welches die Eltern über Jahrzehnte abbezahlt haben. Die Blockade des Bundes gegen eine gerechte Anpassung der Freibeträge muss notfalls durch eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gelöst werden.

- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die **Kinderbetreuungskosten** bis zu 6.000 Euro steuerlich absetzbar zu machen.

- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, **Mitgliedsbeiträge für gemeinnützige Vereine** grundsätzlich steuerlich absetzbar zu machen. In diesem Zuge wollen wir zudem prüfen, ob dies auch für Förderbeiträge gelten kann, die mit einer Gegenleistung verbunden sind.

- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, **Blutspenden steuerlich absetzbar** zu machen, um einen zusätzlichen Anreiz zu generieren und mehr Menschen dazu zu motovieren, regelmäßig Blut zu spenden.

- Wir wollen die **Behandlung von Windkraftanlage bei der Grundsteuer** überprüfen. Da die Eigentümer häufig nicht im Gemeindegebiet ansässig sind, geht die Kommune bei der Einkommenssteuer häufig leer aus; aufgrund der Abschreibungen kann sie häufig auch keine Gewerbesteuer verzeichnen. Mit einem höheren Grundsteuer-Messbetrag profitiert die Gemeinde direkt, was einen Beitrag zur Akzeptanz der Windkraft vor Ort liefert.

- Wir stehen für eine starke **hessische Steuerverwaltung** und eine konsequente Durchsetzung des Steuerrechts. Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt. Wir werden daher die Steuerverwaltung weiterhin stark aufstellen und den Fachkräftebedarf in der Finanzverwaltung durch optimale Bedingungen sichern.

FINANZPLATZ FRANKFURT

- Gemeinsam mit dem Bund und der EU wollen wir mit der **Anti-Geldwäsche Behörde (AMLA)** unser Engagement im europäischen Aufsichtswesen weiter schärfen. In Frankfurt – im Herzen Europas – wird diese Behörde den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung resolut und mit geballter Fachkompetenz führen. Wir sind davon überzeugt, dass der Finanzplatz Frankfurt einzigartige Standortvorteile für die AMLA bereithält.

- Wir wollen eine international führende Rolle in Sachen **Sustainable/Green Finance** einnehmen. Auf dem internationalen Parkett wird es immer wichtiger, Aspekte der Umwelt, Soziales und Unternehmensführung in die Unternehmensstrategie zu integrieren und darüber transparent und nachvollziehbar zu berichten.

- Frankfurt erhielt Ende 2021 den Zuschlag für das ISSB (**International Sustainability Standards Board**), das zukünftig globale Mindeststandards im Bereich der finanziellen Nachhaltigkeitsberichterstattung setzen soll. Frankfurt wird insofern die Finanzmetropole sein, von der aus die globalen Berichtsstandards für Nachhaltigkeitsaspekte geprägt werden. Dies belegt die Vorreiterrolle Hessens beim Zukunftsthema nachhaltige Finanzwirtschaft, die wir weiter stärken werden.

- Wir sind **Ausbilder von finanzwirtschaftlichen Spitzenkräften**, die auch auf dem internationalen Parkett gefragt sind. In unsere Kompetenzen wollen wir weiter investieren und die akademische Infrastruktur stärken.

- Börse, Banken, Versicherer - die gesamte Finanzbranche kämpft um die besten Köpfe. Bereits heute bietet die Universitätsstadt Frankfurt am Main beispielsweise mit dem „House of Finance“ an der Goethe-Universität Frankfurt, der Frankfurt School of Finance & Management sowie dem European Banking Institute **ausgezeichnete Einrichtungen und gute Rahmenbedingungen**. Sie stärken wir weiter.

- Der Trend der EU, gerade bei der **Bankenregulierung** immer weiter zu vereinheitlichen, bringt vielerorts kleine und regional ausgerichtete Banken an den Rand des Leistbaren, weil die Vorgaben zumeist primär auf Großbanken zugeschnitten sind. Wir setzen auf unsere regional verankerte Wirtschaft und die ebenso regional aufgestellten Banken wie Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Wir werden uns weiter dafür stark machen, dass die Regulierung v.a. aus Brüssel zur Vielfalt unserer Bankenlandschaft passt.

- Die **Kleinanlegerstrategie** der EU werden wir konstruktiv begleiten, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, dass deutsche Beratungsmodell zu erhalten. Wir stehen einem möglichen Provisionsverbot vor diesem Hintergrund kritisch gegenüber – gerade auch aus Gründen des Verbraucherschutzes. Die Honorarberatung soll dieses Modell ergänzen, aber nicht ersetzen. Auch hier brauchen wir Wahlfreiheit für die Anleger.

- Nachhaltigkeit ist ein Prozess und kein Zustand. Im Bereich von „Sustainable Finance“ ist es daher bedeutsam, auch die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu unterstützen. Die **ESMA-Leitlinien** für die Verwendung von ESG- oder nachhaltigkeitsbezogenen Begriffen in Fondsnamen müssen deshalb praktikable Kriterien aufstellen, um Investitionen auch in solche Unternehmen zu ermöglichen, die noch nicht „grün“ sind, sich aber glaubhaft auf den Weg dorthin gemacht haben.

KOMMUNALFINANZEN

- Wir wollen den **Kommunalen Finanzausgleich** – auf Basis der Evaluierung - auf eine neue Grundlage stellen. Die Rekordzuweisungen an die Kommunen werden wir dabei aufrechterhalten und eine Neubewertung der Leistungsfähigkeit der Kommunen und der Zentrumlast vornehmen.

- Bei der **Neugestaltung der Finanzzuweisungen** ist unser Leitmotiv, den Kommunen mehr Handlungsspielräume einzuräumen, subsidiäre Entscheidungen zu ermöglichen und weniger Mittel mit einer Zweckbindung zu versehen.

- Wir streben eine Übertragung bisheriger zweckgebundener Förderung mit einem enormen Verwaltungsaufwand auf die Kommunen an. Sie sollen hierüber frei verfügen können, wenn sie sich vorher verpflichten **überprüfbare Nachhaltigkeitsstandards** einzuhalten.

- Außerdem werden wir bei **Bauvorhaben** den Kommunen Angebote für Mustergebäude machen und so erhebliche Kostenersparnisse ermöglichen und Risiken reduzieren helfen. Die Standards müssen sich dabei am Bedarf der Kommunen orientieren.

- Die von der hessischen Landesregierung erarbeitete Variante der **Grundsteuerreform** setzt die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts einfach, praktikabel und gerecht um. Die konkrete Ausgestaltung der Hebesätze liegt in den Händen der Gemeinden. Den Kommunen wird durch einen Musterhebesatz eine Orientierung an die Hand gegeben, um Aufkommensneutralität sicherzustellen und Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich zu belasten.



ERINNERUNGEN WACHHALTEN UND KREATIVITÄT FÖRDERN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR DIE KULTUR

31.

- Hessen ist ein an Kultur reiches Land. Wir bekennen uns zur gesamten Breite der hessischen Kulturlandschaft. Ihre Freiheit und Entwicklung gilt es zu erhalten. Deshalb lehnen wir jede Form von **Cancel-Culture und Disziplinierung unliebsamer Meinungen** aus falsch verstandener politischer Korrektheit ab.

- Die **Kulturbranche** hat unter der Corona-Pandemie in besonderer Weise gelitten. Wir werden sie durch Unterstützung der neuen und kreativen Ideen vieler in dieser Branche aktiven Menschen und durch die gezielte Förderung der hessischen Kulturlandschaft unterstützen.

- Bedeutende **Kultureinrichtungen und Welterbestätten**, Museen, Theater, kleine Bühnen, Festivals und Kinos erfahren genauso unsere Unterstützung wie Musik, Literatur und Urban Arts. Wir nehmen dabei Haupt- und Ehrenamt gleichermaßen in den Blick.

- Zur Vielfalt unserer Kulturlandschaft gehören auch **Kleinkunst, bildende Kunst, Brauchtumspflege, Trachtenvereine, Chöre und Orchester** sowie die kulturelle Begehung traditioneller Festlichkeiten wie Fastnacht, Fasching oder Karneval. Das ehrenamtliche Engagement in diesen Bereichen wollen wir stärken, indem wir zum Beispiel durch Rahmenvereinbarungen und die Übernahme der GEMA-Gebühren nichtkommerzieller Veranstaltungen gemeinnütziger Vereine erleichtern und bürokratische Hürden abbauen.

- Mit dem **Masterplan Kultur** haben wir die Grundlage für einen umfassenden Blick auf hessische Kulturlandschaft geschaffen. Orientiert an den aufgezeigten Themenfeldern arbeiten wir im Sinne einer attraktiven, breit aufgestellten und krisenfesten Kulturszene.

- Wir halten die **Vielfalt des Kulturschaffens** etwa bei der Kleinkunst, in der bildenden Kunst oder in Trachtenvereinen, Chören, Orchestern und in der Fastnacht mit geeigneter Unterstützung des Landes weiterhin lebendig.

- **Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements** und zur Erleichterung für die große Anzahl im kulturellen Bereich ehrenamtlich oder semiprofessionell Tätigen überprüfen wir die Förderverfahren auf vermeidbare bürokratische Belastungen und vereinfachen und modernisieren das Zuwendungsrecht. Dafür setzen wir uns auf Bundes- und der europäischen Ebene ein.

- Mit dem „**Kulturbus**“ und weiteren Maßnahmen erleichtern wir insbesondere Schulklassen den Zugang zu unseren hessischen Kultur- und Erinnerungsorten.

- Mit einem eigenen **“Heimatbudget”** unterstützen wir künftig Kulturstätten von überregionaler Bedeutung.

- Wir werden die **bewährte Museumsförderung** gemeinsam mit dem Hessischen Museumsverband als Partner fortsetzen, um den zahlreichen Museen in unserem Land weiterhin eine bestmögliche Unterstützung zu bieten. Dabei steht für uns die Förderung des Ehrenamts etwa in regionalen Museen besonders im Fokus.

- **Die drei hessischen Landesmuseen als Leuchttürme unserer Kulturlandschaft** werden wir weiterhin stark unterstützen und die so wichtige Vermittlungsarbeit für Kinder und Jugendliche stärken.

- In der hessischen **Gedenkstättenlandschaft** wird durch die Gedenkstätte Point Alpha mit dem ehemaligen US-Beobachtungsstützpunkt als Alleinstellungsmerkmal an die Zeit des „Kalten Krieges" erinnert. Wir möchten die Gedenkstätte um die Darstellung aller westlichen Partner (Bundesgrenzschutz, Zoll und Wallmeister der Bundeswehr) an der innerdeutschen Grenze erweitern und vervollständigen, um ein ganzheitliches Bild der deutsch-deutschen Teilung an die nachfolgenden Generationen vermitteln zu können und damit eine Lücke in der Erinnerungskulturlandschaft zu schließen. Auch das Grenzmuseum Schifflersgrund erfährt unsere Wertschätzung und hat einen bedeutenden Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes.

- **Unter den privaten und kommunalen Museen in Hessen** werden wir insbesondere das Deutsche Ledermuseum in Offenbach und das Jüdische Museum in Frankfurt als herausragende Einrichtungen bei ihrem Betrieb weiter unterstützen.

- Wir wollen auch künftig einen **festen Ankaufsetat für die Museen bereitstellen**, mit dem herausragende Kunstwerke dauerhaft für unseren Kulturstandort gesichert werden können.

- Der von uns initiierte **Kulturfonds Frankfurt Rhein-Main** ist ein Erfolgsmodell. Wir ermuntern weiterhin hessische Landkreise, Städte und Gemeinden, nach dem Modell des Kulturfonds in Kulturfragen freiwillig zu kooperieren.

- Wir wollen **auch neue Kunstformen, zusammengefasst unter dem Begriff „Urban Arts"**, in Hessen stärker etablieren. „Urban Arts" ist eine schnell wachsende neue Kunstform (z.B. Streetart, Graffiti etc.), der auch in Hessen Räume geschaffen werden müssen.

- Die im Fünf-Jahres-Rhythmus stattfindende **„documenta" in Kassel** gilt seit Jahrzehnten als eine der größten Ausstellungen zeitgenössischer Kunst weltweit. Wir wollen, dass das so bleibt. Dafür bedarf es einer umfassenden Weiterentwicklung und Neustrukturierung, die auch das Krisen- und Beschwerdemanagement umfasst.

- Für **antisemitische und diskriminierende Inhalte** darf es keinen Raum geben. Die Aufarbeitung der Vorgänge im Rahmen der letzten Ausgabe hat höchste Priorität, nicht zuletzt, um die Institution zukunftsfest aufzustellen. Diesen Prozess werden wir weiter intensiv unterstützen.

- Hierbei gilt es auch die Strukturen dahingehend zu überprüfen, wie die documenta auch zwischen den Ausstellungen ihre Wirkung entfalten kann. Ein Ansatz könnte die **Errichtung eines eigenständigen documenta-Museums in Kassel** darstellen, um ausgewählte Werke dauerhaft einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dabei kann auch die Anbindung des geplanten Documenta-Instituts eine Rolle spielen.

- Wir wollen die Kunst aus den Kellern der Museen holen. Dafür werden wir eine **Kultur-Plattform für NFT's (Non-Fungible Token) errichten**, die nicht in erster Linie kommerzielle Ziele verfolgt, sondern die „verborgenen Schätze" hessischer Museen einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen soll. Damit wird Hessen eine Vorreiterstellung im Bereich Digitalisierung von Kunst und Kultur einnehmen.

- **Das Kulturbauprogramm HERKULES** muss in den kommenden Jahren seine Wirkung entfalten. Die Sanierungsoffensive für unsere Schlösser, Burgen und Gärten hat für uns in zukünftigen Haushalten Priorität. Neben der Stärkung des kulturellen Erbes werden wir sogenannte „Dritte Orte" schaffen, die der gesellschaftlichen Stärkung dienen.

- **Die Staatlichen Schlösser und Gärten sowie die Museumslandschaft Hessen** Kassel haben mit ihren Museen in Schlössern, Burgen und Klöstern ein enormes Potential für die kulturelle Bildung sowie für den Erhalt unseres kulturellen Erbes in Hessen. Wir werden die Institutionen finanziell weiter stärken und gerade im Bereich der Digitalisierung noch breiter aufstellen. Zudem soll die Vernetzung mit Kommunen und Tourismusverbänden weiter ausgebaut werden.

- Die Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen werden ihre Angebote, ihr **Marketing** sowie ihre **Organisationsprozesse weiter digitalisieren**.

- Wir wollen die hessische Schlösserverwaltung mit ihren Museen und Gärten zu einer der größten und umfassenden Institution in Hessen für **kulturelle Bildung im ländlichen Raum entwickeln**. Dort sollen mehr außerschulische Bildungsangebote für Schulen aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger an den Institutionen eingerichtet sowie die Digitalisierung ausgebaut werden.

- **Denkmalgeschützte Gebäude** sind identitätsbildendes Kulturgut. Sie sichern einerseits das Lebensgefühl der Menschen vor Ort und schaffen gleichzeitig hochwertigen Raum für modernes Wohnen und Arbeiten. Wir wollen die Möglichkeiten der Denkmalpflege bei der Förderung ausbauen und konkrete Hilfe für unsere Städte und Gemeinden insbesondere im ländlichen Raum leisten.

- **Obere und untere Denkmalbehörden** sollen noch enger verzahnt werden und zügiger zu guten Lösungen kommen. Ohne die bewährte hohe Qualität der Arbeit zu beeinträchtigen, sollen die kommunale Handlungsspielräume erweitert werden.

- Wir werden die **Unterstützung der zahlreichen privaten Initiativen und ehrenamtlichen Vereine** zum Erhalt von Einzeldenkmälern weiter ausbauen. Denn Denkmalpflege leistet einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt unserer Traditionen und Geschichte.

- Wir wollen das dringend benötigte **zentrale Funddepot für die Archäologie** in der kommenden Legislaturperiode realisieren und damit diese Schätze der Geschichte unseres Landes besser für Erhalt, Forschung und museale Nutzung bewahren.

- **Wir bekennen uns zu den drei Staatstheatern** in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt, stehen zu deren Finanzierung und werden die erforderliche bauliche Sanierung fortsetzen.

- Ebenso werden wir die **Partnerschaft mit den Theatern in Gießen und Marburg** fortsetzen und ausbauen. Gleiches gilt für die von uns seit vielen Jahren **unterstützten Bad Hersfelder Festspiele**. Weiterhin stehen wir an der Seite der zahlreichen **weiteren, etablierten Festspiele** wie z.B. den Burgfestspielen in Bad Vilbel, dem Musicalsommer Fulda, den Heppenheimer Festspielen, dem Rheingau Musik Festival oder den Weilburger Schlosskonzerten, und werden die Landesförderung ausbauen.

- Wir werden in Gespräche mit der Stadt Frankfurt und dem Hessischen Rundfunk über die Zukunft der **Frankfurter Bühnen** und des **HR-Symphonieorchesters** eintreten.



- **Die freie Theaterszene** leistet eine hervorragende Arbeit. Deshalb wollen wir die freie Theaterszene von Landesseite unterstützen. Damit erhalten Ensembles Planungssicherheit und die Ausbildung von unterstützenden Strukturen wird möglich.

- **Musikalische Bildung** hat für uns eine hohe Bedeutung. Wir werden den Landeswettbewerb „Jugend musiziert", die Junge Musik gGmbH, den Landesmusikrat und die Landesmusikakademie weiter unterstützen.

- Seit Jahren arbeiten wir an der **Ausstattung für die öffentlichen Musikschulen** in Hessen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, um das Engagement vor Ort zu honorieren, die gute pädagogische Arbeit anzuerkennen und zugleich eine stetige, sich an anerkannten Standards orientierende Fortentwicklung des Musikschulstandortes Hessen ermöglichen.

- Das **Projekt des Landes zur Förderung der Soziokultur** in Hessen werden wir gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Hessen e.V. (LAKS), die als erster Ansprechpartner in Sachen Soziokultur in Hessen fungiert, fortsetzen.

- Hessen ist nicht nur wegen Goethe und Büchner oder der Frankfurter Buchmesse ein **Literaturland.** Unseren Schwerpunkt in diesem Bereich wollen wir beibehalten. Wir werden die Literaturförderung weiter ausbauen und insbesondere junge Menschen zeitgerecht für Bücher begeistern.

- Die **wissenschaftlichen Bibliotheken** werden wir bei der Digitalisierung fördern. Insbesondere in ländlichen Regionen sollen die öffentlichen Bibliotheken als häufig wichtigste kulturelle Einrichtung in vielen Gemeinden weiter unterstützt werden, zum Beispiel durch den weiteren Ausbau des „OnleiheVerbundHessen".

- Mit **der Film-GmbH und dem Ausbau der Filmförderung** haben wir Hessens Rolle als Filmland gestärkt und wollen diesen Weg weiter konsequent gehen. Gleiches gilt auch für die Filmfestivals und die Kinoförderung im ländlichen Raum.

- Wir wollen in Verhandlungen mit dem **Hessischen Rundfunk** erreichen, dass dieser durch die **Erhöhung seines Gesellschafteranteils an der Film-GmbH** künftig weniger Eigenproduktionen finanziert und stattdessen mehr Mittel für Fremdproduktionen zur Verfügung stellt.

- Das erfolgreiche **Förderprogramm „Kulturkoffer"**, welches vor allen Dingen Kindern und Jugendlichen in Hessen unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Wohnorts oder ihres Umfeldes Zugang für Kunst und Kultur ermöglicht, werden wir weiter stärken und ausbauen.

- Die hessischen Gedenkstätten, Lern- sowie Erinnerungsorte und Grenzmuseen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Demokratieverständnis, zur historisch-politischen Bildung und zur Erinnerungskultur des Landes. Wir wollen erstmals einen umfassenden **Masterplan Erinnerungskultur** für Hessen entwickeln, der die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, zur Geschichte der DDR und die Orte der Demokratiegeschichte in ihrer Einzigartigkeit berücksichtigt und fortentwickelt (3-Säulen-Modell). Ehrenamtliches Engagement ist hier unverzichtbar, da es vielerorts den Betrieb und die Vermittlungsarbeit überhaupt erst ermöglicht.

LEBENDIGE DEMOKRATIE GESTALTEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR DEMOKRATIE UND MEDIEN

32.

DEMOKRATIE STÄRKEN

- Unsere **freiheitliche Demokratie** wird immer wieder von innen und außen angegriffen. Hass und Hetze, Antisemitismus, Rassismus, Verächtlichmachung und „Fake-News" bereiten uns große Sorge. Mit Sorge sehen wir auch, wie Ideologie, eine falsch verstandene politische Korrektheit und Cancel Culture den für eine Demokratie unerlässlichen freien Dialog beschädigen. Wir wollen die Demokratie von innen stärken und ihren Wert im Vergleich zu anderen Staatsformen herausstellen.

- Kontroverse Diskussionen und das Sichtbarwerden unterschiedlicher Meinungen und Einstellungen in der Öffentlichkeit sind unverzichtbar. Wir wollen die **Vermittlung von Demokratie und dem Wert der Freiheit** in den Mittelpunkt eines eigenen „Aktionsplan Demokratie" stellen.

- Hate Speech, Beleidigungen und Mobbing sind zu einem ernsthaften Problem im Internet geworden. Im Schutz der Anonymität werden Falsch- und Hassmeldungen verbreitet, es wird beleidigt und zunehmend werden fremdenfeindliche und rassistische Positionen vertreten. Dies ist nicht hinnehmbar. **Das Internet ist kein rechtsfreier Raum**.

- Im Rahmen des **Aktionsprogramms „Hessen gegen Hetze"** haben wir hier schon vieles erreicht und u.a. eine Online-Meldestelle eingerichtet. Hier wollen wir anknüpfen und über die repressiven Instrumentarien des Strafrechts und des Medienrechts hinaus das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger sowie der Medienakteure für gemeinsame Werte und Verantwortung schärfen.

- Wir fördern eine stärkere **Beteiligung junger Menschen** an politischen Entscheidungsprozessen, sprechen uns jedoch für die Beibehaltung der jetzigen Regelungen zum aktiven und passiven Wahlrecht aus. Das Wahlalter sollte an der Volljährigkeit und der Geschäftsfähigkeit gekoppelt bleiben.

- Wahlen sind Feiertage unserer Demokratie. Wir setzen uns für starke Wahlkreisabgeordnete ein, die mit der **Bürgerstimme** die Interessen ihrer örtlichen Wähler kraftvoll und unabhängig vertreten können. Der Ampel-Vorschlag für eine Wahlrechtsreform auf Bundesebene verstößt gegen unsere Vorstellung von parlamentarischer Demokratie, weil direkt gewählten Bewerbern im Nachhinein das Mandat entzogen werden kann.

- Die **Landeszentrale für politische Bildung** leistet einen wichtigen Beitrag für die Vermittlung von Geschichte, Kultur, Politik, Staat und Gesellschaft. Wir werden ihre Arbeit für die Zukunft aufstellen.

MEDIEN

- Wir wollen die **vielseitige und unabhängige Medienlandschaft** mit dem beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, privaten, lokalen und landesweiten Medienanbietern, Zeitungen, Verlagen, Bürgermedien sowie Medienangeboten im Internet erhalten, fördern und zukunftsfähig machen.

- Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** steht in besonderer Verantwortung für unverfälschte Informationen und eine neutrale und objektive sowie überparteiliche Berichterstattung. Er muss sich insbesondere nach dem RBB-Skandal grundlegend reformieren und zukunftsfest aufstellen. Vertrauen muss zurückgewonnen werden.

- Oberste Ziele der anstehenden Strukturreformen müssen Qualität, Transparenz, Beitragsstabilität sowie **Meinungsneutralität bzw. -ausgewogenheit** sein. Meinungs- oder Haltungsjournalismus müssen klar gekennzeichnet sein.

- Wir wollen, dass **Programmgrundsätze** eingehalten und nachvollziehbar sichergestellt werden. Dies soll durch regelmäßige externe und unabhängige Evaluationen überprüft und veröffentlicht werden.

- Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen Finanzierung, die sich an den festgelegten Zielen und der Auftragsdefinition ausrichtet. Die **größtmögliche Beitragsstabilität** sehen wir als Ziel und Anspruch.

- Wir stehen zu einem eigenständigen **Hessischen Rundfunk** mit klaren regionalen Schwerpunkten. Hierzu gehört der Übergang von der analogen in die digitale Welt, um insbesondere junge Menschen besser zu erreichen.

- Dritte Programme wie der Hessische Rundfunk sollen sich noch deutlicher und profilierter auf ihren **regionalen Auftrag** konzentrieren und diesen Markenkern steigern.

- In Zeiten von Medienkonzentration kommt neben dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Rundfunk auch **lokalen und regionalen Medien** ein besonderer Stellenwert zu. Letztere transportieren im Besonderen auch ein Stück Heimat.

- Wir stehen zur **Medienanstalt Hessen**, die dafür sorgt, dass ein möglichst vielfältiges Medienangebot zur Verfügung steht.

- In Zeiten von Medienwandel und Digitalisierung müssen sich öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten zukunftsfest aufstellen. Gerade **Jugendliche und junge Erwachsene** müssen wieder stärker erreicht und eingebunden werden.

- Für den **Medienstandort Hessen** hat insbesondere auch die Medienbranche eine kreative und ökonomische Bedeutung. Wir setzen uns für verbesserte Rahmenbedingungen ein, um möglichst viele Medienschaffende in Hessen anzusiedeln und von unserer Lage profitieren zu lassen.

- Den weiteren Gang der **europäischen Medienregulierung** werden wir kritisch begleiten. Zentralisierungstendenzen auf Ebene der EU schwächen Medienunabhängigkeit und -pluralismus. Der European Media Freedom Act (EMFA) steht deshalb auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand, weil er die Gefahr der faktischen Abschaffung unserer bewährten föderalen Medienordnung birgt.

MEDIENKOMPETENZ

- Die Bedeutung der Medienkompetenz für Jung und Alt wird angesichts der unübersichtlichen und sich ständig wandelnden Medienwelt immer bedeutender. Wir haben mit dem modernsten Mediengesetz Deutschlands eine hervorragende Grundlage gelegt, die wir durch eine landesweite und vielfältige **Medienkompetenzförderung** zunehmend mit Leben füllen werden.

- Dazu gehört ein **reflektierter, sicherer und konstruktiver Umgang** mit digitalen Medien, der sowohl in der Schule als auch in der Erwachsenenbildung wichtig ist, um Informationen einordnen, Absender und ihre Intentionen einschätzen und Fake News erkennen zu können.

- Gerade die **jüngsten Nutzerinnen und Nutzer** digitaler Medien müssen zu einem eigenverantwortlichen und souveränen Umgang mit Medien befähigt werden, um sich in einer Medienlandschaft, die auch ehrverletzende, pornographische, gewaltverherrlichende, rassistische oder sonstige jugendgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Angebote bereithält, sicher zu bewegen.

- Wir wollen deshalb ein **Konzept für eine stärkere Bündelung der vorhandenen Medienkompetenzförderungen** und ihren möglichen Ausbau erstellen.

- Medienkompetenz ist die Schlüsselqualifikation für **Teilhabe und Chancengleichheit** in einer von Medien durchdrungenen digitalen Gesellschaft. Hierbei wollen wir den Erwerb der digitalen Kompetenzen gerade auch bei älteren Menschen fördern. Zudem muss die selbstbestimmte und chancengleiche Mediennutzung auch für Menschen mit Beeinträchtigungen (Barrierefreiheit) sichergestellt sein.



VERANTWORTUNG UND INTERESSEN ENTSCHIEDEN WAHRNEHMEN

DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDUNGEN FÜR EUROPA, INTERNATIONALES UND FRIEDEN

33.

FRIEDEN

- Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg herrscht ein Krieg in Europa, der unser Wertesystem bedroht. Der völkerrechtswidrige und brutale Angriffskrieg Russlands hat uns die Bedeutung internationaler Sicherheit und europäischer Partnerschaft deutlich vor Augen geführt. Diese Aggression darf sich nicht auszahlen. Die **Ukraine muss den Krieg gewinnen**.

- Die Wichtigkeit einer **starken Landesverteidigung** ist heute sichtbarer denn je. Die Sicherheit Europas wird erstmals seit über 30 Jahren wieder von außen bedroht. Dem müssen wir ein klares Signal der Stärke entgegensetzen.

- **Wir stehen deshalb zur Bundeswehr.** Sie gehört in die Mitte unserer Gesellschaft. Die Bundeswehrstandorte in Hessen und ihre Soldaten erfahren unsere volle Unterstützung. Die Einbindung von Jugendoffizieren der Bundeswehr in den Schulen als eine ergänzende Maßnahme unterrichtlicher und außerunterrichtlicher politischer Bildung werden wir weiterhin unterstützen. Dazu gehört auch die weitere Umsetzung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Hessischem Kultusministerium.

- Wir setzen uns beim Bund für eine gute Ausstattung unserer Soldaten ein, die unsere Bündnisverpflichtung und die Landesverteidigung umfassend gewährleisten. Die angekündigten **Investitionen in die Bundeswehr** müssen von der Bundesregierung endlich tatsächlich getätigt werden. Dazu gehört auch die Behebung des Personaldefizits und mittelfristig der Aufwuchs unserer Streitkräfte.

- Wir stehen auch zu weiteren Lieferungen von militärischem Gerät an die tapfer kämpfende Ukraine. Mit diesen Waffen wird unsere Sicherheit und Freiheit verteidigt. Der Bund muss daher in Abstimmung mit unseren internationalen Partnern die **kontinuierliche Versorgung der ukrainischen Armee** gewährleisten.

- In diesem Zusammenhang bekennen wir uns zum **Rüstungsstandort Hessen**. Hessen ist eine der wichtigsten Waffenschmieden Europas. Was jahrzehntelang von unseren politischen Mitbewerbern bekämpft wurde, erweist sich nun als wichtiger Standortvorteil. Wir standen immer und stehen weiter an der Seite der Rüstungsindustrie in unserem Land.

- Wir stehen zur Präsenz unserer **befreundeten amerikanischen Streitkräfte** in Hessen und werden ihnen weiterhin unsere Unterstützung zuteilwerden lassen.

PARTNER IN DER WELT

- Wir werden unseren Einfluss für Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Freiheit in der Welt einsetzen. Den **starken Konsularstandort Hessen** werden wir nutzen, um für Frieden zu werben und internationale Kooperationen voranzubringen.

- Wir werden unsere Mittel für **wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe** weiter anheben, um unserer internationalen Verantwortung gerecht zu werden. Wir verbinden dies mit einem klaren Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit und Frieden.

- Das international beachtete Projekt der **Vietnamesisch-Deutschen Universität (VGU)** in Ho-Chi-Minh-Stadt werden wir weiter fördern und stärken.

- Wir setzen uns für die Gründung einer **übergreifenden Stiftung für politisch Verfolgte** ein. In Zusammenarbeit mit der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit wollen wir Hilfestellungen für weltweit Verfolgte in ihren Heimatländern ermöglichen. Wir nehmen dabei das Problem der Christenverfolgung in den Blick.

- Über den Bundesrat sowie im Rahmen der diplomatischen Beziehungen und Abkommen werden wir uns auch ausdrücklich zu den **Rechten von Frauen und LSBT*IQ** bekennen und uns überall für deren Stärkung und Schutz einsetzen.

- Wir werden unsere internationalen Freund- und Partnerschaften pflegen und ausbauen. Sie bilden das Herzstück der Völkerverständigung. **Neue Regionalpartnerschaften** sind strategische Bündnisse, um Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, Fachkräftesicherung und Innovationsförderung voranzutreiben.

- Die etablierten Partnerschaften mit unseren **befreundeten Regionen in Europa** werden wir weiter pflegen und die engen Verbindungen ausbauen.

- Für **Kommunen**, die entsprechende **Partnerschaften** einrichten wollen, werden wir praktische Hilfestellungen bei der Vermittlung von Kontakten und Fördermöglichkeiten leisten.

- Wir werden den internationalen Handel für das starke Hessen ausbauen. Dafür werden wir mit einer **internationalen Technologieoffensive** die Zusammenarbeit mit den Außenhandelskammern verstärken, um hessische Zukunftsbranchen noch gezielter zu unterstützen, Investitionsvorhaben voranzutreiben und Fachkräfte für Hessen zu gewinnen.

- Anlaufstellen Hessens an strategischen Orten dieser Welt entwickeln wir fort. Das Mehr-Regionen-Haus in Brüssel spielt dabei eine zentrale Rolle. Darüber hinaus werden wir **weitere hessische Dependancen** errichten, in einem ersten Schritt in der britischen Hauptstadt London, um die negativen Folgen des Brexits für unsere Wirtschaft und den Mittelstand durch unbürokratische Hilfen abzumildern.

- Wir streben die Stärkung **Hessens als internationaler Wirtschaftsstandort** an. Aufbauend auf unserer Weltoffenheit, internationalen Aufstellung und hervorragenden Standortfaktoren wie dem Frankfurter Flughafen und dem Finanzplatz Frankfurt werben wir für die Ansiedlung weiterer internationaler Unternehmen und ihrer Europazentralen in Hessen.

- Um die Chancen Hessens vor allem mit Staaten zu nutzen, die unsere Werte teilen, sprechen wir uns für mehr Freihandel aus und unterstützen faire **Freihandelsabkommen**. Insbesondere muss sich die Bundesregierung für ein neues Freihandelsabkommen mit den USA und für bessere Handelsbedingungen mit den Staaten Lateinamerikas und der ASEAN-Region einsetzen.

- Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass vermehrt autokratische Staaten durch Investitionen in unsere Unternehmen oder Infrastruktur Abhängigkeiten schaffen. Wir erwarten vom Bund klare Grenzen und den **Schutz strategisch bedeutsamer Unternehmen oder Infrastruktu**r.

EUROPÄISCHE UNION FORTENTWICKELN

- Die **Europäische Union ist das größte Friedensprojekt der Weltgeschichte** und hat gerade uns im Herzen des Kontinents in den letzten Jahren Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Wir setzen auf die weitere Förderung eines nachhaltigen Wachstums in Europa durch solide Finanzpolitik, Wachstumsförderung, Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen.

- Wir unterstützen die **Erweiterungsstrategie der Europäischen Union** mit Blick auf die Sicherheit und die Stabilität in Osteuropa und dem Westbalkan. Für uns ist klar, dass Beitrittsstaaten zum Zeitpunkt des Beitritts alle Kriterien vollumfassend erfüllen müssen. Dies gilt auch für die Ukraine, der als europäisches Land nach Beendigung des Krieges eine Beitrittsperspektive offensteht.

- Um diese Perspektive zu stärken, werden wir prüfen, ob eine **Regionalpartnerschaft Hessens mit einer ukrainischen Region** unter den aktuellen Umständen umsetzbar ist.

- Mit Blick auf die dauerhafte Schwächung von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten durch das Regime Erdogan bleibt ein **Beitritt der Türkei** zur Europäischen Union für uns ausgeschlossen.

- Wir setzen uns für einen besseren Zusammenhalt und eine nachhaltige Entwicklung der EU ein. Zum Wohle Deutschlands und Hessens und unter **Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips** werden wir weiterhin daran mitarbeiten, die EU zu stärken und zu vertiefen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union die **großen europäischen Fragen** gemeinsam vorantreibt. Als zentrale Aufgaben sind dies zurzeit die **Stärkung der gemeinsamen Verteidigung, die Vollendung des Binnenmarktes, die gemeinsame Ordnung und Steuerung illegaler Migration, die Bekämpfung des Klimawandels und die Verteidigung unserer Werte von Demokratie, Frieden und Freiheit** in der Welt.

- Wir unterstützen die **„Better Regulation Strategy" der EU** und treten dafür ein, den Mitgliedsstaaten innerhalb der europäisch definierten Rahmenbedingungen größtmöglichen Handlungsspielraum bei der konkreten Umsetzung zu belassen.

- **Europäische Vorgaben wollen wir bürokratiearm und 1:1 umsetzen**.

- Den Aufbaufonds „Next Generation EU" betrachten wir als einmaligen Sonderfall. Wir stellen uns klar gegen jegliche Überlegungen der **Erhebung neuer Steuern durch die EU** erhebt und aus welchem Grund auch immer eigene Schulden aufnimmt.

- Wir treten für die Einhaltung des engen **Mandats der Europäischen Zentralbank** und gegen die **Aufweichung der Stabilitätskriterien** ein.

- Wir setzen uns für die Einführung der **Möglichkeit einer Vertragstreueklage für Mitgliedsstaaten** gegenüber den Europäischen Institutionen ein. Damit soll gewährleistet werden, dass Hessen über den Bundesrat die Einhaltung der europäischen Verträge durch den Europäischen Gerichtshof überprüfen lassen kann.

HESSENS INTERESSEN

- Als starkes Land im Herzen Europas werden wir **unsere Interessen in europäischen Angelegenheiten** gegenüber den europäischen Institutionen aktiv einbringen.

- Europäische Strukturfördermittel müssen auch in Zukunft in stärkere Regionen wie Hessen fließen. Wir wollen **Förderverfahren vereinfachen**, um Innovationen zu beschleunigen. Dazu wird **eine passgenaue Förderstrategie für Hessen** entwickelt.

- Die EU-Förderung soll insgesamt **stärker gebündel**t werden, um Fördergelder künftig noch besser abrufen und in Hessen strategisch gezielt einsetzen zu können.

- Die Beratungsangebote des Landes zum **Abruf europäischer Fördermittel** werden wir verstärken. Neben einem umfassenden Beratungsangebot im Hinblick auf die europäischen Förderinstrumente und -strukturen soll ein Schwerpunkt weiterhin auf der Forschungsförderung liegen.

- Hessens herausgehobene Stellung als **Standort für Luft- und Raumfahrt** werden wir sichern und ausbauen. Insbesondere das European Space Operations Centre (ESOC) mit Sitz in Darmstadt wollen wir zu einem zentralen Standort europäischer Raumfahrt ausbauen. Dabei soll auch das operative Zentrum für den Schutz von Weltrauminfrastruktur gegen Cyber-Angriffe in Darmstadt aufgebaut werden.

- Wir setzen uns in Europa mit Nachdruck für die **Gleichbehandlung der deutschen Sprache** gegenüber dem Englischen und Französischen in den Institutionen der EU ein.

- Europa strebt zurecht nach einem höheren Grad an **Unabhängigkeit und Souveränität in Schlüsseltechnologien**. Dazu gehören unter anderem Chips, Halbleiter, Pharmazie und Energie. Hier wollen wir Chancen für Hessen nutzen und von einer gestärkten europäischen Forschung und Produktion profitieren.

- Wir werben dafür, den Standort der **neuen Europäischen Anti-Geldwäschebehörde ALMA** nach Hessen zu bringen, um so den ausgezeichneten Standort Frankfurt als Nukleus europäischer Finanzwirtschaft und Finanzaufsicht weiter zu stärken.

JUGEND IN EUROPA

- Wir werden **moderne Beteiligungsformate** fortführen und ausbauen, um junge Menschen in Hessen für die europäische Idee zu begeistern. Gleiches gilt für **europäische Jugendaustauschprogramme**.

- Das **Hey, Europe! Festival** 2022 hat gezeigt, wie hoch der Bedarf junger Menschen an aktiver Beteiligung ist. Deshalb werden wir dieses erfolgreiche Format auch in Zukunft fortführen und ausbauen.

- Wir legen ein neues **Programm für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende** in Zusammenarbeit mit unseren Partnerregionen auf, um die europäische Zusammenarbeit zu intensivieren.

- Wir wollen zusätzlich die Einführung eines **parlamentarischen Jugendaustauschprogramms** zwischen dem Hessischen Landtag und anderen europäischen Parlamenten nach dem Vorbild des International Partnership Programms (IPP) anstoßen.

- Hessen verfügt über eine ausgesprochen gute Wissenschaftslandschaft. Um Studierende mit einem besonderen Interesse für europäische Themen zu fördern, setzen wir uns für die **Schaffung eines Europa-Stipendiums** ein. Dieses soll hessische Studenten unterstützen, die europäische Masterstudiengänge aufnehmen.

- Wir wollen **Europäische Ringvorlesungen** initiieren, um unseren Studenten die beste Lehre zu ermöglichen. Dabei sollen europäische Hochschulen Vorlesungen zu gemeinsamen Themen ausrufen und die besten Professoren der verschiedenen Themengebiete in einer Vorlesungsreihe zusammenführen.

- Die Verlosung von **HessenRail-Tickets** an junge Menschen hat vielen Jugendlichen die europäische Integration und zwischenstaatliche Solidarität nähergebracht. Daher werden wir dieses Programm verstetigen.



CDU